

Kleine Schriften zur Zürcher Denkmalpflege Heft 7

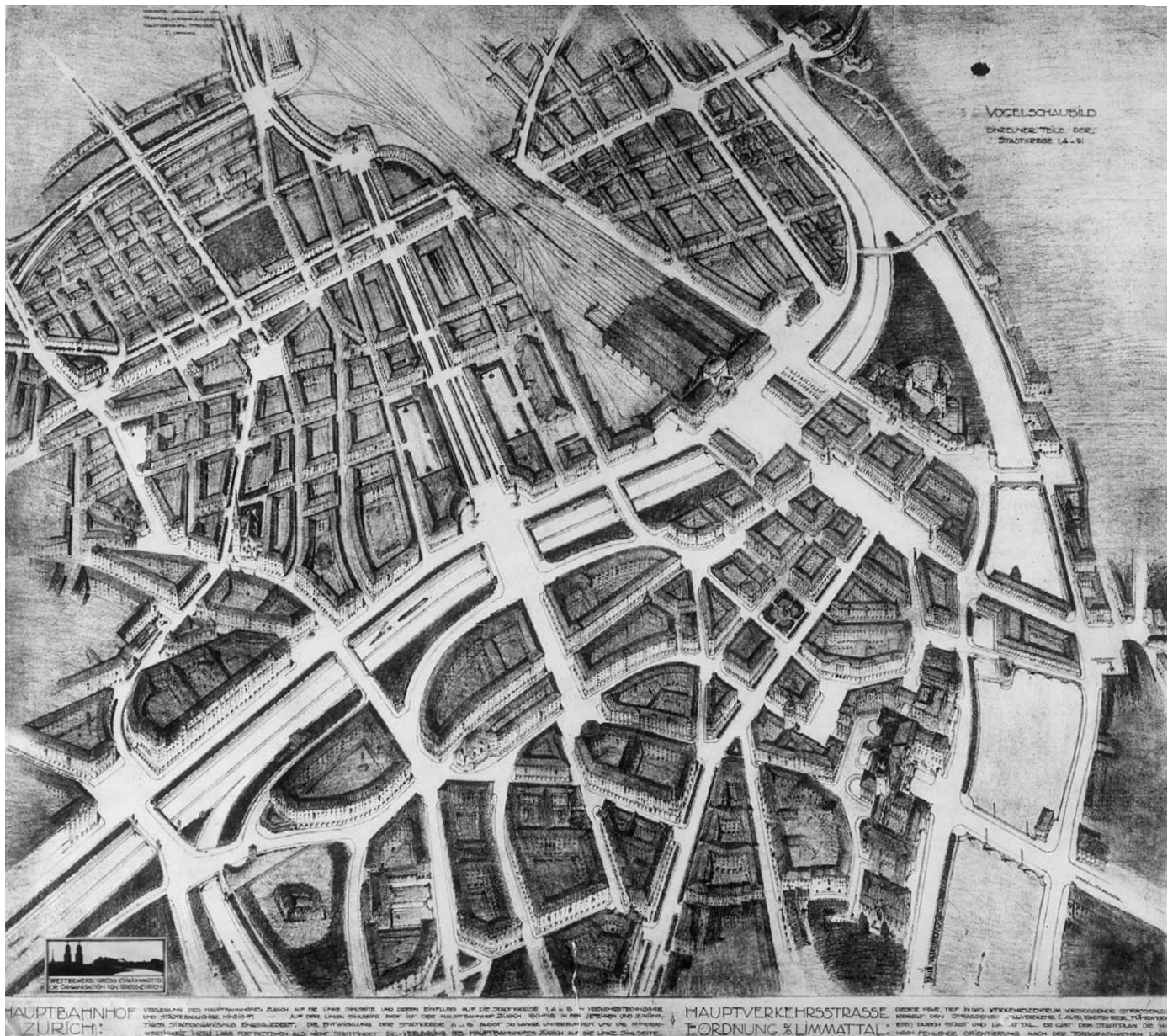


Das öffentliche Bauwesen in Zürich

Vierter Teil: Das städtische Bauamt 1907–1957

Daniel Kurz, Christine Morra-Barrelet,
Ruedi Weidmann

Kleine Schriften zur Zürcher Denkmalpflege · Heft 7



Stadt Zürich – Vision des neuen Zentrums. Ausschnitt des preisgekrönten Projekts von Architekt Hermann Herter im internationalen Bebauungsplan-Wettbewerb 1915–1918: Neuer Hauptbahnhof mit Vorhöfen, Monumentalachsen nach Aussersihl. Vgl. INSA Zürich (1992), S. 261–268, Abb. S. 266. BAZ.

Das öffentliche Bauwesen in Zürich

Vierter Teil: Das städtische Bauamt 1907–1957

Daniel Kurz
Christine Morra-Barrelet
Ruedi Weidmann

Schriftleitung:	Christian Renfer
In Zusammenarbeit mit:	Hochbaudepartement Stadt Zürich, Amt für Städtebau: Denkmalpflege und Archäologie: Werner Stutz Baugeschichtliches Archiv: Pietro Maggi Präsidialdepartement Stadt Zürich, Stadtarchiv: Robert Dünki Staatsarchiv Zürich: Otto Sigg Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte GSK; Projekt «Bauwesen Schweiz 1800–1945» (finanziert vom Schweizerischen Nationalfonds): Isabelle Rucki, Andreas Hauser
Konzept:	Andreas Hauser, Hanspeter Rebsamen Die Hefte 4 bis 7 der Kleinen Schriften zur Zürcher Denkmalpflege sind dem Thema «Das öffentliche Bauwesen in Zürich» gewidmet: Heft 4 Das kantonale Bauamt 1798–1895 Heft 5 Das kantonale Bauamt 1896–1958 Heft 6 Das städtische Bauamt 1798–1907 Heft 7 Das städtische Bauamt 1907–1957
Redaktion und Register:	Hanspeter Rebsamen
Lektorat:	Thomas Müller, Anne Kustermann Graf
Gestaltung und Layout:	Thomas Müller
Bildbeschaffung:	Baugeschichtliches Archiv: Esther Fuchs; Autorin/Autoren
Farbige Planreproduktionen:	Gubler Imaging, Märstetten TG
Umschlaggestaltung:	Designalltag Zürich Ruedi Rüegg, Sascha Török
Druck:	Fotorotar AG, Druck · Kommunikation · Verlag, Zürich und Egg Offset, chlorfrei Umschlag 280 gm ² , Inhalt 120 gm ² © 2000: Baudirektion Kanton Zürich, Hochbauamt, Kantonale Denkmalpflege ISBN 3-905647-33-8

Umschlagbild: Das Schulhaus Waidhalde am Weihersteig in Wipkingen, erbaut 1932–1933 von Stadtbaumeister Hermann Herter. Vgl. Text und Abb. S. 44, 65/66. BAZ, Photo Hans Finsler (1891–1972), Zürich.

Inhaltsverzeichnis

Zum Geleit	7
Daniel Kurz	
Zürich als Grossstadt seit der Stadtvereinigung 1893	9
<i>Instrumente der Stadtplanung</i>	9
<i>Schulhaus-Wettbewerbe – Heimatstil</i>	12
<i>Anmerkungen</i>	15
Daniel Kurz	
Friedrich Fissler, Zürcher Stadtbaumeister 1907–1919	17
<i>Die Wahl Fisslers zum Stadtbaumeister</i>	17
<i>Das Hochbauamt</i>	17
<i>Gustav Gull als Schatten-Stadtbaumeister</i>	19
<i>Luft- und Sonnenbäder – Hygienebauten</i>	20
<i>Die Wohnsiedlungen</i>	24
<i>Die Gartenstadt</i>	26
<i>Fisslers Autorschaft an den Wohnsiedlungen</i>	27
<i>Das Notwohnungsbauprogramm 1917–1920</i>	28
<i>Das Atelierhaus</i>	31
<i>Nichtverwirklichte Projekte</i>	32
<i>Stadtentwicklung und Städtebau</i>	32
<i>Das Ende der Ära Fissler</i>	37
<i>Werkliste Friedrich Wilhelm Fissler</i>	39
<i>Anmerkungen</i>	41
Christine Morra-Barrelet	
Hermann Herter, Zürcher Stadtbaumeister 1919–1942	45
<i>Die Wahl Herters zum Stadtbaumeister</i>	45
<i>Die Stadtentwicklung während Herters Amtszeit</i>	49
<i>Herters Amtsführung</i>	55
<i>Das Hochbauamt und der Wohnungsbau</i> <i>in den 1920er Jahren</i>	58
<i>Planung und Bauten im Zusammenhang mit der</i> <i>Verlegung der linksufrigen Seebahn</i>	63
<i>Schul- und Friedhofbauten</i>	65
<i>Das Amtshaus V.</i>	67
<i>Unterwerk Selau, Hallenbad und Kleinbauten</i>	68
<i>Altstadtsanierung und Denkmalpflege</i>	70
<i>Würdigung</i>	74
<i>Herters architektonisches Werk als Stadtbaumeister</i>	76
<i>Personaletat des Hochbauamtes</i>	76
<i>Anmerkungen</i>	77

Ruedi Weidmann	
Albert H. Steiner, Zürcher Stadtbaumeister 1943–1957	81
<i>Die Wahl Steiners zum Stadtbaumeister</i>	81
<i>Reorganisation der Stadtplanung</i>	83
<i>Die Arbeitsweise im Hochbauamt</i>	86
<i>«Organischer Städtebau»</i>	89
<i>Neue Quartiere: Stadtplanung durch Siedlungsbau</i>	90
<i>Die ersten Hochhäuser</i>	93
<i>Quartierzentren</i>	95
<i>City-Erweiterung im Talacker und am Schanzengraben</i>	97
<i>Altstadtsanierung</i>	98
<i>Schulhäuser und Bäder</i>	102
<i>Übrige Bauten, Wettbewerbe, Studien und gescheiterte Projekte</i>	103
<i>Erfolgreiche Strategien und äussere Bedingungen</i>	105
<i>Würdigung</i>	107
<i>Anmerkungen</i>	110
Bibliographie	114
Abkürzungen	117
Bauamt Zürich-Stadt – Personenliste	118
Ämter- und Institutionen-Register	121
Ortsregister	123
Personenregister	132
Sachregister	136
Autoren	138

Zum Geleit

Die vorliegende Schrift behandelt die Entwicklung des Bauwesens der Stadt Zürich in der Phase der Eingemeindungen (1893, 1934) und des Grossstadtwachstums bis 1957. Die Autorin und die Autoren zeichnen ein anschauliches und faktenreiches Bild von der Arbeit der städtischen Behörden, ihren Zielen, Möglichkeiten und Grenzen im Lauf eines halben Jahrhunderts.

Die Darstellung gibt Aufschlüsse über die Arbeitsweise in den Ämtern und zeigt, wie verschieden die einzelnen Stadtbaumeister ihre Rolle wahrnahmen. Die Werklisten beinhalten Jahr für Jahr eine beeindruckende Zahl von grossen und kleinen städtischen Bauten. Das wirft die Frage auf, wer denn eigentlich diese Gebäude entwarf und realisierte. Wie gelang es den stets mit Terminen überhäuften Stadtbaumeistern, ihre Entwurfsmethode und ihren persönlichen Stil in den Bauvorhaben des Amtes durchzusetzen?

Im Laufe ihrer Amtszeit wurden die Stadtbaumeister Fissler, Herter und Steiner immer mehr zu «Städtebauern». Neben der Entwurfsarbeit nahmen die Beeinflussung und Lenkung der privaten Bautätigkeit, die Arbeit in Kommissionen und Preisgerichten wachsenden Raum ein. Entscheidend für den Erfolg wurden die kommunikativen Fähigkeiten des Stadtbaumeisters, die ihm erlaubten, seine Ziele zusammen mit privaten und öffentlichen Partnern zu realisieren. Denn nur selten liessen sich positive Planungsziele allein mit hoheitlichen Mitteln durchsetzen; Subventionen waren nur in kurzen Zeiträumen (nach den Weltkriegen) als wirksamer Anreiz zur Lenkung der Bautätigkeit verfügbar.

Um 1915 und 1945 gab es noch Visionen für die Stadt als Ganzes: Man sah sie als «Gesamtorganismus» und arbeitete am funktionalen Zusammenspiel ihrer Organe. Das komplexe Modell der Gartenstadt prägte alle Anstrengungen der Planung zwischen 1907 und 1957 und bestimmte den kommunalen und genossenschaftlichen Siedlungsbau sowie die Schulhausanlagen. Unabhängig vom dirigistischen Zug dieser Gesamtvision beeindruckt die Folgerichtigkeit, mit der sie in den 1920er, 1930er und 1940er Jahren ins Werk gesetzt wurden. So löste sich der Städtebau immer mehr von seiner Grundmatrix, der Verkehrsplanung, mit der er um 1900 fast identisch war.

Seit den 1920er Jahren ist Erhaltung oder Abbruch der Altstadt ein wichtiges Thema, seit den 1940er Jahren kommt die Einbeziehung der ehemaligen Dorfkerne in die Planung dazu. 1946 wurde das Büro für Altstadtssanierung eingerichtet, aus dem sich die städtische Denkmalpflege entwickeln sollte.

Dr. Werner Stutz
Denkmalpflege und Archäologie
der Stadt Zürich

Dr. Christian Renfer
Kantonaler Denkmalpfleger



Gross-Zürich aus der Vogelperspektive. Aus dem Luftballon fotografierte Kapitän Eduard Spelterini 1903 das neue Aussersihl mit der frisch angelegten Bäckeranlage und den Schulhäusern Feld-, Hohl- und Kernstrasse (im Bau) im Vordergrund. Typisch sind dichte Hofrand-Bebauungen, Brandmauern kennzeichnen den Stadtrand. Als helles Band zeichnet sich der Durchbruch der Stauffacherstrasse ab, die von Selau her das Quartier von Ost (oben) nach West (unten) durchschneidet. BAZ.

Zürich als Grossstadt seit der Stadtvereinigung 1893

Mit der Stadtvereinigung von 1893, dem Zusammenschluss der alten Stadt mit elf Vorortsgemeinden, verlor Zürich seine alte Übersichtlichkeit. Die Kleinstadt verwuchs mit ihren Vororten zu einer ausgedehnten Grossstadt, deren Bewohnerzahl sich in 25 Jahren (von 1888 bis 1913) von 100 000 auf rund 200 000 Personen verdoppelte. Pro Jahr waren im Durchschnitt 5000 neue Einwohnerinnen und Einwohner mit Wohnungen, Schulen und Infrastrukturleistungen zu versorgen.¹

Die Stadt dehnte sich nicht nur in der Fläche aus, sie wurde auch zusehends dichter. In Riesbach, Wiedikon und Aussersihl entstanden fünfgeschossige Blockrandbebauungen mit grosszügigen Wohnungen und repräsentativen Fassaden, aber vollgebauten Hinterhöfen. Für den Bau eines solchen Mehrfamilienhauses mit sechs bis zwölf Wohnungen genügten im Durchschnitt 420 Quadratmeter Grundstücksfläche.² Das Wachstum konfrontierte die Organisation und Verwaltung der Stadt mit grundlegend neuen Anforderungen. Zu den ersten Aufgaben gehörte die Kommunalisierung und Modernisierung der Versorgungswerke. Die industriellen Unternehmungen waren bald die grössten Arbeitgeber in der Stadtverwaltung und bedeutende Auftraggeber der städtischen Bauämter.³ 1916 zählten Verwaltung und Werke 4909 Beamte, Angestellte und Arbeiterinnen, neunmal mehr als 1888; damals hatten die Gemeinden des künftigen Gross-Zürich zusammen 544 festbesoldete Mitarbeiter beschäftigt.⁴

Wachstum und urbane Dichte stiessen um die Jahrhundertwende fast über Nacht auf Ablehnung. Das allgegenwärtige Bild von hoch aufragenden kahlen Brandmauern in den neuen Quartieren erschreckte. In der öffentlichen Wahrnehmung wurde die übel beleumdete «Mietskaserne» einerseits in Verbindung gebracht mit der Verbreitung von Krankheiten wie der Tuberkulose, andererseits mit der wachsenden sozialen Unruhe, den Streiks und der hohen Zahl von Fremden in der Stadt. Die Bauordnung trug der Mietskasernen-Kritik seit 1901 ein Stück weit Rechnung: Sie verbot seither in den Hanglagen das geschlossene Zusammenbauen. In Oberstrass, Hottingen und Hirslanden dominierte nunmehr ein neuer Typ villenartig freistehender Wohnhäuser in immer noch hoher baulicher Dichte.

Instrumente der Stadtplanung

Die kantonalen Zürcher Baugesetze von 1863 und 1893⁵ strebten explizit eine repräsentative, städtisch-geschlossene Bebauung an.⁶ Das Baugesetz von 1893 verpflichtete die Städte, die bauliche Entwicklung mittels *Bebauungs- und Quartierplänen* zu steuern, wobei der Bebauungsplan das grobe Strassengerippe umfasste, während die Quartierpläne die Detailerschliessung einzelner Baugebiete regelten.

Stadtplanung war primär Verkehrsplanung. Die Eingemeindung von 1893 gab dem Tiefbauamt die Möglichkeit, ein zusammenhängendes Hauptstrassennetz für das erweiterte Stadtgebiet zu konzipieren und die Stadtviertel mit neuen Verkehrsachsen untereinander zu verbinden. Der 1899 festgesetzte *Bebauungsplan* enthielt dieses übergeordnete Strassennetz. Dazu gehörten *Ringverbindungen* wie der Strassenzug, der den Kreis 3 über die Hard-, Rotbuch- und Gladbachstrasse mit dem Kreis 7 verbindet. Der Plan enthielt aber auch *Durchbrüche* in dicht bebauten Zentrumsgebieten, wie die Querachse der Innenstadt entlang der heutigen Uraniastrasse und Mühlegasse, oder die Stauffacherstrasse quer durch den alten Kern von Aussersihl. Die Ausführung des Strassenbau-Programms erstreckte sich über Jahrzehnte.⁷

In Anlehnung an die Verkehrsachsen des Bebauungsplans waren die *Quartierpläne* zu konzipieren. Sie waren das weitaus wichtigste Regelungsinstrument des Bau-

gesetzes – vor allem, weil ohne rechtskräftigen Quartierplan nicht gebaut werden durfte. Am *Quartierplanverfahren* waren sämtliche privaten Grundeigentümer eines Gebietes im Umfang einiger Häuserblocks beteiligt. Im Verfahren wurden die Lage der Strassen und der Abstand ihrer Baulinien geregelt. Die Versorgung mit Wasser, Gas und Kanalisation war als grundlegendes Kriterium zu berücksichtigen. Schliesslich mussten die landwirtschaftlichen Parzellenformen zu rationellen, möglichst rechtwinkligen Bauplätzen umgelegt werden. Der so definierte Quartierplan legte die Gestalt der künftigen Bebauung bereits sehr weitgehend fest, denn vom Baulinienabstand hing die erlaubte Gebäudehöhe ab.

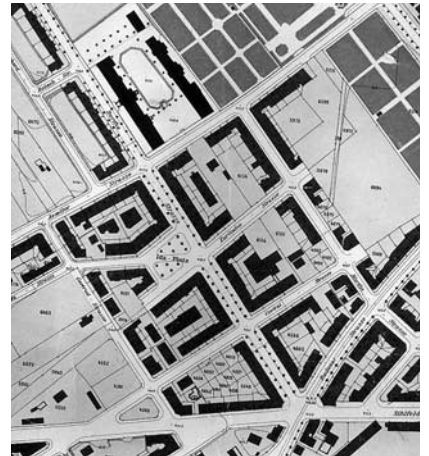
Das *Quartierplanverfahren* war (und ist) schon wegen der Vielzahl von mitspracheberechtigten Eigentümern eine komplexe und zeitraubende Angelegenheit, für viele kleine Grundbesitzer zu kompliziert und langwierig. Deshalb gewannen seit den 1890er Jahren professionelle Liegenschaftsfirmer und -händler, sogenannte Spekulanten, an Bedeutung, die unerschlossenes Land aufkauften und von der Wertsteigerung durch das Quartierplanverfahren lebten. Das führte dazu, dass am Ende die Grundstücke in der maximalen vom Gesetz erlaubten Dichte in drei- bis fünfgeschossiger, geschlossener Blockrandbebauung überstellt wurden. Die vor 1893 für alle Wohngebiete typische offene Bauweise mit freistehenden Häusern wurde seltener.

Die 1901 erlassenen Vorschriften über die offene Bebauung signalisierten eine erste Abwendung von der geschlossenen Hofrandbebauung hin zu offenen Baustrukturen. Für weite Teile des Baugebietes – die Hänge des Zürichbergs, von Ober- und Unterstrass, die Hügel der Enge und den Wiediker Bühl – war nunmehr eine aufgelockerte Bauform vorgeschrieben: Häuser durften hier nur freistehend oder in Gruppen von höchstens 25 Meter Länge gebaut werden; die Höhe war auf dreieinhalb Geschosse begrenzt. Diese Vorschriften wurden 1912 durch die Einführung einer zweiten Zone noch wesentlich verschärft und bedeuteten den Übergang zu einer Zonenbauordnung mit gestaffelten Bebauungsdichten und -höhen. Höchstens zweieinhalb Geschosse waren in der zweiten Zone der offenen Bebauung erlaubt, die zudem grössere Hausabstände vorschrieb. Gedacht war, dass in dieser Zone hauptsächlich Villen und Einfamilienhäuser gebaut würden.

Mit dem Wachstum der Stadt, das durch die Wirtschaftskrise von 1897 bis 1903 unterbrochen wurde, veränderte sich auch der Raum der politischen Öffentlichkeit im Sinn einer Ausweitung und Demokratisierung. Die Arbeiterbevölkerung, die in den Stadtkreisen III und IV konzentriert lebte, formierte sich immer erfolgreicher als politische Bewegung, die schon früh im neuen Jahrhundert den bürgerlichen Parteien als wichtigste Kraft den Rang ablief. Während sich gewerkschaftliche Auseinandersetzungen verschärften, blieb in den politischen Behörden die Zusammenarbeit der beiden Lager bis zum Ersten Weltkrieg noch unproblematisch. Führende Exponenten beider Seiten waren sich einig im Ziel der Stärkung des öffentlichen Einflusses auf die Entwicklung der Stadt. Die grosszügige Bodenpolitik des Freisinnigen Robert Billeter (1857–1917) vergrösserte energisch den Grundbesitz der Stadt⁸ und legte die Grundlagen für den gemeinnützigen Wohnungsbau; der Sozialdemokrat Friedrich Erismann (1842–1915)⁹ trieb ideenreich und wirksam die Gesundheits- und Sozialpolitik voran.

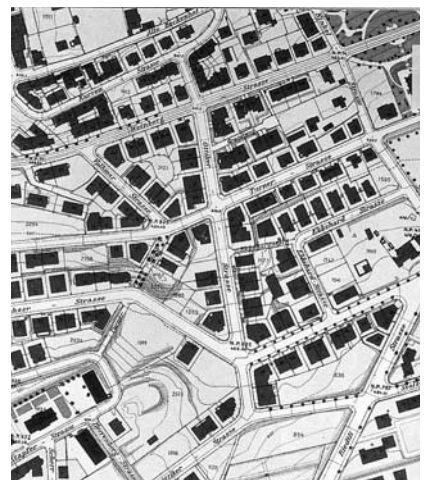
Chef des städtischen «Bauwesens I» war von 1901 bis 1910 der Sozialdemokrat Heinrich Wyss (1854–1928), ein Jurist und Verwaltungsfachmann.¹⁰ Ihm unterstanden das Hoch- und das Tiefbauamt mit den Chefbeamten Arnold Geiser (1844–1909) als Stadtbaumeister und Viktor Wenner (1857–1929) als Stadttingenieur. Die Verwaltung der stark gewachsenen industriellen Betriebe war schon 1896 zusammen mit dem Strassenunterhalt aus dem Bauamt herausgelöst und unter der Bezeichnung «Bauwesen II» als eigenes Stadtratsressort verselbstständigt worden.¹¹

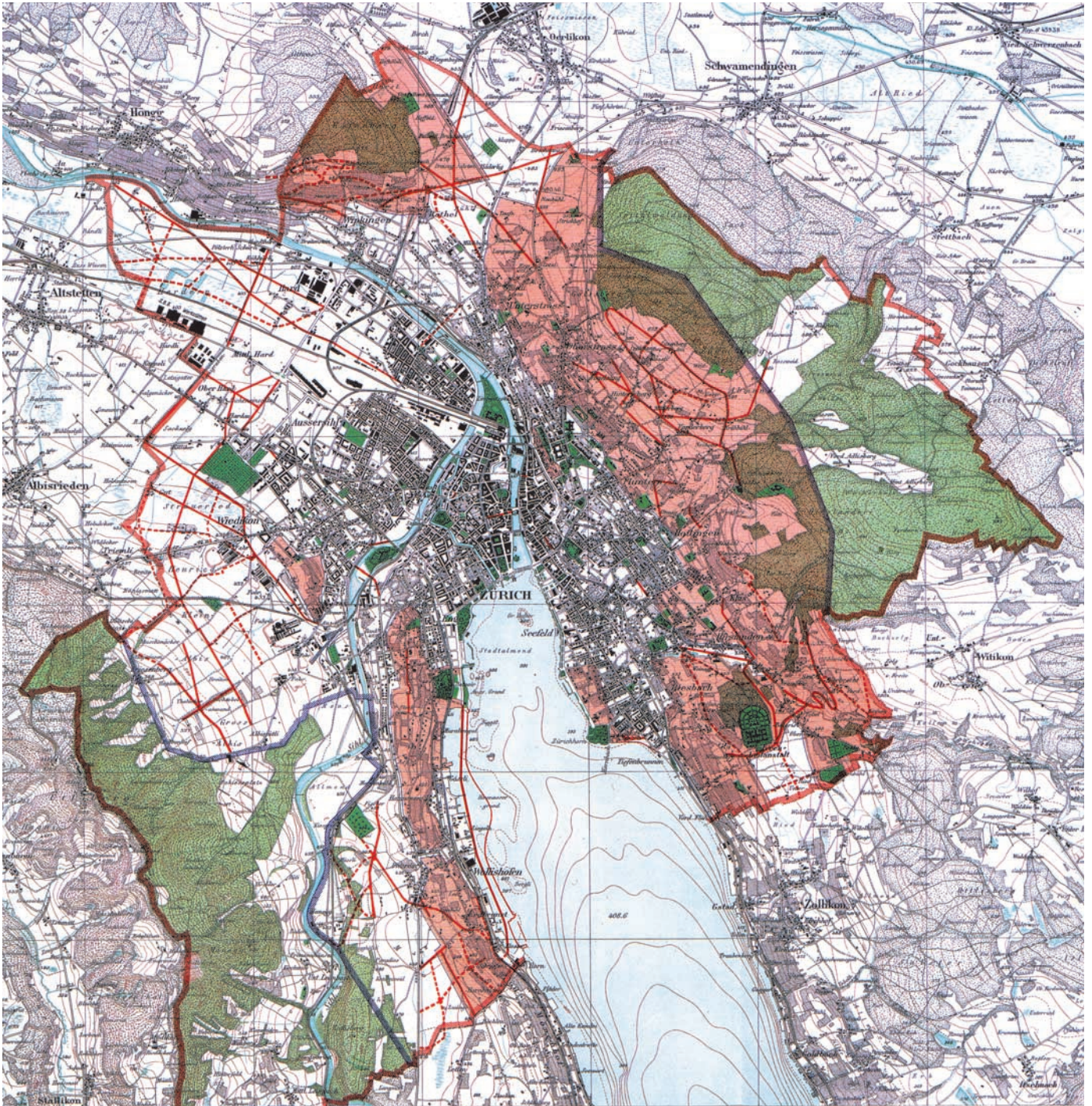
Das Hochbauamt, dem Arnold Geiser bis 1907 als Stadtbaumeister vorstand, war seinen Aufgaben in den ersten Jahren des Jahrhunderts nicht mehr gewachsen. Es umfasste 1904 unter Einschluss der Baupolizei und der Abteilung Gebäudeunterhalt



Das Sihlfeld-Quartier (Wiedikon) 1913. Entlang der Aemter- und der Bertastrasse entstehen arrondierte, geschlossene Blockrandbebauungen gemäss Baugesetz von 1893. An der Gertrudstrasse findet sich dagegen ältere, unvollständig geschlossene Bebauung. Links von der Bertastrasse im oberen Bildteil ist noch die landwirtschaftliche Streifenflur erkennbar. Übersichtsplan der Stadt Zürich, Ausschnitt aus Blatt IX, 1913. Repro BAZ.

Das Quartier um die Ottikerstrasse (Oberstrass) 1918. Die Vorschriften für die offene Bebauung (1. Zone) von 1901 bewirken hier freistehende Mehrfamilienhäuser mit sehr grosser Grundfläche und Gebäudetiefe (typisch: Ekkehardstrasse). Die Freiflächen beschränken sich auf die knappen, vorgeschriebenen Gebäudeabstände. Übersichtsplan der Stadt Zürich, Ausschnitt aus Blatt XV, 1918. Repro BAZ.





Verkehrs- und Zonenplan der Stadt Zürich um 1909, Mst. 1:25 000 (verkleinert). Der Bebauungsplan von 1898 löste umfangreiche Strassenbauten aus (rote Linien). Die Vorschriften für die offene Bebauung erzwangen seit 1901 in den rot schraffierten Gebieten eine aufgelockerte Bauweise. Die blaue Schraffur bezeichnet das Geltungsgebiet des Baugesetzes. Aus: Erismann 1909, Plan nach S. 46.

24 Personen.¹² Nur gerade vier Assistenten standen als Projektleiter für Neubauten zur Verfügung. Die Überlastung des Amtes war chronisch und führte 1905 zu Erkrankung und Rücktritt des Adjunkten (Stellvertreters) Albert Wirz, der die Projektierung des städtischen Schlachthofs leitete. Auch Geiser selbst musste sich aus gesundheitlichen Gründen 1905 und 1906 beurlauben lassen. Im Amt herrschte personeller Notstand. Der als Adjunkt neu gewählte Friedrich Fissler (1875–1964) trat seine Stelle erst im Juni 1906 an. Schon vor seinem Antritt war die dringendste Bauaufgabe anzupacken, die Erstellung von neuen Schulhäusern für die gesamte Stadt.

Schulhaus-Wettbewerbe – Heimatstil

Allein im damaligen Stadtkreis III (mit den heutigen Kreisen 3, 4 und 5) stieg die Zahl der Volksschulklassen von 1900 bis 1905 von 159 auf 213, bis 1910 war mit weiteren 50 Schulklassen zu rechnen.¹³ Mieträume und Provisorien wurden organisiert. Mit der Anschaffung von fertigen, in Deutschland fabrizierten Baracken war zwar das Hochbauamt schon wegen des geringen Aufwandes recht zufrieden, die Reaktionen der Öffentlichkeit waren jedoch nicht positiv.¹⁴ In der Not nahm die Stadt sogar das Angebot des Baumeisters Johann Jakob Weilenmann (1857–1945) an, ein Schulhaus auf eigene Rechnung zu bauen und dem Schulamt zu vermieten.¹⁵

Gleichzeitig aber entschlossen sich die Stadtbehörden zu einer längerfristigen Planung des Bedarfs, die im April 1905 zu einem grossangelegten städtischen Schulhaus-Bauprogramm führte.¹⁶ Danach sollte innert fünf Jahren in jedem Stadtkreis ein neues Schulhaus entstehen; drei davon bereits auf das Jahr 1907.

Zu diesen gehörte das Schulhausprojekt an der Aemtlerstrasse, wo das städtische Hochbauamt Vorschläge für einen neuen Pavillon-Typus erarbeitet hatte. Statt eines grossen, repräsentativen Gebäudes sollten «kleine Schulhäuser errichtet werden, feste Pavillons aus Mauerwerk, von versetzbaren Baracken wohl zu unterscheiden».¹⁷ Von diesem – in den 1930er Jahren als ganz neue Idee wieder aufgenommenen – Konzept erhoffte man sich pädagogische und gesundheitliche Vorteile. Als sich aber abzeichnete, dass die neue Bauweise zu Mehrkosten führen könnte, wurde Gustav Gull mit der Neuprojektierung beauftragt, der die Pavillons zu zwei einfachen Baukörpern zusammenfasste.

Auch für die weiteren Schulhäuser des Bauprogramms fehlte im Hochbauamt die Kapazität. Dies war der Hauptgrund dafür, dass für zwei Projekte öffentliche Wettbewerbe ausgeschrieben wurden: für die neue Töcherschule auf der Hohen Promenade und für das Schulhaus Riedtli in Unterstrass.¹⁸ Der Wettbewerb für das Riedtli-Schulhaus wurde zu einem Triumph der «neuen Richtung» in der Architektur. Noch im letzten Moment hatte der Stadtrat im August 1905 die Preisgerichte beider Wettbewerbe «durch hervorragende Architekten neuer Richtung» ergänzt, weil sonst ein Teilnahme-Boykott von Seiten der jungen Architekten drohte, die offenbar fürchteten, «dass eine freie Behandlung der künstlerischen Aufgabe im Sinne der Neuzeit nicht gerecht werde gewürdigt werden». Die Professoren Theodor Fischer (Stuttgart) und Friedrich von Thiersch (München) nahmen darauf in den Jurys Einsitz. Fischer für die Hohe Promenade, Thiersch für das Riedtli.¹⁹



Das Schulhaus Riedtli von Bischoff & Weideli in einer Nordwestansicht von 1908. Elemente von Heimat- und Jugendstil verbinden sich zu einer Architektursprache, die um 1908 als neuartig und modern empfunden wurde. Rechts im Bild die 1974 abgetragene Turnhalle. Repro BAZ.

Rechte Seite: Der Haupteingang des Schulhauses Riedtli wirkt historisch, ohne dass er einem bestimmten Stil zuzuordnen wäre. Die organische Ornamentik in Spätjugendstil-Formen ist typisch für das Schaffen der Architekten Bischoff & Weideli. Photo BAZ.

*Schulhaus Kilchbergstrasse
Wollishofen Zürich i.
Juni 1911 Kilchbergstr. 28.*



*Hochbauamt der Stadt Zürich
DER BAUHAUPTMANN
H. Fissler*

Die Ostfassade des Schulhauses «Hans Asper» (1911) von Friedrich Fissler in Wollishofen (Kilchbergstrasse 28), Ausführungsplan Mst. 1:100 (verkleinert). Die Verteilung der Massen bestimmt das Erscheinungsbild zusammen mit zurückhaltend eingesetzter Ornamentik. Repro BAZ.

Das neu gegründete Büro der Architekten Robert Bischoff (1876–1920) und Hermann Weideli (1877–1964) errang den ersten und zweiten Preis, die jungen Gebrüder Pfister den dritten. Der Autor «Corylus» beschrieb in der Zürcher Wochenchronik, wie begeistert die «Jungen» damals das Siegerprojekt begrüßten,

«jenes schlichte, einfache, aber ganz aus dem Empfinden unserer neuesten Zeit herausgeschaffene Strassenbild. Warm, freundlich, heimelig mutet einem seine Stirnseite an. Von Stil keine Spur, Gott sei Dank!»²⁰

Wesentliche Merkmale der neuen Architekturrichtung kommen im Projekt «Strassenbild» (Abb. S. 14) zum Tragen: vor allem der Verzicht auf das historistische Formenrepertoire und die Gestaltung nur durch Massengliederung, sodann ein von Symmetrie-Zwängen befreiter Grundriss, die flächig gegliederte Fassade und das zusammenfassende, schwere Dach. Es ist eine Architektursprache, die aus dem Münchner und Wiener Jugendstil herausgewachsen ist, sich aber an heimatlich-regionalen Formen orientiert und auf schlichte, aber «echte» Materialien setzt. Sie wird in der Literatur als «nationale Romantik», «Heimatstil» oder «Spätjugendstil» bezeichnet und basiert auf der Reformbewegung, die in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts die Architektur erfasste. Ihre wichtigsten Exponenten waren in Süddeutschland Theodor Fischer (1862–1938), Stuttgart und München, in der Schweiz Karl Moser (1860–1936), Karlsruhe und Zürich.

Der Durchbruch des Heimatstils fällt nicht zufällig zusammen mit der Gründung neuer, reformerischer Künstlerverbände, wie dem ebenso kämpferischen wie mitgliederstarken Schweizerischen Heimatschutz, dessen Zürcher Sektion 1905 gegründet wurde, dem Bund Schweizer Architekten (BSA 1908) sowie dem Schweizerischen Werkbund (SWB 1913). Diese Verbände verfolgten ähnliche Ziele und erfassten zum Teil die gleichen Personen.²¹ «Man war betont bürgerlich, und statt aristokratische Palastkultur nachzuahmen, liebäugelte man mit der Bodenständigkeit des bäuerlichen Milieus.»²² Das Ziel war eine umfassende künstlerische Erneuerung, oft arbeiteten die Architekten im Sinn der englischen arts and crafts-Bewegung mit namhaften Bildhauern, Malern und Kunsthandwerkern zusammen, um den Bau zum Gesamtkunstwerk zu machen.

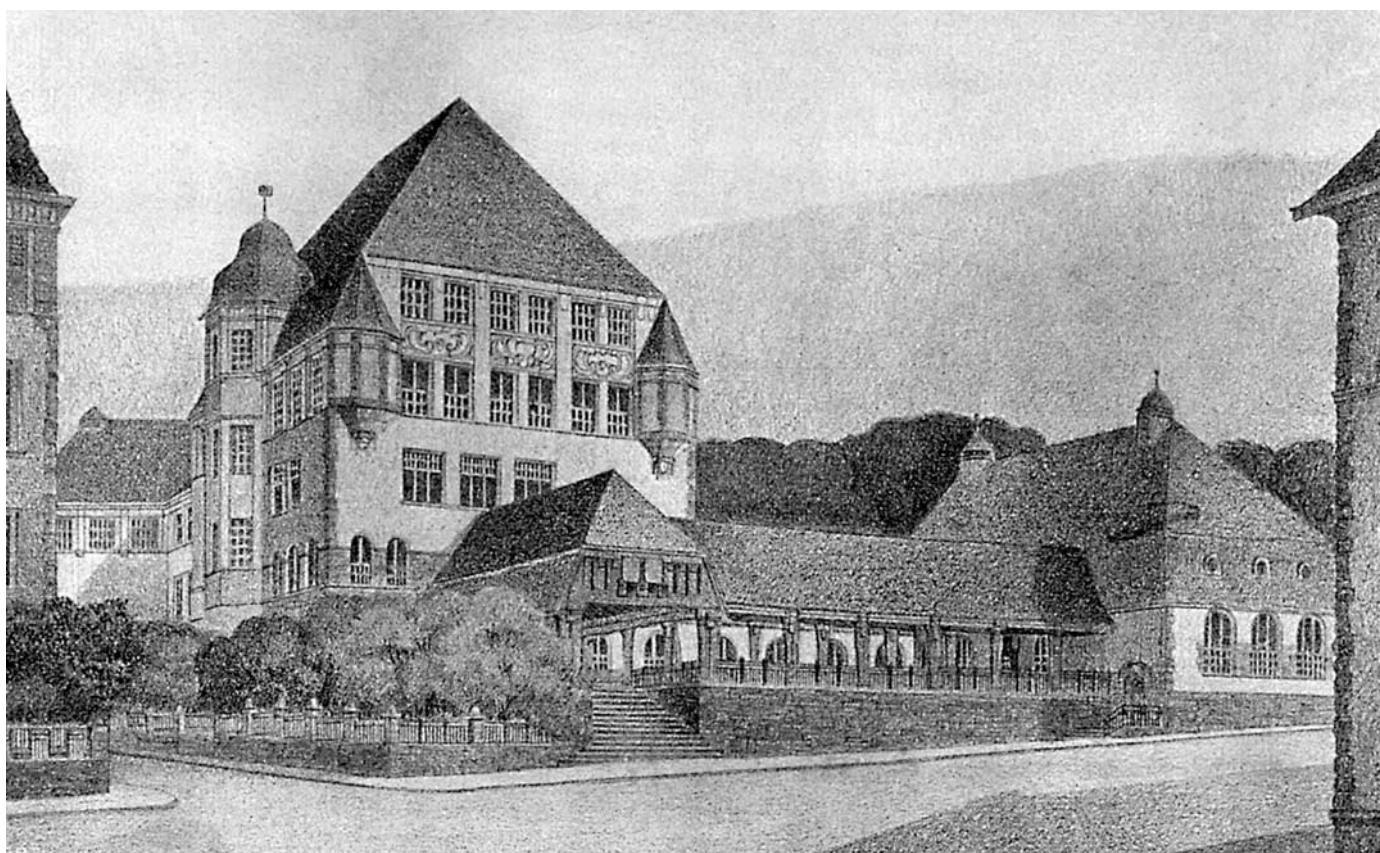


Mehr noch als das schliesslich gebaute Riedtli-Schulhaus repräsentiert das siegreiche Wettbewerbsprojekt «Strassenbild» die Intentionen der neuen Architekturrichtung. Ein schweres Dach fasst die sachlich-geometrischen Fassaden zusammen. Es ist ein interessantes Detail, dass sich die Baukommission mit der angestrebten Einfachheit der Materialisierung nicht abfinden wollte. Sie setzte für besondere Steinhauer- und Bildhauerarbeiten 36 000 Franken auf den Baukredit, rund vier Prozent Mehraufwand. Mit diesen Mitteln wurde der auffallende baukünstlerische Schmuck ermöglicht, der das Schulhaus mit charakterisiert (Abb. S. 13): die jugendstil-geprägten Pilasterformen in den Giebeln sowie ornamentiert Fensterbrüstungen und Dachlukarnen.²³

Die Träger des dritten Preises im Riedtli-Wettbewerb, die Gebrüder Pfister, erhielten trotz ihrer Unerfahrenheit aufgrund der Empfehlung des Stadtbaumeister-Adjunkten Friedrich Fissler das städtische Schulhaus an der Limmatstrasse im Kreis 5 zur Ausführung.²⁴ Auch dieser Bau wurde als ein Pionierwerk des Heimatstils verstanden, wie aus der Würdigung des Heimatschutz-Mitgründers Casimir Hermann Baer (1870–1942) hervorgeht: «Bei der äusseren Gestaltung der Häuser», schreibt er, «wurde versucht, mit möglichst geringen Mitteln allein durch Gruppierung, Verhältnisse und kräftige Farbgebung zu wirken.» Besondere Bedeutung hatte für Baer die Verbindung von Architektur und künstlerischem Schmuck zum Gesamtkunstwerk: «Der Bauschmuck ist von ausgesprochenster Eigenart und fröhlicher Phantasie, aber auch deswegen von prinzipieller Bedeutung, weil sich Skulptur und Architektur überall mit Glück zu einheitlicher Schöpfung vereinen.»²⁵

Dem Heimatstil sind auch die Schulbauten verpflichtet, die das Hochbauamt unter Friedrich Fissler selber entwarf: die Schulhäuser «Hans Asper» in Wollishofen (1911) und «Sihlfeld» in Aussersihl (1914–1916), wobei das damals noch ländlich gelegene Schulhaus in Wollishofen eine romantische Auffassung mit hohen Giebeln und Dachreiter vertritt, während im urbanen Sihlfeld eine neuklassizistische Formensprache gewählt wurde.

Erstprämiertes Wettbewerbsprojekt (Motto: «Strassenbild») für die Schulanlage Riedtli in Unterstrass der Architekten Bischoff & Weideli. Schaubild der Anlage von Südwesten. Aus: SBZ Bd. 47 (1906), S. 41. – Text S. 13.





Die Heimatstil-Schulhäuser Limmat A und B, erbaut 1908–1910 von den Gebrüdern Pfister, wirken «allein durch Gruppierung, Verhältnisse und kräftige Farbgebung» (Anm. 25: C.H. Baer, um 1911). Das Volumen ist auf verschiedene Baukörper verteilt. StadtA: V.Gc.62, Nr. 6 (Abstimmungsweisung vom 26. April 1908).

Anmerkungen

- 1 Statistische Unterlagen 1915, S. 2. Zur Stadtentwicklung vgl. auch Maggi 1993, S. 192–201, Fritzschke 1991 sowie besonders Zürich 3 (1994), S. 181–206.
- 2 Statistische Unterlagen 1915, S. 26. Gesamtstädtischer Durchschnitt für Neubauten (Mehrfamilienhäuser), 1900–1913. Pro Einfamilienhaus wurden rund 1000 Quadratmeter beansprucht.
- 3 Zu den grössten städtischen Neubauten zählen das Gaswerk in Schlieren (1895–1898), die Elektrizitätswerke Letten (1892) und Albula (1907) sowie die Anlagen und Depots der Strassenbahnen.
- 4 Kurz, Schempp 1999, S. 205.
- 5 Die Baugesetze von 1863 und 1893 galten primär für die Städte Zürich und Winterthur. Ortschaften mit städtischen Verhältnissen konnten sich freiwillig dem Baugesetz unterstellen. Dies taten 1863 die Zürcher Vorortsgemeinden Hottingen, Enge, Unterstrass, Aussersihl und Riesbach, es folgten 1866 Oberstrass, 1871 Hirslanden, 1872 Fluntern, 1874 Wiedikon, 1877 Wollishofen, 1881 Wipkingen.
- 6 Vgl. zum folgenden: Viktor Wenner, Die Bebauung, in: Erismann 1909, S. 40–53. Eine hervorragende weiterführende Darstellung enthält: Hornberger 1980.
- 7 Die oben angeführten Strassenzüge wurden 1900 bis 1904 durchgeführt. In die 1920er Jahre fällt z.B. die Ausführung des Mythenquais, der Bellevue- sowie der Schweighofstrasse.
- 8 Die Stadt erwarb zwischen 1902 und 1909, d.h. in der Amtszeit Billeter als Finanzvorstand, 95 Hektaren Bau- und Kulturland sowie 288 Hektaren Wald. Als Finanzvorstand war Billeter Bauherr der Wohnsiedlungen Limmat und Riedtli. Bei der Schaffung der Pensionskasse für das städtische Personal war Billeter federführend. 1909–1917 amtierte er als Stadtpräsident. Vgl. Zurlinden 1915, S. 404, sowie Nachruf im GB SR 1917, S. 3–5.
- 9 StadtA: V.L.136 (2). Nekrolog Friedrich Erismann.
- 10 StadtA: V.L.136 (2). Nekrolog Heinrich Wyss, von Hermann Balsiger 1928.
- 11 Vgl. KS ZD 6 (2000), S. 97. Diese Einteilung blieb grundsätzlich bis zur zweiten Eingemeindung (1934) bestehen. Nur von 1919 bis 1923 wurden zur Entlastung des Bauvorstands I das Hochbauamt und Hochbauinspektorat vorübergehend mit dem Steuerwesen vereinigt, das die Bezeichnung «Bauwesen III» annahm. Erster Leiter war Stadtrat Gustav Kruck. Die übrigen 7 Ressorts waren: Präsidium, Finanzen, Steuern, Polizei, Gesundheit, Schulwesen, Vormundschaft/Armenwesen.
- 12 Personal-Etat der Stadt Zürich 1904.
- 13 StadtA: Prot SR 1906, Nr. 850, 13.6.1906.
- 14 StadtA: GB SR 1900, S. 153; 1904, S. 176; 1906, S. 183; 1908, S. 186; ZWChr 8 (1906), S. 411. Von diesen Baracken-«Provisorien» sind einzelne bis heute erhalten. Bekannt ist die 1904 erstellte Baracke beim Schulhaus Kanzlei (Kanzleistrasse 56), sie beherbergt seit Jahren das Kino Xenix.
- 15 StadtA: Prot SR 1905 Nr. 1171, 25.11.1905. Es handelt sich um das bis heute bestehende Schulhaus Wengistrasse im Kreis 4. Baumeister Johann Jakob Weilenmann von Nänikon bei Uster war 1900 Bürger von Zürich geworden; er war Mitglied des Grossen Stadtrats sowie des Kantonsrats.
- 16 StadtA: Prot SR 1905, Nr. 387, 5.4.1905.
- 17 StadtA: Prot SR 1906, Nr. 850, 13.6.1906.
- 18 Wettbewerb Hohe Promenade in: SBZ Bd. 47 (1906), S. 92–93, 170–175, 179–183; Wettbewerb Riedtli in: SBZ Bd. 47 (1906), S. 19–20, 41–45, 73–75, 221. Zürcher Denkmalpflege, 1997/1998, Zürich 1999, S. 131–133.
- 19 StadtA: Prot SR 1905, Nr. 891, 28.8.1905, S. 409–410. In der Jury sassen ausserdem die Stadträte Wyss und Mousson sowie die Architekten Julius Kunkler und Otto Bridler. Vgl. SBZ Bd. 47 (1906), S. 20.
- 20 ZWChr 8 (1906), S. 411.
- 21 Rebsamen 1984, S. 67. Eine Unterscheidung zwischen «fortschrittlichem» BSA und «reaktionärem» Heimatschutz wäre falsch, da es in beiden Verbänden um die gleichen Ziele ging. Der gelegentlich konstruierte Gegensatz zwischen diesen Verbänden (Allenspach 1998, S. 42) beruht auf Vorurteilen der Forscher.
- 22 Birkner 1975, S. 203.
- 23 StadtA: Prot SR 1906, Nr. 1296, 11.9.1906.
- 24 StadtA: Prot SR 1906, Nr. 1240, 29.8.1906.
- 25 C.H. Baer, Ein neuer Schulhausbau der Stadt Zürich, Stuttgart o. J. (um 1911), S. 49.

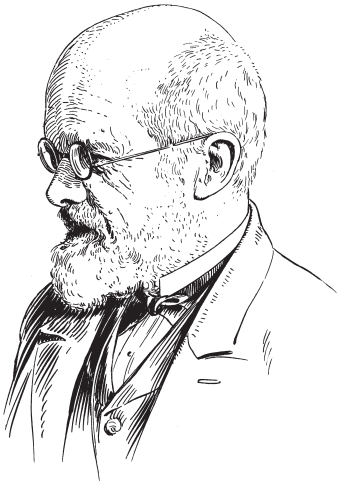


Das im Frühjahr 1919 bezogene Schulhaus Sihlfeld, ein Werk aus den letzten Amtsjahren Friedrich Fisslers. In der Symmetrie der reich ornamentierten Fassade machen sich die disziplinierenden Einflüsse des Neuklassizismus und des Neubarocks bemerkbar. BAZ, Photo Ernst Linck (1874–1963), Zürich. – Text S. 38.

Daniel Kurz

Friedrich Fissler, Zürcher Stadtbaumeister 1907–1919

Die Wahl Fisslers zum Stadtbaumeister



*Stadtrat Heinrich Wyss (1854–1928),
Vorsteher des Bauamtes I von 1901 bis
1910. Erinnerungsblatt von 1924.
StadtA: V.L.136, Schachtel 4.*

*Stadtbaumeister Friedrich Fissler-Horsch
(1875–1964). Porträtaufnahme von
Photograph Philipp Link (1862–1921),
Zürich. StadtA: VII.141 (Nachlass Fissler).*



Die Architektursprache des Heimatstils war dem 1906 neu zum Adjunkten des städtischen Hochbauamtes gewählten Friedrich Fissler-Horsch aus Stuttgart bereits vertraut; sie prägte seine bis 1919 dauernde Zeit als Stadtbaumeister. Friedrich Wilhelm Fissler wurde am 6. November 1875 in Pforzheim (Baden-Württemberg) geboren. Mit der elterlichen Familie siedelte er 1882 in die Schweiz über, wo der gleichnamige Vater (1848–1922) zunächst in Basel, ab 1885 in Zürich als Architekt eine erfolgreiche Geschäftstätigkeit ausübte und 1892 das Bürgerrecht der Gemeinde Wettswil a.A. erwarb.¹ Fissler junior studierte 1895 bis 1899 am Eidg. Polytechnikum bei Alfred Friedrich Bluntschli (1842–1930) und fand 1900 Beschäftigung im Büro Eisenlohr und Weigle in Stuttgart. Ein Jahr später wechselte er in den Dienst der königlich-württembergischen Domänenverwaltung. Hier war er als Entwerfer am Bau von Tübinger Hochschulbauten, von Beamtenwohnhäusern und einer Lungen-Heilstätte im Schwarzwald beteiligt. Es war Fissler senior, der am 21. Februar 1906 nach Stuttgart telegrafierte: «adjunktenstelle hochbauamt ist dir uebertragen - papa».²

Unter den 23 Mitbewerbern auf die Adjunktenstelle gelangten – nach Ausscheidung von «Ingenieuren und anderen ungeeigneten Bewerbern» vier in die engere Wahl.³ Keiner von ihnen gehörte damals oder später zum Kreis bekannter Namen. Adolf Zbinden (geb. 1874) hatte Studien an der Kunstgewerbeschule und an der ETH vorzuweisen, ausserdem Architektentätigkeit in Zürich und München. Er wurde aufgrund seiner Bewerbung als Assistent des Hochbauamtes angestellt. August Stamm (1858–1917) hatte als diplomierter ETH-Abgänger vor allem im Hotelbau gearbeitet: in Genf, Paris, Monte Carlo und Stuttgart. In Zürich hatte er unter Gustav Gull am Bau des Landesmuseums mitgewirkt. Der gut qualifizierte Stamm schien dem Stadtrat zu alt für eine Stelle im mittleren Kader. Albert Raths (geb. 1869) war bereits als Assistent im Hochbauamt tätig. Er konnte auf eine akademische Ausbildung in Zürich und Stuttgart (ohne Diplom) und auf Tätigkeit in verschiedenen Städten verweisen. Er erhielt im Stadtrat nur eine einzige Stimme.⁴

Die Stellung, die Fissler antrat, erwies sich als wesentlich selbständiger, als er hatte erwarten können. Zum zweiten Mal erkrankte der langjährige Amtsinhaber Arnold Geiser im Februar 1906 schwer. Sein Rücktrittsangebot lehnte der Stadtrat jedoch ab und gewährte ihm einen Urlaub bis zum Ende des Jahres. Assistent Albert Raths, der sich erfolglos um die Stelle eines Adjunkten beworben hatte, übernahm stellvertretend die Amtsleitung, bis im Juni 1906 Friedrich Fissler sein Amt antrat. De facto war Fissler also vom ersten Tag an Leiter des Hochbauamtes. Als Geiser definitiv von seinem Amt zurücktrat, wurde Fissler vom Stadtrat in einstimmiger Wahl auf den 1. März 1907 zum Stadtbaumeister mit 7500 Franken Jahresgehalt gewählt; soweit sich die spärlichen Quellen interpretieren lassen, ohne ernsthafte Konkurrenz. Als Antragsteller schrieb der politische Vorgesetzte, Stadtrat Heinrich Wyss, über seinen Kandidaten:

«Fissler erfüllte die Erwartungen, die man bei der Wahl gehegt hatte, vollständig; er legte ebensosehr Geschäftsgewandtheit an den Tag, wie er sich als künstlerisch tüchtiger und erfahrener Architekt zeigt, mit Lust und Geschick wirkte er insbesondere bei den Fragen des Städtebaues mit.»⁵

Das Hochbauamt

Das damalige Hochbauamt funktionierte wie ein mittelgrosses Architekturbüro mit Architekten, Bauführern, Zeichnern und Administrativpersonal. Projektentwicklung, Entwurf und Bauleitung der städtischen Bauvorhaben wurden von städtischen

Beamten noch selber betreut; von der Abklärung des geeigneten Standorts über Architekturstudien, Projektierung, Kostenvoranschlag, Devis (Vergabe) zur Bauausführung und anschliessendem Unterhalt, für den ein eigener kleiner Regiebetrieb zur Verfügung stand. Nur ein Teil der städtischen Neubauten wurde privaten Architekturbüros in Auftrag gegeben.⁶

Dem Stadtbaumeister stand normalerweise ein «Adjunkt» als erster Mitarbeiter und Stellvertreter zur Seite. Als «Assistenten» wurden die Projektleiter bezeichnet, die in stark schwankender Zahl beschäftigt wurden und sich aus Architekten mit einigen Jahren theoretischer Bildung (nicht immer mit Diplom) und guten praktischen Referenzen rekrutierten. Sie waren in der Regel als Entwerfer für je eine Bauaufgabe verantwortlich.⁷

Die Löhne geben über die Hierarchien am besten Auskunft.⁸ 1908 verdiente Stadtingenieur Viktor Wenner mit 9000 Franken Jahreslohn deutlich mehr als der Stadtbaumeister, der es auf 7800 Franken brachte, aber weniger als der Direktor des Elektrizitätswerks, dem runde 10 000 Franken zustanden. Der Adjunkt Gotthilf Korrodi verdiente 6400 Franken, die Assistenten zwischen 4200 und 5260 Franken. Schon unter den Architekten gab es also sehr grosse Lohnunterschiede von 100 Prozent. Noch einmal halb so viel verdienten mit 2600 Franken die Zeichner, weniger als der Kanzleibeamte (3100 Franken) oder der Polizeimann (2880 Franken).

Fisslers Amtsantritt fiel in eine Zeit erneuter Hochkonjunktur. Nach Jahren der Rezession war eine ganze Anzahl von lange zurückgestellten Bauvorhaben dringend zu verwirklichen. In den Schulen herrschte Raumnot; Infrastrukturbauten wie Bäder, Werkhöfe, Tramwarteallen waren zu schaffen; zudem bereitete die Stadt ein kommunales Wohnungsbauprogramm vor. Das gewaltige Projekt des neuen Schlachthofs schliesslich war noch kaum begonnen. Zu den ersten Erfolgen Fisslers zählt, dass es ihm innert kürzester Zeit gelang, eine grosse Zahl von Stellen zu schaffen und sein Amt auf die Herausforderungen einer Hochkonjunkturphase auszurichten. Zwei Assistenten wurden bereits 1906 neu eingestellt, zudem ein Bauführer und drei Zeichner. Insgesamt verdoppelte sich die Zahl der Assistenten bis 1908 auf 20, die der Bauführer und Zeichner auf 11 Personen.⁹

Da die bisherigen Büros im Postgebäude zu eng geworden waren, bezog das Hochbauamt jetzt neue Räume im Zunfthaus zur Meisen.¹⁰ Die Gesellschaftsräume dieses barocken Palais dienten als Grossraumbüros. Offenbar hatte nicht einmal der Stadtbaumeister ein eigenes Zimmer. Er beklagte sich jedenfalls später, dass ihm beim Telefonieren jeder zuhören könne.¹¹ 1919 siedelte das Amt dann in das geräumige, von Gustav Gull erbaute Verwaltungsgebäude an der Lindenhofstrasse 19 (Amtshaus IV) über.



Ein Frühwerk Friedrich Fisslers: das Oberamtsgebäude in Tübingen, das er 1903 als Beamter der königlich-württembergischen Domänenverwaltung erbaute. Postkarte. StadtA: VII.141 (Nachlass Fissler).

Der Schlachthof gehört zu den grössten städtischen Bauvorhaben des frühen 20. Jahrhunderts. Ein eigenes Baubüro des Hochbauamtes unter Gotthilf Korrodi (1875–1948) betreute den Bau. Gesamtansicht der Anlage von Süd-osten nach der Vollendung 1909. BAZ, Photo Wolf-Bender, um 1910.



Das Kreisgebäude Zweierstrasse in Wiedikon aus dem Jahr 1911 zeigt die vom romantischen Heimatstil bestimmte Architekturauffassung der Ära Fissler. Durch die freie Massengliederung und die Ausformung der Dächer tritt das Haus als Gebäudegruppe in Erscheinung. Die Fassade wird vor allem durch sorgfältige Materialwahl (Tuffstein, Verputz, Farben) charakterisiert, auf historische Stilzitate wird verzichtet. BAZ, Photo Wolf-Bender 1911.

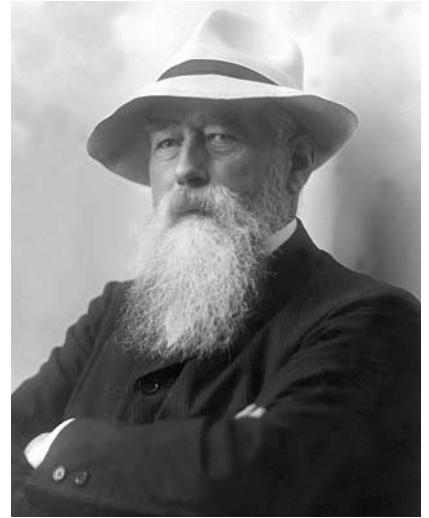


Gebaut wurde nicht nur vom Hochbauamt: Die zahlreichen Brückenbauten waren wie die Strassen und Plätze Sache des Tiefbauamtes. Der Neubau der Universität und die Erweiterung des ETH-Hauptgebäudes mit der Kuppel, die Zürich eine neue Stadtkrone verschafften, wurden von Kanton und Bund erstellt. Das Kunsthaus am Heimplatz und das Volkshaus am Helvetiaplatz baute eine private Stiftung mit städtischer Unterstützung. Bezirksgebäude und Zentralbibliothek waren gemeinsame Vorhaben von Stadt und Kanton. Ganz ohne Mitwirkung des Hochbauamtes entstanden die Grossbauten der SBB im engeren Stadtgebiet (Güterbahnhof, SBB-Werkstätten und Lokomotivdepot). Gerade die grössten und stadtbildprägendsten Neubauten der Periode wurden von anderen Körperschaften erstellt.

Gustav Gull als Schatten-Stadtbaumeister

Gleiches gilt auch für Bauaufgaben, die die Stadt in eigener Regie zu vergeben hatte. Der prestigeträchtigste und umfangreichste Architekturauftrag, der Bau des neuen Verwaltungsquartiers auf dem Oetenbach-Areal, war durch einen Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 1902 dem ehemaligen «entwerfenden Stadtbaumeister» Professor Gustav Gull übertragen worden – ohne Wettbewerbsverfahren.¹² Wie ein Schatten-Stadtbaumeister kontrollierte Gull nicht nur dieses Projekt, sondern als besonders einflussreiches Mitglied des Baukollegiums¹³ auch die übrige Bautätigkeit der Stadt. Wo immer eine Spezialkommission zu bilden war, war Gustav Gull dabei. Und wenn er einmal nicht selber in der Jury sass, gelang es ihm zuweilen sogar, nachträglich im Baukollegium das Wettbewerbsresultat abzuändern. So im Fall der Höheren Töchterschule auf der Hohen Promenade, deren Entwurf ihm schliesslich selber übertragen wurde, nachdem der Wettbewerb kein eindeutiges Resultat erbracht hatte.¹⁴ Gustav Gull übernahm – wegen Überlastung des Hochbauamtes – auch den Bau des Schulhauses Aemterstrasse und verschiedener Bauten des städtischen Elektrizitätswerks. Kurz vor der Volksabstimmung über den Bau der Amtshäuser III und IV, die einen Teil von Gulls monumentalem Verwaltungszentrum bilden, formierte sich im Oktober 1911 eine ebenso heftige wie prominente Opposition aus dem Kreis der BSA-Architekten, angeführt vom streitbaren Architekten-Politiker Otto Pflughard (1869–1958).¹⁵ In einem Aufruf kritisierte sie «das Fehlen grosser einheitlicher Linien», die Höhe der Bauten, welche die Wirkung des Lindenhof-Hügels herabsetze, die buchstäbliche

Gestelztheit der Architektur und die hohen Kosten der Unterkonstruktionen. Den Aufruf der Opposition unterschrieben August Arter, Bischoff & Weideli, Adolf Bräm, Max Guyer, Haller & Schindler, Knell & Hässig, Emil Meier, Pflughard & Haefeli, Eugen Probst, Martin Risch, Ernst Witschi und Robert Zollinger.¹⁶ Es fehlen die Gebrüder Pfister und Karl Moser. In einer öffentlichen Gegenkundgebung stellten sich andere Zürcher Architekten und Künstler hinter Gull und sein Projekt.¹⁷ Zu Gull hielten ausserdem die Politiker, vor allem die sozialdemokratische Partei, die den Opponenten Geschäftsneid unterstellte. Die Zeitungen füllten sich vor der Abstimmung mit Pro- und Contra-Stellungnahmen und riesigen Inseraten. Die Abstimmung am 29. Oktober 1911 ergab eine klare Mehrheit von 15 127 zu 7796 Stimmen¹⁸; sie hatte trotzdem etwas von einem Pyrrhus-Sieg an sich. Der Historismus der Amtshäuser war überlebt; die Ära Gustav Gulls als Schatten-Stadtbaumeister und die Zeit des Späthistorismus gingen bald darauf zu Ende. Die Realisierung des grossen Stadthausprojekts wurde 1917 zwar noch einmal erwogen, aber aus Kostengründen sogleich fallen gelassen. Die Amtshäuser blieben daher die letzten Bauten, die Gull im Auftrag der Stadt Zürich erstellte.¹⁹



Luft- und Sonnenbäder – Hygienebauten

In der Ära Arnold Geisers waren die städtischen Werke die wichtigste Bauherrschaft des Hochbauamtes, seine weitaus grösste Baustelle war um die Jahrhundertwende das Gaswerk. Seit 1901 wurde – neben den Schulen – das von Stadtrat Friedrich Erismann geleitete Gesundheitsamt zum grössten Auftraggeber.

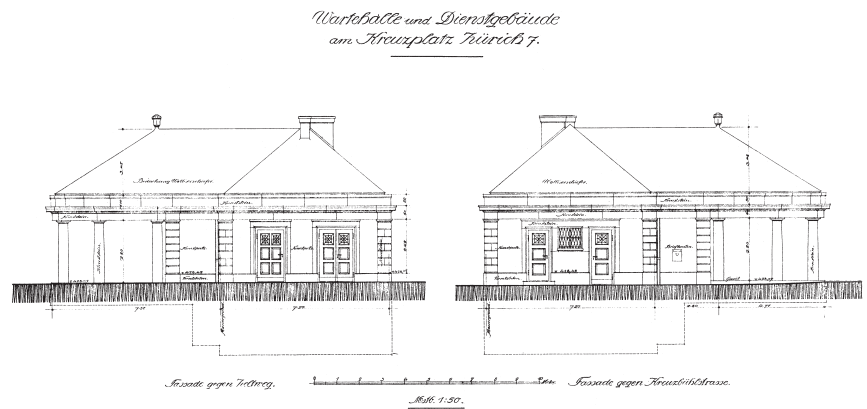
Der Sozialdemokrat Friedrich Erismann (1842–1915), Arzt und ehemaliger Hygieneprofessor an der Universität Moskau, leitete das städtische Gesundheitswesen als Fachmann von internationalem Rang. Erismann war ein initiativer Politiker, der zahlreichen Reformideen seiner Zeit in Zürich zum Durchbruch verhalf. Indem er dem Gesundheitsamt laufend neue Verantwortungsbereiche angliederte, machte er es zu einer eigentlichen Sozialbehörde. «Hygiene» umfasste für ihn alles, was der Gesundheit und dem Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger förderlich sein konnte. In der Betreuung der Arbeitslosen sah Erismann ebenso einen Zweig sozialmedizinischer Prävention, wie etwa im Bau von Luft- und Sonnenbädern oder im Bau eines städtischen Spitals. Schon 1904 wurde auf Betreiben Erismanns die Kehrlichtverbrennungs-

Stadtrat Friedrich Erismann (1842–1915) leitete von 1901 bis 1915 das städtische Gesundheitsamt. Erismann war ein ebenso innovativer wie erfolgreicher Reformpolitiker, der in den verschiedensten Bereichen neue Institutionen ins Leben rief. Der städtische Wohnungsbau geht ebenso auf Erismann zurück, wie der Schlachthof, die Kehrlichtverbrennung, das Arbeitsamt, die Schulküchen und die öffentlichen Sonnenbäder. StadtA: V.L.136, Photo Emil Loges.



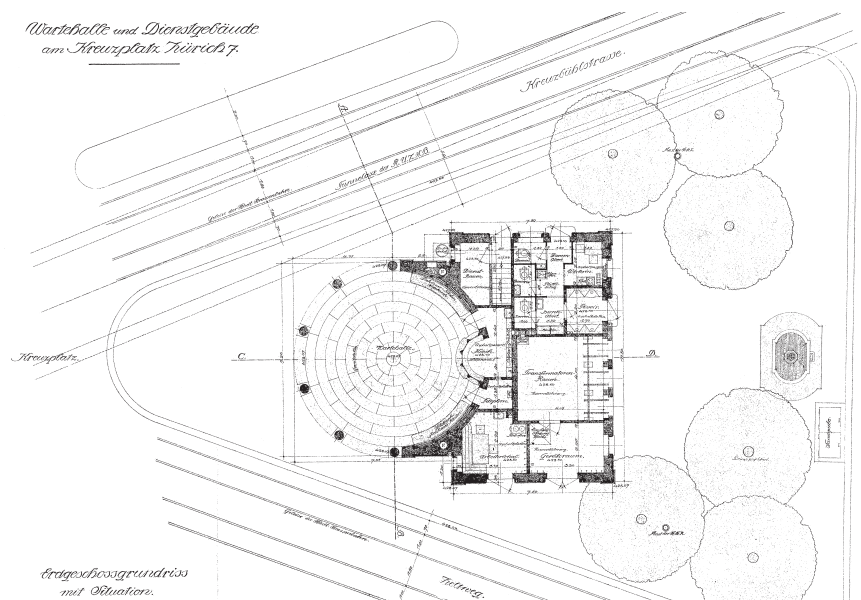
Das Stadthausprojekt von Gustav Gull hätte die Uraniastrasse überbrückt. Die Fotomontage wurde vom Führer der Opposition gegen das Vorhaben, Otto Pflughard, 1912 in der Zürcher Wochenchronik veröffentlicht, um die Dimensionen des geplanten Neubaus zu veranschaulichen. Aus: ZWChr 14 (1912), S. 105.

Öffentliche Bedürfnisanstalten für beide Geschlechter waren eine Neuerung der Ära Erismann. Am Kreuzplatz wurden 1918 die bescheidenen Funktionen von Tramwartehäuschen, Bedürfnisanstalt und Geräteraum zur repräsentativen Form eines Rundtempels mit Anbau zusammengefasst. Rechts: Fassaden mit Materialangaben gegen den Zeltweg und die Kreuzbühlstrasse, Mst. 1:50 (verkleinert). Unten: Erdgeschossgrundriss und Situation, Mst. 1:50 (verkleinert). BAZ, J 94, 94b.



anstalt an der Josefstrasse gebaut. Ab 1905 entstand sodann das grosse Werk des städtischen Schlachthofs. Die Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege 1909 in Zürich nahm Erismann zum Anlass, die diesbezüglichen Einrichtungen in Zürich umfangreich zu publizieren.²⁰ Ab 1905 nahm Erismann im Einvernehmen mit dem Stadtrat die Wohnungsfrage wieder auf und beauftragte das Hochbauamt mit der Erarbeitung von Vorschlägen zum Bau kommunaler Wohnhäuser in verschiedenen Stadtquartieren.²¹

Eine unauffällige Bauaufgabe stellte sich dem Hochbauamt in der Ära Fisslers und Erismanns ganz neu: jene Kleinbauten im öffentlichen Raum, «die die Kunst des Ingenieurs geruchlos, die Kunst der städtischen Architekten in neuester Zeit sogar geschmackvoll gestaltet». Bis 1893 hatte es zwar zahlreiche Pissoirs im öffentlichen Raum gegeben, indessen «für Frauen war nur recht mässig gesorgt».²² Genauer gesagt, überhaupt nicht. Ein Privatunternehmer wies der Stadt den Weg, indem er am Bürkliplatz ein gebührenpflichtiges Toilettenhäuschen errichtete, das die Stadt 1896 kommunalisierte. Trotz des Preises von 10 Rappen benützten 1908 63 000 Frauen und 33 000 Männer die neuen Einrichtungen. 1906 wurde versuchsweise die Anlage an der Sihlstrasse, am Weg ins Arbeiterquartier, zur Gratisbenutzung freigegeben. Die Gestaltung der kleinen Häuschen folgte den gleichen Grundsätzen wie der Bau grösserer öffentlicher Bauten. Verputzte, oft mit Sgraffiti, Bildhauer- oder Malerarbeiten verzierte Aussenwände und schwere Dächer sind charakteristisch. In den Grundrissformen herrschte grosse Freiheit.





Kleinbauten im öffentlichen Raum. Geschweifte Dachformen charakterisieren die Ära Fissler, während die Materialisierung auf die jeweilige Umgebung Bezug nimmt: genietetes Eisenblech an der Schiffsstation, Holzschindeln im Park, Sandstein und Säulen an grossen Plätzen.



Oben links: Bahnhofquai, Wartehalle mit Kiosk (1912, abg. 1950). BAZ, Photo Wolf-Bender 1913. – Oben rechts: Bürkliplatz, Wartehalle beim Landesteg (1911, abg. 1962). BAZ, Wolf-Bender 1911. – Mitte Links: Platzspitz, Gerätehaus mit Abort (1914). Repro BAZ. – Mitte rechts: Pestalozzianlage an der Bahnhofstrasse, Abortgebäude (1908, abg. 1967). Repro BAZ. – Unten links: Zweierplatz, Gerätehaus mit Pissior (1917). BAZ, Photo Wolf-Bender. – Unten rechts: Heimplatz, Wartehalle mit Abort (1911). BAZ, Photo Wolf-Bender, 1911.



«Die neueren Anlagen sind wo immer möglich in Verbindung mit sonstigen öffentlichen Bedürfnissen gebracht, so mit Wartehallen für die Strassenbahn, Magazine für das Strasseninspektorat, das Gartenbauamt etc. und in massiver Bauweise erstellt, um solche notwendige öffentliche Kleinbauten zu konzentrieren und damit zugleich ansprechende, das Strassenbild bereichernde Baulichkeiten zu erhalten.»²³

Von den vielen Kleinbauten ist ein Teil bis heute im Stadtbild präsent: Die Tramwartehallen am Kreuzplatz (Pläne S. 21), am Heimplatz und Häuschen an der Gessnerallee, am Zweierplatz und im Platzspitz.

Eine weitere Bauaufgabe stellte sich dem Gesundheitsamt mit den «Luft- und Sonnenbädern». Diese neue Umschreibung gab den städtischen Kastenbädern an Limmat und See einen völlig neuen Sinn. Bislang hatte man sie in erster Linie aufgesucht, um sauber zu werden, denn Badezimmer gab es bis 1900 nur in den gehobenen Wohnungen.²⁴ Das Schwimmen im See war den wenigen Schwimmkundigen vorbehalten und für gemütliches Räkeln in der Sonne fehlte schlicht der Platz – es hätte zudem den schönen weissen Teint gefährdet.

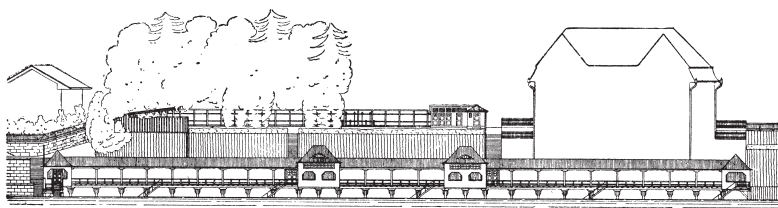
Nun war aber um 1890–1900 der Ruf nach «Licht, Luft und Sonne» aufgekommen. Die Bewegung der Lebensreformer propagierte nicht nur vegetarische Ernährung, sondern auch Bewegung im Freien und eine gelockerte Kleidermode. 1900 eröffnete der «Naturheilverein Zürich» seine bis heute bestehende Sonnenbad- und Schrebergartenanlage an der Tobelhofstrasse, die bald Furore machte. 1907 stellte das Gesundheitsamt den Antrag, den Ausbau dieser Anlage wegen ihrer «grossen volkshygienischen Bedeutung» mit städtischen Mitteln zu unterstützen:

«Von dem Drange nach Luft und Licht, der bei der Bevölkerung der Städte immer allgemeiner zu werden scheint und sie sozusagen mit elementarer Gewalt erfasst, ist für die Gesundung des Volksorganismus viel zu erwarten. Man darf wohl sagen, dass die mehr oder weniger unmittelbare Einwirkung von Luft und Sonne auf den menschlichen Körper, verbunden mit Spiel oder mit Beschäftigung in Gärten, der Wirkung des systematischen Turnens ebenbürtig an die Seite zu stellen ist.»²⁵

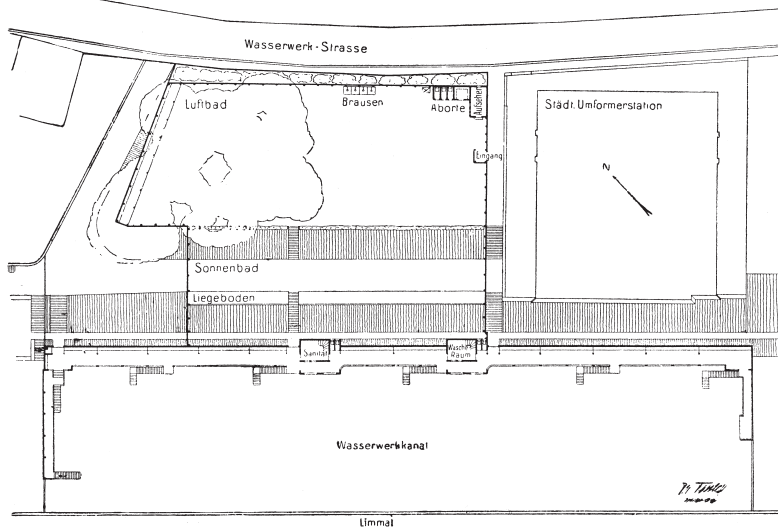
Schon im Folgejahr übernahm das Gesundheitsamt das Prinzip des Sonnenbadens auch für die städtischen Bäder. In den Anstalten «Bürkliplatz» und «Utoquai» wurden Holzplattformen eingerichtet, wo aufgeschlossene Badefreunde ihren Körper der Sonne aussetzen konnten. Das Bad «Unterer Letten», im Unterwasserkanal des

Das Luft- und Sonnenbad des Naturheilvereins Zürich an der Tobelhofstrasse 1908. Die Lebensreform-Bewegung brachte die Idee des Sonnenbadens nach Zürich. Friedrich Erismann übernahm sie für die städtischen Bäder, um «dem Drange nach Luft und Licht» Genüge zu tun. BAZ, Photo 1909.





Offenes Flussbad im unteren Wasserwerkkanal mit Luft und Sonnenbad.
Maßstab 1 : 1000



Das Flussbad Unterer Letten (1910) verband das Bad im Wasser mit dem Aufenthalt an der Sonne und freien Luft. Hier durften sich die Zürcherinnen und Zürcher (nach Geschlechtern getrennt an geraden oder ungeraden Tagen) zum ersten Mal sommerliche Sonnenbräune holen. Aus: Erismann 1909, S. 212.

Elektrizitätswerks erbaut, war von Anfang an als Luft- und Sonnenbad konzipiert.²⁶ Sein Bassin weist gegenüber den traditionellen Anlagen eine vielfache Länge auf; das «Sonnenbad» bestand aus mit Holzplanken belegten Terrassen am Limmathang und erstmals gehörte auch ein «Luftbad» – eine Rasenfläche mit Bäumen – dazu.

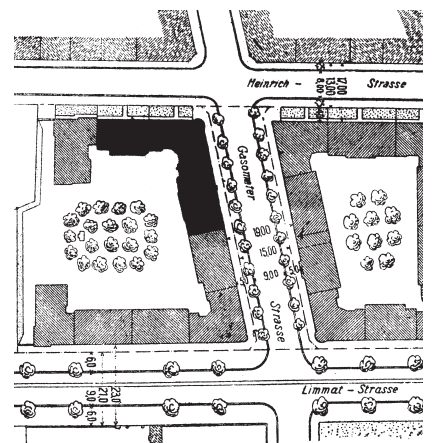
Die Wohnsiedlungen

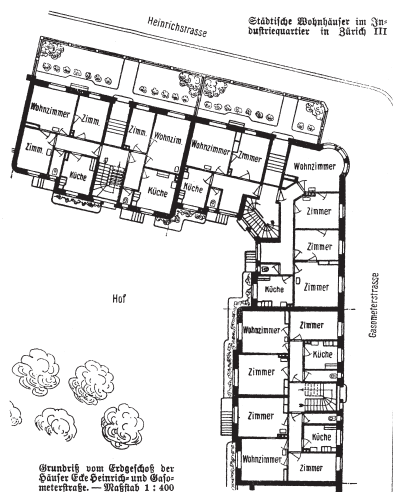
Teil der grossen städtischen Aufgaben wurde im 20. Jahrhundert in Zürich schliesslich der Wohnungsbau. Für die grosse Zahl der in den 1890er Jahren neu in die Stadt einwandernden Menschen konnte der Markt nicht genügend Wohnraum bereitstellen.²⁷ Überhöhte Mietzinse und überfüllte Unterkünfte waren die Folge. Bereits 1896 kam eine Spezialkommission des Stadtrates zum Schluss, dass sich die Stadt im Wohnungsbau systematisch zu engagieren habe. Sie forderte ein Programm für den Kauf von geeigneten Grundstücken, den Bau kommunaler Wohnhäuser und die Unterstützung gemeinnütziger Baugesellschaften.²⁸ Dazu kam es jedoch nicht mehr: Die 1897 einsetzende Wirtschaftskrise liess die Nachfrage nach Wohnungen sehr plötzlich sinken und machte diese Forderungen vorerst überflüssig.

Mit der neuen Konjunkturphase ab 1903 traten jedoch die alten Probleme wieder auf. Die Leerwohnungsziffer sank von 5.4 Prozent im Jahr 1900 innert fünf Jahren auf 0.3 Prozent. Der Mietzins leerstehender Wohnungen stieg allein zwischen 1903 und 1905 von 146 auf 243 Franken – was vor allem das Fehlen kleiner Wohnungen zum Ausdruck bringt.²⁹ Die Wohnungsnot bedrängte – wegen der steigenden Mieten – durchaus den Mittelstand mit seinem Repräsentationsbedarf. Am meisten betroffen waren jedoch Arbeiterfamilien, vor allem Neuzuwanderer. Für sie bedeutete, wie der Stadtrat 1906 erklärte, die Wohnungsnot

«ein den hygienischen Grundsätzen zuwiderlaufendes enges Zusammenpferchen in Räumen, welche bezüglich Luftraum, abgesehen von allfälligen weiteren sanitären Mängeln, in keinem Verhältnisse stehen zur Zahl der Familienglieder».³⁰

Die städtische Wohnsiedlung an der Limmatstrasse fügt sich in das Gefüge der Hofrandbebauungen des Industriequartiers ein, unterscheidet sich aber durch Vorgärten und freie Wohnhöfe. Aus: SB 1 (1909), S. 145.





Oben: Mit besonderer Sorgfalt wurden in der städtischen Siedlung Limmatstrasse die Eckhäuser behandelt. Die gestaffelte Gebäudetiefe, das hofseitige Treppenhaus und die Wohndielen sollen dazu beitragen, dass die Eckwohnungen ausreichend Luft und Licht erhalten. Verkleinerter Erdgeschoss-Grundriss, aus: SB 1 (1909), S. 146.

Unten: Fassadenplan der Häuserzeile Heinrichstrasse 80, 78, 76 und Seitenfassade von Nr. 76, Mst. 1:100 (verkleinert). Verschwunden sind heute die rauen Putzflächen in unterschiedlicher Struktur und Farbe. BAZ M 2.

Die Statistiker hatten sogar nachgewiesen, dass «der Mietpreis für den Kubikmeter Luftraum in den kleinsten und schlechtesten Wohnungen der absolut höchste ist», dass also das Wohnen in der Villa relativ (pro Kubikmeter Wohnraum) billiger sei, als im Elendsquartier.³¹

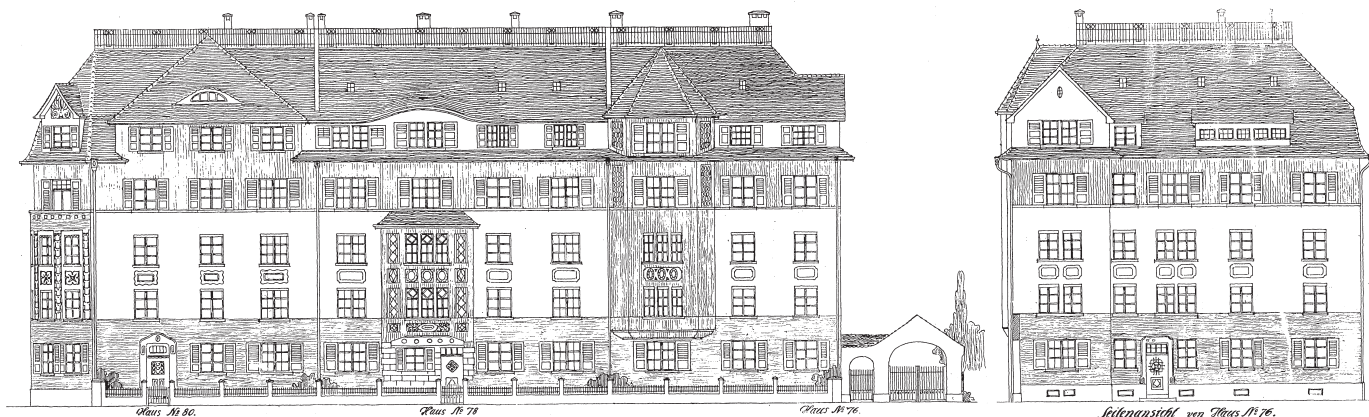
Man brachte nicht nur Fragen der Wohlfahrt, sondern auch der öffentlichen Gesundheit in direkte Verbindung mit der Wohnungsfrage. Die Ausbreitung ansteckender Krankheiten wie Cholera oder Typhus wurde auf üble Wohnverhältnisse zurückgeführt. Deutlicher noch war der Zusammenhang mit der Volkskrankheit Tuberkulose. Es war deshalb das Gesundheitsamt, das in der kommunalen Wohnungspolitik die ersten Schritte einleitete. Im Sommer 1906 konnte Friedrich Erismann dem Grossen Stadtrat eine erste konkrete Bauvorlage unterbreiten.

Es handelte sich um die städtischen Wohnhäuser im Industriequartier.³² Der Standort wurde gewählt, um zuerst im Arbeiterquartier einen Beitrag zur Linderung der Wohnungsnot zu leisten. Der hohe Geldwert des zentral gelegenen Grundstücks zwang von vornherein dazu, die quartierübliche fünfgeschossige Blockrand-Bauweise zu übernehmen. Trotzdem flossen auch wohnungsreformerische Ansätze in das städtische Projekt ein, das Assistent Friedrich Hirsbrunner (1879–1959) unter Leitung des Stadtbaumeisters ausgearbeitet hatte:

«Für Licht, Luft und freie, frohe Aussicht wurde gesorgt, soweit es nur möglich war. Die drei Höfe sind weite, sonnige Spielplätze, die man reichlich mit Bäumen bepflanzt und durch Brunnen und die Aufstellung von Spielgeräten (Schaukeln, Reck) zu angenehmen Aufenthaltsorten ausgestaltet hat; längs der Limmat- und Gasometerstrasse sind Alleen; an der Heinrich- und Motorenstrasse wurden an der Sonnenseite kleine Vorgärten angebracht. Bei der Orientierung wurde darauf geachtet, dass Wohn- und Schlafzimmer nach Süden und Osten zu liegen kamen, die Küchen und Aborte nach Norden und Westen; auch wenn so die ersteren Ausblick auf den Hof, die letzteren auf die Strasse erhielten.»³³

Die 224 Wohnungen wurden bewusst in elf Grundrisstypen variiert, um «ein Nebeneinanderwohnen verschiedener Bevölkerungselemente» zu fördern und zu vermeiden, «dass einer solchen städtischen Wohnungsanlage das Gepräge eines ausschliesslichen Arbeiterviertels von vornherein aufgedrückt wird».³⁴ Geräumige Wohnküchen oder zu Wohndielen erweiterte Korridore ergänzten das Raumangebot vieler Grundrisstypen.

Die neuen Ausdrucksformen des Heimatstils prägten das Äussere der Wohnhäuser und setzten auch optisch einen kräftigen Kontrast zu ihrer Umgebung. Die Volumen sind trotz der Bindung an die Baulinie durch Erker, Giebel und Dachaufbauten gegliedert. Verschiedenfarbige Flächen von gekämmtem und glattem Verputz in Braun, Weiss und Ockergelb teilten die Fassaden. Putzornamente betonten Erker und Fensterachsen.³⁵ Dagegen entfielen die konventionellen historistischen Dekorationselemente wie Gurtgesimse, Fensterverdachungen oder Balkone.





Typischer Hofbereich in der Siedlung Riedtli, zwischen Kinkel- und Stolze-
strasse, auf einem Bild aus dem Jahr
1916. Erker und Loggien verzahnen die
Häuser mit dem Aussenraum, zwischen
Hof- und Strassenseite besteht keine
Hierarchie. Im Hintergrund ist das
1907–1908 errichtete Schulhaus Riedtli
erkennbar (vgl. S. 12–14). BAZ, Photo
1916.

Am 21. April 1907 stimmte eine klare Mehrheit der Stadtzürcher Stimmberechtigten dem Bau der Siedlung zu, auch die bürgerlichen Parteien unterstützten die Vorlage. Gleichzeitig sprach sich die Stimmbürgerschaft für die Vorbereitung weiterer kommunaler Wohnungsprojekte aus. Gestalterisch und auch politisch war die Siedlung Limmat also ein voller Erfolg. Trotzdem erfüllte sie nicht alle Erwartungen. So waren die Erstellungskosten und damit die Mietzinse nicht geringer als in privaten Liegenschaften, trotz dem Verzicht auf Zentralheizung und Badezimmer. Die Sorgfalt der Gestaltung im Inneren und Äusseren hatte eben ihren Preis. Auch der Unterhalt erwies sich als über Erwarten aufwändig, da offenbar in vielen Details allzu unbekümmert experimentiert worden war.³⁶

Die Gartenstadt

Neben dem Bau eigener Wohnkolonien verpflichtete sich die Stadt 1910 mit einem Reglement zur Förderung gemeinnütziger, genossenschaftlicher Bauprojekte durch die Abgabe von Bauland, die Übernahme von Hypotheken und Anteilscheinen.³⁷ Dem Hochbauamt fiel die Aufgabe zu, die zur Finanzierung eingereichten Projekte zu prüfen und wo nötig abzuändern (siehe auch S. 59, 91).

Zum Zeitpunkt der Abstimmung über die Häuser im Industriequartier lagen schon weitere Projekte für städtische Wohnbauten bereit: Am Friesenberg sollten Kleinhäuser für Arbeiter entstehen (vgl. S. 32); am gegenüberliegenden Sonnenhang von Oberstrass, im sogenannten Riedtli, plante das Hochbauamt eine Siedlung mit Miethäusern in offener Bebauung. Wegen seiner Grösse (es entstanden 302 Wohnungen) wurde das «Riedtli» in mehreren Etappen von 1911 bis 1919 realisiert. Es war von der Konzeption her primär für den Mittelstand gedacht, wobei ein abgestufter Wohnungsschlüssel für soziale Durchmischung zu sorgen hatte.³⁸

Um wirkungsvolle Gruppierungen und Raumbildungen zu ermöglichen, sind die Häuser dieser Siedlung, losgelöst von der Baulinie, relativ frei angeordnet, eine im Quartierplan vorgesehene Querstrasse wurde überhaupt weggelassen. Der Entwerfer nahm sich damit Freiheiten gegenüber dem Strassenplan, die für die damalige Zeit neu und ungewohnt waren. Der Architekturkritiker Albert Baur (1877–1949)

Noch vielseitiger als die Haustypen sind die durchwegs grosszügigen Grundrisse der Siedlung Riedtli differenziert. Unter den 13 Wohnungstypen sind Grosswohnungen mit bis zu fünf Zimmern und Wohndiele. BAZ M 7a.



fühlte sich 1909 beim Anblick des Modells an «ein gutes, altes, natürlich gewachsen-
nes Dorfbild» erinnert: Die «Strässchen und Plätze», bemerkte er, «wurden nach den
Ideen von Camillo Sitte ausgeführt; schöne Durchblicke und geschlossene Raumwir-
kung (...) wurden mit Erfolg erstrebt.»³⁹

Die architektonischen Formen der Riedtlisiedlung gehören dem Heimatstil an. Sie ori-
entieren sich an einem frei aufgefassten ländlichen Barock mit Einflüssen des Jugend-
stils. Reich gegliederte Baukörper und vielfach variierte Dachlandschaften charak-
terisieren die Kolonie. Baukünstlerischer Schmuck ist zurückhaltend eingesetzt.

Im Riedtli wurden die Wohnungen der ersten Bauetappen konsequent mit Wohndie-
len versehen, einer geräumigen Ausweitung des Korridors mit eigenem Fenster und
eingebauter Sitzbank, «die als Esszimmer und als Aufenthaltsort für die Kinder dienen
kann».⁴⁰ Der Wohnungsschlüssel reichte von 2 bis 5 (eigentlich 5 1/2) Zimmern. Für die
3. Etappe wurde ein grosser Teil der vorgesehenen Fünfzimmerwohnungen in kleine-
re Einheiten umgewandelt, weil sich die grossen Wohnungen als schwer vermietbar
erwiesen hatten. Die Wohnungsbaukommission forderte zudem den Verzicht auf die
Wohndielen und stattdessen Balkone oder offene Veranden.⁴¹

Fisslers Autorschaft an den Wohnsiedlungen

Über die Autorschaft an den ersten städtischen Wohnungsbauten herrschte bisher
weitgehend Unsicherheit, meistens wurden sie Friedrich Fissler persönlich zugeschrie-
ben, der als Chef alle offiziellen Pläne signierte. Aus den Quellen geht jedoch klar her-
vor, dass die Entwurfsarbeiten für die Siedlungen Limmat und Riedtli sowie für die
Wohnhäuser bei den Tramdepots Tiefenbrunnen und Hard im Wesentlichen dem 1879
geborenen Assistenten Friedrich Hirsbrunner zuzuschreiben sind, der am Technikum in
Burgdorf und an der Technischen Hochschule München studiert hatte. Im März 1906
kam er von St. Gallen, wo er Arbeiterhäuser für die städtischen Werke entworfen
hatte, zum Hochbauamt der Stadt Zürich.⁴² Seine Stelle war vom Stadtrat eigens zum
Studium des städtischen Wohnungsbaus neu geschaffen worden. 1909 wurde er als
Anerkennung für seine Arbeit zum Adjunkt des Stadtbaumeisters befördert.⁴³

*Die Siedlung Riedtli – erbaut in Etap-
pen 1911–1919 – galt zu ihrer Zeit als
Gartenstadt. Mehrere kleine Park- und
Hofanlagen strukturieren die Siedlung;
sie schaffen abwechslungsreiche
Räume und Häusergruppen. INSA
Zürich (1992), S. 390. Modellphoto BAZ.*



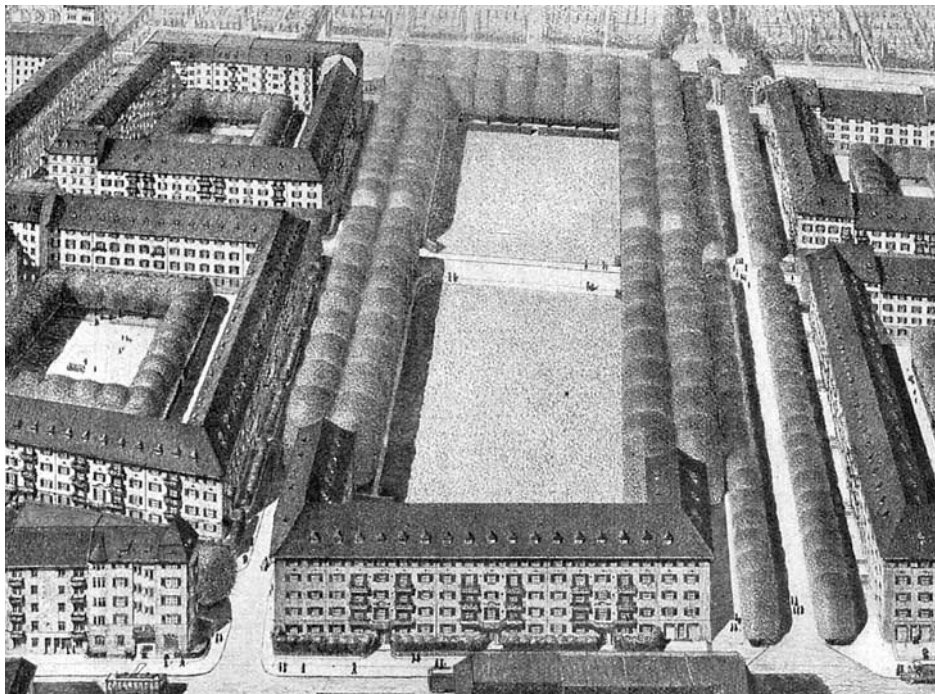
Fisslers Beitrag bei der Projektierung der städtischen Siedlungen beschränkte sich auf die Begleitung und Kritik der Entwurfsarbeit. In den städtischen Gremien, im Baukollegium oder im Stadtrat und gegenüber der Öffentlichkeit vertrat Fissler als Dienstchef die Projekte und liess sich auch in der Fachpresse als Autor nennen.⁴⁴ Dies führte 1910 zu einem heftigen Streit mit Adjunkt Hirsbrunner. Die Neue Zürcher Zeitung hatte diesen nämlich im Vorfeld der Volksabstimmung über das Riedtli-Projekt als Entwerfer genannt. Fissler sah sich dadurch in seinen Rechten verletzt und verlangte – vergeblich – eine Gegendarstellung.⁴⁵ Der anschliessende Streit zwischen Hirsbrunner und Fissler führte zu einer Untersuchung durch den Vorstand des Bauwesens I, Stadtrat Heinrich Wyss, deren Protokolle erhalten sind und genaueren Aufschluss über die Zusammenarbeit im Hochbauamt geben.⁴⁶

Hirsbrunner beschreibt (und Fissler bestätigt) darin, dass er weitgehend selbständig die Pläne für beide Wohnsiedlungen erarbeitet habe. Fisslers Beitrag bezog sich vor allem auf die städtebauliche Situation: Er ermutigte Hirsbrunner, die Bauten von der Baulinie zu lösen und sie vermehrt zu Gruppen zusammenzufassen. Von ihm stammte auch der Vorschlag, eine im Quartierplan enthaltene Strasse einfach wegzulassen, das heisst, die Wohnsiedlung mehr als innere Einheit zu gestalten. Ähnliche Vorschläge und Anregungen kamen auch aus der Wohnungsbaukommission, die das Projekt zu begutachten hatte. Fisslers Einfluss macht sich wohl auch im Stil der Bauten bemerkbar, die sich gestalterisch ganz in die Werke des Hochbauamtes der Ära Fissler einordnen.

Hirsbrunner drang 1911 mit seinem Wunsch nicht durch, den städtischen Wohnungsbau ganz in eigener Kompetenz zugeteilt zu erhalten. Bauvorstand Wyss sicherte ihm zwar mehr Selbständigkeit zu, aber offenbar ohne nachhaltigen Erfolg. 1912 verliess Friedrich Hirsbrunner das Hochbauamt und gründete ein eigenes Architekturbüro.⁴⁷

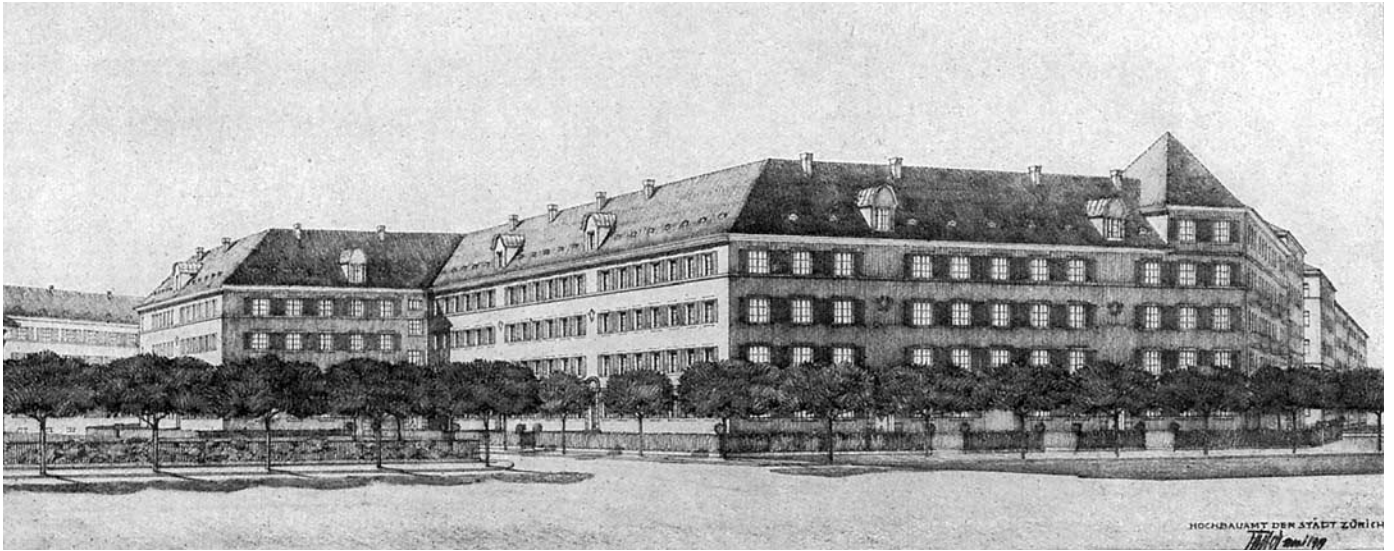
Das Notwohnungsbauprogramm 1917–1920

Eine zweite Serie von städtischen Wohnbauten entstand am Ende des Ersten Weltkriegs, zwischen 1917 und 1920, in einer Zeit des Mangels und unterscheidet sich sehr deutlich von den Vorkriegshäusern. In einem Kontext extremer Wohnungsnot



Die Wohnkolonie Zurlinden der Architekten Bischoff & Weideli (1918–1919) setzte für den Städtebau der zwanziger Jahre den Massstab. Statt romantischer Vielfalt herrschen hier volumetrische Klarheit und strenge Horizontalität. Hellgrauer Putz und geometrische Baumreihen unterstützen das städtebauliche Anliegen, die «etwas bunte» Umgebung zu beruhigen. Schaubild von der Badenerstrasse her. Aus: Eberlé 1920, S. 22.

Rechte Seite: Die Grundrissbeispiele (Mst. 1:200, verkleinert) aus der Siedlung Zurlinden zeugen von Sparsamkeit. Wohnküchen ersetzen den grossen Wohnraum. Auf Bäder wurde verzichtet, zum Teil entfällt auch der Korridor. Aus: Eberlé 1920, S. 23.



Die städtische Siedlung Sihlfeld (1920) ist die letzte, die unter der Leitung Friedrich Fisslers projektiert wurde. Sie orientiert sich am neuen sachlichen Paradigma; von den romantischen Dachlandschaften früherer Kolonien sind bloss noch die Treppenhauslukarnen geblieben. Aus: Eberlé 1920, S. 38.

und massiver Inflation⁴⁸ entschloss sich die Stadt zum Wohnungsbau als soziale Notmassnahme, weil keine privaten Investoren mehr zu finden waren und der Leerwohnungsbestand bei Null angelangt war. Die Abrechnung der 4. und 5. Baustappe im Riedtli hatte gezeigt, dass die Stadt mit Kosten von 200 bis 300 Prozent der Vorkriegspreise zu rechnen hatte.⁴⁹ Trotzdem entstanden 1918 bis 1920 rund 700 kommunale Wohnungen – während Private praktisch überhaupt nicht mehr bauten.

Diese Ausgangslage führte zu einer Neuorientierung in der Wohnbauarchitektur. Für die Siedlung Zurlindenstrasse schrieb die Stadt 1916 einen Wettbewerb aus, den die Architekten Bischoff & Weideli gewannen.⁵⁰ Ihr Projekt «Einheit» verzichtete auf jegliche malerischen oder monumentalen Effekte, nur die Hauseingänge sind durch schwere Einfassungen hervorgehoben. Die Blockrandbebauungen wurden mit durchlaufenden Gesimsen und einfachen Walmdächern ohne Aufbauten horizontal zusammengefasst, die quadratischen Fenster sind regelmässig verteilt. Die gesamte, um zwei Höfe und die Fritschi-Wiese gruppierte Anlage wirkt in ihrem hellen Grau fast klösterlich streng. Erstmals fanden sich korridorlose Wohnungen, deren Schlafzimmer durch die Stube erschlossen sind. Wohnküchen mit Balkon verliehen den Wohnungen trotzdem etwas Grosszügigkeit.

Die strenge Horizontalität dieser 1919 fertiggestellten Bauten löste die romantische Formenvielfalt ab, welche die Riedtli-Siedlung charakterisiert.⁵¹ Sie entspricht der Vorstellung von einem geschlossenen Stadtkörper, die um 1918 aufkam und für die 1920er Jahre typisch blieb. Als Leitbild prägte die Siedlung Zurlinden den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbau jener Zeit grundlegend. Trotz aller Vereinfachungen liess sie sich allerdings bei weitem nicht kostendeckend vermieten: 79% der Anlagekosten blieben unverzinst.⁵²

Weitere Sparmassnahmen führten zu einem besonders gearteten Wettbewerb für die nächste städtische Wohnsiedlung: Die Bewerber waren frei in der Wahl des Grundstücks und hatten eine schlüsselfertige Siedlung zu festen Preisen zu offerieren.⁵³ Die Siedlung Rebhügel wurde von den Gebr. Bräm 1919 auf dem Wiediker Bühl erstellt. Trotz den engen Vorgaben blieb auch in dieser Siedlung mehr als die Hälfte des Anlagekapitals unverzinst. Sogar die 1918 in nur sechsmonatiger Bauzeit erstellte Siedlung Trottenstrasse, die sog. Schindelhäuser in Wipkingen, musste zu 50% abgeschrieben werden. Um der äussersten Wohnungsnot die Spitze zu brechen, hatten die Architekten Pflughard & Haefeli hier Fachwerkbauweise vorgeschlagen. In Materialisierung und Fläche wurden diese Wohnungen auf das Äusserste reduziert.

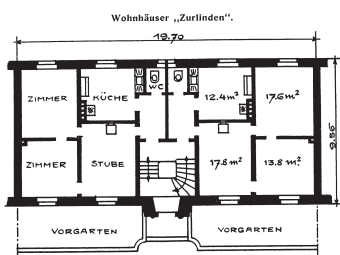


Fig. 25. Parterre.

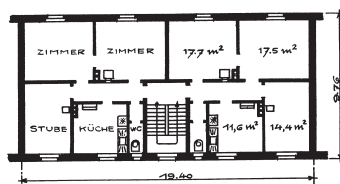


Fig. 26. 1. Stock.

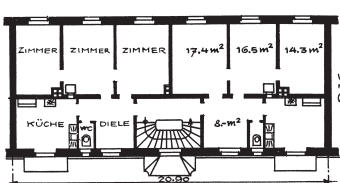
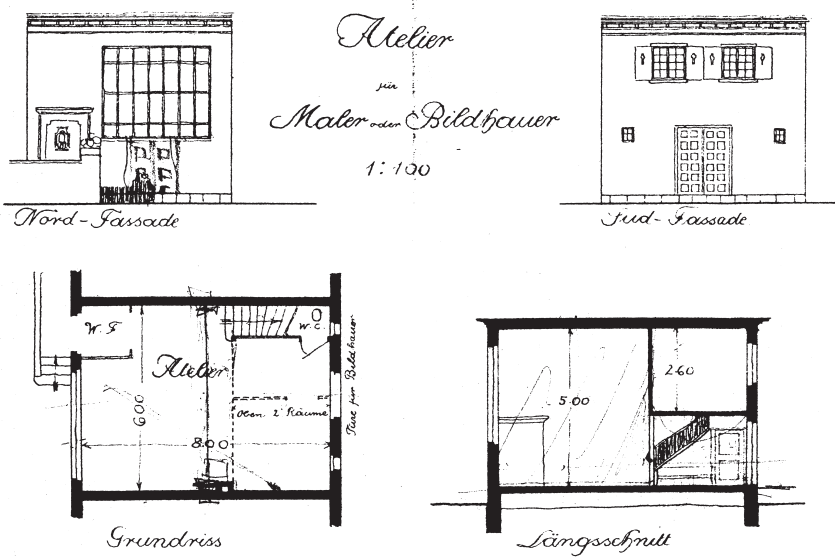
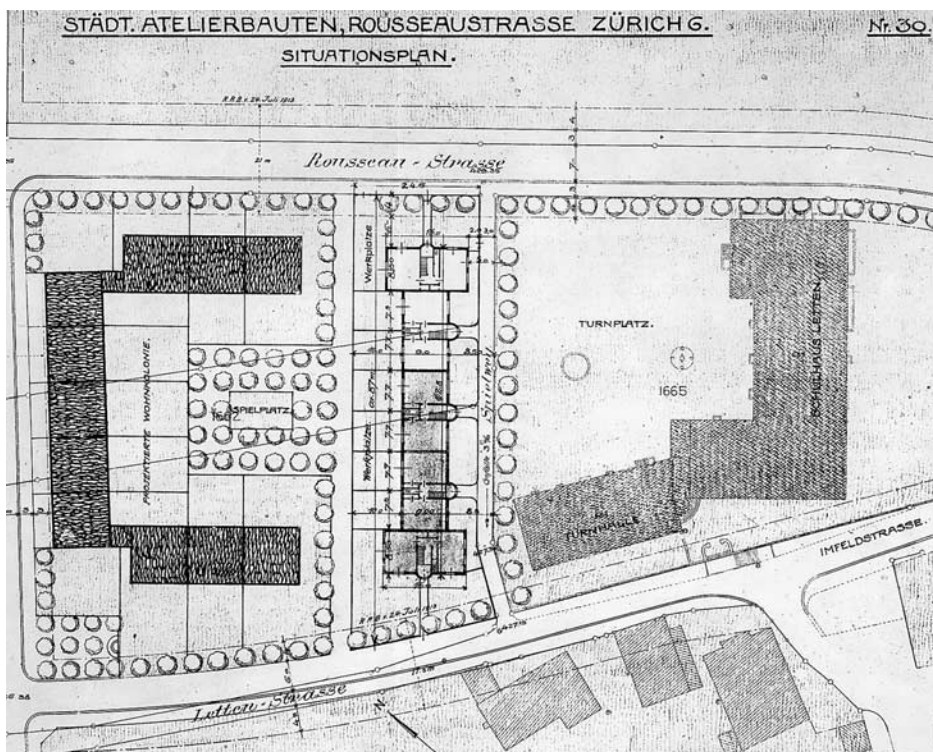


Fig. 27. 1. Stock.
Grundriss 1:300.

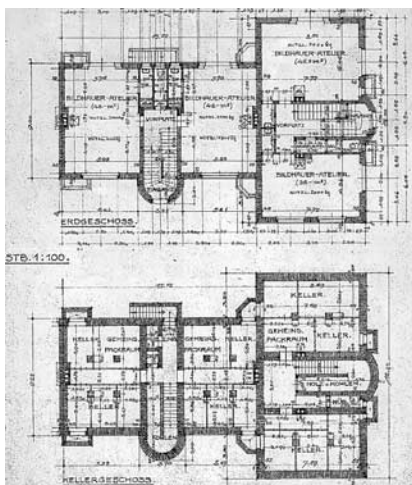
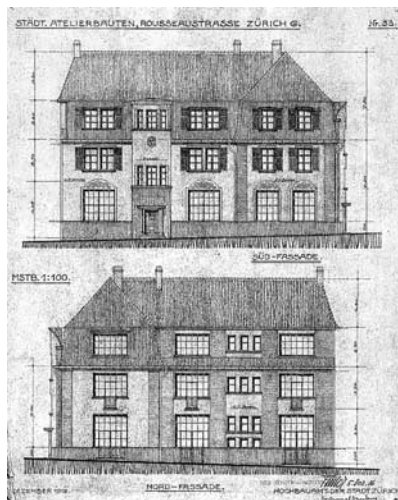


Wohnateliers in aufgereihten, andert-halbgeschossigen Hauswürfeln schlug Architekt Adolf Asper (1860–1921) im Namen der Zürcher Künstler den städtischen Behörden vor. Die Skizze lag der Motion von Hermann Balsiger bei, die den Bau von städtischen Ateliers anregte. StadtA: V.Gc.62.–14c.

Von den städtischen Siedlungen aus der Zeit der grossen Wohnungsnot wurde nur eine einzige, die Kolonie Sihlfeld (1920), vom Hochbauamt selber konzipiert und erstellt. Seit 1913 war das Personal des Amtes stark geschrumpft und nach dem Abgang Hirsbrunners fehlte ein eigentlicher Wohnungsbauspezialist. Sein Nachfolger als Adjunkt, Henri Eberlé (1880–1928), konnte im Wohnungsbau schon aus Kapazitätsgründen weniger selbständig handeln.⁵⁴ Die Häuser im Sihlfeld und die vier Muster-Kleinhäuser an der Wibichstrasse (1920 unter Hermann Herter erstellt; vgl. auch S. 62) sind die einzigen Zeugen seines Wirkens. Als Folge der 1919 eingetretenen Finanznot der Stadt Zürich musste der kommunale Wohnungsbau 1920 für viele Jahre eingestellt werden (vgl. S. 58–59).



Städtische Atelierbauten an der Rousseaustrasse, Situationsplan Mst. 1:500, sign. Fissler, 5. Dezember 1916. BAZ J 93.



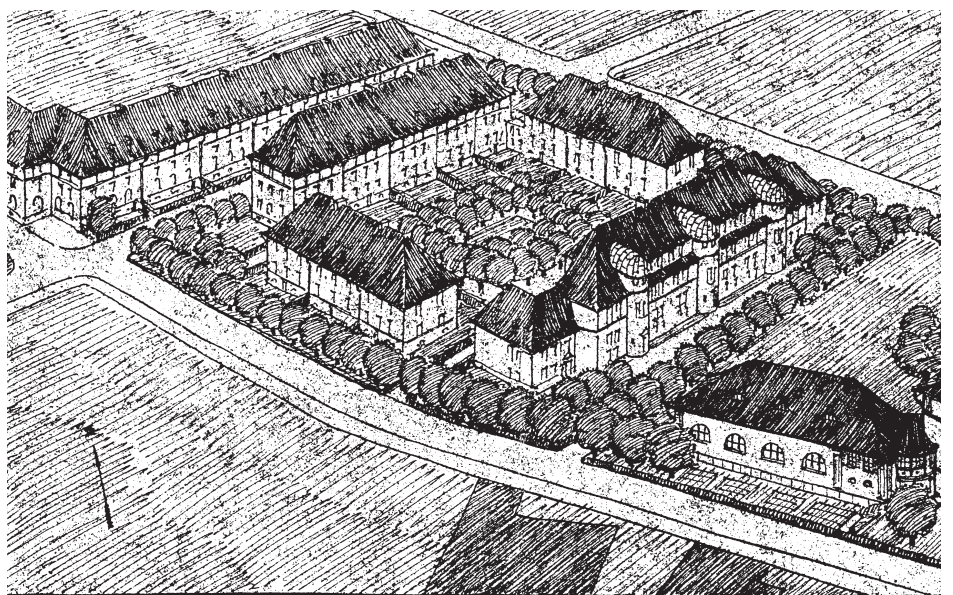
Das Atelierhaus

Ein letztes Werk Friedrich Fisslers ist besonders zu erwähnen: das 1917 bis 1918 erbaute Atelierhaus an der Rousseaustrasse in Wipkingen. Dieses inmitten von genossenschaftlichen Wohnkolonien gelegene kleine Haus für die Kunst – es umfasst 14 Arbeitsräume für Bildhauerinnen und Maler – hat als Bautyp erst Jahrzehnte später Nachfolger gefunden. Seine Entstehung geht auf den Ausbruch des Ersten Weltkriegs zurück, der viele Schweizer Künstler und Künstlerinnen aus den europäischen Städten zurück nach Zürich getrieben hatte. Diese Situation brachte der Stadt eine Bereicherung (bereits war die Rede davon, Zürich könnte zur Kunstmetropole mit einer eigenen Kunstakademie werden)⁵⁵, viele Künstlerinnen und Künstler aber gerieten dadurch in eine Notlage (vgl. S. 70–71). Sie fanden nur behelfsmässige Arbeitsräume, klein, teuer und oft nicht heizbar.⁵⁶ Der Jurist Hermann Balsiger (1876–1953), Kunstexperte der Sozialdemokraten und Mitglied der seit 1912 bestehenden kantonalen Heimatschutz-Kommission, forderte im Oktober 1915 in einer Motion den Bau von Künstlerateliers durch die Stadt. Ohne eine Abstimmung im Grossen Stadtrat abzuwarten, bildete die Stadtregierung im Januar 1916 eine Atelier-Kommission mit Stadtrat Emil Klöti, Stadtbaumeister, Finanzvorstand, Hermann Balsiger, Architekt Karl Moser, Bildhauer Walter Mettler und den Malern Christian Conradin und Sigismund Righini.⁵⁷ 139 in Zürich lebende Künstlerinnen und Künstler wurden in einer systematischen Umfrage nach ihren Ateliervhältnissen befragt, 64 davon zeigten Interesse an der Miete eines städtischen Ateliers – von den übrigen waren viele nicht in der Lage, eine Werkstatt zu bezahlen.⁵⁸ Weil für diese Bauaufgabe kaum Vorbilder existierten, befragte man zudem die Bauämter deutscher Städte nach ihren Erfahrungen.⁵⁹

Stadtbaumeister Fissler dachte an den Bau einer eigentlichen Künstlerkolonie in Wollishofen oder im Letten, mit einer doppelten Reihe von mehrstöckigen Bauten. So hätten sämtliche interessierten Künstler berücksichtigt werden können. Politische Rücksichten und die Kriegsteuerung zwangen zu Kompromissen. Um eine Volksabstimmung zu vermeiden, entschied sich die Kommission, fürs erste nur 14 Ateliers mit 20 bis 48 m² Fläche vorzuschlagen, denen im Rahmen eines etappierbaren Konzepts später weitere folgen sollten. Im Mai 1918 konnten die Räume bezogen werden. Die geplante Fortsetzung blieb aus.⁶⁰ Umso isolierter nimmt sich das Atelierhaus in der Umgebung eines reinen Wohnquartiers heute aus.

Oben: Fassaden und Grundrisse (Mst. 1:100, verkleinert) des Atelierhauses am Spielweg in Wipkingen. Die Konzeption des Hauses fördert ein störungsfreies Arbeiten. Die Räume im schmalen Hausteil sind unterteilbar. Sign. Fissler, 5. Dezember 1916. BAZ J 93a.

Rechts: Die Vogelschau zeigt die geplante Erweiterung des Atelierhauses nach Westen und seine Einbettung in eine städtische Wohnsiedlung. Vorprojekt Februar 1916. StadtA: V.Gc.62–14c.



Atelier-Bauten, Situation beim Schulhaus Letten.

Nichtverwirklichte Projekte

Die Krise der städtischen Finanzen im November 1919, die von den Banken und der Kantonsregierung zu massiver Einflussnahme auf die Budgetpolitik der links regierten und von sozialen Unruhen erschütterten Stadt benutzt wurde, zwang nicht nur zu massenhaften Entlassungen städtischen Personals, sondern auch zum Verzicht auf die Verwirklichung Jahre alter sozialer Bauvorhaben.

Im Friesenberg zum Beispiel, wo die Stadt bereits 1896 zum Bau von Arbeiterhäusern vorsorglich Land gekauft hatte, war seit 1911 eine Gartenstadt mit rund vierhundert einfachsten Häusern für Arbeiterfamilien projektiert worden. Die Kolonie weitab vom städtischen Lärm sollte sich rund um einen Dorfplatz gruppieren. Bahnstation, Schulhaus, Laden und Wirtschaft, ein Gemeindehaus und ein Sporthaus sollten der Anlage eine eigene Mitte verleihen. Das praktisch baureife Projekt wurde 1920, nach dem Amtsantritt Hermann Herters, definitiv begraben.⁶¹

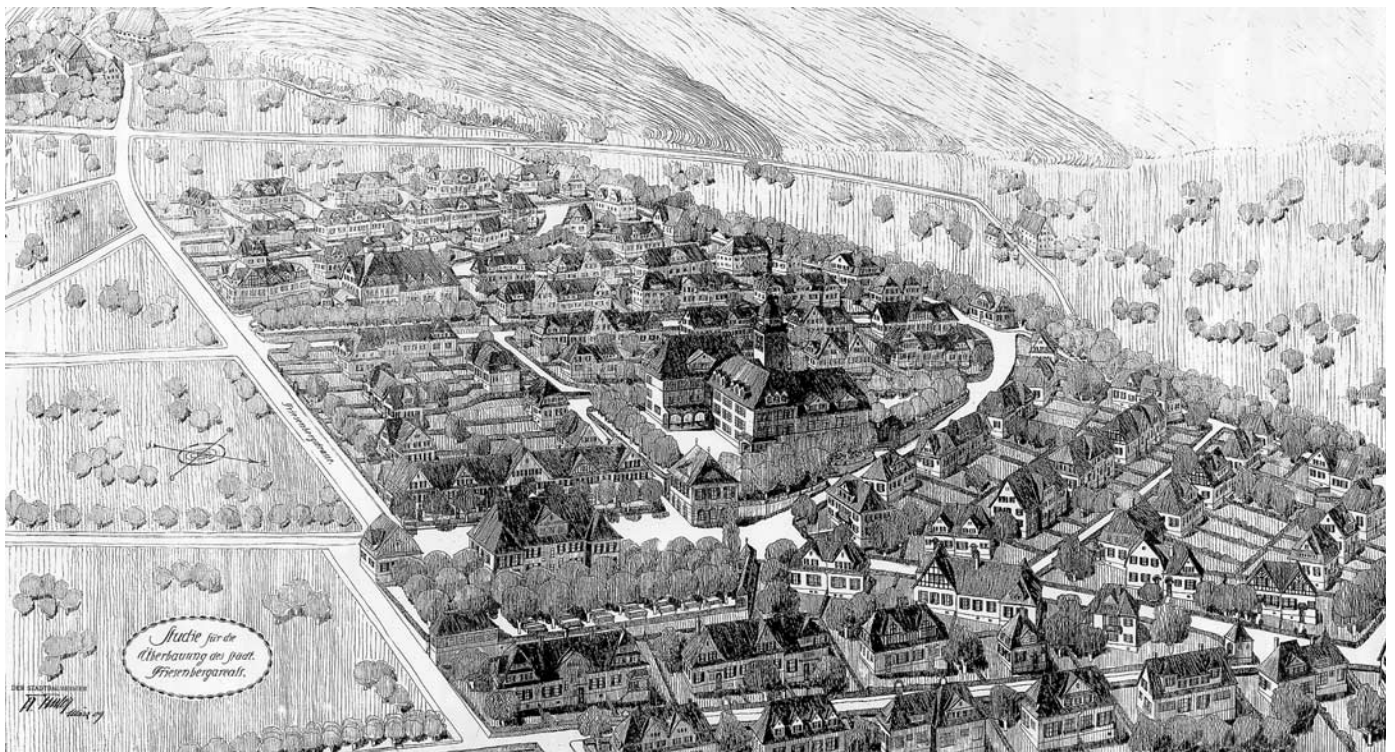
Nicht besser erging es dem Projekt für ein Stadtspital in der Waid, das seit 1907 im Gespräch war. Auch hinter diesem Vorhaben stand Stadtrat Friedrich Erismann, der das medizinische Angebot in der Stadt gezielt um sozialmedizinische Zweige wie die Therapie von Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten und von Infektionskrankheiten wie Scharlach erweitern wollte.⁶² Wegen der vorgesehenen Spezialisierung war das Spital im Pavillonsystem geplant, die Höhenlage der Waid sollte zum Wohlbefinden von Langzeit- und Lungenpatientinnen beitragen. Als Stadtrat Erismann 1915 starb, lag ein fertig ausgearbeitetes Projekt (Mst. 1:100) bereit, das nie verwirklicht wurde. Erst 1953, vierzig Jahre später, eröffnete Zürich sein Stadtspital in der Waid (vgl. Abb. S. 108).

Stadtentwicklung und Städtebau

Schon in seiner Bewerbung um die Stelle des Stadtbaumeisters zeigte sich Friedrich Fissler interessiert, seine «Tätigkeit auch auf ein Gebiet auszudehnen, das nicht gerade ausschliesslich Aufgabe des HBA ist; ich meine den Städtebau».⁶³ Im Geschäftsbericht für das Jahr 1907 berichtete der Stadtbaumeister erstmals über die Mitwirkung an



Eine weiträumige Gartenstadt mit zentralen Monumentalbauten und offenem Bachraum plante Friedrich Fissler am Döltschibach im Friesenberg. Die Realisierung des Projektes wurde jahrelang verschoben und blieb schliesslich aus. Oben: Situationsplan Mst. 1:1000 (verkleinert), sign. Fr. Fissler, März 1909. Unten: Vogelschauansicht der Gartenstadt, sign. Fr. Fissler, März 1909. BAZ M 48 und 48b.

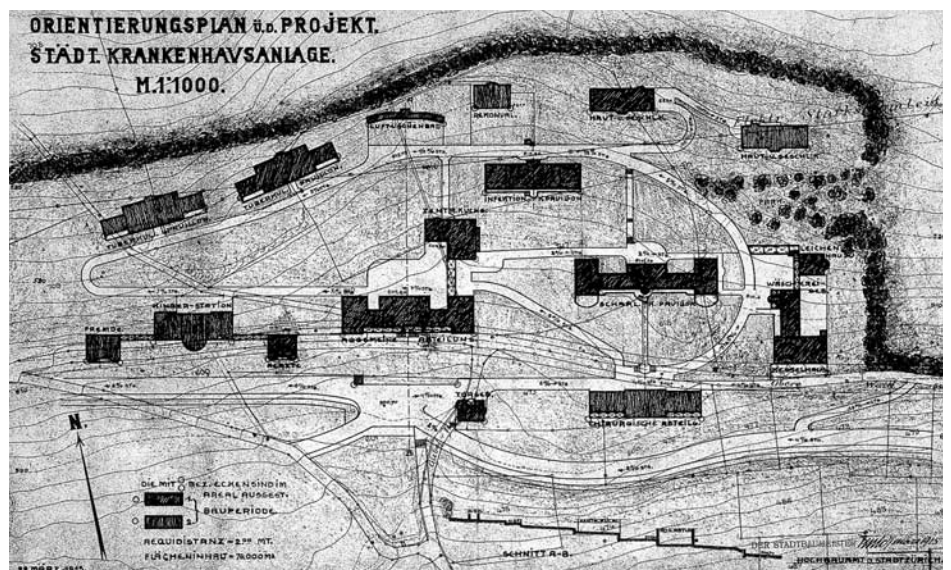


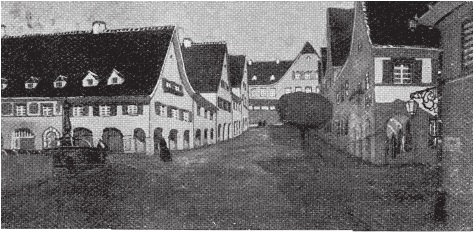
Das Projekt für ein Stadtspital auf der Waid im Modellfoto von 1915. Entwurf von Stadtbaumeister F.W. Fissler. Die verandaartigen Balkonschichten waren den Tuberkulose-Sanatorien abgesehen. Man wollte die Höhenluft der Waid für die Genesung der Kranken nutzen. StadtA.



Quartierplanungen und städtebaulichen Studien. Er drang damit in ein Tätigkeitsfeld vor, das klar in die Kompetenz des Tiefbauamtes gehörte. Zur Stellungnahme wurde er vom vorgesetzten Stadtrat eingeladen. Gefragt war die Meinung des Stadtbaumeisters (und ebenso oft die Gustav Gulls) besonders dann, wenn es sich um Fragen des künstlerischen Städtebaues handelte, also um Fragen der Gliederung von Baumassen, um die Bildung imposanter Stadträume oder malerischer Wirkungen. So bezogen sich frühe Stellungnahmen auf das Gebiet des Bahnhofs Enge, dessen Verlegung geplant war (vgl. S. 63) und auf das Stampfenbach-Areal (Walchestrasse und Neumühlequai), wo Sonderbauvorschriften die künftige Bebauung regeln sollten. Doch schon 1908 ging das Hochbauamt weiter und befasste sich – in der Form von Gutachten und Studien – mit der Erschliessung neuer Quartiere an der Peripherie, dem Friesenberg und dem Gebiet Moos in Wollishofen. 1909 wurden Gutachten über die Eierbrecht, die Waid und das Lettenquartier erarbeitet. In allen diesen noch unerschlossenen Gebieten waren zwangsläufig die Strassenführung und Parzellierung, nicht allein die konkrete bauliche Gestaltung, Thema der Studien. Die Ausdehnung des Kompetenzbereichs der Architekten stellte einen Eingriff in die Arbeit der Ingenieure dar, der im Namen der Kunst gegen den reinen Utilitarismus geführt wurde.

Situationsplan des Stadtspitals, Mst. 1:1000 (verkleinert). Das Pavillonsystem wurde gewählt, um die Patientinnen und Patienten mit ansteckenden Krankheiten isoliert unterzubringen. Auf diesem Areal breiten sich bis heute Schrebergärten aus. Erst 1953 wurde das städtische Spital eröffnet, allerdings unterhalb statt – wie auf diesem Plan – oberhalb der Strasse. Vgl. auch S. 108 (Abbildung). BAZ J 149.





Otto Rudolf Salvisberg (1882–1940), Berlin, als «Häuslebauer». Studien für Strassen- und Platzräume aus dem Wettbewerbsprojekt (Entwurf Nr. 31, Motto «WAZ») für das Waidquartier, 1912. Vgl. S. 26 (Abbildung). Aus: SBZ Bd. 59 (1912), S. 228.

Der Ausdruck «Städtebau» im heutigen Sinn war erst 1889 mit dem Manifest von Camillo Sitte (1843–1903) ins Bewusstsein der Öffentlichkeit getreten und zum künstlerischen Arbeitsfeld von Architekten geworden.⁶⁴ Die Anlage neuer Stadtquartiere und der Bau von Strassen waren im 19. Jahrhundert das ausschliessliche Sachgebiet von Ingenieuren und Geometern geworden. Sie hatten im Interesse einer wirtschaftlichen Baulanderschliessung möglichst rechtwinklige Strassenraster und möglichst lange, gerade Strassenzüge angelegt, oft ohne auf die landschaftlichen Gegebenheiten besonders Bezug zu nehmen. Der universell anwendbare Rechteckraster und die dichte geschlossene Bebauung, die meistens mit ihm einherging, wurde in den Jahren nach 1900 zur Zielscheibe der Kritik von Seiten der fortschrittlichen Architekten und Ingenieure, die sich gegen diesen Schematismus wandten. Nicht bloss Flächen und Linien seien im Plan festzulegen; Aufgabe des Städtebaus sei vielmehr die Schaffung von Platz- und Strassen-Räumen mit klarer Hierarchie. Die Orientierung an der natürlichen Topografie, dem Landschaftsraum und der Dynamik des Verkehrs sollte das Netz der Strassen in flüssige Formen bringen. Genau so wie die moderne Architekturrichtung den Schematismus konventioneller Renaissanceformen kritisierte, lehnte der moderne Städtebau die Rasterstadt des 19. Jahrhunderts ab und forderte die «organische» Erschliessung und Gliederung des Geländes.

Wenn der Städtebau ein Gebiet der Kunst darstellte, lag es nahe, städtebauliche Fragen durch Wettbewerbe zu klären. Private Grundeigentümer, die Erben Rieter, machten im November 1908 in Zürich den Anfang, indem sie für die Überbauung eines grossen Geländes in der Enge einen beschränkten Wettbewerb durchführten. Das Rietergut wurde in der Folge nicht nach einem Wettbewerbsprojekt, sondern nach den Plänen Theodor Fischers angelegt, der als alleiniger Preisrichter wirkte (vgl. S. 12).⁶⁵ Fast gleichzeitig schrieb die Baugesellschaft «Phoenix» für die Überbauung des Schlössli- und Susenberg-Areals am Zürichberg einen Wettbewerb aus, in dem «auf sinnreiche und künstlerische Ausnützung der Bodengestaltung» und den Einbezug bestehender Bäume Wert gelegt wurde.⁶⁶ Befriedigt konstatierte die Schweizerische Bauzeitung, dass die prämierten Projekte «mit dem bisherigen Gesetz von der ewig geraden Linie und dem rechten Winkel gründlich gebrochen» hätten.⁶⁷

Der Entwurf von Salvisberg gewann im städtebaulichen Wettbewerb für das Waidquartier 1912 den 2. Preis ex aequo. Sein Strassennetz folgt in sanft geschwungenen Linien dem Gelände und sorgt für eine ruhige Gesamtwirkung. Das städtische Spital ist am Waldrand vorgesehen. Ein dominantes Schulhaus besetzt die Geländekuppe, auf der 1953 das Waidspital erbaut wurde. Aus: SBZ Bd. 59 (1912), S. 229.

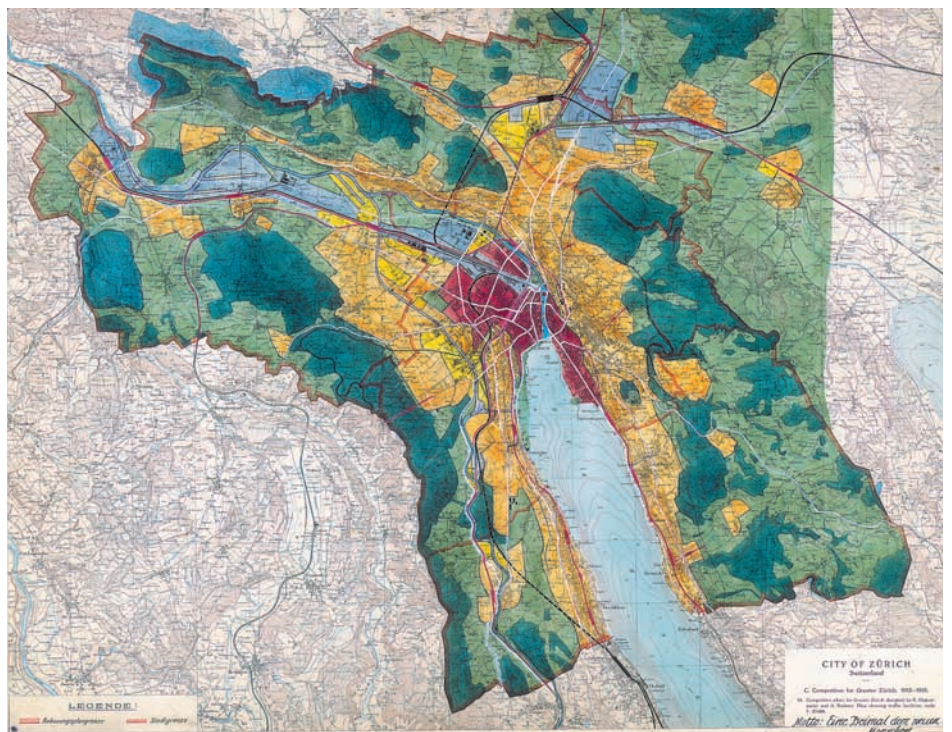




Stadtplanung und Wohnungsbau waren für Emil Klöti (1877–1963) die wichtigsten Anliegen, die er während drei Jahrzehnten in der Zürcher Stadtregierung verfolgte. Klöti führte das Instrument des Wettbewerbs im Städtebau ein. Von historischer Bedeutung war der Wettbewerb Gross-Zürich, der 1911 beschlossen und bis 1918 unter Klötis persönlicher Leitung durchgeführt wurde. Aus: Zurlinden 1915, Tafel nach S. 258.

Wettbewerb Gross-Zürich 1918. Der Entwurf von Albert Bodmer und Konrad Hippenmeyer für die Grossstadt der Zukunft. Die Vororte sind als dezentrale Gartenstädte gedacht (gelb) und mit einem neuen S-Bahn-Netz (rot) erschlossen; weite Grüngelände bleiben unbebaut. Das Zentrum (orange-rot) wird weiter verdichtet. An Limmat und Glatt finden sich Hafen- und Industrieanlagen (grau). BAZ Wettbewerb Gross-Zürich (WGZ). Vgl. S. 50–53.

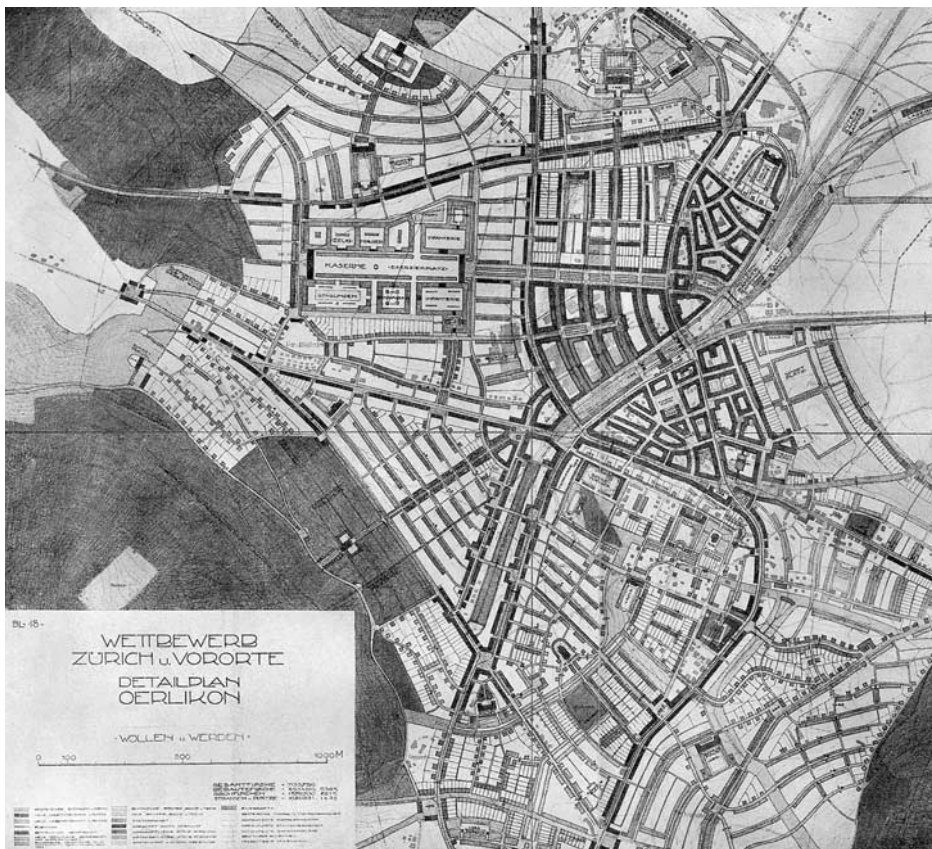
So traf es eigentlich gar nicht mehr zu, wenn der Ingenieur und Redaktor Carl Jegher (1874–1945) Ende 1910 in der Bauzeitung klagte, die Städtebau-Kunst sei hinter der Architektur zurückgeblieben, wo «wir uns schon seit einer Reihe von Jahren eines gesunden, frischen Aufschwungs erfreuen».⁶⁸ Gerade in den Jahren um 1910 begann sich in der Schweiz ein eigentlicher Städtebau-Boom abzuzeichnen. Daran war Carl Jegher selber mitbeteiligt. Beeindruckt von den Leistungen des neuen deutschen Städtebaus und besonders von den Ergebnissen des 1909 durchgeführten Bebauungsplanwettbewerbs für Gross-Berlin, regte Jegher zusammen mit dem Architekten Max Haefeli (1869–1941) Ende 1910 die Durchführung einer Städtebauausstellung in Zürich an, die zu einer grossen Propaganda-Offensive für den künstlerischen Städtebau wurde. Im Zentrum standen die Berliner Pläne. Im Ausstellungskomitee sassen neben den Initianten Haefeli, Jegher und dessen Partner Otto Pflughard, Kantonsbaumeister Hermann Fietz, Stadtbaumeister Friedrich Fissler, Stadttingenieur Viktor Wenner, der städtische Bausekretär Hermann Balsiger und schliesslich der Architekturkritiker Albert Baur. Es dominierten explizite Vertreter des Heimatschutz-Gedankens und reformerischer Ideen. Neben Architekten und Juristen machten nur zwei Ingenieure mit. Gustav Gull fehlt auffallenderweise auf dieser Liste, nicht aber Emil Klöti (1877–1963). Der Jurist und ehemalige Verwaltungssekretär der kantonalen Bau-direktion war 1907 in den Stadtrat gewählt worden; im Frühjahr 1910 übernahm er von seinem Parteigenossen Heinrich Wyss das Bauwesen I und arbeitete sich mit Leidenschaft in die Fragen des Städtebaus ein.⁶⁹ Es war vor allem die soziale Seite der Materie, die Klöti interessierte. Sein Ziel war die Reform des Wohnungsbaus im Sinn der Gartenstadtbewegung, die Schaffung gesunder Quartiere und ausreichender Grünflächen, ausserdem glaubte er an die wirtschaftliche Bedeutung leistungsfähiger Strassen und Verkehrsmittel. Als ökonomisch denkender Mensch war Klöti überzeugt, dass nur durch aktive, vorausschauende Planung die übergeordneten sozialen und ästhetischen Interessen in der Entwicklung der Stadt fruchtbar werden. Zur Verwirklichung seiner Ziele setzte er hauptsächlich auf die Bodenpolitik und die Förderung des Wohnungsbaus aus städtischen Mitteln. Sein jahrzehntelanges Engagement als Stadtrat und Stadtpräsident bis 1942 half, die Themen Städtebau und Stadtplanung in Zürich zu verankern. (vgl. S. 54–56, 74)



Die Zürcher Städtebauausstellung vom Februar 1911 wurde zu einem unerwarteten, enormen Publikumserfolg. Als praktische Folge dieser eindrücklichen Kampagne für den künstlerischen Städtebau ist zu werten, dass auf Anregung des Baukollegiums ein Wettbewerb für die Erschliessung des neuen Stadtquartiers Waid (Abb. S. 34) ausgeschrieben wurde. Und noch im gleichen Jahr 1911 beschloss der Stadtrat auf Anregung des Zürcher Ingenieur- und Architekten-Vereins (ZIA) die Ausschreibung eines internationalen Ideenwettbewerbs über den Bebauungsplan der Stadt Zürich und ihrer Vororte.⁷⁰ Der Stadtrat wollte sich nicht mehr mit der Planung im begrenzten Stadtgebiet von 1893 begnügen, sondern die Entwicklungsgebiete der Zukunft rechtzeitig mit einbeziehen.

«Wenn sich die Bevölkerung des Gebietes von Zürich und Vororten in den nächsten fünfzig Jahren nur halb so stark vermehrt wie im verflossenen halben Jahrhundert, so wird es sich baulich zu einer einzigen grossen Stadt auswachsen.»⁷¹

Im Jahr 1907 hatte die Stadt das namensgebende, ausgedehnte Landgut auf der Waid gekauft, um Stadtbild und Aussicht an einer besonders exponierten Stelle langfristig zu sichern. Neben Wohnquartieren sollte das geplante Stadthospital auf der Waid seinen Platz finden. Im Frühling 1912 wurden die 31 eingegangenen Wettbewerbs-Entwürfe juriiert, die Architekten Pflughard & Haefeli teilten sich den Sieg mit dem jungen, in Berlin tätigen Berner Otto Rudolf Salvisberg (1882–1940). Für Salvisberg sprach die «künstlerisch empfundene Anordnung der einzelnen Häuser und Häusergruppen zu einer heimeligen Wohnkolonie», Pflughard & Haefeli hatten technisch die bessere Lösung gebracht.⁷² Ihren Vorschlag legte das Tiefbauamt seiner Weiterbearbeitung des Bebauungsplans zugrunde. Das gleiche Vorgehen wählte Emil Klöti im Gebiet der isoliert gelegenen Eierbrecht, am Hang unterhalb von Witikon.⁷³ Auf eine städtebauliche Studie Friedrich Fisslers über dieses Gebiet schrieb Emil Klöti im April 1912 die handschriftliche Anweisung ans Tiefbauamt, einen Wettbewerb auszuschreiben.⁷⁴



Wettbewerb Gross-Zürich 1918. Eine Vision für Zürich-Nord im Entwurf der Winterthurer Architekten Rittmeyer & Furrer. Das Zentrum der Gemeinde Oerlikon beim Marktplatz wird weiter verdichtet; die Industrie hat ihre Areale verlassen und zieht in die Nähe des östlich angrenzenden Hafens an der Glatt (Leutschenbach-Quartier). Statt der Maschinenfabriken finden sich nördlich des Bahnhofs geschlossene Hofrand-Bebauungen mit geschwungenen Strassenzügen. Gartenstadtsiedlungen umgeben den dichten Siedlungskern in allen Richtungen. BAZ WGZ. Schlussbericht 1919, Tafel 9 nach S. 68.



Wettbewerb Gross-Zürich 1918. Eine schmale «Waldverbindung» führt im Projekt von Bodmer und Hippenmeyer als Promenade quer über den Milchbucksattel. Im heutigen, um 1930 angelegten Zug der Milchbuck- und Guggachstrasse ist diese Verbindung in bescheidener Form verwirklicht. BAZ WGZ.

Wettbewerb Gross-Zürich 1918: Friedrich Fissler (vorne) führt mit ausgestreckter Hand die Preisrichter durch die Stadt. Von links nach rechts: C. Rehorst, Köln, Hermann Jansen, Berlin, Edmond Fatio, Genf, Gustav Gull (verdeckt von Fissler), Richard Petersen. Aufnahme auf dem Muggenbühl (Wollishofen). StadtA: VII.141 (Nachlass Fissler).



Bebauungsplan-Wettbewerbe für einzelne Quartiere oder ganze Gemeinden kamen in der Schweiz vor dem Ersten Weltkrieg geradezu in Mode. Beeindruckend ist allein schon die Liste der Jurytätigkeit Friedrich Fisslers: 1910 für die «Breite» in Schaffhausen, 1911 für die Quartiere «Breite» und «Vogelsang» in Winterthur, 1913 für das Quartier «Berneck-Dreilinden» in St. Gallen, 1919–1920 für das Berner Länggasse-Quartier.

Nach weiteren Verschiebungen infolge des Krieges trat erst im Frühling 1918 das Preisgericht des Wettbewerbs Gross-Zürich zusammen. Es setzte sich neben den amtlichen Experten vor allem aus deutschen Fachleuten zusammen, aus der Schweiz waren Edmond Fatio (1871–1959) aus Genf, Gustav Gull und Hans Bernoulli die prominentesten Mitglieder.⁷⁵ Die Grösse der gestellten Aufgabe verführte viele Teams zu radikalen Umbau- und Sanierungsvorschlägen für die Stadt, die keine Aussicht auf Verwirklichung hatten. Dagegen waren Vorschläge für grosse Hafenanlagen an Limmat und Glatt aus zeitgenössischer Sicht nicht unberechtigt und die zahlreichen Ideen für ein S-Bahn-System und Durchgangsbahnhof-Projekte bezogen sich auf reale Fragen der Stadtentwicklung; sie wurden in der Folge sehr ernsthaft weiter verfolgt. Unmittelbar wirksam wurden aber vor allem die Leitlinien, die aus dem Wettbewerb für die bauliche Entwicklung der Stadtquartiere ausgingen. In zahlreichen Anschlussaufträgen wurden Strassenführungen, Grünflächen und Bebauungsmuster von Quartieren in den Folgejahren überarbeitet, Quartierpläne revidiert, Strassen in flüssige Linien gebracht, der Verkehr aus den Wohnstrassen herausgehalten. Zwei ex-aequo-Sieger des Wettbewerbs Gross-Zürich, der Architekt Hermann Herter und der Planer Konrad Hippenmeyer, besetzten ab 1920 die für die Stadtentwicklung entscheidenden Posten in der Stadtverwaltung: Hippenmeyer als Leiter des Bebauungs- und Quartierplanbüros im Tiefbauamt (siehe S. 47, 52–57, 74), Herter als Stadtbaumeister und Nachfolger Friedrich Fisslers (siehe S. 44 ff.).

Das Ende der Ära Fissler

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs liess die Tätigkeit des Hochbauamtes sehr rasch schrumpfen, die Zahl der Assistenten und Techniker musste sich dieser Lage anpassen, schon 1913 waren Entlassungen vorgenommen worden. Grossprojekte wie das baureife Projekt für das Stadtsptal, die Brandwache und den Umbau des Helmhauses wurden aus finanziellen Erwägungen Jahr für Jahr zurückgestellt.

Mit dem Jahr 1919 ging die Amtszeit Friedrich Fisslers zu Ende. Der Stadtrat reagierte mit seiner Nicht-Wiederwahl auf langjährige Führungsmängel im Amt. Bereits 1910 beschwerten sich Mitarbeiter des Hochbauamtes gegenüber Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Stadtrats über Fisslers Amtsführung. Dieses Vorgehen trug ihnen vom Bauvorstand einen scharfen Verweis wegen Verletzung des Dienstwegs ein; es führte aber doch dazu, dass die Verhältnisse näher untersucht wurden. Im Untersuchungsbericht Emil Klötis kommt vor allem zum Ausdruck, dass die Beamten sich schlecht behandelt fühlten.⁷⁶ Sie klagten über herrisches Auftreten des Chefs, über Kleinlichkeiten, herabsetzende Bemerkungen und mangelnde Selbständigkeit. Adjunkt Gotthilf Korrodi, der die Abteilung Gebäudeunterhalt leitete, erreichte schon 1911, dass seine Abteilung Bauvorstand Klöti – zunächst versuchsweise – direkt unterstellt wurde und 1913 unter der Bezeichnung Hochbauinspektorat zu einer selbständigen Dienstabteilung erhoben wurde.⁷⁷ Im Sommer 1912 kündigten der hochqualifizierte Assistent Emil Baur⁷⁸ und der Adjunkt Friedrich Hirsbrunner (vgl. S. 27). Der Adjunkt hatte sich bereits 1910 heftig mit Fissler gestritten. Sein Nachfolger Henri Eberlé, der zuvor Stadtbaumeister von La Chaux-de-Fonds gewesen war, beklagte sich bei seinem Abgang 1922 bitter über die Unselbständigkeit unter Fisslers Führung.

Zu den Beschwerden über dessen persönlichen Stil kamen immer wieder Klagen über die Ausführung städtischer Bauten. Schon in der Siedlung an der Limmatstrasse (vgl. S. 25) war es nach dem Bau zu Schäden gekommen. Dort und in anderen

Wohnbauten trat im Dachstuhl Pilzbefall auf. In den Riedtlihäusern erwies sich das Heizsystem mit sogenannten Zentralöfen in jeder Wohnung als ungenügend, zumal die doppelverglasten Fenster der Wohndielen nicht dicht genug schlossen. Ein Teil der Häuser musste nachträglich Drainagen erhalten, weil die Keller durchnässt waren.⁷⁹ Aus dem Jahr 1918 ist eine Rüge von Bauvorstand Emil Klöti an die Adresse Fisslers erhalten. Beim Bau des Schulhauses Sihlfeld sollen ihm Fehler unterlaufen sein, die zu Mehrkosten führten. Vor allem habe Fissler die Hallendecke ohne Rücksicht auf die Kosten überreich dekoriert.⁸⁰

Im Januar 1919 wurde zur Entlastung Emil Klötis als neue Verwaltungsabteilung das «Bauwesen III» (mit dem Steuerwesen, dem Hochbauamt und dem Hochbauinspektorat) geschaffen und dem freisinnigen Stadtrat Gustav Kruck unterstellt.⁸¹ Schon am 31. Mai desselben Jahres schrieb dieser an seinen Stellvertreter Emil Klöti, dass er grosse Bedenken habe, Fissler zur Wiederwahl vorzuschlagen.⁸² Der Stadtbaumeister sei «zwar künstlerisch ziemlich befähigt», aber nicht in der Lage, die Bauprobleme genügend durchzuarbeiten. «Sein Verhalten gegenüber dem Personal scheint auch heute noch dasselbe zu sein wie früher.»⁸³ Der Stadtrat stellte auf dieses Schreiben hin am 25. Juni die reguläre Bestätigungswahl Fisslers zurück.⁸⁴

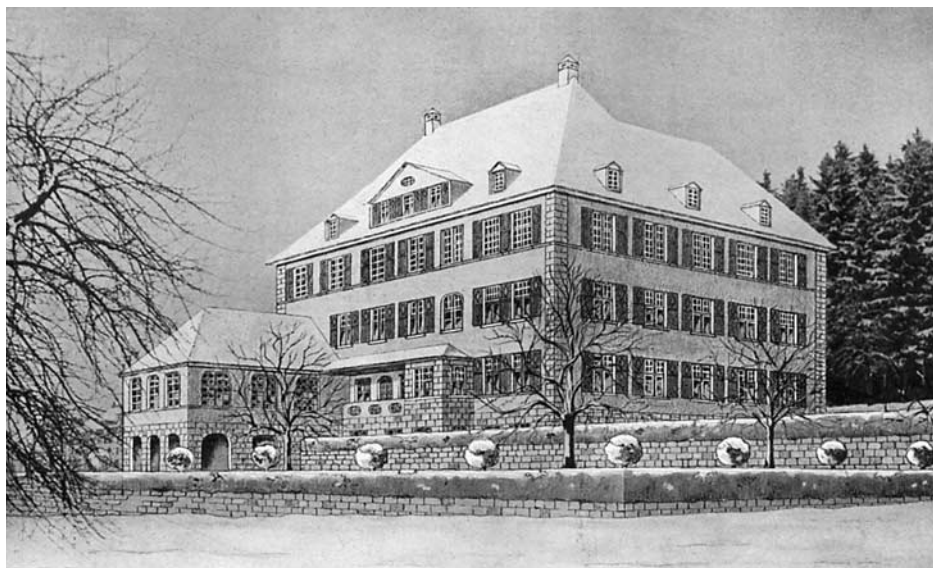
Ende Juli 1919 stellte Kruck Antrag im Stadtrat, Fissler nicht mehr zur Wiederwahl vorzuschlagen. Er kritisierte jetzt auch seine Qualitäten als Architekt. Vor allem aber sei Fissler ein kleinlicher und autoritärer Chef, «der deutsche Methoden der Menschenbehandlung anwendet und, so sehr er nach oben Liebenswürdigkeit zeigt, nach unten hin brutal auftritt.» Damit war Fisslers Karriere bei der Stadt beendet. Er erhielt noch die Möglichkeit, von sich aus zu kündigen und musste sein Amt auf Ende 1919 zur Verfügung stellen.

Die Kritik Gustav Krucks an Fisslers Amtsführung ist äusserst pauschal gehalten. Der romantische Heimatstil, den Fissler genau wie seine Zeitgenossen vor dem Ersten Weltkrieg praktizierte, war um 1919 bereits gründlich aus der Mode geraten und wurde nicht mehr als künstlerische Leistung gewürdigt, denn strenger Neuklassizismus war inzwischen angesagt, wie er in der Wohnsiedlung Zurlindenstrasse und in den Gross-Zürich-Entwürfen von Hermann Herter zum Ausdruck kommt. Die schweren Dächer und Gesimse, die hohen Giebel, die Türme und Erker, das alles wirkte um 1919, nach Revolution und Generalstreik, wohl einfach unzeitgemäss, zumal die hohen Kosten nicht mehr aufzubringen waren. Die Führungsmängel im Hochbauamt waren bereits seit Jahren bekannt und hätten vielleicht noch lange weitergedauert,



Die Eingangshalle des Schulhauses Sihlfeld (bezogen im Frühjahr 1919) wurde von Emil Klöti angesichts der kriegswirtschaftlichen Finanznot als überladen kritisiert. BAZ, Photo Ernst Linck (1874–1963), Zürich.

*Im ruhigen Baukörper des Waisenhauses Sonnenberg klingt die Erinnerung an das alte Waisenhaus im Stadtzentrum an. Das grosszügige Gebäude dient nach zwei Renovationen bis heute dem ursprünglichen Zweck.
Aus: Erismann 1909, S. 364.*



hätten nicht der Paradigmenwechsel vom Heimatstil zum Neoklassizismus und der Amtsantritt Krucks neue Verhältnisse geschaffen. Die Chance, eine Schlüsselfigur aus dem Wettbewerb Gross-Zürich in die Führungsposition des Stadtbaumeisters zu hieven – Hermann Herter oder Hans Bernoulli – mag dann für die Kündigung den Ausschlag gegeben haben.

Die Bauten der Ära Fissler zeugen von einer Zeit, als in den städtischen Kassen kein Mangel herrschte. Grosszügigkeit äussert sich in allem: in den Grundrissen, den Volumen, den hohen Dachräumen und nicht zuletzt in der künstlerischen Ausstattung mit Malereien, ornamentalen und figürlichen Bildhauerarbeiten. In den Raumprogrammen und den Dimensionierungen sind Reserven enthalten. Diese Reserven erleichtern heute die Anpassung an neue Nutzungen oder veränderte Bedürfnisse, z.B. beim Umbau des Waisenhauses Sonnenberg 1993.⁸⁵

Auch die Siedlungen Limmat und Riedtli haben sich dank ihrer grosszügigen Anlage bis heute den veränderten Benutzerbedürfnissen hervorragend angepasst. Nach achtzig Jahren entsprechen sie modernen Ansprüchen sehr viel besser als die meisten am (damaligen) Existenzminimum orientierten Wohnsiedlungen aus den 1920er bis 1940er Jahren.

Die Würdigung von Person und Werk Friedrich Fisslers bleibt so im Widerspruch verhaftet. Seine Ära ist aber als eine Periode der stilistischen und funktionellen Innovationen, als Pionierphase des künstlerischen Städtebaus und des sozialen Wohnungsbaus von grosser und bleibender Bedeutung für die zürcherische Lokalgeschichte.⁸⁶

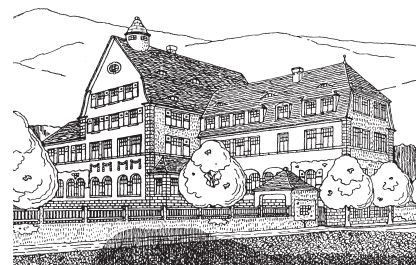
Werkliste Friedrich Wilhelm Fissler

Nach StadtA, Akten Bauvorstand III (V.Gc.31, 326)

«Unter der Leitung von Stadtbaumeister Fissler wurden folgende Bauten ausgeführt (im Anfang zum Teil nur weitergeführt und fertiggestellt. Ohne Bauten für die Abteilung Gebäudeunterhalt, die im Jahre 1913 abgetrennt wurde)»

Fertigstellung	Bauten
1906	Schulbaracken Kinkelstrasse, Huttenstrasse, Kilchbergstrasse – Bauten im Friedhof Nordheim
1906/07	Urnennischen im Friedhof Sihlfeld
1907	Pestalozzihaus Schönenwerd in Seegräben – Feuerwehrhaus an der Freien Strasse – Anbau an die Wartehalle Paradeplatz –

1907	Gewächshaus Belvoir – Springbrunnen Bäckerstrasse, Hohlstrasse – Ökonomiegebäude im Giesshübel – Erweiterung des Tramdepots Seefeld – Wirtschaftspavillon auf dem Bauschänzli
1907/08	Schulbaracken Nordstrasse, Hochstrasse, Neumünsterstrasse, Ilgenstrasse, Mutschellenstrasse
1908	Magazingebäude Marmorgasse – Wartehalle an der Mutschellenstrasse – Erweiterung der Badanstalten am Bürkliplatz – Wohnhäuser der Strassenbahnmitarbeiter an der Wildbachstrasse – Schlackenbrechanlage der Kehrlichtverbrennungsanstalt – Musikpavillon in den Stadthausanlagen – Bedürfnisanstalt in der Pestalozzianlage – Strassenwärterraum und Pissoir an der Sonneggstrasse – Strassenwärterraum und Pissoir an der Gessnerbrücke – Feuerweherschuppen an der Weinbergstrasse – Bauten im Friedhof Manegg – Anbau an die Wartehalle Paradeplatz
1908/09	Schulhäuser Aemterstrasse (nach Plänen von Professor G. Gull) Wohnhäuser im Industriequartier (Planbearbeitung durch Adjunkt F. Hirsbrunner)
1909	Schulbaracke Hornbach – Magazingebäude an der Hochstrasse – Monumentalbrunnen Bahnhofstrasse
1910	Polizeiposten Hochstrasse – Badanstalt Wasserwerkkanal mit Luft- und Sonnenbad – Grabmal für Stadtpräsident Pestalozzi – Wartehalle Burgwies – Seerosenteich im Belvoirpark
1911	Waisenhaus Sonnenberg – Waisenhaus Butzen (Entlisberg) – Munitionsgebäude Albisgütli – Wohnhaus für den Forstadjunkten im Sihlwald (Planbearbeitung durch Adjunkt F. Hirsbrunner) – Amtshaus Wiedikon – Wartehalle am Landungssteg Bürkliplatz – Wartehalle am Heimplatz
1911/12	Amtsgebäude Zweierstrasse
1912	Badanstalterweiterungen Utoquai, Wollishofen, Schanzengraben – Schulhaus Kilchbergstrasse – Tramdepot Hard (Planbearbeitung durch Adjunkt F. Hirsbrunner) – Grabmal Waser – Nägelidenkmal – Garderobehäuschen in Belvoirpark – Wartehalle und Pissoir Bahnhofquai
1912/1919	Wohnhäuser auf dem Riedtli
1913	Dienstgebäude Häringstrasse und Malergasse – Pflegeanstalt Ober-Uster – Bauten im Friedhof Nordheim
1914	Abortgebäude Stauffacherstrasse – Badanstalterweiterung Alpenquai – Abort- und Gerätehäuschen in der Platzpromenade (Platzspitz) – Gerätehäuschen Mythenquai – Schützenhaus Rehalp – Schützenhaus Fluntern
1914/15	Scheune im Juchhof
1915	Wohnhaus Hardhof – Ammoniakfabrik im Gaswerk Schlieren – Bärenzwinger im Wildpark Langenberg
1915/16	Pumpstation Zürichhorn
1917	Friedhoferweiterung Sihlfeld (Aufbahrungshalle) – Gerätehaus mit Pissoir am Zweierplatz
1918	Künstleratelier Rousseaustrasse – Wartehalle und Dienstgebäude Kreuzplatz – Turnhalle Stapferstrasse – Männerheim «Zur Weid» in Rossau, Mettmenstetten – Dienstgebäude Kehlhofstrasse
1918/19	Hochbauten im Friedhof Rehalp
1919	Schulhaus Sihlfeld



Das Waisenhaus Butzen (Entlisberg) in Wollishofen gleicht mit dem Fissler-typischen Schweifgiebel dem Schulhaus «Hans Asper» im gleichen Quartier. Aus: Erismann 1909, S. 365.



Die Aufbahrungshalle des Friedhofs Sihlfeld (1917) erinnert an klassizistische Architektur um 1840. Die Sgraffiti über den Fenstern stammen von Kunstmalern Heinrich Appenzeller (1891–1956). BAZ, Photo Philipp Link (1862–1921), Zürich.

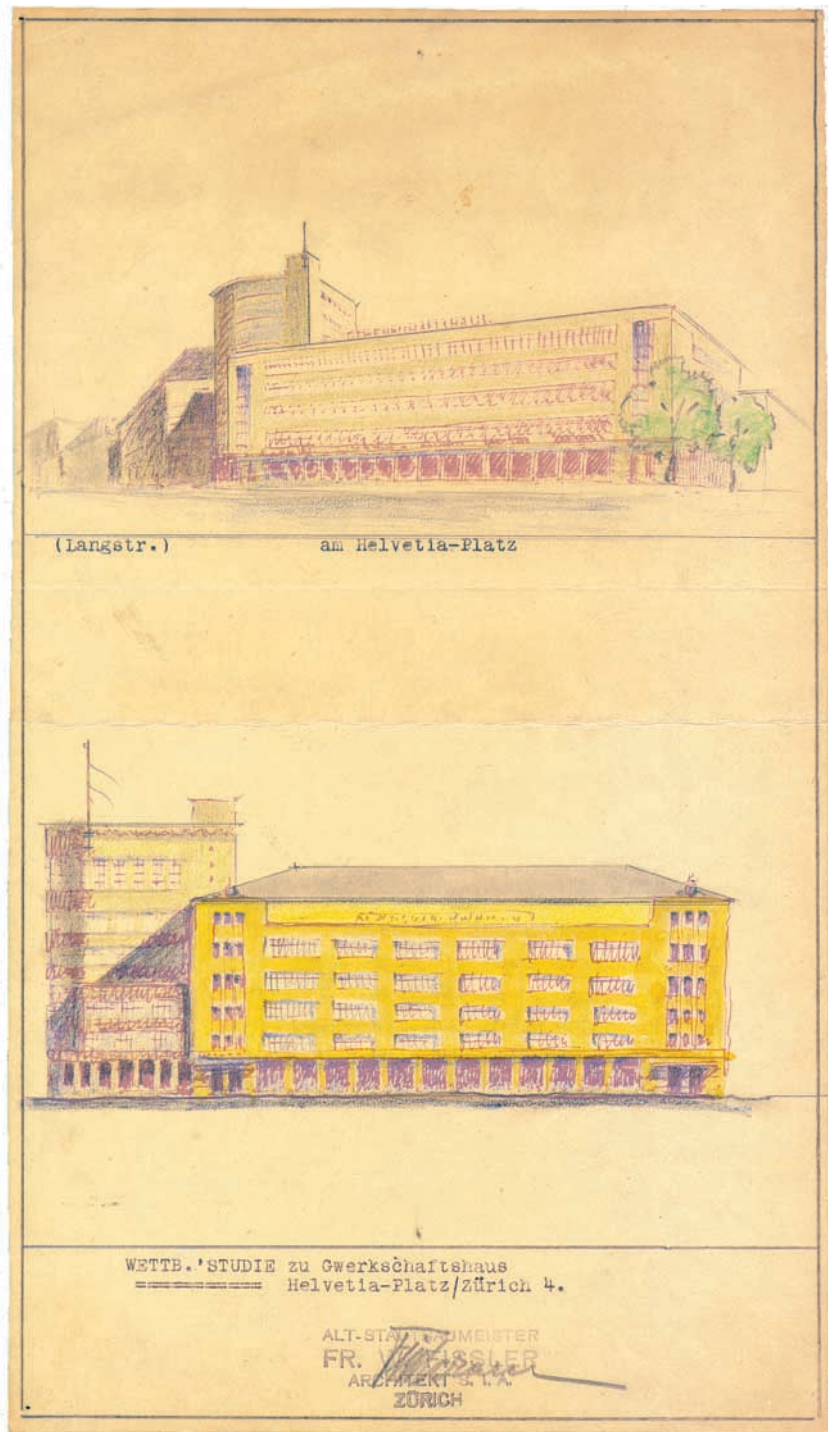
Anmerkungen

- 1 Hans Eppens, Architekt und Baumeister Friedrich Fissler-Burghard; in: Jurablätter 8 (1981), S. 118–123.
- 2 StadtA: VII.141 (1).
- 3 StadtA: Prot SR 1906, Nr. 276, 21.2.1906.
- 4 StadtA: Prot SR 1906, Nr. 276, 21.2.1906. Zu Stamm vgl. INSA Aarau (1984), S. 92, 163 (Weltstrasse 31).
- 5 StadtA: Prot SR 1907, Nr. 346, 13.3.1907.
- 6 Bis 1907 war auch die Baupolizei dem Stadtbaumeister unterstellt. 1913 wurde die Abteilung Gebäudeunterhalt vom Hochbauamt getrennt und unter Gotthilf Korrodi als Dienstabteilung verselbständigt. Der Verwaltungsetat der Stadt Zürich weist im Hochbauamt bis 1919 ausschliesslich männliche Mitarbeiter nach.
- 7 StadtA: Prot SR 1906 (Schulhaus Ämtler). Schlechter gestellt waren die Bauführer und Techniker, an letzter Stelle in der Amtshierarchie folgten die Zeichner und das Kanzleipersonal.
- 8 StadtA: Prot SR 1907, Nr. 1360, 28.10.1907. Beschluss über Lohnerhöhungen.
- 9 Personaletat 1904, 1909. In diesen Zahlen ist die Abteilung Gebäudeunterhalt (schätzungsweise drei und drei Personen) mitgezählt.
- 10 StadtA: GB SR 1907.
- 11 StadtA: V.Gc 31, Schachtel 198, Akten BV I, Personelles Hochbauamt.
- 12 KS ZD 6 (2000), S. 104–105 sowie Rebsamen 1984, S. 58–59.
- 13 Das seit 1893 bestehende Baukollegium berät den Stadtrat in Architekturfragen. Es äussert sich nicht nur zu städtischen, sondern auch zu wichtigen privaten Bauvorhaben. Ins Baukollegium werden prominente Architektinnen und Architekten (ursprünglich auch Ingenieure) vom Stadtrat berufen, Vorsitzender war bis 1934 der zuständige Bauvorstand I, sodann infolge Reorganisation der Bauvorstand II. Heute ist es der Vorsteher des Hochbaudepartements. Entsprechend den Zuständigkeiten im Stadtrat gehörten ursprünglich Tiefbau- und speziell Städtebaufragen zu den Themen des Baukollegiums.
- 14 Ausführung nach Projekt von Gull 1911 durch die Architekten Streiff & Schindler. Vgl. Gull 1925, o. S. und Werk 2 (1915), S. 137–140.
- 15 SBZ Bd. 58 (1911), S. 229–231. – StadtA: V.Gc 31, Schachteln 200–202, Akten BV I, Amtshäuser. – INSA Zürich (1992), S. 257, 260.
- 16 SBZ Bd. 58 (1911), S. 231.
- 17 Einen Aufruf zu seiner Unterstützung unterschrieben u. a. die Architekten Friedrich Wehrli, Otto Honegger, D. Näf, Arminio Cristofari, Alexander v. Senger, Adolf Brunner-Lavater und die Bildhauer Paul Abry und Richard Kissling. Auch sein ehemaliger Mitarbeiter Gustav Kruck hielt zu Gull. Hingegen fehlt auf der Liste der amtierende Stadtbaumeister. Vgl. NZZ Nr. 299, Samstag 28.10.1911, 3. Morgenblatt.
- 18 StadtA: GB SR 1911, S. 2.
- 19 Allerdings nicht die letzten öffentlichen Aufträge: 1915–1925 führte Gull den Ausbau des ETH-Hauptgebäudes aus (Ostflügel, Halle und Kuppel). Vgl. INSA Zürich (1992), S. 386. – Gustav Gull, Baubericht, in: ETH 1930, S. 58–95.
- 20 Erismann 1909, vgl. Fissler 1909. Darin wird u.a. auch der Schlachthof dargestellt. Friedrich Erismann (1842–1915) wirkte von 1869 bis 1882 als Augenarzt in Moskau, sodann bis 1896 als Professor für Hygiene in Moskau. 1896 wurde er wegen sozialreformerischer Tätigkeit entlassen und zog nach Zürich, wo er 1901 in den Stadtrat gewählt wurde. Vgl. INSA Zürich (1992), S. 216.
- 21 Albert Baur: Eine Gartenstadtanlage der Stadt Zürich, in: NZZ Nr. 153, 3. Abendblatt, 4. Juni 1909.
- 22 Fr. Fissler und R. Mettler, Öffentliche Bedürfnisanstalten, in: Erismann 1909, S. 215–220. Vgl. auch: Chratz & Quer 1995, S. 41–43.
- 23 Wie Anm. 22.
- 24 Zbinden 1993, S. 2.
- 25 StadtA: Prot SR 1907, Nr. 1522, 11.12.1907.
- 26 1922 eröffnete Zürich am Mythenquai das erste Strandbad. Nach einem Jahr wurde dort auch die Geschlechtertrennung aufgehoben.
- 27 Die Wohnungsproduktion mit ihren langen Herstellungszyklen reagiert immer verlangsamt auf extreme Schwankungen des Bevölkerungswachstums. Es kommt periodisch zu Verknappungen oder Leerständen. Weil in Zeiten der Knappheit tendenziell die höchsten Angebote den Markt bestimmen, steigt das Mietzinsniveau sehr schnell an, was zu überhöhten Renditen auf Altliegenschaften führt.
- Man spricht von Wohnungsnot, wenn extreme Knappheit systematisch die Vermieter bevorteilt.
- 28 StadtA: Prot SR 1906, Nr. 1072, 21.7.1906, S. 485.
- 29 StadtA: Prot SR 1906, Nr. 1072, 21.7.1906, S. 487.
- 30 StadtA: Prot SR 1906, Nr. 1072, 21.7.1906, S. 484.
- 31 StadtA: Prot SR 1906, Nr. 1072, 21.7.1906, S. 484.
- 32 Die heutige Siedlung «Limmat 1» – man sprach vor dem Ersten Weltkrieg noch nicht von Siedlung oder Kolonie.
- 33 Albert Baur, Billige Wohnungen in Zürich, in: SB Heft XI, 10. Sept. 1909, S. 146 (145–152).
- 34 StadtA: Prot SR 1906, Nr. 1072, 21.7.1906, S. 489.
- 35 Der Originalverputz und die Farbigkeit wurden bei der Renovation in den 1930er Jahren zerstört.
- 36 StadtA: Prot SR 1914, Nr. 664, 275. 1914 (Weisung über Mietzinsenerhöhungen). «Die Bauart kann nicht durchwegs als solid bezeichnet werden. An vielen und oft gerade den am meisten der Abnutzung ausgesetzten Einrichtungen wurde auf Kosten der Solidität gespart. Vermehrte Reparaturen verursachte ferner die Verwendung von ungeeignetem Material oder von im Gebrauche sich nicht bewährenden Neuerungen.»
- 37 Gefördert wurden Siedlungen im Röteli (Wipkingen) und im Kapf (Hirslanden) der «Gartenstadtgenossenschaft», die Kolonie der «Genossenschaft Entlisberg» (Wollishofen) sowie die Kolonie Bertastrasse (Wiedikon) der «Genossenschaft für Erstellung billiger Wohnungen».
- 38 Elsbeth Wiederkehr, Wohnkolonie Riedtli, in: Zürcher Denkmalpflege, Stadt Zürich, Bericht 1985/86, Zürich 1989, S. 71–78.
- 39 Albert Baur: Eine Gartenstadtanlage der Stadt Zürich, in: NZZ Nr. 153, 3. Abendblatt, 4. Juni 1909. Zu Albert Baur vgl. INSA Basel (1986), S. 51.
- 40 Wie Anm. 39.
- 41 StadtA: V.Gc.38.
- 42 StadtA: Prot SR 1906, Nr. 137, 25.1.1906.
- 43 StadtA: Prot SR 1909 Nr. 1137, 15.11.1909.
- 44 StadtA: V.Gc.31, Schachtel 198.

- 45 NZZ 15.12.1910, 1. Morgenblatt. Autor des Artikels mit dem Zeichen Kk war der freisinnige Politiker Gustav Kruck, der 1919 als Stadtrat und Bauvorstand III die Absetzung Fisslers beantragen sollte.
- 46 StadtA: V.Gc31, Schachtel 198.
- 47 Seine dem Heimatstil verpflichteten Werke (zumeist Wohnhäuser und Siedlungen) sind bis in die späten 1920er Jahre fassbar. Die meisten bekannten Bauten Hirsbrunners figurieren heute im Inventar der Denkmalpflege (vgl. Architektenkartei der Denkmalpflege Stadt Zürich).
- 48 Die kriegswirtschaftliche Teuerung erreichte 1918 fast 250% der Vorkriegspreise. Dies lähmte die Bautätigkeit umso mehr, als für die Nachkriegszeit mit einer Normalisierung der Preise gerechnet werden konnte, so dass die überteuerten Bauten der Kriegszeit ohne Rendite blieben.
- 49 Statistisches Jahrbuch der Stadt Zürich 1940, S. 85. Die Kubikmeterkosten lagen in der 3. Etappe Riedtli bei Fr. 32.—, in der 4. Etappe (1918) bei Fr. 54.—, in der 4. (1919) bei Fr. 83.—. Die Siedlung Zurlinden (1919) kostete Fr. 68.— pro Kubikmeter, Rebhügel (1919) Fr. 71.—, Trottenstrasse (1918) Fr. 65.50.
- 50 SBZ Bd. 69 (1917), S. 248–251, 257–263.
- 51 Wie das Riedtli romantisch gestimmt war die erste Wohnsiedlung von Bischoff & Weideli, erbaut 1908–1922 an der Aemtlerstrasse 39–49 für die «Genossenschaft zur Beschaffung billiger Wohnungen».
- 52 Eberlé 1920, S. 25.
- 53 Eberlé 1920, S. 26.
- 54 Henri Eberlé, Bürger von Le Locle/NE, wurde 1880 geboren. Er studierte am Technikum Burgdorf, sowie (ohne Diplom) an der ETH und an der Technischen Hochschule München. Nach Jahren der Mitarbeit am Basler Bahnhof (seit 1906) wurde er 1911 Stadtbaumeister in La Chaux-de-Fonds. (Prot Bauwesen I, 7. Oktober 1912, «Besetzung der Adjunktenstelle beim Hochbauamt», V.Gc.31/H, Schachtel 198). Nach vergeblicher Kandidatur um die Nachfolge Fisslers verliess er 1922 das städtische Hochbauamt.
- 55 StadtA: V.Gc. 62–14 (b). Prot. Kommission für Erstellung von Künstlerateliers (1916), 1. Sitzung.
- 56 StadtA: V.Gc. 62–14 (c). Brief von GSMBÄ-Präsident Sigismund Righini an Hermann Balsiger (Abschrift), dat. 5. Juli 1915.
- 57 StadtA: V.Gc. 62–14 (b). Weisung des SR Nr. 53, 31. Januar 1917 und Prot. Kommission für Erstellung von Künstlerateliers (1916).
- 58 Die positiven Antworten sind im Original einzusehen unter: StadtA: V.Gc. 62–14 (c).
- 59 Antworten in StadtA: V.Gc. 62–14 (c).
- 60 Erst in der zweiten Nachkriegszeit baute die Stadt wieder Ateliers, als Annex städtischer Wohnsiedlungen: 1948 Wohnsiedlung Heiligfeld 1 (Brahmstrasse, Kreis 3), drei Atelierhäuschen in Holzbauweise. 1950 Siedlung Rautistrasse (Kreis 9), drei Atelierhäuschen. 1953 Siedlung Manegg (Thujastrasse, Kreis 2), vier eingebaute Ateliers.
- 61 Die Friesenberg-Kolonie wurde 1925–1935 nach neuen Plänen der Architekten Kessler & Peter von der Familienheim-Genossenschaft realisiert. Vgl. Werk 22 (1935), S. 211. Architekt Heinrich Peter war von 1937–1958 Kantonsbaumeister.
- 62 StadtA: Prot SR 1915, Nr. 884, 7.10.1915.
- 63 StadtA: VII.141. Bewerbungsentwurf, Friedrich Fissler, persönlicher Nachlass.
- 64 Camillo Sitte, Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen, Wien 1889. vgl. INSA 1 (1984), S. 56 ff.
- 65 SBZ Bd. 55 (1910), S. 324–329. Die konkrete Bebauung stammt von Eugen Probst.
- 66 In der Jury wirkten Gustav Gull, Karl Moser und Paul Ulrich, der Stadtbaumeister fehlt auf der Liste. SBZ Bd. 55 (1910), S. 305.
- 67 Eingeladen waren: die Gebrüder Pfister, Bischoff & Weideli, die Basler Baugesellschaft (Hans Bernoulli). Pflegard & Haefeli wurden nicht prämiert. SBZ Bd. 55 (1910), S. 304–310.
- 68 SBZ Bd. 56 (1910), S. 309.
- 69 Zahlreiche Buchexzerpte in den Akten des Bauvorstandes (StadtA V.Gc.31) und im persönlichen Nachlass Emil Klötis zeugen von dieser Arbeit.
- 70 StadtA Prot SR 1912, Nr. 1060, 16.8.1912. Noch während der Ausstellung, am 16. Februar 1911, beschloss das Baukollegium einstimmig, dass ein solcher Wettbewerb durchgeführt werden sollte, am 19. Februar doppelte der Zürcher Ingenieur- und Architektenverein (ZIA) mit einer Resolution im gleichen Sinn nach.
- 71 StadtA: Prot SR 1912, Nr. 1060 16.8.1912. Die Vorbereitung eines solchen Wettbewerbs erwies sich als Grossunternehmen. Allein die Herstellung geeigneter Pläne nahm zwei Jahre in Anspruch, im Vermessungsamt musste eine ganze Abteilung neu aufgebaut werden.
- 72 SBZ Bd. 59 (1912), S. 223–230. Die Jury setzte sich zusammen aus den Architekten Theodor Fischer, Fissler, Gull und Robert Rittmeyer, den Ingenieuren Wenner und Robert Moser sowie Emil Klöti als Präsident und Heinrich Peter als Sekretär.
- 73 Wettbewerbsresultate und anschließende Polemiken in: SBZ Bd. 62 (1913), S. 70–77.
- 74 StadtA: V.Gc 31, Schachtel 151.
- 75 Schlussbericht 1919. INSA Zürich (1992), S. 261–268. Kurz 1989. Kurz 1991.
- 76 StadtA: V.Gc.31, Schachtel 198. Protokoll des Bauwesens I, 28.10.1912.
- 77 StadtA: Prot SR 1912, Nr. 1790, 11.12. 1912 sowie 1913, Nr. 479, 2.4.1913.
- 78 Protokoll des Bauwesens I, 21.6.1912. Emil Baur hatte nach dem Technikum in Winterthur bei Martin Dülfer in München, Curjel & Moser sowie Pflegard & Haefeli gearbeitet, bevor er 1907 zum Hochbauamt kam (Prot SR 1907, Nr. 364, 13.3.1907). Nach seiner Kündigung wirkte er als Redaktor der «Schweizerischen Baukunst».
- 79 StadtA: Akten zum Prot SR 1919, Nr. 1451. Antrag des Bauvorstands III (Gustav Kruck) an den SR, 30.7.1919.
- 80 StadtA: V.Gc 31/H. Akten des BV I, Schachtel 326: Personelles 1919–1923. Brief des Bauvorstands Emil Klöti an das Hochbauamt, 10. Juni 1918. An dem Schreiben Klötis fällt vor allem der ruppige Ton auf. Andere Schriftstücke tragen Bemerkungen Klötis, die zeigen, dass er dem Hochbauamt laufend direkt Weisungen erteilte, besonders für den Umgang mit anderen Ämtern. Es gibt auch aus früheren Jahren zahlreiche Mahnungen Klötis zur Abgabe seit langem versprochener Pläne und Studien.
- 81 Gustav Kruck (1875–1934), arbeitete unter Gustav Gull als Bauführer am städtischen Amtshaus II. Anschliessend machte er sich als Baumeister selbstständig. Als freisinniger Gemeindepolitiker gelang ihm 1917 die Wahl in den Stadtrat, wo er das Steueramt übernahm (1919 für kurze Zeit mit der neugeschaffenen Bauverwaltung III).

Im Dezember 1910 hatte Kruck in der NZZ einen grösseren Beitrag über die Siedlung Riedtli verfasst, wo er Friedrich Hirsbrunner als Entwurfsautor nannte, was zu schweren Auseinandersetzungen mit Friedrich Fissler führte.

- 82 StadtA: V.Gc 31/H. Akten des BV I, Schachtel 326: Personelles 1919–1923. Brief des Bauvorstands III (Gustav Kruck) an Stadtrat Emil Klöti, 31. Mai 1919.
- 83 Wie Anm. 82.
- 84 StadtA: Akten zum Prot SR 1919, Nr. 1451. Antrag des Bauvorstands III (Gustav Kruck) an den Stadtrat, 30. Juli 1919.
- 85 Franz Staffelbach, Der Umbau als Aufgabe des Architekten, in: Sonnenberg 1993, S. 16. Der mit dem Umbau betraute Architekt Franz Staffelbach lobte die «Tauglichkeit, die sich nicht in einer unmittelbaren Zuordnung von Raum und Tätigkeit erschöpft; eine Tauglichkeit die sich gerade bei veränderten Nutzungsansprüchen bewährt» – und die zwei grundlegende Umbaurunden (1937 und 1993) ohne schwere Eingriffe in die Substanz erlaubte.
- 86 Quasi als Abgangsentschädigung erhielt Fissler von der Stadt Zürich noch den Auftrag zum Bau des chemischen Labors an der Ausstellungsstrasse. Wegen Kleinigkeiten kam es hier zum Streit mit dem Nachfolger Hermann Herter um wenige hundert Franken des Architektenhonorars und schliesslich zu einem Prozess, in dem Fissler obsiegte. Weitere Aufträge erhielt Fissler trotzdem nicht mehr, nicht von der Stadt und kaum noch von privaten Kunden. An Wettbewerben scheint er häufig teilgenommen zu haben, ohne in die prämierten Ränge vorzustossen. So bleibt als einziges grösseres Werk aus der selbständigen Architektenzeit Fisslers ein Erweiterungsbau für das Forschungsinstitut an der Epilepsie-Klinik im Jahr 1931 zu erwähnen. Sein umfangreicher Privatnachlass im Stadtarchiv Zürich (VII.141 (6)) enthält viele Schachteln mit von ihm kommentierten Zeitungsausschnitten, die Fissler als einsamen Menschen zeigen, als Kritiker und ungefragten Schatten-Stadtbaumeister. Es fehlen dagegen konkrete Hinweise auf spätere eigene Bauten, Korrespondenzen oder Zeugnisse von Freundschaften mit anderen Architekten. Mit 44 war Fissler nach zwölf Amtsjahren ein Rentner ohne Rente, er blieb es während der 45 Jahre bis zu seinem Tod im Jahr 1964.



Aus Fisslers Tätigkeit nach seiner Zeit als Stadtbaumeister sind praktisch keine realisierten Bauten bekannt. Aus dem Jahr 1935 stammt dieser Wettbewerbsentwurf für ein Gewerkschaftshaus am Helvetiaplatz. Der Entwurf, der ein wenig an das Volkshaus von Biel erinnert, zeigt Fissler als Architekten, der das gewandelte Formenrepertoire der Zeit durchaus beherrschte. StadtA: VII.141 (Nachlass Fissler).



Das Schulhaus Waidhalde am Weihersteig in Wipkingen, erbaut 1932–1933 von Stadtbaumeister Hermann Herter. Vgl. S. 65/66. BAZ, Photo Hans Finsler (1891–1972), Zürich.

Hermann Herter, Zürcher Stadtbaumeister 1919–1942

Die Wahl Herters zum Stadtbaumeister



Hermann Herter (1877–1945). Stadtbaumeister 1919–1942. Aus: Oscar Lazar, *Porträt-Zeichnungen berühmter Persönlichkeiten*, Zürich 1932. Mit Unterschriften Herters und Lazars.

1919 bewarb sich der 42jährige Hermann Herter für die Stelle des Zürcher Stadtbaumeisters. Auf die Ausschreibung hatten sich 25 Architekten gemeldet.¹ In die enge Wahl fielen Hans Bernoulli (1876–1959)² aus Basel, Martin Risch (1880–1961)³ aus Chur, Robert Rittmeyer (1868–1960)⁴ aus Winterthur sowie Hermann Herter. Bernoulli wäre an sich der Idealkandidat gewesen, und der Zürcher Stadtrat wollte ihn anstellen.⁵ Nach verschiedenen Besprechungen zwischen Bernoulli und Stadtrat Gustav Kruck (1875–1934), der Vorstand des Bauwesens II und stellvertretender Vorstand des Bauwesens III war, zog der Basler Architekt seine Bewerbung mit folgenden Worten zurück: «Wie ich die Sache heute ansehe, sehe ich keinen gangbaren Ausweg. So muss ich, wenn auch schweren Herzes, darauf verzichten, mich für die von Ihnen ausgeschriebene Stelle zu bewerben.»⁶ Trotz dieser klaren Verzichtserklärung schrieb Gustav Kruck Bernoulli und versuchte ihn nochmals umzustimmen:

«Nach wie vor würde ich es ausserordentlich begrüßen, wenn ich dem Stadtrat den Vorschlag unterbreiten könnte, Sie zum Stadtbaumeister der Stadt Zürich zu wählen und ich wäre auch bereit, dem Stadtrate vorzuschlagen, es sei Ihnen in Bezug auf Ihre Tätigkeit an der Technischen Hochschule und in Bezug auf die Durchführung der Museumsbaute in Basel eine Sonderstellung einzuräumen, (...)»⁷

Trotz erneutem Einverständnis Bernoullis war es dem Stadtrat doch nicht möglich, seinen «besonderen Bedingungen» nachzukommen. Bernoulli wollte seine bisherige Tätigkeit an der ETH im gleichen Umfeld beibehalten, ausserdem wünschte er ausseramtlich weiterhin als Gutachter und Experte zu wirken. Bedenklich erschien dem Stadtrat auch, dass Bernoulli bereits den Auftrag für den Basler Museumsbau⁸ besass und weitere Bauten zu Ende führen wollte. Zudem beabsichtigte er, sein privates Architekturbüro im Amtshaus einzurichten. Als Gehalt forderte er

«(...) während der Dauer des Museumsbaues das Maximum der ersten Besoldungsklasse nebst dem in der Kompetenz des Stadtrates liegenden Fünftel von Fr. 2800.—, zusammen Fr. 16 800.—; für die Zeit nach Beendigung des Museumsbaues wünscht er, dass ihm ein Gehalt von Fr. 20 000.— in Aussicht gestellt werde».⁹

Diese Bedingungen waren nicht erfüllbar, ausserdem fand der Vorstand des Bauwesens III, Stadtrat Arnold Bosshardt (1871–1920), dass Bernoulli eher ein Theoretiker und, noch schwerwiegender, dass er als Basler Zürich fremd sei. Im weiteren erschien es Bosshardt notwendig, dass «(...) der künftige Stadtbaumeister Zürichs die Stadt von Grund auf kennt, mit all ihren baulichen Bedürfnissen verwachsen ist und ihr eine starke Liebe entgegenbringt, (...)»¹⁰ Diesen Anforderungen entsprach nun Hermann Herter in vollem Masse, zudem war er bereit, am 1. November 1919 in den Dienst der Stadt einzutreten. Er wünschte allerdings, dass ihm bis Ende 1919 genug Freiraum gewährleistet werde, um bereits übernommene Tätigkeiten zu erledigen.

«Ausserdem legt Herter Wert darauf, dass der Stadtrat ihm erlaube, das Bauprojekt im Massstabe 1:200 für das neue Basler Messegebäude auszuarbeiten, wenn ihm hiefür der Auftrag erteilt würde. (...) Herter erwartet ferner, dass ihm das Maximum der Besoldungsklasse I, Fr. 14 000.— als Gehalt angesetzt werde.»¹¹

Dies schien dem Stadtrat angemessen und Herter wurde einstimmig als Stadtbaumeister von Zürich gewählt. Er besass nicht nur vorbildliche Fachkenntnisse in



Gustav Kruck (1875–1934), Architekt, Stadtrat 1919–1934. Zeichnung von Paul Bodmer (1886–1983), 12. Januar 1931. Aus: Kruck 1934.

Architektur und Städtebau, sondern passte auch gut in das damalige politische und soziale Umfeld. Als freisinniger Bauernsohn vertrat er ein sozial orientiertes, aber konservatives Denken.

Hermann Herter wurde am 16. Juni 1877 in Unterengstringen geboren. Er verbrachte seine frühe Kindheit auf dem «Sonnenberg», wo sein Vater Gutsverwalter war. Die finanziellen Verhältnisse der vierzehnköpfigen Familie erlaubten ihm nicht, eine Lehre in einer Baufirma zu absolvieren, und er sah sich gezwungen, selbst für seinen Lebensunterhalt aufzukommen. So begann er seine Laufbahn als Laufbursche in Zürcher Architekturbüros. Der Unternehmerarchitekt Heinrich Ernst (1846–1916)¹² erkannte Herter's Talent und nahm ihn 1893 in seinen Dienst auf. Nach der Lehrzeit bei Ernst erhielt Herter 1897–1900 eine weitere dreieinhalbjährige praktische Ausbildung im Hochbauamt der Stadt Zürich. Der damalige «planende Stadtbaumeister» Gustav Gull (1858–1942)¹³ befasste sich, neben Stadtbaumeister Arnold Geiser (1844–1909)¹⁴, mit der baulichen Organisation von Gross-Zürich nach der Stadterweiterung von 1893.

1899 wechselte Gull als Professor für Baukunst ans Eidgenössische Polytechnikum, und Herter begab sich ins Ausland. Es ist anzunehmen, dass Gull bei der weiteren Laufbahn seines Schülers beratend mitgewirkt hat. Nach einem Studienaufenthalt in Paris und Belgien liess sich Herter 1901–1904 für dreieinhalb Jahre in Saarbrücken nieder, wo er das Architekturbüro von Heinrich Güth leitete. 1904 kehrte Herter zurück und schrieb sich als Hörer am Polytechnikum Zürich ein, wo er Vorlesungen seines ehemaligen Lehrmeisters Gustav Gull sowie von Alfred Friedrich Bluntschli (1842–1930), Professor für Baukunst 1881–1914, und Johann Rudolf Rahn (1841–1912)¹⁵, Professor für Kunstgeschichte und Archäologie 1883–1912, besuchte. Nach wenigen Semestern an der ETH kehrte Herter wieder in die Praxis zurück und leitete das Architekturbüro von Eugen Probst (1873–1970)¹⁶ in Zürich. Hier lernte er, den aus Stettin stammenden Architekten Johannes Bollert (geb. 1874)¹⁷ kennen. Die beiden gründeten 1910 das Büro Bollert & Herter, welches sechs Jahre bestand. Die ersten Aufträge sicherte sich das junge Team durch die erfolgreiche Teilnahme an verschiedenen Wettbewerben, u.a. für das Bank- und Regierungsgebäude in Herisau (1912–1914) und das Realschulhaus in Neuhausen/SH (1911–1914). Ferner seien erwähnt: 1909 Um- und Neubauprojekt der ETH (3. Rang), 1910 Wettbewerb Bezirksgebäude (2. Rang), 1912 Projekt Lettenschulhaus an der Imfeldstrasse (3. Rang), Nationalbankwettbewerb Börsenstrasse (2. Rang), Schulhausprojekt Oerlikon an der Ligusterstrasse (2. Rang). 1911 wurden beide in den Bund Schweizerischer Architekten (BSA) aufgenommen.

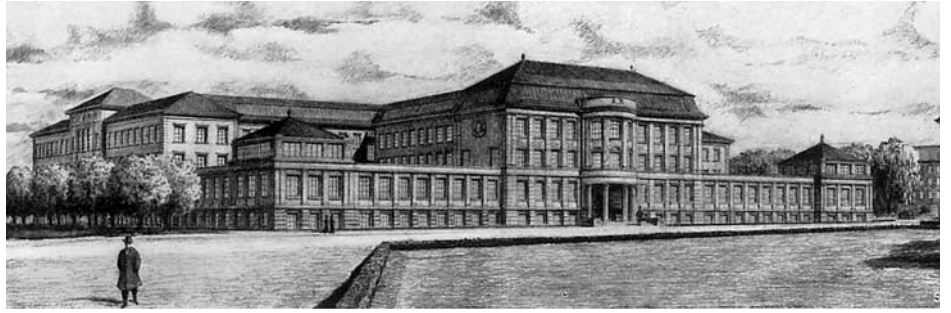


Schulhaus Neuhausen/SH, erbaut 1911–1914 von Bollert & Herter. Vorgesehener Turnhallenanbau, Zeichnung der Architekten. Aus: Werk 5 (1918), S. 30.



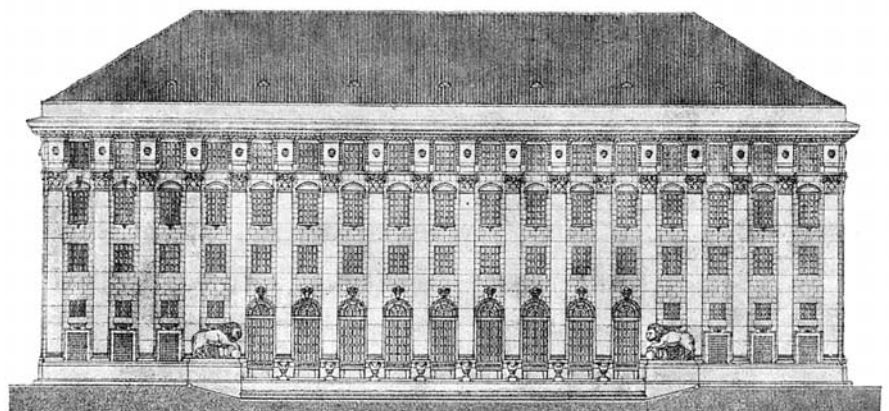
Kantonales Regierungs-, Verwaltungs- und Bankgebäude Herisau, erbaut 1912–1914 von Bollert & Herter. Die Kantonalbank benutzte das halbe Keller-, das Erd- und das 2. Obergeschoss. Im 1. Obergeschoss links Sitzungszimmer des Regierungsrats, darüber der Kantonsratssaal. Längsschnitt Mst. 1:300 (verkleinert). Aus: SBZ Bd. 70 (1917), S. 174.

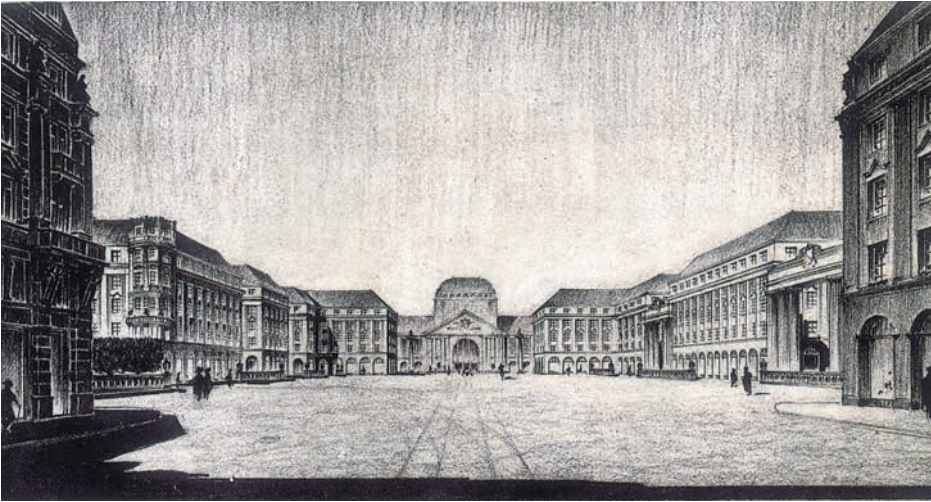
Wettbewerbsprojekt (3. Preis) 1909 von Bollert & Herter für Umbau und Erweiterung des Eidg. Polytechnikums Zürich, Ansicht gegen die Rämistrasse. Aus: SBZ Bd. 55 (1910). Tafel 19 (nach S. 64).



Für Herters Wahl zum Stadtbaumeister entscheidend war der 2. Preis¹⁸ im Bebauungsplanwettbewerb für Gross-Zürich von 1915–1918. Ebenfalls einen 2. Preis in diesem Wettbewerb erhielt das Projekt von Konrad Hippenmeyer (1880–1940) und Albert Bodmer (1893–1990). Hippenmeyer war damals Assistent des städtischen Tiefbauamtes und wurde 1919 zum Leiter des städtischen Bebauungsplan-Büros berufen. (vgl. S. 52–55, 74) Bodmer hatte von 1923–1931 die gleiche Funktion in Winterthur inne.¹⁹ Herters einheitlicher Gesamtplan lieferte «für alle gestellten Probleme wertvolle Beiträge».²⁰ Ein Hauptanliegen lag in der Planung eines neuen Bahnhofquartiers mit einer Hauptverkehrsstrasse ins Limmattal. Er entwarf ein grossstädtisches Zentrum, in welchem er den «neuen» Bahnhof auf zwanzig Geleise erweiterte und an das linke Sihlufer zurückschob. (Abb. S. 48) Der imposante Hochschulerweiterungsvorschlag bestand aus einer Spiegelung und Verlängerung des Universitätshauptgebäudes, mit dem Semperbau der ETH als Zentrum. Diese Gestaltung sollte als Zürcher Stadtkrone dem unüberschaubaren Häuser- und Strassengewirr der Altstadt nachträglich eine Ausrichtung und Gestalt verleihen und dem Stadtraum eine symbolische Ordnung geben. Die monumentalen Dimensionen dieser Pläne wurden jedoch wie folgt kritisiert: «(...) beim Ausbau des Universitätsviertels hat sich der Verfasser im Massstab vergriffen».²¹ Auch entwarf Herter einen neuen Theaterplatz am See, nach dem Abbild der Piazzetta San Marco in Venedig. Durch die Spiegelung des Opernhauses wurde eine symmetrische Anlage gebildet. Am Quai bewachten zwei Löwen auf Säulen die Anlegestelle für die Limmatschiffe. Das Preisgericht goutierte diesen barocken Einfall jedoch nicht und tat ihn als verfehlt ab. (Abb. S. 48) Die ländlichen Wohngebiete am Stadtrand folgten der Idee der Gartenstadt. Gelobt wurde auch Herters Vorschlag für die Ausscheidung von Grünzonen, um das Zusammenwachsen der Siedlungsgebiete zu verhindern. In weitsichtiger Verkehrsplanung

Wettbewerbsprojekt 1916 von Hermann Herter für die Schweizerische Nationalbank in Zürich (2. Preis im 2. Wettbewerb), Ansicht der Südfassade, Aufriss. Aus: SBZ Bd. 70 (1917), S. 29.

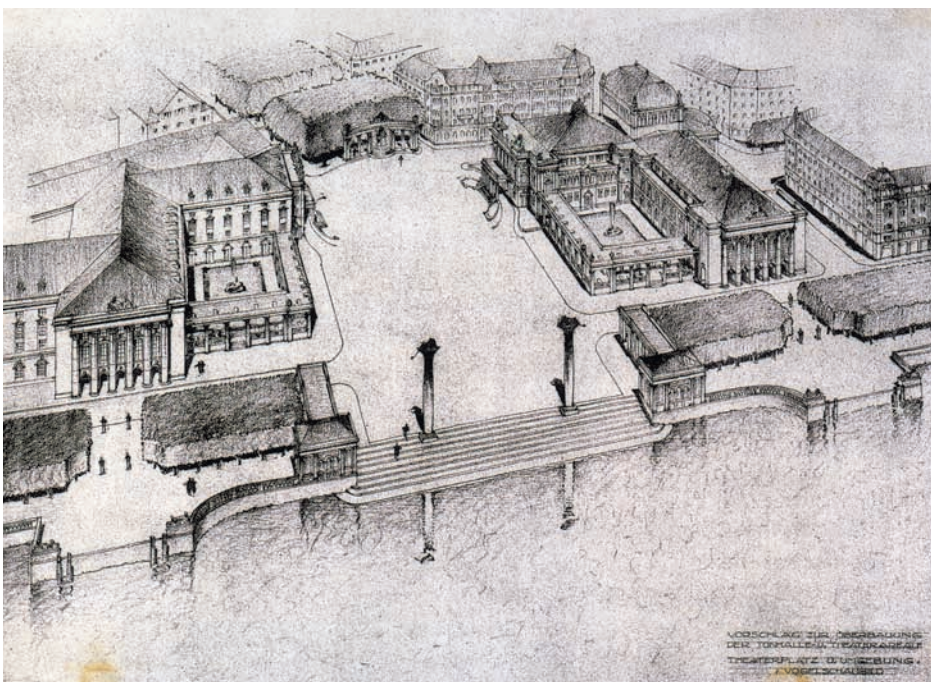




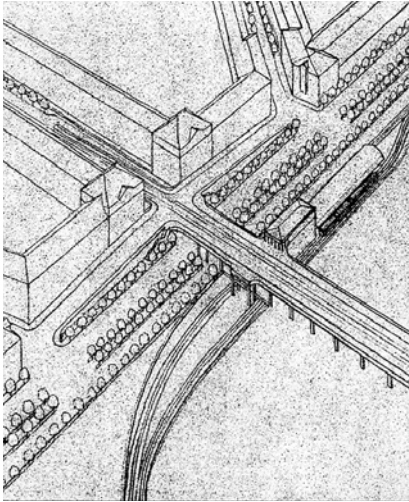
Hermann Herter, Ansicht des Zürcher Bahnhofplatzes. Links die Einmündung der Bahnhofstrasse, rechts die Neubebauung anstelle des Bahnhof-Aufnahmegebäudes, im Hintergrund das neue Aufnahmegebäude. Aus dem preisgekrönten Projekt Herters zum Internationalen Wettbewerb für einen Bebauungsplan der Stadt Zürich und ihrer Vororte 1915–1918. BAZ WGZ Herter 16.

schlug er nicht nur breite Ausfallstrassen in Richtung Bern und Basel vor, sondern vermied auch niveaugleiche Strassenkreuzungen und entwickelte geeignete Strassenverbindungen durch die Stadt. (Abb. S. 49) Auch «die Ausbildung des Seeufers, die Verteilung der öffentlichen Bauten und die sorgfältige Durcharbeitung und Abstufung der Bebauung in den verschiedenen Lagen» wurde von den Preisrichtern gelobt und «über den Durchschnitt erhoben». ²² Seine Vorschläge basierten auf den neuen städtebaulichen Impulsen aus England, Frankreich und Deutschland.

Herter war ein Pragmatiker und nicht ein Mann der vielen Worte. Dies bezeugte bereits die Jury des Wettbewerbs für Gross-Zürich: «Der Erläuterungsbericht ist in einer der Wichtigkeit des Gegenstandes nicht angemessenen Kürze gehalten; seltsamerweise hat es der Verfasser unterlassen, seine Vorschläge für die dargestellten Verkehrslagen (...) zu erläutern.» ²³ Der Erfolg im Wettbewerb für Gross-Zürich entsprach den Vorstellungen der Behörden über den neuen Stadtbaumeister: Die Stadt brauchte dringend einen Mann der Taten, weder einen Theoretiker, noch einen Politiker, sondern einen, der anpacken konnte.



Hermann Herter, Ansicht des neuen Theaterplatzes am See. Durch Erweiterung des Stadttheaters (rechts) und dessen Spiegelung (links) entsteht ein symmetrischer Platz. Die Löwensäulen nach venezianischem Vorbild bewachen die Schiffplände. Aus dem preisgekrönten Projekt Herters zum Internationalen Wettbewerb für einen Bebauungsplan der Stadt Zürich und ihrer Vororte 1915–1918. BAZ WGZ Herter 28.



Hermann Herter, Kreuzung der Hauptverkehrsstrasse am Hardplatz, Vorläufer des Autobahnkreuzes. Aus dem preisgekrönten Projekt Herters zum Internationalen Wettbewerb für einen Bebauungsplan der Stadt Zürich und ihrer Vororte 1915–1918. BAZ WGZ Herter 18.

Hermann Herter, Hochschülerweiterung und Umgestaltung der rechtsufrigen Altstadt in Zürich. Monumentale Stadtkrone durch Erweiterung des Polytechnikums sowie Verlängerung und Spiegelung der Universität. Aus dem preisgekrönten Projekt Herters zum Internationalen Wettbewerb für einen Bebauungsplan der Stadt Zürich und ihrer Vororte 1915–1918. BAZ WGZ Herter 26.

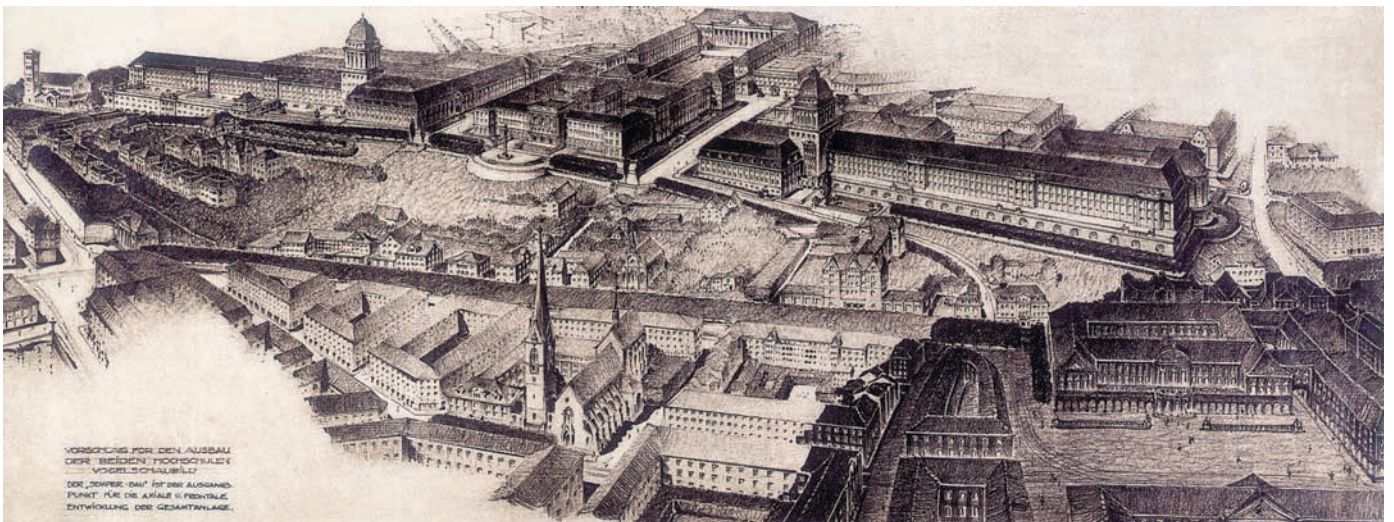
Die Stadtentwicklung während Herters Amtszeit

Als im April 1918 die Gewinner des Bebauungsplan-Wettbewerbs bekanntgegeben wurden, befand sich die Stadt in einer tiefen Krise.²⁴ Am schlimmsten war die Situation auf dem Wohnungsmarkt: Obdachlose mussten in Hotels, Baracken und sogar in beschlagnahmten Büroräumen untergebracht werden. Die schlechte Stimmung in der Bevölkerung nahm stetig zu und mündete bereits 1916 in erste Massendemonstrationen und im November 1918 in den Generalstreik. Die Behörden reagierten mit einer massiven Ausdehnung des Bauvolumens von kommunalen Wohnungen²⁵, Mieterschutzverordnungen, Rationierungsvorschriften, Brotverbilligungsaktionen und Teuerungszulagen.²⁶ Nach Kriegsende geriet die Stadt selbst in eine finanzielle Notlage und fiel 1919 unter die Finanzhoheit des Kantons.²⁷

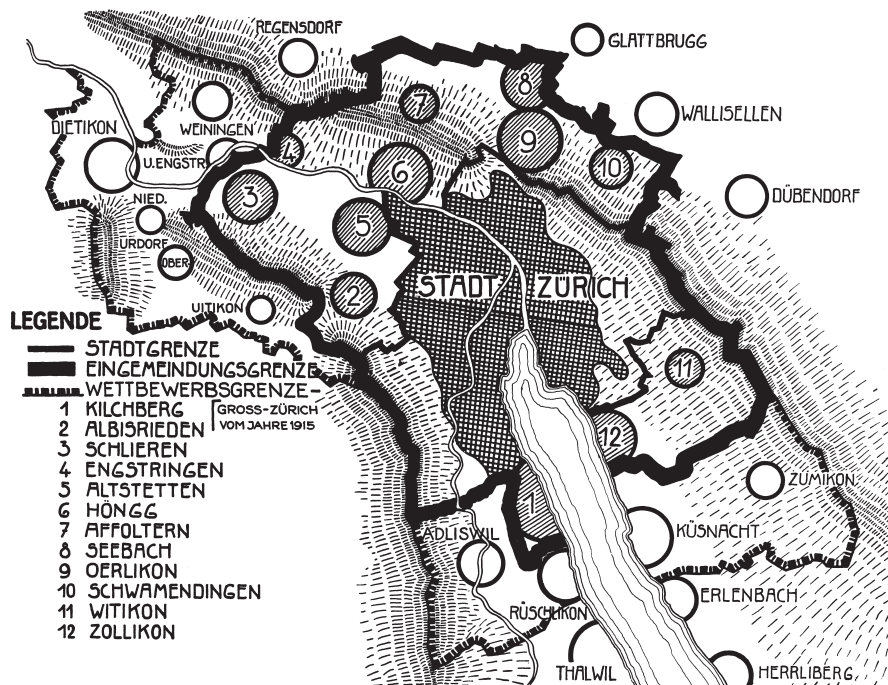
Erst im Laufe des Jahres 1923 nahmen, dank einem spürbaren wirtschaftlichen Aufschwung, die sozialen Spannungen deutlich ab. Die sozialdemokratische Partei erreichte bereits 1925 die Mehrheit im Grossen Stadtrat und 1928, als Emil Klöti Stadtpräsident wurde, auch in der Exekutive. Es begann die Zeit des «Roten Zürich».²⁸ 1931 erreichte die weltweite Wirtschaftsdepression aber auch Zürich: die Arbeitslosenzahlen stiegen rasant an. Die grössten Betriebe der Stadt gerieten in Not. Die Maschinenfabrik Escher-Wyss & Co. hätte 1936 schliessen müssen, wenn Klöti nicht interveniert hätte.²⁹

Nach verschiedenen Volksabstimmungen und Referenden erfolgte 1934 die zweite Stadterweiterung. Dabei wurden acht weitere Gemeinden mit der Stadt vereint³⁰, was zur Verdoppelung des Stadtgebietes und zu einer Bevölkerung von über 300 000 Einwohnern führte. Die zweite Eingemeindung liess Zürich zur Grossstadt werden. Das Arbeitsfeld Stadtentwicklung verlagerte sich vom Wohnungsbau zur Citybildung mit öffentlichen Gebäuden in den 1930er Jahren. Herter setzte sich stark für diese zweite Eingemeindung ein und schrieb vor der Volksabstimmung 1929 eine Propagandaschrift, die der Bevölkerung verteilt wurde.³¹ Diese Schrift aus der Mitte seiner Amtszeit ist sein schriftliches Hauptwerk, in dem alle Argumente auf das Stichwort «Städtebau» hinlaufen. Der Präsident des kantonalen Aktionskomitees für die Eingemeindung der Zürcher Vororte, Architekt Otto Bickel-Schirmer (1894–1964)³², erklärte im Vorwort:

«Der Verfasser erachtet es, zufolge seiner amtlichen Tätigkeit und der durch sie bedingten Kenntnis der Materie, als seine Pflicht, weiteste Kreise über die Frage der Eingemeindung der Zürcher Vororte aufzuklären, da in der Zahl der Gründe, welche für die Eingemeindung sprechen, das städtebauliche Moment wohl die bedeutendste Stellung einnimmt. (...) Diese Lösung ist der endgültige Verzicht auf das bisherige System der konzentrischen Stadtanlage zugunsten des durch Flachbau und Weiträumigkeit gekennzeichneten Stadtorganismus.» (S. 2)



DIE EINGEMEINDUNG DER ZÜRCHER VORORTE



Die Volksabstimmung am 12. Mai 1929 endete negativ, eine zweite Vorlage wurde am 5. Juli 1931 angenommen und trat auf den 1. Januar 1934 in Kraft. Von den hier vorgesehenen Gemeinden wurden Kilchberg, Schlieren, Engstringen und Zollikon nicht eingemeindet. Aus Herters Propagandaschrift von 1929. Vgl. Abb. unten und Seite rechts. – Text S. 49–52.

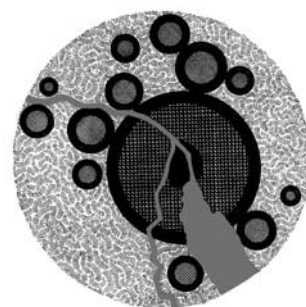
Das Heft ist reich mit Plänen, statistischen Tabellen und Photos ausgestattet. Herter führt eine verständliche Sprache:

«Vom städtebaulichen Standpunkt aus ist zu sagen, dass die Eingemeindung 1893 zu spät erfolgte. Immerhin bestanden um jene Zeit noch keine abgeklärten städtebaulichen Richtlinien, wie sie heute vorhanden sind.» (S. 4)

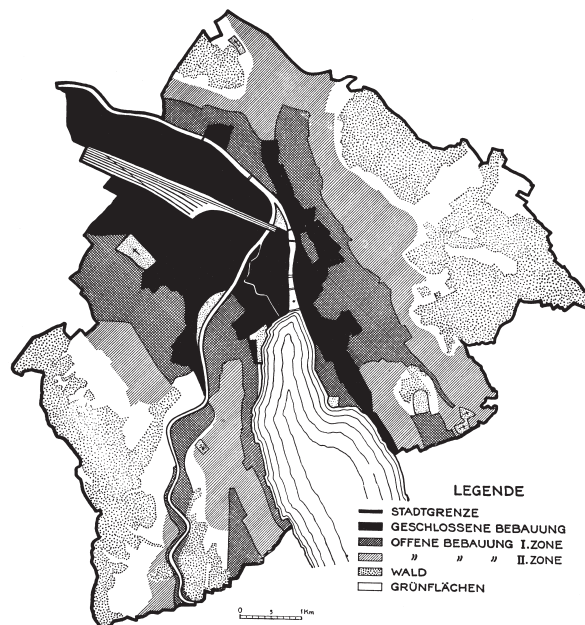
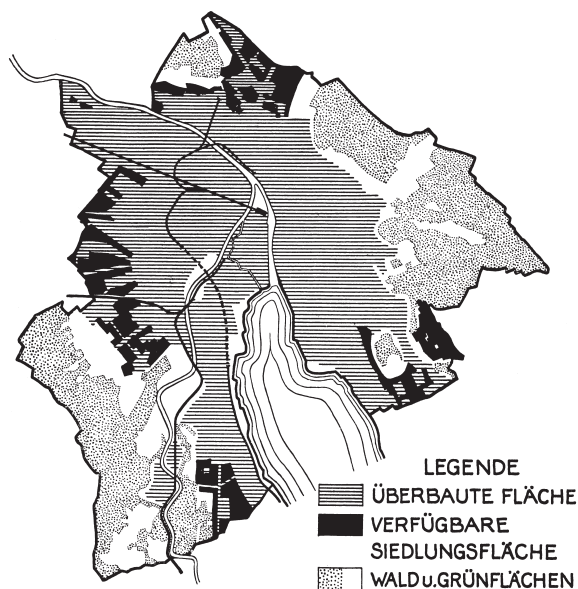
Die ausserordentliche bauliche Entwicklung erfolgte nach den Richtlinien des Baugesetzes von 1893 und des Zonenplans mit offener Bauweise von 1912, in welchem aber noch die Ausscheidung von Industriegebieten fehlte. Von den 22 Vororten, welche ins Wettbewerbsgebiet von 1915–1918 einbezogen waren, kamen 1929 zwölf zur Eingemeindung in Frage. An speziellen Themen erwähnte Herter die Bahnhoffrage, die stattgefundenen Bebauungswettbewerbe für grössere Stadtteile und für die Seeufergestaltung. Oerlikon, das vorstädtischen Charakter hatte sowie Kilchberg und Zollikon – alle drei auch finanzstark – erliessen angemessene Bauordnungen, andere Vorortsgemeinden wurden diesbezüglich von der Stadt beraten. (S. 6) Der Verkehr hatte sich, aus Gründen der städtischen Topographie, zu einem eigentlichen Problem ausgewachsen. Der Siedlungsraum der 13 Gemeinden musste als Einheit aufgefasst werden:

«Der zukünftige Stadtorganismus ist vermittelt einem System von Grünflächen, Sports- und Spielanlagen, Erholungsanlagen, Wäldern, Gärten und Schrebergärten zu durchziehen.» Das «weitverzweigte Netz von Verkehrslinien, die unter sich wiederum Anschlussstellen aufweisen, wie Bahnhöfe, Verkehrsknotenpunkte usw., beeinflusst den Gesamtbebauungsplan einer Stadt bzw. ihre Formbildung in grossem Masse.» (S. 7) «Die Wohnung bildet die Urzelle des Stadtkörpers. (...) Für die Ausdehnung und Gestaltung des Stadtorganismus entscheidend ist (...) die Wohnung der Massenbevölkerung, die 80–85% aller Wohnungen einer Stadt ausmacht. Künftig werden die Kleinwohnungen nicht mehr in Mietkasernen unterzubringen sein, sondern das Endziel aller Bestrebungen ist, den Menschen Heime zu schaffen im mittelgrossen Haus und im Kleinhaus mit Garten. Daraus ergibt sich ganz naturgemäss eine stärkere Beanspruchung von Baugelände.» (S. 8)

Umschlag von Herters Propagandaschrift von 1929 für die 2. Eingemeindung. Vgl. Abb. oben und Seite rechts.



FÜR
DIE EINGEMEINDUNG
DER ZÜRCHER VORORTE
HERAUSGEGEBEN VOM AKTIONSKOMITEE FÜR DIE EINGEMEINDUNG



Um ein Gleichgewicht zwischen verschiedenen Bauzonen und Grünflächen zu erreichen, sollen weitere Vorortsgemeinden mit der Stadt vereinigt werden (rechts), weil in deren Gebiet zuwenig Freihalte- und Siedlungsfläche vorhanden ist (links). Illustrationen in Herters Propagandaschrift von 1929 für die 2. Eingemeindung. Vgl. Abb. Seite links und nächste Seiten. – Text rechts.

Innerhalb der damaligen Stadtgrenzen konnte eine solche Siedlungspolitik mangels Landreserven – es standen bloss noch etwa 350 Hektaren für ungefähr 50 000 bis 60 000 Einwohner zur Verfügung – nicht mehr verwirklicht werden. (Abb. oben). Eine spezielle und dringende Aufgabe war die Sanierung der Altstadt wegen der vielerorts unhaltbaren Wohnverhältnisse (S. 16–18, mit drastischen Photobeispielen). Ungefähr 10 000 Menschen müssen aus der Altstadt ausgesiedelt werden.

«Planung und Organisation eines modernen Stadtkörpers haben frühzeitig, d.h. mindestens 20–30 Jahre vorausgehend einzusetzen, sollen nicht alle Bestrebungen an Widerständen und Sonderinteressen scheitern. Das wichtigste Instrument zur Lösung der Aufgabe ist eine um Jahre, ja Jahrzehnte vorausgreifende grosszügige Bodenpolitik, ohne die ein erfolgreicher und gesunder Städtebau gänzlich unmöglich ist.» (S. 9) «Mit der Bodenpolitik wird bezweckt die Bereithaltung notwendiger Gebiete für Grünstreifen, Erholungs- und Sportanlagen, Schrebergärten, Aussichtsterrassen, öffentliche Bauten aller Art und Freiflächen an unseren Berghängen, um sie vor der Bebauung zu schützen und insbesondere für Freiflächen zwischen den einzelnen Gemeinden usw. (...) Wie segensreich sich eine weitblickende Wohnpolitik auswirken kann, das zeigt sich gerade in den letzten Jahren in der Stadt Zürich. Ihr sind vielfach die zahlreichen neuen Wohnkolonien zu verdanken, auf die Zürich stolz sein darf.» (S. 20)

«Die Eingemeindung ist, mehr noch als 1893, eine Entwicklungsfrage, in Wirklichkeit ein städtebauliches Problem.» (S. 32) «Es soll versucht werden, ein Stadtgebilde zu schaffen, in dem auch der wirtschaftlich Schwache Anteil an Grund und Boden hat, um ihn in Zukunft vor der seit Jahren bestehenden Entwurzelung zu bewahren. Die Grundlage unserer Stadtentwicklung soll künftig sein die Familie als Zelle im Staatsorganismus; ihr sollen die Bedingungen zur Erhaltung und Hebung der Arbeitskraft und Gesundheit gesichert werden. (...) Die Eingemeindungsfrage von Zürich und Vororten ist letzten Endes eine Menschheitsfrage im besten Sinne des Wortes, an deren Lösung Jeder, ohne Unterschied des Standes und der Partei, mitzuwirken hat.» (S. 32–33)

Parallelen und Vergleiche mit vollzogenen und geplanten Eingemeindungen im In- und Ausland zeigen Notwendigkeit und positive Folgen auf: St. Gallen 1918, Winterthur 1922, Mailand 1924 (S. 23–25). In Deutschland ist das Verhältnis zwischen den Ländern und den wachsenden Städten besser als bei uns: die Vorschläge des Kantons, Finanzausgleich und Zweckverband, werden abgelehnt (S. 23–27). Den Schluss des Heftes bildete eine gemeinsame Erklärung der Berufsverbände³³, welche Herters Text in sieben Punkten zusammenfassen.



ZÜRICH

Waldfläche
Fläche der öffentl. Anlagen
Spielplätze, Friedhöfe

1090 ha = 24,3 % des Gemeindegebietes

94 ha = 2,1 % des Gemeindegebietes

Die Stadt liegt eingebettet zwischen die bewaldeten Höhenrücken des Uetliberges (873 m ü. M.) im Westen und des Zürichberges (650 m ü. M.) im Osten. Die Wälder sind zum grössten Teil im Besitze der Stadt und des Staates. Breite, unüberbaubare Wiesenbänder sind vor die Waldränder gelegt worden zur Verhinderung eines zu nahen Heranrückens der Bebauung an den Wald und als Schutz der freien Aussicht. Der erste Ausbau der Seeufer unter Leitung von Ingenieur Bürkli-Ziegler stammt aus den Jahren 1882–1887. Das städtische Strandbad am westlichen Seeufer wurde im Jahre 1922 gebaut und ist in stetiger Entwicklung begriffen. Zusammenhängende Alleen bestehen längs der Sihl und der Limmat. Die Spiel- und Sportplätze sind über das ganze Stadtgebiet verteilt. Grössere Sportplätze wurden durch Sportklubs und Privat Institute erstellt. Es treffen unter Berücksichtigung der Turnplätze annähernd 2,5 m² auf den Kopf der Bevölkerung. Auf das ganze Stadtgebiet sind vier Friedhöfe verteilt, deren Erweiterung in Vorbereitung und im Bau befindlich sind. An Familien-Pachtgärten sind heute 6000 Aren angelegt, hievon als Dauerpachtgärten 1800 Aren.

Die Abstimmung vom 12. Mai 1929 (Gesetzesinitiative mit 25 000 Unterschriften) endete negativ, desgleichen aber auch jene vom 29. September 1929 über das Finanzausgleichsgesetz. Eine kombinierte Vorlage, mit der weniger Gemeinden zur Stadt kamen, endete schliesslich am 5. Juli 1931 positiv, das Gesetz trat auf den 1. Januar 1934 in Kraft.³⁴

Herter erweist sich in seinem Text von 1929 als wahrer Stadtbau-Meister. Von Städtebau als architektonischem Werk ist nicht die Rede, wohl aber vom Zusammenspiel zwischen Planung und (Finanz-) Politik. Grundlage dafür ist die Vision der Gartenstadt, die nur durch die Sicherung der Grünflächen gewährleistet ist. Auch Herters Mitstreiter äussern sich dazu, so Konrad Hippenmeyer, Chef des Bebauungsplanbüros, im Katalog der Schweizerischen Städtebau-Ausstellung 1928 in Zürich und der Folgepublikation Städtebau in der Schweiz, Grundlagen, von 1929:

«Eines der schönsten und reinsten Probleme des Stadtbaues umfassen die Erholungsanlagen: Die Gartenkunst, die das tiefere Eindringen in das Verhältnis von Mensch und Natur bezweckt. Diese Anlagen können als der ewige Frühling einer Stadt bezeichnet werden. Wie der Frühling zu neuem Leben entfacht, so haben die Erholungsanlagen ausser der Geisteskultur auch der Körperkultur, der Verjüngung des Menschen zu dienen. Hierbei gilt es einen Schatz zu pflegen: die Erhaltung der vorhandenen wertvollen Grüngelände und Parks. (...) Neuanlagen lassen sich überall schaffen, nicht aber Landschaftsbilder und Räume aus der Eigenart der natürlichen Bodenbeschaffenheit mit altem Baumbestand und besonderer Vegetation. Wälder, Waldwiesen und Tobel sind Teile davon. Auf die Freihaltung der Fluss- und Seeufer braucht kaum hingewiesen werden (...). Die Freihaltung bedeutender Aussichtspunkte und ihre Verbindung durch Höhenpromenaden sind weitere Programmpunkte des Grünflächenplanes. (...)

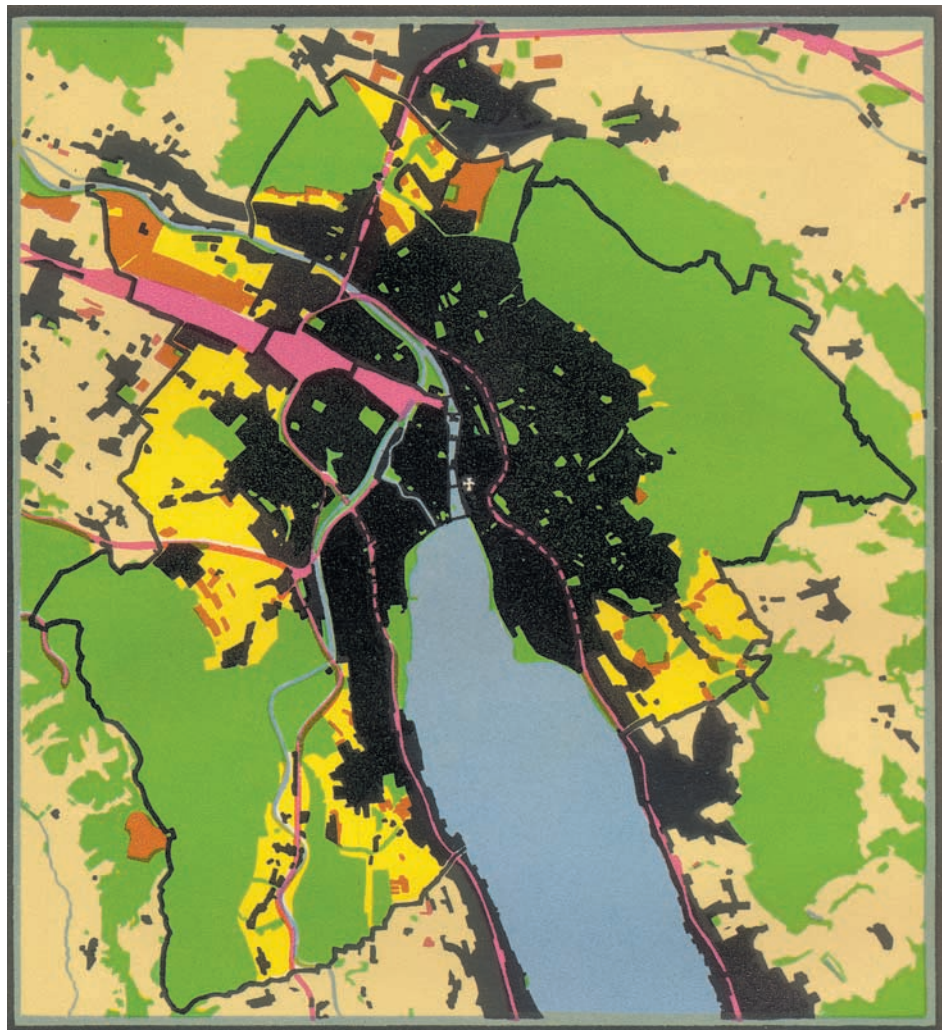
Möglichst im Anschluss an die vorhandenen Grünflächen handelt es sich um Festlegung eines zusammenhängenden Netzes von Grünverbindungen. Die Baugebiete sind im engern und weitem Sinne in Grünflächen einzubetten, die gestatten, im Grünen von und nach den Arbeitsstellen zu gelangen. (...) Das im Wurf liegende deutsche Spielplatzgesetz fordert mindestens 3 m² nutzbare Spielfläche auf den Kopf der Bevölkerung. (...) Einen besondern Abschnitt der Freiflächen bilden die Friedhöfe. Die Schwierigkeit ihrer

Gestaltung beruht auf der befriedigenden Einordnung des Massengrabes, und darauf, dass die Bevölkerung dieser einfachsten Grabform zustimmt. Während des Weltkrieges hat die Not der Verpflegung die Bearbeitung der Scholle in weitesten Kreisen gefördert. Die Familiengärten bilden heute einen in ethischer Hinsicht höchst schätzenswerten Bestandteil der Grün- und Freiflächen. (...) Das Verständnis der Erhaltung der Ertragsfreiflächen in der Nähe der Städte und im Umkreis der Vororte hat erfreulicherweise zugenommen. Diese Freiflächen können unter Umständen für die Frischmilch- und Gemüseversorgung der Städte in Betracht fallen und in ethischer und hygienischer Beziehung wertvolle Dienste leisten. Die Gartenstadt Welwyn in der Nähe Londons hat diesen Weg beschritten und in vorsorglicher Weise einen unbebaubaren Landwirtschaftsgürtel freigehalten. Die Grün- und Freiflächen bilden ein heiliges Gut der erweiterten Stadt. Die grössten Schwierigkeiten bietet deren Ausdehnung, da die meisten Gesetzesvorlagen die Expropriation hierfür nicht gewährleisten, und nur durch vorsorglichen Landerwerb zum Ziele zu kommen ist.»³⁵

Die von Hippenmeyer gestalteten Farbpläne in der Städtebau-Publikation von 1929 zeigen den Grünflächenbestand der grössten Schweizer Städte, für Zürich also den Zustand vor der 2. Eingemeindung.³⁶ Dem Gedanken der Regionalplanung über die Grenzen der Gemeinden hinaus huldigt 1932 sein Aufsatz im Jahrbuch vom Zürichsee:

«In einigen Seeufergemeinden wurde eindringlich vor einer erweiterten Stadt Zürich gewarnt und zur Abschreckung, sei es auch nur ironisch, von einer Ausdehnung der Stadt bis Rapperswil gesprochen. Diese Utopie wird aber Wirklichkeit, sofern nicht entsprechend der Geländeformation planmässig eine Trennung einzelner Gemeinden oder Gemeindegruppen durch Grün- und Freiflächen vorbereitet wird.»³⁷

Farbtafeln von Konrad Hippenmeyer: Nutzungsplan (rechts), Grünflächen (linke Seite oben). Legende: Überbaute Fläche schwarz. Noch freies Bau terrain gelb (privat) und braun (öffentlich). Bahnareal rotviolett. Waldungen und Parkanlagen grün. Wasser blau. In beiden Plänen ist die Bedeutung der Grünzonen gegenüber der stets wachsenden Bebauung anschaulich gemacht (vgl. Pläne vorangehende Seiten) Aus: «Städtebau in der Schweiz. Grundlagen», Zürich 1929. Die vom BSA herausgegebene Publikation verwertete das Material der Schweizerischen Städtebau-Ausstellung 1928 in Zürich. Die befreundeten Redaktoren Camille Martin (1877–1928) und Hans Bernoulli (1876–1959) schufen damit eine Kampfschrift in Bezug auf das politische Grundpostulat ihrer Städtebau-Anliegen, von Martin formuliert im Einführungstext («Die Grundlagen moderner Stadterweiterung»): «Die erste Aufgabe des Städtebaues besteht also heute darin, den Behörden eine Macht wiederzugeben, die sie vordem besaßen, die Macht über den städtischen Grund und Boden.» (S. 4)



Hippenmeyers Aufsatz in der Zeitschrift *Werk*, anlässlich der BSA-Tagung in Zürich, umreisst hingegen das (erweiterte) Berufsbild des Architekten schon im Titel: «Der Architekt im Spiegel der Stadtentwicklung». In der Schilderung der baulichen Entwicklung Zürichs spricht der Architekt, der Sinn für architektonische Stadtsubstanz bis in die Gegenwart hat und deshalb auch deren Erhaltung im Sinne der «schöpferischen Denkmalpflege» (etwa im Sinne Gustav Gulls) propagiert:

«Die so schwierige Sanierung der Altstadt steht vor uns. Um gruppenweisen Neubau oder stückweises Flicken geht die Entscheidung. Grösste wirtschaftliche Werte stehen dabei auf dem Spiel, dazu kommt als Erschwerung die Frage, wie weit gute ältere Bauwerke, Baugruppen und ganze Strassenbilder zu erhalten sind. Hier den richtigen Massstab zu finden, ohne in Brutalität oder in eine kleinliche Sentimentalität zu verfallen und gleichzeitig eine zweckmässige Verkehrsleitung durchzuführen, ist eine sehr schwierige Aufgabe. (...) Die Korrektur der etwas störenden Privathäuser beidseitig der Ankengasse mag als eine der vornehmsten Pflichten der Denkmalpflege zufallen. (...) Die schwach gebogene Häuserflucht der Augustinergasse, die Untere Zäune, der Münsterhof und andere Gassen und Plätze entstanden unter der Hand von Baumeistern mit feinem Empfinden für den städtebaulichen Massstab. Diesen Sinn zu wahren ist eine der vornehmsten Pflichten für den Architekten aller Zeiten im Aufbau einer Stadt, es sei denn, dass die Erneuerung eines Stadtquartiers in einem Zuge und ohne nachbarliche Bindung erfolgen könnte. (...)»

Der Schanzengraben soll nicht eingedeckt, sondern zur Promenade aufgewertet werden (verwirklicht erst in den 1970er Jahren), die Sanierung des Niederdorfs ist mit Verkehrssanierungen im Raume Limmatquai-Central-Bahnhofbrücke-Bahnhofquai verbunden (verwirklicht bereits ab 1950). Mit grossem Verständnis spricht der Erbe solcher Aufgaben von der Stadt des 19. Jahrhunderts³⁸:

«Man zögert nicht, das Spital aus dem engen Predigerquartier in die freie, abgelegene Landschaft bergwärts der Rämistrasse zu verlegen: Polytechnikum, Hauptbahnhof, Kaserne und Kantonsschule stehen als würdige Dominanten im Stadtbild.»

Auch in der Gegenwart ist der Architekt als städtebaulicher Gestalter gefragt. Das Stadtplanbüro unter Hippenmeyers Leitung bearbeitet Verkehrs-, Siedlungs- und Freiflächenprobleme auf der Grundlage des Bebauungsplanwettbewerbs 1915–1918. Die Erfüllung von dessen Postulaten ist durch die Eingemeindung von 1934 einen grossen Schritt vorwärts gekommen. Ein Generalbebauungsplan sollte aufgestellt werden.

«Die linksufrige Zürichseebahn, insbesondere die Tieflegung ihrer Trasse, hatte starke Veränderungen in den Quartieren zu Folge. Schon bei der Projektierung und Trassierung und nicht zuletzt bei der Behandlung der Mauern, Tunnelportale und dem Bau der Bahnhöfe kamen die Ideen der Architekten zum Durchbruch.» (...) Wohl erstrebt die Stadtverwaltung eine Erneuerung der Bauvorschriften unter Mitarbeit von Architekten des Bundes Schweizer Architekten BSA und des Ingenieur- und Architektenvereins SIA, eine restlos befriedigende Bebauung aber fällt dem Takt des einzelnen Architekten anheim. (...) Kein Wunder, dass eine besondere Städtebaugruppe der prominentesten Architekten des BSA und SIA an der Erörterung der wichtigeren Vorschläge für die öffentlichen Gebäude und der Stadtplanung teilnehmen.»³⁹

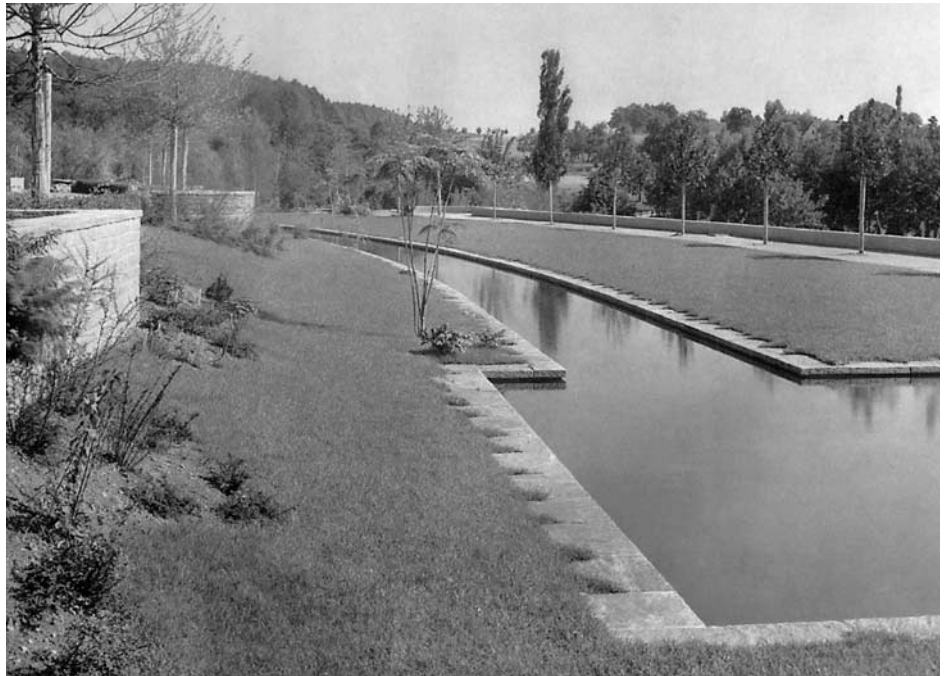
Mit dem Ruf nach Regional- und Landesplanung schliesst Hippenmeyer. Im gleichen Heft der Zeitschrift *Werk* ist eine stimmungsvolle Aufnahme seiner Friedhoferweiterung Enzenbühl zu sehen.

Eine Bilanz der planerischen Bemühungen in der Stadt Zürich mit einer ihm besonders wichtigen Akzentuierung gab Emil Klöti 1942, im letzten Jahr seiner Amtstätigkeit als Stadtpräsident: «Der Schutz der Wälder und der Aussichtspunkte im Gebiete der Stadt Zürich». Detailreich und liebevoll zeichnete der erfahrene Jurist und Politiker die mühsamen, aber erfolgreichen Aktionen zur Rettung der Grünzonen nach. Die heute selbstverständliche Sicherung der Waldzonen als «Stadtparks» konnte nicht einfach auf der Basis des eidgenössischen Walderhaltungsgesetzes von 1874 verwirklicht werden, sondern musste mit prozessgestützten Enteignungsaktionen gegen spekulative Absichten der Besitzer und eine oft uneinsichtige Kantonsregierung durchgesetzt werden⁴⁰:

Architekt Konrad Hippenmeyer (1880–1940). Photo zum Nekrolog von Johann Albert Freytag in der Schweizerischen Bauzeitung, wo gleichzeitig Hippenmeyers Verdienste um die Gestaltung der Friedhoferweiterungen Enzenbühl, Manegg, Nordheim und im Zentralfriedhof gewürdigt wurden. Aus: SBZ Bd. 116 (1940), S. 76. Vgl. Abb. Seite rechts. – Text S. 52–54.



1933–1934 als Landschaftspark angelegte Erweiterungszone im Friedhof Enzenbühl. Architekt: Konrad Hippenmeyer, Chef des Bebauungsplanbüros der Stadt Zürich, Bepflanzung von der Firma Gebr. Mertens. Aus: *Werk 22* (1935), S. 233.



«Der Erfolg ist vor allem dem einträchtigen Zusammenwirken der beteiligten Abteilungsvorstände und Dienstchefs zu verdanken, die sich der städtebaulichen Bedeutung der gestellten Aufgaben bewusst waren und sie in geduldiger, aber zäher und zielbewusster Arbeit der Lösung entgegenführten. Taktische Gründe zwangen oft, Begeisterung zu verstecken und Gleichgültigkeit zur Schau zu tragen. Umso grösser war die gemeinsame Freude, wenn eine langwierige Aktion zu glücklichem Abschluss gekommen war. (...) Das Glück, eine herrliche Gegend zur Heimat zu haben, macht es uns allen zur Pflicht, die Schönheiten dieser Landschaft möglichst ungeschmälert zu erhalten. Die finanziellen Opfer, die damit verbunden sind, lohnen sich reichlich. Sie sichern uns auch den Dank der kommenden Generationen.»

1939 beherbergte Zürich die Schweizerische Landesausstellung. Im Zeichen der geistigen Landesverteidigung diente diese als Manifestation des einheimischen Schaffens und der kulturellen Leistungen.⁴¹ Teile der Ausstellungsarchitektur waren avantgardistisch, andere rückwärtsgewandt. Zur Eröffnung gab sich Zürich festlich: zahlreiche öffentliche und private Gebäude waren renoviert oder neu gebaut worden, so das Hotel Storch und das Kongresshaus. Der Bellevueplatz hatte 1937/38 mit einer neuartigen Verkehrsführung und der Tramwarte von Hermann Herter und Fritz Stüssi (1901–1981) ein modernes Gesicht erhalten. (Abb. S. 70, 71)

Herter's Amtsführung

Im November 1919 trat Herter sein Amt an. Die Räume der Abteilung Bauwesen II, seit 1934 Bauamt II, befanden sich im neuen, 1917–1919 nach Plänen von Gustav Gull erbauten Amtshaus IV an der Uraniastrasse.⁴² In jener finanziell und politisch unsicheren Zeit war es angezeigt, sparsam ans Werk zu gehen. Bereits war ein Drittel der Stellen im Hochbauamt gestrichen worden. Herter begann mit 19 Mitarbeitern (vgl. Tabelle S. 76); als sich die Krise noch mehr verschärfte, wurden die Stellen des Sachverständigen für Grabdenkmäler und jene von zwei Technikern und eines Kanzlisten gestrichen. Auch war die Adjunktenstelle während dreier Jahre vakant. Den absoluten Personaltiefstand erreichte das Hochbauamt mit 13 Mitarbeitern 1925, dann stieg diese Zahl wieder bis zum Maximum von 21 Angestellten im Jahr 1934. 1942 registrierte man nur noch 17 Festangestellte.⁴³

Die starken Einschränkungen in der Bautätigkeit der Stadt Zürich hatten zur Folge, dass ab 1920 ein Teil des Personals nicht mehr voll beschäftigt werden konnte. Das Hilfspersonal musste entlassen werden und verschiedene Angestellte wurden in andere Verwaltungsabteilungen versetzt.⁴⁴ Ende 1920 arbeiteten die Angestellten verschiedene Arbeitsmodelle aus, damit sie ihre Stellen behalten konnten.⁴⁵ Es wurden alte und neue Bauprojekte zur Bearbeitung vorgeschlagen und empfohlen «(...) grössere Umbauten nicht mehr durch das Hochbauinspektorat, sondern durch das Hochbauamt» ausführen zu lassen oder das Hochbauamt mit sämtlichen Neu- und Umbauten für die städtischen Werke zu betrauen. Der Vorstand des Bauwesens III, Stadtrat Ulrich Ribi (1871–1933), reagierte sehr schnell. Im Protokoll der Sitzung vom 7. Dezember 1920 ist zu lesen:

«(...) Seit dem Dienstantritt Stadtbaumeister Herter's haben sich die Verhältnisse geändert. Es besteht kein Grund mehr, die Bauleitung der für die Durchführung städtischer Hochbauten geschaffenen Amtsstelle dem Hochbauamt zu entziehen, da die Person des jetzigen Stadtbaumeisters volle Gewähr für ein erspriessliches Zusammenarbeiten mit dem Direktor des Elektrizitätswerkes gibt. So erscheint es als gegeben, die Bauleitung dieses Gebäudes (Transformerstation Drahtzug) dem Hochbauamt zu übertragen.»⁴⁶

Bis im Herbst 1921 gelang es, das Personal des Hochbauamtes genügend zu beschäftigen. Im Frühling 1922 musste aber ein Teil des technischen Personals entlassen werden. Auch der Stadtbaumeister war nicht mehr voll ausgelastet und nutzte die Gelegenheit, um private Aufträge auszuführen. Mit Beschluss des Stadtrates⁴⁷ wurde ihm gestattet, während eines Jahres den Bau der Nationalbank in Luzern zu leiten, unter Herabsetzung der Volltätigkeit auf halbtägige Arbeitszeit und unter Kürzung der Besoldung um die Hälfte.⁴⁸ Um den sich stets wandelnden Bedürfnissen der Stadt gerecht zu werden, wurde das Bauamt immer wieder reorganisiert. Als Herter 1919 seine Stelle als Stadtbaumeister antrat, gab es drei Abteilungen:

Das *Bauwesen I* mit Vorstand Emil Klöti umfasste das Tiefbauamt, das Büro für Quartierpläne, das Vermessungsamt, die Lichtpausanstalt, die Baupolizei, das Gartenbauamt samt Friedhöfen, die Promenadenkommission, die Sachverständigenkommission zur ästhetischen Begutachtung von Bauprojekten, die Kommission betreffend Entwässerung des Stadtteiles rechts der Limmat⁴⁹, die Kommission betreffend Verhältnisse der Limmat (Wasserstand-Regulierung), die Vermessungskommission sowie die Kommission zur Beratung von Verkehrsfragen.

Das *Bauwesen II* mit Vorstand Gustav Kruck umfasste das Strasseninspektorat, das Gaswerk, die Wasserversorgung, das Elektrizitätswerk, die Materialverwaltung sowie die Strassenbahn- und die Brunnenkommission.

Das *Bauwesen III* mit Vorstand Arnold Bosshardt befand sich bis 1923 in der selben Verwaltungsabteilung wie das Steuerwesen und umfasste das Hochbauamt, das Hochbauinspektorat, das Heizamt, die Bau- und die Wohnungsbaukommissionen sowie das Baukollegium.



Emil Klöti (1877–1963), Stadtrat: Vorstand des Bauwesens I 1910–1928, Stadtpräsident 1928–1942. Photo aus: Illustrierte Familienzeitschrift, um 1930, Stadtarchiv Zürich.



Umformerstation Drahtzug des städtischen Elektrizitätswerks (EWZ) an der Hammerstrasse 62. Projekt und Bauleitung durch das städtische Hochbauamt (Hermann Herter), Fassadenpläne von Architekt Emil Schäfer (1878–1959), abgebrochen 1982. Photo ZDA.



Hermann Herter (1877–1945), Stadtbaumeister 1919–1942. Photo zum Nekrolog in: SBZ Bd. 125 (1945), S. 98–99.

1924 gab es eine erste grössere Reorganisation, bei welcher das Bauwesen III in das Bauwesen I integriert wurde. Emil Klöti blieb Vorsteher des letzteren und konnte somit seinen Einfluss auf die Stadtentwicklung nochmals bedeutend steigern. Als er 1928 Stadtpräsident wurde, übernahm Stadtrat Jakob Baumann (1887–1975) das Bauwesen I. Klöti spielte aber bis 1942 als Sektionsmitglied der beiden Abteilungen, die seit 1934 Bauamt I und II genannt wurden, immer noch eine sehr wichtige Rolle. Er bildete zusammen mit Herter und Hippenmeyer ein starkes Triumvirat, welches den Städtebau in Zürich während vieler Jahre bestimmte. Der 1880 geborene Konrad Hippenmeyer hatte seine Karriere mit einer Lehre in der Stadtverwaltung begonnen und beteiligte sich – damals Assistent im Tiefbauamt – wie Herter erfolgreich am Wettbewerb für Gross-Zürich.⁵⁰ Von 1919 bis zu seinem Tod im Jahre 1940 leitete er das Bebauungsplan-Büro im Tiefbauamt, welches für alle Fragen der Anpassung vorhandener und neuer Strassen und Plätze sowie für die Anlage und Projektierung verschiedener Grünzonen, wie zum Beispiel für die «Egg» in Wollishofen, für das Vorgelände der Kurhausstrasse und für die Waid zuständig war. Hippenmeyer war es ein Anliegen, nicht nur die Waldränder zum Schutz der Aussicht und als Promenaden auszuzonen, sondern auch die Grünflächen zwischen den ehemaligen Vororten zu schützen. Auch die Errichtung von Spiel- und Sportplätzen sowie die Anlage und Gestaltung von Friedhöfen lagen in seiner Kompetenz.⁵¹ Emil Klötis Interesse während seiner ganzen politischen Laufbahn in Zürich galt vor allem dem Städtebau. Dabei widmete er sich nicht nur dem Ausbau des Verkehrsnetzes und der Freihaltung von Grünzonen, sondern setzte sich schon früh für den genossenschaftlichen Wohnungsbau ein und sorgte für Bauvorschriften, die spekulative Überbauungen verhinderten. (Abb. S. 58) Klöti war ein geschickter Lenker, der sich in baulichen, planerischen und finanziellen Bereichen bestens auskannte. Die verschiedenen Bauämter und Abteilungen arbeiteten teilweise eng zusammen, dann standen sie sich wieder als Konkurrenten gegenüber.⁵²

Bereits 1931 teilte Emil Klöti die Wohnungsbaukommission seiner persönlichen Verwaltungsabteilung zu, was bezeugt, dass ihm der Wohnungsbau von zentralem Interesse war. Im gleichen Jahr kam das Strasseninspektorat, welches bisher dem Bauwesen II zugeteilt war, zum Bauwesen I. Stadtrat Gustav Kruck, seit 1919 Vorstand des Bauwesens II, behielt die Leitung der Industriellen Betriebe, welche nun eine neue Verwaltungsabteilung bildeten.⁵³ Stadtrat Joachim Hefti (1876–1949) wurde Vorsteher des erneuerten Bauwesens II, welches nun das Hochbauinspektorat, das Heizamt, die Baupolizei sowie die Gerüstkontrolle umfasste. 1934 wurde erneut umverteilt, aus den Bauwesen wurden nun die Bauämter:

Dem *Bauamt I* wurden das Tiefbauamt, das Bebauungs- und Quartierplanungsbüro, das Strasseninspektorat, das Vermessungsamt, das Gartenbauamt sowie das neu geschaffene Stadtforstamt zugeteilt. Die verschiedenen Kommissionen blieben erhalten, dazu kam noch die Wildparkkommission Langenberg. Vier Jahre später wurde das Turn- und Sportamt gegründet und dem Bauamt I unterstellt.

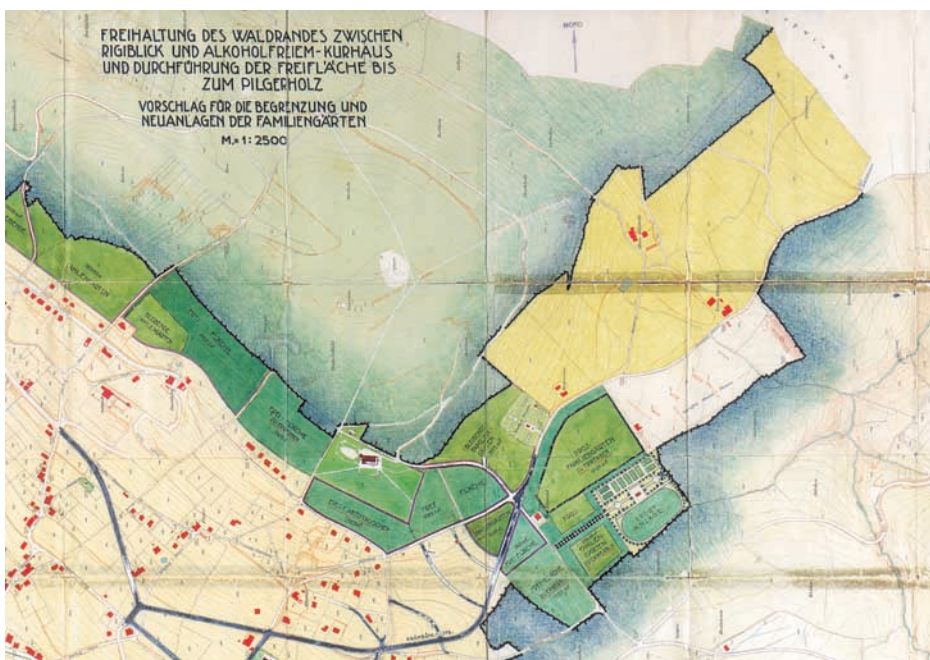
Das *Bauamt II* umfasste neu das Hochbauamt, das Hochbauinspektorat, das Heizamt, die Baupolizei und Gerüstkontrolle sowie verschiedene Baukommissionen.

Im gleichen Jahr 1934 starb der freisinnige Stadtrat Gustav Kruck, dem Stadtpräsident Klöti als Sozialdemokrat in seiner Abdankungsrede zugestand, dass er «nie engherziger Parteimann, sondern stets ein grosszügiger Kommunalpolitiker» gewesen sei. Kruck, Inhaber eines florierenden Baugeschäfts, der «an allen öffentlichen Angelegenheiten regen Anteil nahm», gehörte seit 1908 dem Grossen Stadtrat an, wo er u.a. Kommissionspräsident für den Bau des Heidseewerks war. Von 1914 bis 1929 sass er im Kantonsrat und 1917 wurde er in den Stadtrat gewählt, wo er das Steuerwesen übernahm, dem am 1. Januar 1919 als Bauwesen III das vom Bauwesen I abgetrennte Hochbauamt zugeteilt wurde. Nach dem Tod von Stadtrat Hans Kern übernahm er ein halbes Jahr später das Bauwesen II, welches auch die industriellen Betriebe umfasste und führte letztere auch nach der Verselbständigung

1931 bis zum Tod weiter. Dieser Bereich bot Kruck «beste Gelegenheit zur Entfaltung seiner organisatorischen Fähigkeiten, seiner technischen Kenntnisse und seiner Begabung für die Behandlung wirtschaftlicher Fragen» (E. Klöti in: Kruck 1934); es mussten das Gaswerk, die Wasserversorgung, das Strassenbahn- und Autobusnetz sowie die Elektrizitätsversorgung ausgebaut werden. Letztere war sein bevorzugtes Gebiet, er war führend beteiligt am Wäggitalwerk (eröffnet 1925) und am Kraftwerk Wettingen (eröffnet 1933). Kruck war ein überzeugter Befürworter der Eingemeindung von 1934. Zu Herter's Aufgabenbereich gehörte nicht nur Entwurf und Ausführung von städtischen Hochbauten, sondern auch die Einsitznahme in verschiedene Gremien, so in Baukommissionen für spezifische Projekte, ins Baukollegium⁵⁴, in die Wohnungsbaukommission⁵⁵, in die Kommission betreffend Prüfung der Verhältnisse der Limmat⁵⁶, in die Promenadenkommission und in die Brunnenkommission. 1924 gründete die Stadt die Stiftung «Wohnfürsorge für kinderreiche Familien», welche sich zur Aufgabe machte, städtische Wohnungen für minderbemittelte Arbeiterfamilien mit drei und mehr Kindern zu schaffen. Herter war von Anfang an im Stiftungsrat tätig. 1930 rief der Stadtrat die Kommission zur ästhetischen Begutachtung von Reklamen ins Leben, um das Stadtbild vor Verunstaltungen zu schützen und übertrug Herter den Vorsitz.⁵⁷ Trotz Einrichtung des Bebauungsplan-Büros (vgl. S. 57) bearbeitete auch das Hochbauamt unter Herter Baulinien- und Quartierpläne sowie Bauordnungen, was in den Geschäftsberichten des Stadtrates mehrmals erwähnt wird, wie zum Beispiel 1919: «Das Hochbauamt wirkte wie üblich mit bei der Bearbeitung des Bebauungsplanes, der Aufstellung von Quartierplänen und begutachtete Planvorlagen in ästhetischer und städtebaulicher Hinsicht.»⁵⁸ Im Geschäftsbericht von 1926⁵⁹ wird erwähnt, dass das Hochbauamt bei der Erarbeitung eines Projekts in Zusammenhang mit der Erweiterung des Tramdepots Hard mitwirkte.

Das Hochbauamt und der Wohnungsbau in den 1920er Jahren

Als die Wohnungsnot immer mehr zunahm und die private Bautätigkeit bereits zu einem völligen Stillstand gekommen war, richtete die Stadt Zürich im Mai 1919 beim Hochbauamt eine Beratungsstelle für den Kleinwohnungsbau ein, mit dem Ziel, den privaten Wohnungsbau, namentlich durch Genossenschaften, zu fördern. Der Beratungsstelle wurde eine Expertenkommission zur Bearbeitung der Projekte zur Seite



Quartierplanung im Gebiet Zürichberg-Allmend Fluntern. Zwischen der – damals noch lockeren – Bebauung und dem Waldrand wird eine Grünzone mit aussichtsreichem Spazierweg rechtlich gesichert. Sie enthält auch Familiengärten und das Friedhofsgelände. Im gelb angelegten Areal wird 1928 bis 1929 der Zoologische Garten entstehen. T.A.Z. Bebauungsplan Bureau, 12. März 1927. Plan BAZ X 12.



Wohnkolonie der Allgemeinen Baugenossenschaft an der Goldbrunnenstrasse (links)/Gertrudstrasse in Wiedikon, erbaut 1921, abgebrochen 1973. BAZ, Photo 1971.

gestellt, in die Herter, nach seiner Wahl zum Stadtbaumeister, auf den 1. November 1919 abgeordnet wurde. Diese Kommission tagte im ersten Jahr zwanzigmal, was die Dringlichkeit des Problems veranschaulicht; während der 1920er Jahre war sie sehr aktiv. Bereits 1920 wurde hingegen die Beratungsstelle wieder aufgehoben, da inzwischen der schweizerische Verband zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues eine gleichartige Stelle geschaffen hatte.

Das Bauamt bestimmte in diesem Zusammenhang auch die Gestaltung des öffentlichen Raumes mit. Dies gelang dank der aktiven Bodenpolitik: Die Stadt kaufte kontinuierlich Land. Ein Teil dieser Grundstücke war von vornherein für die Erhaltung von Grünflächen bestimmt, der andere hauptsächlich zur Erstellung von Wohnungen. Diese Aktivität pries Herter 1929 als ein Hauptargument für die zweite Eingemeindung (vgl. S. 51). Die Bautätigkeit der Zwischenkriegszeit konzentrierte sich hauptsächlich auf den Wohnungsbau; rund ein Viertel des heutigen Wohnungsbestandes in Zürich stammt aus den 1920er und frühen 1930er Jahren.

Der Stadtrat erarbeitete 1910 und 1924 auch Grundsätze für die Unterstützung des gemeinnützigen Wohnungsbaues. Darin wurde festgehalten dass «die Unterstützung durch Überlassung von Baugelände zu mässig angesetztem Verkehrswert unter Sicherung des Rückkaufrechtes geschehen kann, ferner durch Gewährung von Darlehen auf zweitstellige Hypotheken bis zu höchstens 94% der Anlagekosten und durch Übernahme von Genossenschaftsanteilen bis höchstens 10% des Genossenschaftskapitals erfolgen könne».⁶⁰ Als Gegenleistung forderte die Stadt, dass die Pläne und der Kostenvoranschlag der Genehmigung des Stadtrates unterliegen müssten.⁶¹ Diese amtliche Kontrolle klappte am Anfang nicht immer. 1921, nach einer Besichtigung der Wohnhäuser der Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich an der Goldbrunnen-, Gertrud- und Haldenstrasse, ärgerte sich Herter über die Ausführung der Bauten, weil seinen Beanstandungen nicht Folge geleistet worden war.

Er rügte die «durchaus unnötigen, die ruhige Fassadenwirkung störenden und kostspieligen Giebelaufbauten» sowie die unterschiedlich hohen Dachgesimse. «Auch die übrige Fassadengestaltung und der Innenausbau lassen architektonisch vieles zu wünschen übrig. Die in unserem Berichte vom 9. März 1921 gemachten Beanstandungen erfolgten nicht nur aus architektonischen und ästhetischen Erwägungen, sondern, der Hauptaufgabe unserer Prüfung gemäss, vor allem auch im Interesse einer zweckentsprechenden einfachen und wirtschaftlichen Bauausführung. Durch die Weglassung der unnötigen Dachgiebel und Abtreppungen hätten nicht nur die Bauten

Wohnkolonie Letten in Wipkingen. Photo aus Herters Propagandaschrift von 1929 für die 2. Eingemeindung (vgl. S. 50–51). Das 1913–1915 von den Gebr. Bräm erbaute Schulhaus Letten ist umgeben von Wohnsiedlungen für: «A und B Eidgen. Personal, C Staats-, Stadt- und Privat-Angestellte, im Mittel 326 Einwohner pro Hektar».





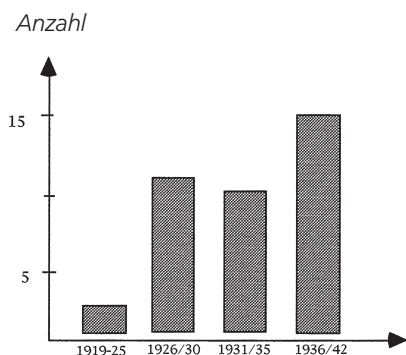
Herters Stadtgestaltungen mit Monumentalachsen: Die Schimmelstrasse in Wiedikon läuft auf den 1926 nach Herters Entwurf erstellten Bahnhof zu, die Wohnhäuser wurden 1937–1938 gebaut. BAZ, Photo Wolf-Bender 1939. – Vgl. Text und Abb. S. 62–64.

architektonisch wesentlich gewonnen, sondern es wäre auch eine für die Finanzkraft der Genossenschaft sehr bedeutende Ausgabe erspart worden. Die Begutachtung der zu unterstützenden Wohnbauprojekte durch das Hochbauamt ist nur dann für die Stadt als Hypothekargläubigerin und für die Baugenossenschaft von Nutzen, wenn unsere Vorschläge zur Verbesserung der Bauvorlagen allen Beteiligten zur Kenntnis gebracht und dafür gesorgt wird, dass sie beachtet werden.⁶² Herter schlug deshalb vor: «(…), dass bei der Gewährung von Darlehen an Baugenossenschaften die Berücksichtigung unserer Beanstandungen und Verbesserungsvorschläge ausdrücklich zur Bedingung gemacht und das Hochbauamt ermächtigt und in Stand gesetzt werden sollte, die Erfüllung solcher Bedingungen zu überwachen. Organ dieser Überwachung muss der Vertreter der Stadt im Vorstand der Genossenschaft sein, er sollte allenfalls mit entsprechenden Vollmachten versehen werden. Ferner sollte in allen Fällen die Genehmigung aller Baupolizeipläne auch durch das Hochbauamt ausbedungen werden. Die entsprechenden Auflagen wären von Fall zu Fall im Einvernehmen mit dem Hochbauamt bzw. mit der Bauverwaltung III zu formulieren.» Herter konnte diese Bedingungen durchsetzen. Die Stadt ging aber auch personelle Verbindungen mit den Genossenschaften ein.⁶³ Der Einfluss des Bauamtes auf die Architektur der Baugenossenschaften konnte so erheblich gesteigert werden.

Die Kontrolle wurde nochmals verstärkt, indem das Hochbauamt den Genossenschaften Bauführer zur Verfügung stellte und damit sicherstellen konnte, dass die Projekte im Sinne der Stadt ausgeführt wurden. Als Beispiel dafür sei die Genossenschaft Kornhausstrasse (1923) genannt. Herter empfahl in einem Schreiben an den Vorstand des Bauwesens III, Stadtrat Ulrich Ribi,

«(…) Bauführer Suter die verlangte Baubewilligung zu erteilen und zwar sowohl im Interesse einer wirksamen Bauführung als auch vom Standpunkt der Stadt als Hypothekargläubigerin, welche so Einblick in den detaillierten Voranschlag und die Ausführungspläne sowie Gelegenheit erhält, allfällige Wünsche geltend zu machen. Auch bei der Aufstellung der Vorausmasse erscheint die Wirkung des Bauführers notwendig. Durch diese vorbereitenden Funktionen könnte Bauführer Suter überdies nützlich beschäftigt werden.»⁶⁴

Diese Lösung war auch deshalb im Interesse der Stadt, weil so ein Angestellter des Hochbauamtes in der Krise sinnvoll beschäftigt werden konnte. So gelang es Herter, seinen Einfluss derart zu steigern, dass er das Aussehen ganzer Quartiere bestimmte. Er kümmerte sich nicht nur um Balkonbrüstungen oder Farbgebungen der Fassaden, sondern entschied auch über Geschosshöhe und Anordnung der Bauten.



Anzahl städtischer Neubauten, die von Herter während seiner Amtszeit 1919–1942 projiziert wurden. Aus: Barrelet 1996, S. 46.

Herter gestaltete die neuen Quartiere in Zürich nach den Prinzipien der Symmetrie, der Einheitlichkeit, der Betonung der Horizontalen und im Sinne gezielter Rahmenwirkungen; er blieb dem künstlerischen Städtebau verpflichtet und betrieb die formale Versachlichung der Architektur. Durch die amtsbedingte Macht war Herter frei, in die von der Stadt subventionierten Wohnbauprojekte – bis in die Mitte der 1930er Jahre wurden rund 14 000 Wohnungen erstellt – nach seinem Gutdünken einzugreifen. Seine Hartnäckigkeit in ästhetischen Belangen kann an verschiedenen Beispielen aufgezeigt werden. Bei der Erstellung des Lettenquartiers kämpfte er beispielsweise für die halbkreisförmige Umrahmung des markanten Lettenschulhauses. (Abb. S. 59) Er wollte zwei ungefähr 100 Meter lange, geschwungene Häuserzeilen für die Genossenschaftskolonie der Eisenbahner erstellen. Dies stiess aber auf erbitterten Widerstand bei den Anwohnern, da die offene Bebauung im Quartier üblich und vorschriftsgemäss war. Herter liess sich nicht einschüchtern und hielt an seinen Plänen fest.⁶⁵

Herter war stets bestrebt, konsequente Raumwirkungen im Städtebau zu verwirklichen. Im Zentrum sollte der öffentliche Bau stehen: bei der Kolonie der Eisenbahner das Lettenschulhaus, im Sihlhölzliquartier der Bahnhof Wiedikon. Die Wohnbauten hatten untergeordnete Funktion, als Rahmung den Blick in den Mittelpunkt zu leiten und dessen architektonische Wirkung zu steigern. Dieses Prinzip der Umrahmung eines öffentlichen Baues wurde von Herter immer wieder aufgenommen. Um seine Ziele durchzusetzen, nahm Herter nicht nur Streitigkeiten mit Grundbesitzern in Kauf, sondern auch Verletzungen der Bauordnung.⁶⁶ Ein weiteres Thema, das Herter unerschütterlich verfolgte, war die symmetrische Anordnung, so bei der Erstellung des Sihlhölzliquartiers. Auch am Limmatplatz, bei den beiden als Brückenköpfen ausgestalteten Gebäuden, war die Symmetrie sein höchstes Ziel. Er versuchte sie hier auch durch eine besondere Bauordnung sicherzustellen, indem er festlegte, dass die Bauten in Höhe, Breite, Form und Farbe übereinzustimmen hatten.⁶⁷

In der obenstehenden Tabelle wird die Zunahme der städtischen Bautätigkeit während Herters Amtszeit dargestellt. Warum konnte die Stadt in der Zeit zwischen der Weltwirtschaftskrise und dem Zweiten Weltkrieg soviel bauen? Die Stadt Zürich verzeichnete während Herters Amtszeit einen markanten Anstieg der Einnahmen. Das

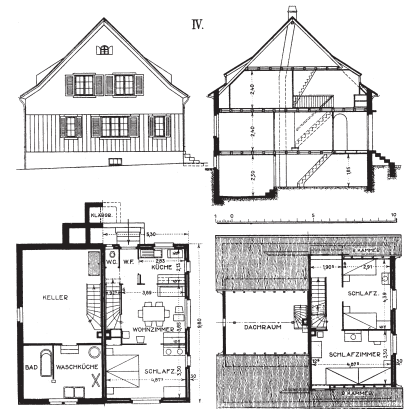
Herters Stadtgestaltungen mit Monumentalachsen: Die 1930 von Architekt Peter Giumini (1886–1954) und Ingenieur Ernst Rathgeb (1884–1951) erstellte Kornhausbrücke geht auf das Siegerprojekt im Wettbewerb 1923–1924 zurück. Sie überwindet geradlinig den Höhenunterschied zwischen Industriequartier und Unterstrass. Die Brückenkopfbauten am Limmatplatz wurden 1930–1932 von den Gebr. Pfister errichtet. BAZ, Photo L. Macher 1940.



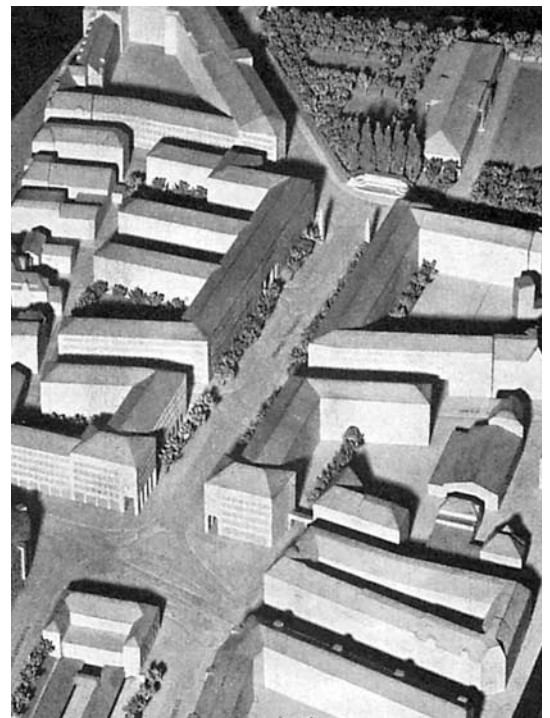
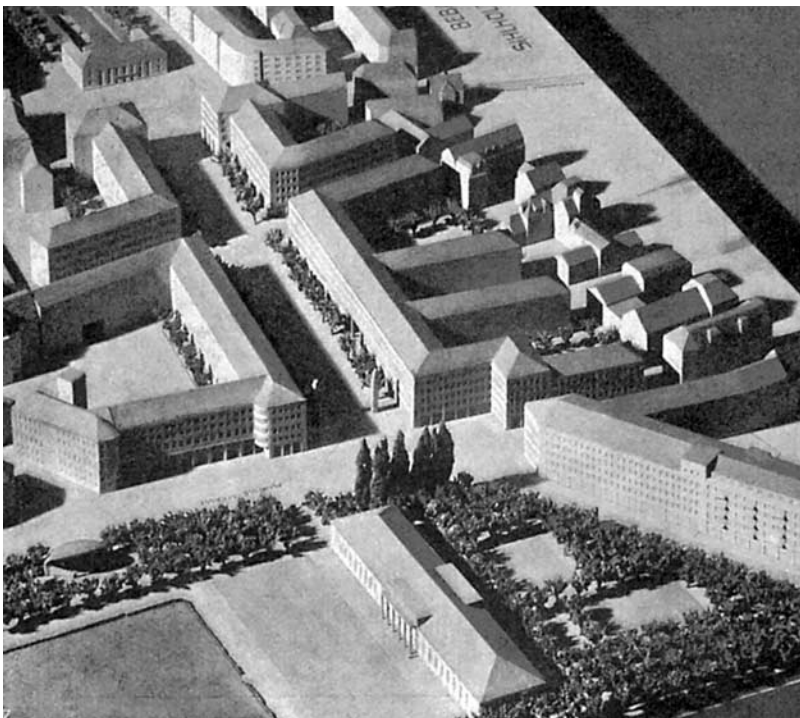
Defizit wurde am Ende der 1920er Jahre ausgeglichen. Die Stadt benötigte keine Fremdfinanzierung zur Erstellung von Neubauten, trotz steter Steigerung der Ausgaben. Machten die Ausgaben für Neubauten in den Jahren 1919 bis 1925 1% der Gesamtausgaben aus, so stieg der Anteil auf 5.75% in den Jahren 1936 bis 1942. Auch zu Beginn des zweiten Weltkrieges stand es um die städtischen Finanzen relativ gut (ausgeglichenes Budget), sodass die Bautätigkeit nicht eingestellt werden musste. Der Kriegsbeginn 1939 hinderte die Stadt nicht, vier Millionen für den Bau von Schwimmbädern⁶⁸ aufzuwenden, um den seit der zweiten Eingemeindung (1934) gewachsenen infrastrukturellen Anforderungen nachzukommen.

In den ersten Jahren seiner Amtszeit war Herter hauptsächlich planerisch tätig, indem er die unzähligen, durch die Stadt unterstützten Wohnbauprojekte begutachtete und mitbestimmte. Erst in der Mitte der 1920er Jahre, als die Konjunktur wieder anzog und sich die städtischen Finanzen einigermassen erholt hatten, folgte eine baulich aktivere Phase. Seine Architektur zeichnet sich durch Sachlichkeit, Symmetrie, Funktionalität und monumentale Wirkung aus. Seine Bauten haben eine hohe Lebensdauer. Trotz den meist preisgünstigen Konstruktionen und dem täglichen Gebrauch seit über 60 Jahren benötigen sie nur selten Renovationen.

Herters erster eigener Bau im Amt war der Haustypus IV für die Minimal-Kleinhauskolonie an der Frohbürgstrasse. Das Musterhaus IV wurde 1923 von der Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich (ABZ) erstellt. Die Häuser der Wohnkolonie sollten als Modelle dienen, «(...) indem zweckmässige alte vereinfachte und neuere Konstruktionsarten zur Anwendung kamen.»⁶⁹ Die Einfamilienhäuser wurden als Reihen- oder Doppelhäuser erstellt, unter Rücksichtnahme auf die örtlichen Bau- und Wohnungsverhältnisse. Ein sehr wichtiges Element dieser Siedlung war im Bauprogramm festgelegt: «Ein für die Selbstbedürfnisse ausreichender Garten soll die Lebensbedingungen verbessern helfen.»⁷⁰ Hermann Herter betonte die soziale Komponente von Einfamilienhäusern und unterstützte die Gartenstadtidee.⁷¹ Grundlage der Stadtentwicklung war ihm die Familie als Zelle im Staatsorganismus.⁷² Das war das gleiche sozialetische Programm, welches seine Generationsgenossen vertraten: Stadtrat Klöti in der Politik und Hans Bernoulli in seinen Vorlesungen über Städtebau an der ETH.



Hermann Herter, Musterhaus IV der Minimal-Kleinhauskolonie der Allgemeinen Baugenossenschaft Zürich an der Frohbürgstrasse in Oberstrass, abgebrochen 1991. Pläne aus: SBZ Bd. 85 (1925), S. 6.



Lageplan des Umbaus der linksufrigen Zürichseebahn zwischen Hauptbahnhof und Bahnhof Enge, Mst. 1:10 000 (verkleinert), Vermessungsamt der Stadt Zürich, Druck von Hofer & Co. AG., Zürich. Das 1918–1927 in Tieflage gebaute Trasse der Bahnlinie wurde als städtebauliches Ingenieur- und Architekturwerk geplant und enthält entsprechend gestaltete Bauten, u.a. die Kombination Tunnel/Sihlwasserfall beim Sihlhölzli, die Strassenbrücke über das Bahnareal beim Bahnhof Enge sowie die Aufnahmegebäude Wiedikon (Herter) und Enge (Gebr. Pfister) und gab Anlass für die Freitreppe zur Kirche Enge (Herter) sowie zur Spezial-Bauordnung Sihlhölzliquartier. Beilage in: Werk 14 (1927), nach S. 26.



Planung und Bauten im Zusammenhang mit der Verlegung der linksufrigen Seebahn

Abbildungen linke Seite. Das nach einer Spezial-Bauordnung entstandene Sihlhölzli-Quartier ist ein Hauptbeispiel für Herters Stadtgestaltungen mit Monumentalachsen. Das in der Schweizerischen Bauzeitung (SBZ Bd. 101 (1933), S. 114–115) publizierte Modell zeigt die zentrale, auf den Bahnhof Wiedikon hinführende Schimmelstrasse, eröffnet mit nicht erstellten Löwen-Stelen. Auf der Abbildung rechts übereinander sichtbar die von Herter entworfenen Bauten: Bahnhof Wiedikon, Städtische Brandwache, Sihlhölzliturnhalle.

Nebst kleineren Bauaufgaben wurde Herter 1927 von den SBB mit dem Bau des Bahnhofs in Wiedikon beauftragt. Die sieben bis zum Dach reichenden Fenster des neoklassizistischen Walmdachbaues spenden der Schalterhalle sehr viel Tageslicht und dienen der strengen Fassadengliederung. Architekt Hans Naef (1889–1962) würdigte den «Reiterbahnhof» wie folgt: «Der Knecht ist gut, von dem man nicht spricht. Dieser Satz mag auch vom Aufnahmegebäude Wiedikon gelten, das, nach dem die Frage seiner Lage entschieden war, in aller Stille, an der Birmensdorferstrasse durch Stadtbaumeister Herter erstellt worden ist. (...) Das Bauprogramm des Aufnahmegebäudes zeichnet sich durch Beschränkung auf das Notwendige aus, was im klaren Grundriss und knappen Aufbau erfreulich in Erscheinung tritt.»⁷³ Herter meisterte, trotz den relativ beschränkten Platzverhältnissen in Bezug auf die Lage der Geleise die schwierige Situation auf eine sehr funktionelle Art und errichtete ein wirkungsvolles «Tor von der Strasse zur Bahn».⁷⁴ Das Bahnhofgebäude Wiedikon an der Birmensdorferstrasse ist städtebaulich wirkungsvoll plziert. Es bildet den axialen Abschluss und gestalterischen Höhepunkt der ebenfalls von Herter als Hauptachse des Sihlhölzliquartiers geplanten Schimmelstrasse. (Abb. S. 60) Die Verlegung der linksufrigen Seebahn in den Untergrund war der Auslöser für das in Zürich einmalige städtebauliche Unternehmen des Bebauungsplans Sihlhölzliquartier. Zwischen der Manessestrasse und dem Bahnhof Wiedikon war ein grosses Gebiet freigeworden, für welches Hermann Herter eine spezielle Bauordnung entwarf, mit dem Ziel, dem neuen Quartier den «notwendigen einheitlichen architektonischen Rahmen zu geben.»⁷⁵ Dies gelang unter der Voraussetzung, dass die Stadt Eigentümerin eines Grossteils des betroffenen Gebietes wurde und das Bauland mit Auflagen an Private abtrat. Herter bestimmte die Bauhöhen wie folgt: für das Areal westlich des Bahnhofs Wiedikon 16 Meter, unter Berücksichtigung von bereits bestehenden Bauten; längs der Schimmelstrasse und der Manessestrasse 18 Meter; die beiden turmartigen Eckbauten an der Einmündung der Schimmelstrasse in die Birmensdorferstrasse durften 20 Meter hoch sein. Im weiteren bestimmte die neue

Bauordnung die wesentlichsten gestalterischen Punkte, von der Bauweise – es durfte nur geschlossen gebaut werden – über die Dachformen, Dachneigungen und Dachaufbauten bis hin zu den Arkaden in den beiden Eckbauten und zur Materialverwendung und Farbgebung. In den Jahren zwischen 1937 und 1948 wurde die Überbauung realisiert, dabei konnte die Stadt die von Herter entwickelte Bauordnung mit Erfolg durchsetzen. Herter war damit massgeblich an der weiträumigsten und städtebaulich repräsentativsten Zürcher Quartierüberbauung und -gestaltung jener Zeit beteiligt.⁷⁶

Akzente wurden hier durch die turmartigen Geschäftshäuser «Zum Korn» und «Zum Schimmeltor» gesetzt, die gegenüber dem Bahnhof Wiedikon den Abschluss bzw. die Eröffnung des Quartiers darstellen. Nicht nur die Höhe, sondern auch ihr Vorspringen in den Strassenraum verdeutlichen diese Funktion. Sie bilden ein Tor, durch welches man in eine für Zürich ungewöhnlich breite Monumentalstrasse (35 Meter) eintritt. (Abb. S. 60 und 62) Die Schimmelstrasse wird durch schmale Grünstreifen vor den einheitlichen Häuserfassaden belebt, und führt in gerader Linie zur Sportanlage Sihlhölzli. Deren Turnhallegebäude entwickelt eine elegante Monumentalität durch die dominante Position über dem Sportplatz. Die Gestaltung der Anlage ist einerseits dem Neoklassizismus – im Portikus und in der strengen Axialsymmetrie – andererseits der neuen Sachlichkeit verpflichtet.⁷⁷ Die freistehende Turnhalle Sihlhölzli ist für Zürich typologisch eine Rarität, denn in der Regel waren Sportgebäude an ein Schulhaus angebaut. Die Sihlhölzlianlage zeugt von der Idee des «Volksparkes»⁷⁸, welche in England und Deutschland um die Jahrhundertwende aufkam. Die repräsentativen «Schmuckplätze» des 19. Jahrhunderts konnten den neuen Ansprüchen der Grossstädter nicht mehr genügen. Die Parke hatten nun auch eine Wohnfunktion zu übernehmen und wurden in «Volkspärke» umgestaltet, wo alle möglichen Sport-, Spiel- und Erholungsarten ausgeübt werden konnten. In streng geometrischen Achsensystemen eingeordnet entstanden Sportplätze, Promenaden und Theater; der Erholung dienten dichte Alleen und ausgedehnte Rasenflächen. Die Sihlhölzlianlage ist das anschaulichste Beispiel für einen Volkspark in Zürich und ist auch heute noch als Einheit erlebbar.

Gegenüber der Schmalseite der Sihlhölzli-Turnhalle, auf dem abgewinkelten Grundstück Manessestrasse/Weststrasse, erstellte Herter 1935–1937 die Brandwache samt Verwaltungsgebäude. Der grosszügig durchfensterte, kompakte Bau folgt dem Strassenwinkel, an der Manessestrasse ist er leicht zurückgesetzt, die anschliessenden Trakte an der West- und Schimmelstrasse stehen wie Eckrisalite vor. Die verschiedenen Fenstertypen geben dem Bau, trotz seinen Dimensionen, eine gewisse Leichtigkeit. Herter griff bei der Brandwache auf klassische Modelle zurück und verlieh ihr so einen eigenständigen Charakter gegenüber den umliegenden Wohnblöcken, obwohl er sie in die Quartierbebauung eingliederte. Mit der Brandwache und dem gegenüberliegenden Kopfbau schuf Herter das Pendant zur Eingangszone der Schimmelstrasse beim Bahnhof Wiedikon.

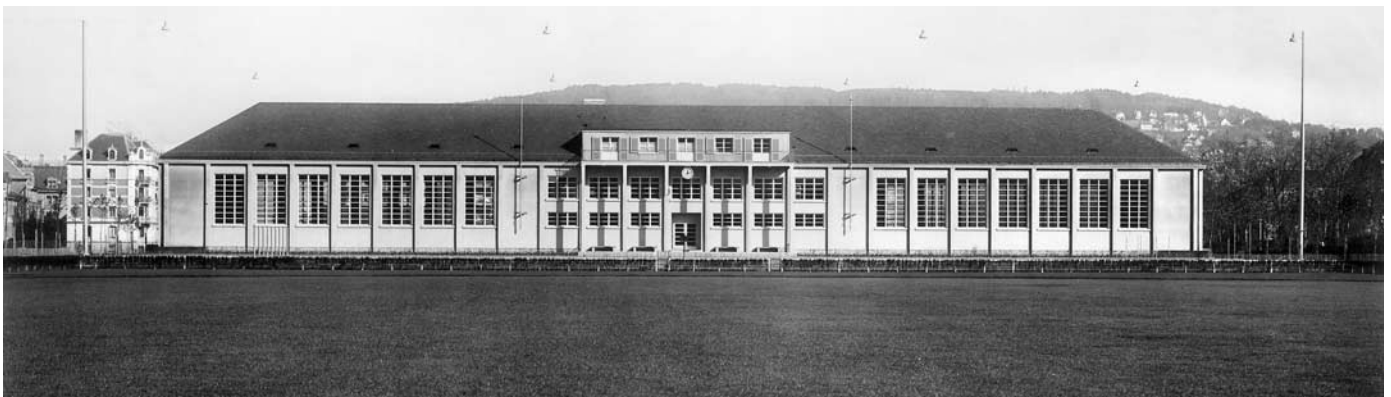


Oben: Telefonzentrale in der 1936 von Hermann Herter erbauten Brandwache. BAZ, Photo Wolf-Bender, um 1937.

Unten: Inneres des 1937 von Hermann Herter erbauten Kindergartens an der Grütlistrasse 76. BAZ, Photo E. Labhart, um 1937. – Text S. 65.



Turnhalle Sihlhölzli, erbaut 1930 von Hermann Herter. BAZ, Photo Wolf-Bender, nach 1930.



Schul- und Friedhofbauten

1927 baute Herter den Kindergarten am Zanggerweg 40 als einfachen neoklassizistischen Kubus. Der Bau ist Bestandteil der Wohnkolonie «Vrenelisgärtli». Der Grundriss ist sehr einfach und klar: Die beiden Klassenzimmer liegen an der Südseite, an welcher sie von der grösstmöglichen Licht- und Sonneneinstrahlung profitieren.

1932–1933 erstellte Herter das Schulhaus Waidhalde in Wipkingen, einen vierstöckigen geschlossenen Kubus mit flachem Walmdach und vier grossen Fensterreihen. Durch die Terrassierung des Geländes ist eine optimale Nutzung des Baugrundes erreicht. (Abb. S. 66) Vom grossen Turn- und Spielplatz geniesst man eine weitreichende Aussicht. Die Innenausstattung entspricht der Forderung nach Hygiene (Rupfenbespannung der Wände, Linoleum- und Klinkerböden). Trotz modernsten technischen Installationen und den extrem strapazierfähigen und qualitätvollen Inneneinrichtungen konnte Herter den gewährten Kredit um ungefähr einen Fünftel unterschreiten. Das Waidhaldeschulhaus macht deutlich, dass Herter die internationale Diskussion über die zeitgemässe Schularchitektur kannte, denn er realisierte die wichtigsten Grundgedanken: «sparsamer Einsatz finanzieller Mittel, die Forderung der Hygiene und neue Unterrichts- und Arbeitsformen» (Hauswirtschaftsschule, Kochschule, Sportunterricht oder Gartenschule).⁸¹

Als exemplarische Bauten seien hier die Kindergärten Rebhügel und Grütlistrasse von 1937 aufgeführt, die fast identisch sind. Kompakte, kubische Volumina mit grosszügig und reich durchfensterten Fassaden lassen möglichst viel natürliches Licht in die Innenräume herein. (Abb. S. 64) Herter wählte bei den meisten Bauten seines Spätwerks das Walmdach, das eher dem «Volksempfinden» entsprach als das Flachdach, das sich nur in avantgardistischen Kreisen durchsetzen konnte. Allerdings liess Herter seine Walmdächer mit der Zeit immer flacher werden. Dieser Kompromiss ist typisch für Herter und seine Zeit. Auch andere Zürcher Architekten mussten ihn eingehen. Das Siegerprojekt der Gebrüder Pfister für die kantonale Verwaltung in der Walche wies ursprünglich Flachdächer auf, musste aber für die Ausführung auf flache Walmdächer umgearbeitet werden.

Die Abdankungskapelle von 1930 auf dem Friedhof Manegg ist ein kompakter Bau mit Satteldach und pfeilergestützter Vorhalle. (Abb. S. 67) Der Innenraum⁷⁹ wird vom Mosaik «Auferstehung» von Augusto Giacometti (1877–1947) bestimmt,

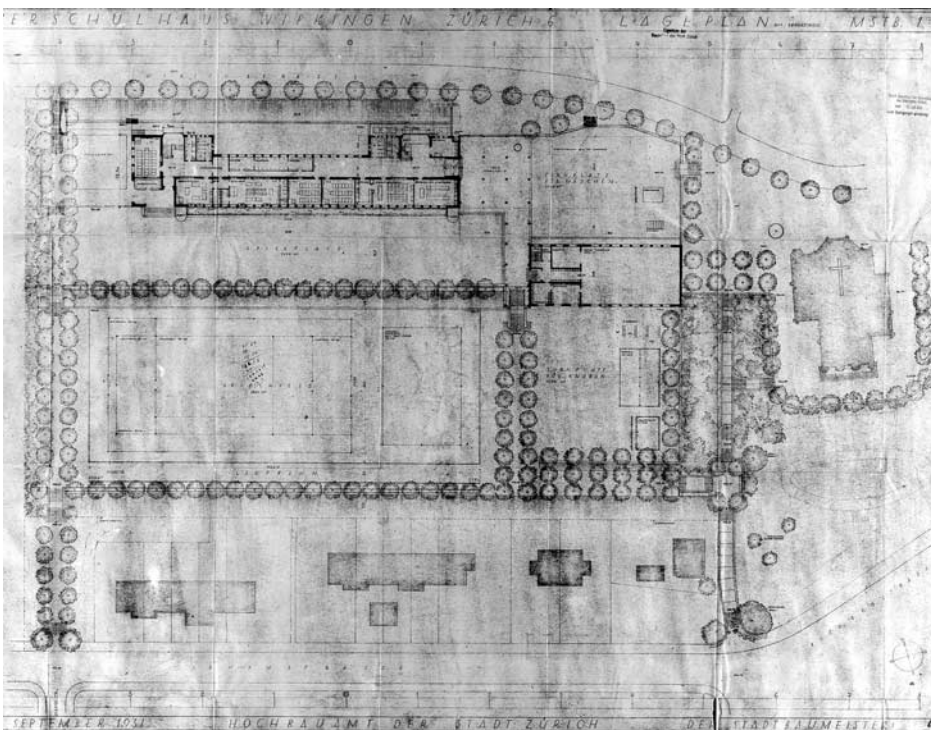
Die von Hermann Herter 1936 erbaute Brandwache an der Manessestrasse. Im Vordergrund der Zugang zur Sportanlage Sihlhölzli, rechts die Schimmelstrasse mit den nicht erstellten Löwenstelen. Modell im Hochbauamt, Photo im BAZ. – Text S. 64.



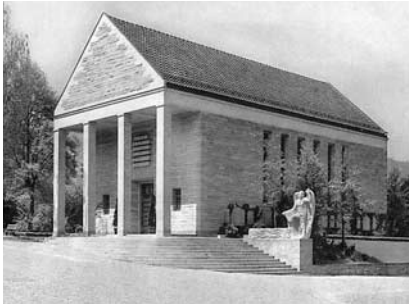


Die 1932–1933 von Hermann Herter erbaute Schulanlage Waidhalde in Wipkingen. BAZ, Photo Wolf-Bender 1933. – Text S. 65.

welches die Monumentalität des Baues unterstreicht, ein treffendes Beispiel für «Kunst am Bau».⁸⁰ Dieser Bau erinnert an die Zitierweise von Peter Behrens (1868–1940), etwa beim Krematorium in Hagen, beim Zigarrenpavillon für die nordwestdeutsche Kunstausstellung in Oldenburg von 1905 oder an spätere Industriebauten. Bei der Abdankungskapelle Manegg von Herter verdeutlicht das klassische Zitat bestens die Bauaufgabe. Es ist bekannt, dass im Zürcher Bauamt schon zu Herter's Zeit die wichtigsten Architekturzeitschriften, die grundlegenden architekturtheoretischen Werke sowie die jeweils neuesten Erscheinungen der Fachliteratur vorhanden waren. Die Friedhofshalle Manegg ist ein treffendes Beispiel für die «Zitatenvermittlung» durch solche Quellen.



Situation der 1932–1933 von Hermann Herter erbauten Schulanlage Waidhalde in Wipkingen. Plan Nr. 5608 des Hochbauamtes der Stadt Zürich, September 1931. Baupolizei-Archiv Zürich. – Text S. 65.



Abdankungskapelle Manegg in Wollishofen, erbaut 1930 von Hermann Herter. Photo Wolf-Bender aus: Werk 22 (1935), S. 234. – Text S. 65–66.

Das Amtshaus V

Nach der Stadterweiterung von 1893 entstand das Bedürfnis, die gesamte Verwaltung neu in grösseren Gebäuden zusammenzufassen. Gustav Gull entwarf die 1903–1919 ausgeführten Amtshäuser I bis IV.⁸² Bereits 1918 wurde ein beschränkter Wettbewerb zur Erlangung von Plänen für ein Amtshaus V ausgeschrieben. Eingeladen waren die Gebrüder Pfister, Pfleghard & Haefeli sowie Hermann Herter. Herter ging als Sieger hervor und erhielt den Auftrag. Aufgrund «des Eintritts besonderer Verhältnisse»⁸³ konnte der Bau jedoch erst 1934 realisiert werden, als Herter bereits seit 15 Jahren Stadtbaumeister war. In diesen Neubau zogen alle Dienstabteilungen des Bauamts I sowie die Gebäudeversicherung und das Betreibungsamt des Kreises 1 ein. Im Erdgeschoss sollten ausschliesslich Ladenlokale eingerichtet werden. Der Bau erhebt sich über einem Sockelgeschoss mit grossen Schaufenstern. Aus baugesetzlichen Gründen ist das sechste Obergeschoss auf der Seite Werdmühlestrasse zurückversetzt. Der Haupteingang befindet sich am Werdmühleplatz. In Anlehnung an die Nachbarfassaden wurde Muschelkalkstein verwendet. Einziges Gliederungselement sind die Fensterbänder mit durchlaufenden Bänken. Ein flaches, ziegelgedecktes Dach bildet den Abschluss. Die weitgehend identischen Stockwerke werden durch zwei Treppenhäuser erschlossen. Die Büroräume liegen beidseitig eines 2.40 Meter breiten Korridors, der sowohl von den Treppenhausfenstern als auch durch Oberlichter gut beleuchtet wird. Durch schmale Fensterachsen können die Grössen der verschiedenen Büros flexibel bestimmt werden. Im nüchtern gehaltenen Bau zeichnen sich nur das Zimmer des Bauvorstands und ein Sitzungszimmer durch Nussbaumtäfer aus. Der künstlerischen Akzentuierung dienen die Bildhauerarbeiten von Franz Fischer (1900–1980) beim Haupteingang (Abb. S. 76), ein Wandgemälde von Augusto Giacometti im Treppenhaus des ersten Obergeschosses und zwei kleinere Wandbilder von Eugen Hartung (1897–1973) im fünften Geschoss. «Das neue Verwaltungsgebäude Amtshaus V ist in seiner Gestaltung und Durchbildung als reiner Zweckbau durchgeführt worden»⁸⁴ und vollendet als nordöstlicher Abschluss die Gestaltung des Werdmühleplatzes. Die Fassadenverkleidung aus Muschelkalkstein verleiht dem amtlichen Würdebau klassische Eleganz.

Das 1934 von Hermann Herter erbaute Amtshaus V am Werdmühleplatz, Sitz der Bauamtes I (Tiefbauamt, Bebauungs- und Quartierplanbüro etc.). BAZ, Photo Hochbauamt, um 1935. – Vgl. Abb. S. 76.



Unterwerk Selnau, Hallenbad und Kleinbauten

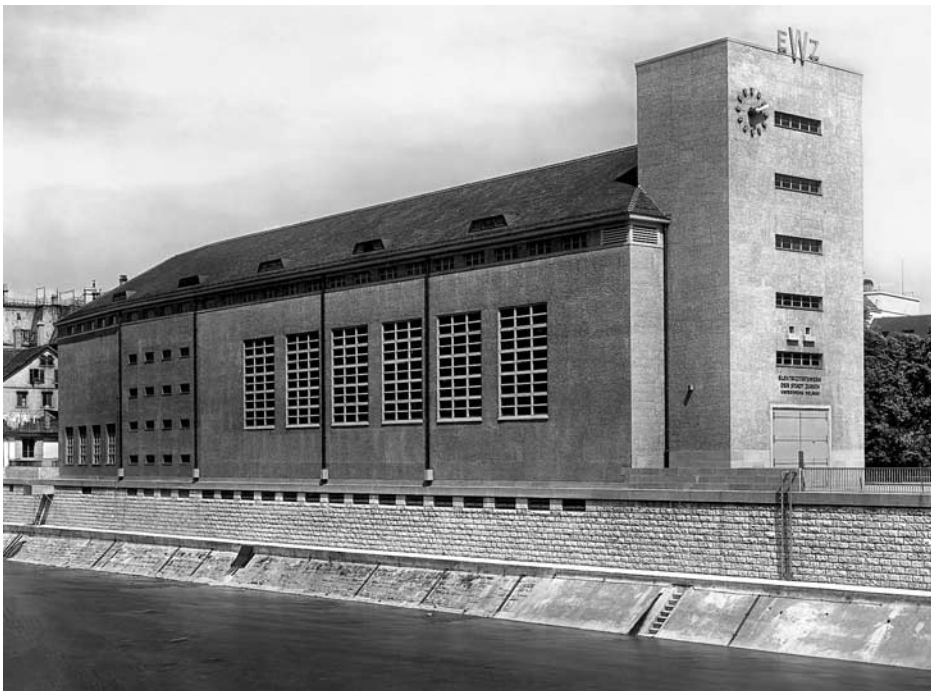
Beim Bau des Unterwerkes Selnau 1932 verwendete Herter die Formensprache der modernen Sachlichkeit. In vortrefflicher Weise ist der bestehende Altbau in den grösseren Neubau integriert und stellt mit diesem eine formale Einheit und gelungene kubische Komposition dar, wobei der flachgedeckte Erschliessungs- und Lüftungsturm dem Ganzen einen kraftvollen Akzent verleiht. Jegliches klassische Zitat, wie zum Beispiel Pilaster oder Vorhalle, ist weggelassen und die glatten Wände sind, ganz dem neuen Trend entsprechend, ohne Ornamente.

Am Hallenbad City (1938–1941) sind zwei Volumina aneinandergeschoben: ein kleinteiliger, eher geschlossener Garderobentrakt und die grosszügig geöffnete Schwimmhalle. Der zweigeschossige Mittelrisalit der Eingangspartie mit abgerundeten Ecken erinnert an die Kommandostation eines Schiffes. So ist die damals im Trend liegende Schiffsarchitektur geschickt für eine «verwandte» Bauaufgabe eingesetzt worden, welche «die Erholung und die gesundheitliche Kräftigung unserer Bevölkerung»⁸⁵ zum Ziel hatte. Das wichtige Gestaltungsinstrument der Axialsymmetrie, von welchem Herter immer wieder Gebrauch machte, ist auch hier eingesetzt. Herter kannte gewiss das Stadtbad Berlin-Mitte, erstellt 1929–1930 von Oberbaurat Carlo Jelkmann in Zusammenarbeit mit Heinrich Tessenow.⁸⁶ Hier besteht die axialsymmetrische Anlage aus drei hintereinanderliegenden Bautrakten. Die geschlechtsgetrennten Garderobentrakte sind, wie beim Hallenbad Zürich, seitlich angeordnet. Sieht man vom Bau trakt mit den Einzelbädern ab, erkennt man eine auffallende Ähnlichkeit zwischen den beiden Bädern, auch bei den Schwimmhallen. Beide zeichnen sich durch dreiseitige Durchfensterung und Oberlichter aus.

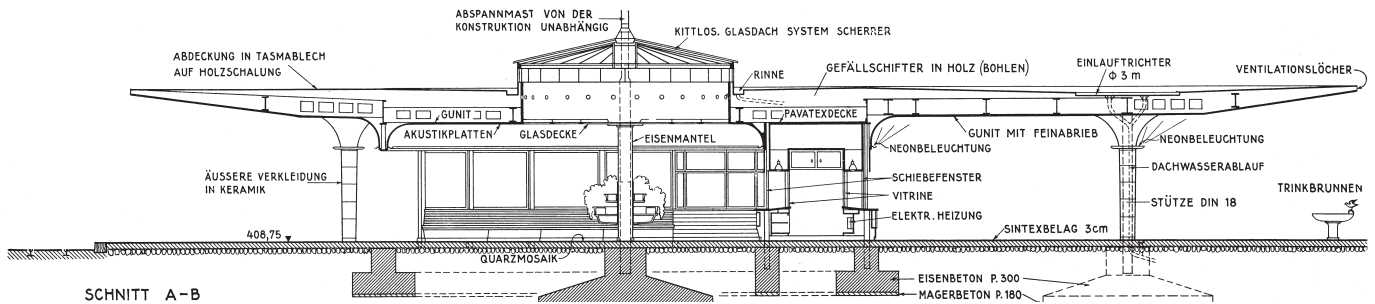
Auch bei kleineren Aufgaben, wie den Tramwarte hallen, bemühte sich Herter stets um grösste Zweckmässigkeit und Hygiene, gepaart mit unaufdringlicher Formschönheit. Das eindrücklichste Beispiel dafür ist die Tramwarte halle am Bellevue, die 1937–1938 im Rahmen der Umgestaltung des Bellevueplatzes im Vorfeld der Schweizerischen Landesausstellung 1939 erstellt wurde. (Abb. S. 71) Die elegante Sachlichkeit dieses Baues hat bis heute nichts von ihrer Wirkung eingebüsst. Mit geschmeidiger, schwungvoller Linie dominiert das Gebäude den Verkehrsknotenpunkt. Herter hat hier in Zusammenarbeit mit Fritz Stüssi⁸⁷ einen Bau von internationalem Rang erstellt.



Links: Umformerstation des städtischen Elektrizitätswerks (EVW) an der Selnaustrasse 25, erbaut 1914. Rechts: Unterwerk Selnau im Bau. Zustand vor dem vollständigen Umbau der Umformerstation. Vgl. Abb. unten. BAZ, Photo um 1932.



Das 1930–1934 entstandene Unterwerk Selnau des städtischen Elektrizitätswerks (EVW). Hermann Herter integrierte dabei die 1914 erbaute Umformerstation (Gebäudeteil links), weichen musste die 1898 erstellte Kraftstation. BAZ, Photo Wolf-Bender, um 1935.



Der Toiletteneinbau im nebenstehenden, gleichzeitig erstellten Dienstgebäude hat bereits hygienegeschichtliche Bedeutung erlangt.⁸⁸

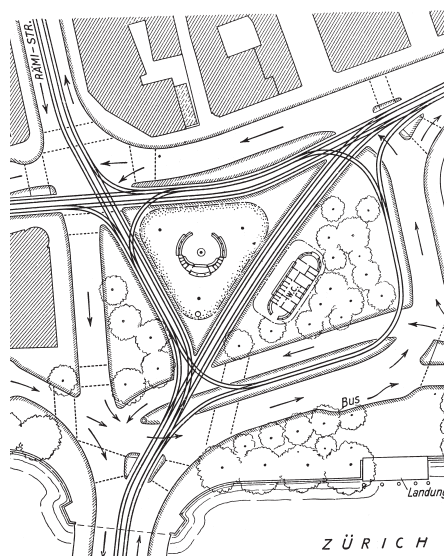
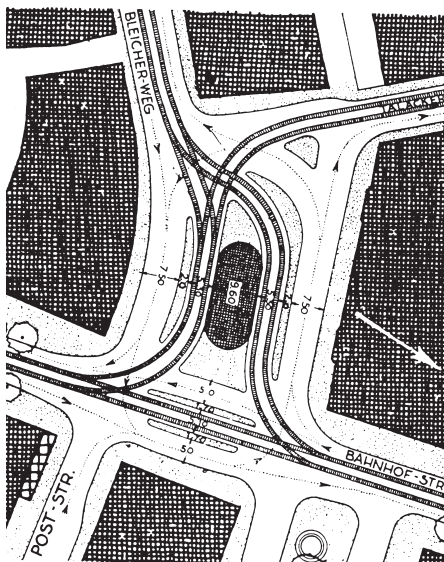
Die schon 1928 errichtete Tramwarthalle am Paradeplatz ist ein technisches Meisterwerk. Alle erdenklichen Anlagen wurden hier installiert: eine automatische Fäkalienpumpe, eine Warmluftheizung, eine effiziente Belüftungsanlage und eine Transformatorenstation zur Speisung des umliegenden Strassenbeleuchtungsnetzes. Für den repräsentativen Platz im Bankenzentrum war nur das Beste gut genug. Bei der 1937 erstellten Tramwarthalle am Escher Wyss-Platz wandte Herter erstmals runde Formen an.

Schnitt durch die Tramwarthalle am Bellevueplatz, erstellt 1937–1938 von Hermann Herter und ETH-Professor Fritz Stüssi (1901–1981), Mst. 1:200 (leicht verkleinert). Aus: SBZ Bd. 112 (1938), S. 15. – Text S. 68.

Altstadtsanierung und Denkmalpflege

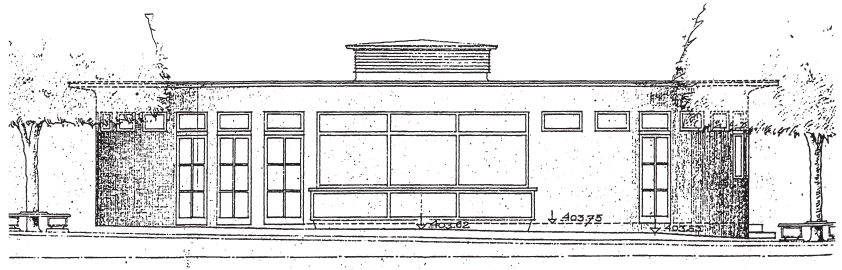
Anfangs der 1920er Jahre griff die sogenannte Farbbewegung von Deutschland auf die Schweiz über und fand in Hermann Herter einen ihrer wichtigsten Förderer, was die farbige Gestaltung der Altstadt anbelangt.⁸⁹ Er war hingegen kein Freund der farbigen Wohnsiedlungen, was einen «Farbenstreit» auslöste und zum Verbot der farbigen Gestaltung der Wohnkolonien an der Seebahnstrasse führte.⁹⁰

Der Maler Sigismund Righini (1870–1937), Präsident der Sektion Zürich der GSMBA (Gesellschaft Schweizerischer Maler, Bildhauer und Architekten), teilte im November 1919 dem Stadtrat brieflich⁹¹ mit, es gäbe in Zürich mindestens vierzig Maler, die mit sehr grossen Schwierigkeiten zu kämpfen hätten, da Aufträge in der Kriegszeit beinahe ganz ausgefallen waren. Die Kunst sei durch die öffentliche Hand zu fördern. Daraufhin wurden drei Wettbewerbe ausgeschrieben: 1920 für die Bemalung



Situation zweier Strassenbahntrassees und Warthallen. Links: Paradeplatz, Neuanlage 1928, Mst. 1:500 (verkleinert). Aus: Städtebau 1928, S. 80. Rechts: Bellevueplatz, Neuanlage 1937–1938, Mst. 1:2000 (verkleinert). Aus: SBZ Bd. 112 (1938), S. 13.

Kreisrunde Tramwartehalle auf dem Escher Wyss-Platz. Hermann Herter erstellte 1937 die 1967 leider abgebrochene Halle als Ersatz eines ebenfalls von ihm 1927 errichteten Vorgängerbaues. Ansicht im Baupolizei-Archiv der Stadt Zürich. Vgl. Barrelet 1996, S. 168–169.



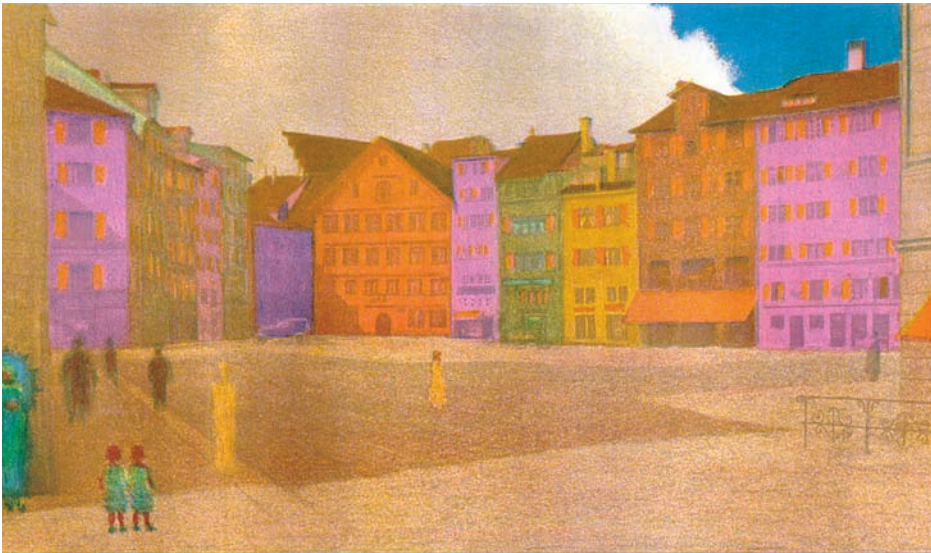
des Gesellschaftshauses «Zum Rüden», 1921 für die Dekoration des Fraumünsterkreuzgangs und 1922 für die Ausmalung der Vorhalle im Amtshaus I.⁹² Herter war ständiger Mitarbeiter der Zeitschrift «Die farbige Stadt», Organ des BFFS (Bund zur Förderung der Farbe im Stadtbild). So fertigte er auch, zusammen mit Augusto Giacometti und Giuseppe Scartezzini (1895–1967) einige Studien zur Bemalung von Altstadtfassaden an. 1926 ermächtigte der Stadtrat den Stadtbaumeister, «die farbige Ausschmückung der Altstadt gemäss seinen Vorschlägen zu fördern».⁹³ Zudem wurden etliche Unterstützungsbeiträge für Fassadenerneuerungen bewilligt. (Abb. S. 72)

Im Protokoll des Stadtrates vom 1. Dezember 1926 sind Herters Studien erwähnt, Zürchs Altschadthäuser seien zur Bemalung speziell geeignet, da sie grosse Mauerflächen, kleine Fenster und schmucklose Fenstereinfassungen aufwiesen. Bestimmte Richtlinien seien aber nötig: «In der farbigen Bemalung der Altstadt müssen diejenigen Stellen herausgehoben werden, die nach ihrer Lage und Einfügung im Stadtbild eine Betonung notwendig machen», geschlossene Plätze und Platznischen. «Der Erfolg wird darin bestehen, dass Teile der Altstadt in ihrem Grau in Grau eine farbige künstlerische Note erhalten und damit eine nachhaltige Steigerung des Altschadtbildes von seltener Wirkung und Schönheit hervorrufen.»⁹⁴ (Abb. S. 72)

Das Haus «Zum Rüden» am Rathausquai sollte als ein Zentrum betrachtet werden, von dem aus die Farbigekeit Richtung Helmhaus wie Richtung Rathaus hin abzunehmen hatte.⁹⁵ Trotz verschiedener Stadtratsbeschlüsse zur Realisierung der «farbigen Stadt» wurden in Zürich nur wenige Fassaden bemalt, so an der Augustinergasse, durch Karl Hügin (1887–1963). Die Farbe sollte die Eigenart der Altstadt steigern. Somit ist die Farbbewegung in Zürichs Altstadt auch als Element der Denkmalschutzbemühungen zu verstehen.

Die Tramwartehalle am Bellevueplatz, erstellt 1937–1938 von Hermann Herter und ETH-Professor Fritz Stüssi. Photo aus: SBZ Bd. 112 (1938), S. 14. – Text S. 68.



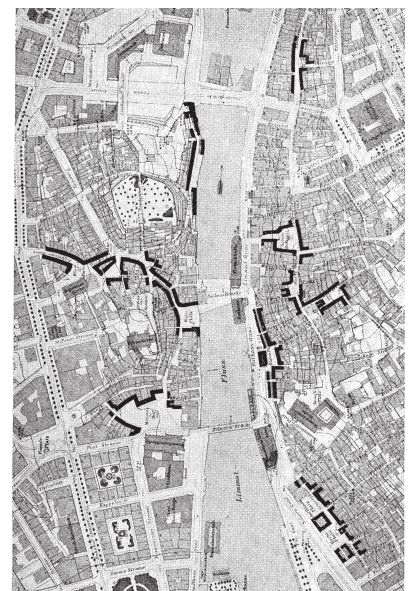


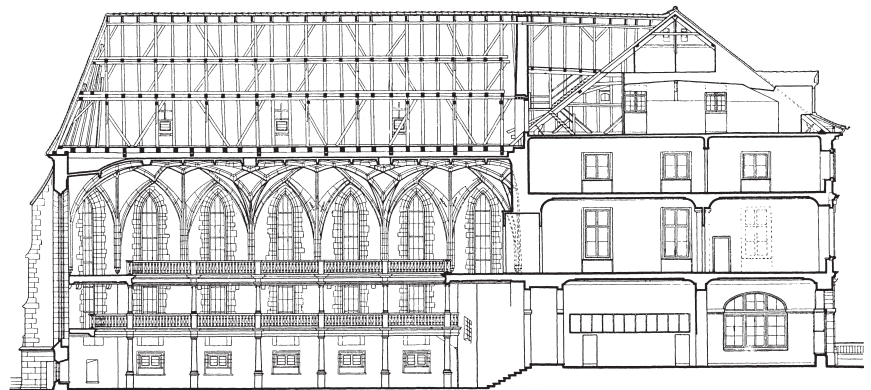
Das farbige Zürich. Vorschlag für die Bemalung der Hausfassaden am Münsterhof. Aquarell von Augusto Giacometti (1877–1947) und Giuseppe Scartezzini (1895–1967) nach Entwurf von Hermann Herter. Aus: Werk 14 (1927), Farbbeilage nach S. 186, Offsetdruck Gebr. Fretz AG, Zürich. – Text S. 71.

Städtische Bauämter wie private Planer und Architekten in Zürich kannten im 19. Jahrhundert im allgemeinen keine Rücksicht auf das überlieferte Stadtbild. Bis in die 1920er und 1930er Jahre entstanden immer noch radikale Sanierungs- bzw. Neubauprojekte in Nachfolge der Realisationen der 1870er bis 1890er Jahre (Zähringerquartier und Stadthausquartier).⁹⁶ 1923 zeichnete ein Bericht des Gesundheitsinspektorats an den Grossen Stadtrat die menschenunwürdigen Wohnverhältnisse der Altstadt auf. Die Behörde reagierte vorerst mit der Intensivierung der Wohnungsinspektionen, die das Ziel hatten, die Bevölkerung zu Ordnung und Hygiene zu erziehen. Herter und andere Befürworter der zweiten Eingemeindung griffen die Diskussion der Altstadtsanierung in ihrer Propaganda wieder auf. Seit 1930 wurden vermehrt Liegenschaften in der Altstadt erworben und die am dichtest besiedelten Quartierteile niedergerissen. Allmählich setzte sich aber eine neue Auffassung durch. Konrad Hippenmeyer verfasste 1937 einen Bericht über die Altstadtsanierung und wies auf die Bestrebungen hin, die Altstadt durch Brunnen und Fresken aufzuwerten. In Stadt und Kanton Zürich gelangten die denkmalpflegerischen Bemühungen schliesslich vom schützenswerten Einzelobjekt (Kirchen, Zunfthäuser etc.) zum Ensembleschutz; die ganze Struktur einer historischen Siedlung wurde nun als Kulturgut begriffen.⁹⁷

Im Zeichen der geistigen Landesverteidigung wurde die Altstadt zu einem Symbol nationaler Identität stilisiert. Auch während des Zweiten Weltkriegs wurde die Forderung nach einer intensiveren Altstadtsanierung nicht aufgegeben. 1942 und 1944 erfolgten Vorstösse der sozialdemokratischen Gemeinderäte E. Manz und E. Walter, welche die Schaffung eines Amtes für Altstadtsanierung forderten.⁹⁸ Bereits 1944 beauftragte der Bauvorstand II einige Architekten mit der Ausarbeitung von Sanierungsplänen, die auf die Erhaltung wertvoller Baudenkmäler Rücksicht nehmen sollten. Als ein Anfang moderner Denkmalpflege sei die Renovation von Helmhaus und Wasserkirche erwähnt.⁹⁹ 1917 erteilte der Stadtrat dem Hochbauamt den Auftrag für die Renovation des Helmhauses.¹⁰⁰ Man wollte darin ein Museum einrichten, nicht als Konkurrenz zum Landesmuseum «sondern als eine Jubiläumsgabe, (...), welche sich die Stadt, 25 Jahre nach der Stadtvereinigung, selber gibt, indem sie Wasserkirche und Helmhaus ihrer geschichtlichen Bedeutung entsprechend restauriert, zugleich die Verkehrsverhältnisse daselbst verbessert und in den Gebäuden eine Sammlung von Darstellungen aus der Geschichte der Stadt unterbringt, die der Bevölkerung Freude bereiten und bleibenden Wert haben soll.»¹⁰¹ Die Renovation verzögerte sich. «Die seit dem Auszug der Stadtbibliothek teils zur Einlagerung von Dörrgemüse, teils zur Durchführung der Lebensmittelrationierung benutzten Räume des Helmhauses, des

Plan der Altstadt von Zürich mit Eintragung der für die Bemalung vorgesehenen Plätze und Strassen. Aus: Werk 14 (1927), S. 186.





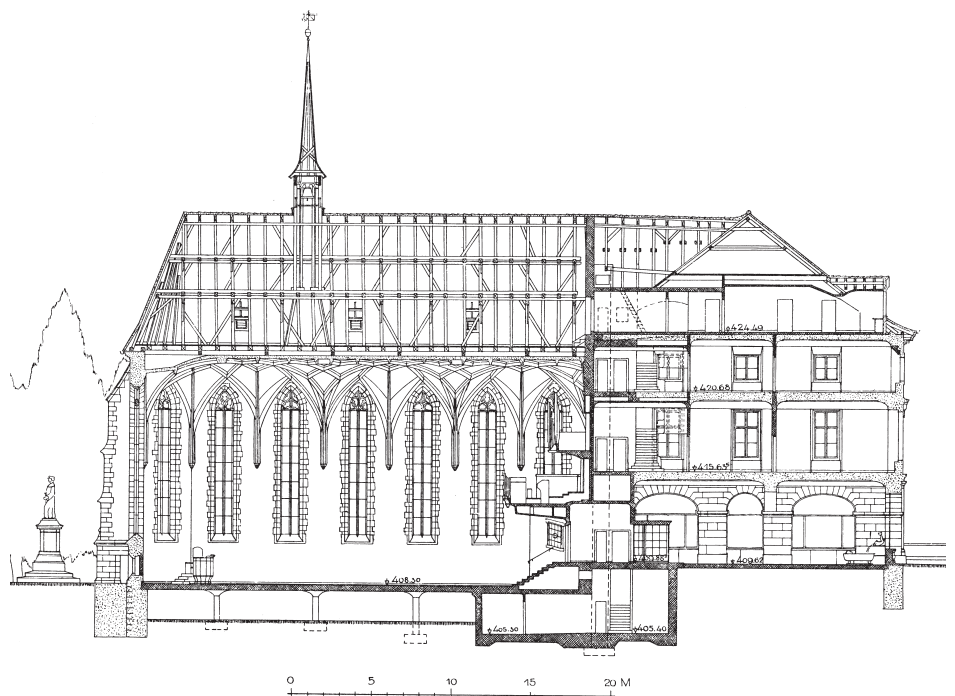
Längenschnitt

M. 1 : 400 0 5 10 15 20 M.

Wasserhauses und der Wasserkirche sind im Laufe des Sommers 1920 geräumt worden. Die Gebäude sind der Stadtverwaltung für die nächste Zeit entbehrlich, die projektierte Einrichtung des historischen Museums muss, aus finanziellen Gründen, für eine Reihe von Jahren zurückgestellt werden.»¹⁰² Der Stadtrat ermächtigte deshalb die Finanzverwaltung, die Gebäude zu vermieten. Als Herter 1921 beauftragt wurde, ein Renovationskonzept für die Baugruppe zu erstellen, war er der Meinung, man solle dem Projekt seines Vorgängers Fissler, welches den Abbruch des Wasserhauses aus verkehrstechnischen Gründen vorsah, nicht nachkommen¹⁰³, sondern die gesamte Baugruppe erhalten.

Erst 1939, unter der Leitung von Stadtpräsident Emil Klöti, wurde das Projekt wieder aufgegriffen und in der Folge eine Arbeitskommission unter dem Vorsitz Herterers eingesetzt. In dem neuzuschaffenden baugeschichtlichen Museum sollten die Stadtentwicklung von der Urgeschichte an dokumentiert werden und zudem die städtebaulichen Gegenwartsprobleme durch Pläne und Vorlagen bei Anlass von Volksabstimmungen der Zürcher Bevölkerung näher gebracht werden. In der

Längsschnitte durch die Wasserkirche und das Helmhaus, Mst. 1:400 (verkleinert). Oben vor, unten nach der 1940–1943 unter der Leitung Herterers durchgeführten Renovation. Die 1479–1487 erbaute Wasserkirche wurde von den 1634 eingezogenen Böden und 1717 eingebauten barocken Galerien der Bürgerbibliothek und Kunstkammer «befreit», der Dachreiter nach historischen Ansichten wiedererrichtet. Im 1791–1795 erstellten Helmhaus wurde das Baugeschichtliche Museum der Stadt Zürich eingerichtet, die Erdgeschosshalle unter Beseitigung der Laden- und Café-Einbauten wiederhergestellt. Aus: Wasserkirche und Helmhaus in Zürich, Baugeschichte, im Auftrag der Stadt Zürich verfasst von E(mil) Vogt und H(ermann) Herter, Zürich 1943. Text S. 72–74.



Abstimmung vom 27. August 1939 wurde die Instandstellung von Wasserkirche und Helmhaus gutgeheissen; im folgenden Jahr genehmigten Bund und Kanton auch die entsprechenden Subventionen. 1940 konnte mit den Bauarbeiten begonnen werden.¹⁰⁴ Das Wasserhaus wurde geopfert, um einen flüssigeren Verkehr auf dem Limmatquai zu ermöglichen.¹⁰⁵

Würdigung

Herter trat 1942 in den Ruhestand und starb am 7. Januar 1945 in seinem Wohnhaus an der Wolfbachstrasse 39. Es gibt kaum eine Bauaufgabe, mit welcher er sich nicht beschäftigt hätte. Der breite Fächer reicht von der Tramwarthalle über Schulhäuser, Kindergärten, Turnhallen, Tramdepots bis hin zum Bahnhof. Auch der Sakralbau in Form von Friedhofkapellen fehlt nicht. Seine öffentlichen Bauten demonstrieren: Hier baut die Stadt für die Stadtbewohner. Der Gebrauchswert war das Ziel. Progressiv in Herters Tätigkeit ist sein starkes Engagement für ein geregeltes Wachstum der Stadt, im Sinne einer einheitlichen Stadtplanung. Er gliederte seine Bauten in gegebene Situationen ein oder versuchte stets grosszügige, städtebaulich klar gegliederte Räume zu schaffen.

1941 formulierte Klöti das Ziel Herters und des Stadtrates wie folgte: «Diese Pflege der Tradition in der alten Stadt mit der Sicherung einer offenen und gefälligen Bebauung in den neuen Stadtteilen und der Erhaltung der Naturschönheiten an den Hängen und am See, bestärkt uns in der Zuversicht, dass auch das moderne Zürich echtes Heimatgefühl zu wecken vermöge.»¹⁰⁶

Hermann Herter setzte sich auch sehr stark für die Förderung der bildenden Kunst in Zürich ein. Stadtpräsident Klöti eröffnete die 1939 erschienene Publikation über die «öffentliche Kunst» in Zürich während der ersten zwanzig Jahre von Herters Wirken mit der Feststellung, «dass die Bemühungen nicht erfolglos blieben, dass vielmehr in verhältnismässig kurzer Zeit und ohne übermässigen Aufwand eine respektable künstlerische Bereicherung der städtischen Gebäude und Plätze erreicht worden» sei, was der Schriftsteller Erwin Jaeckle (1909–1997) bestätigte: «Die Eigenart der Stadt wies (...) der Kunstförderung den angemessenen Weg, und man kann wohl sagen, dass sich gerade in Zürich eine Wiedergeburt des öffentlichen Kunstwerkes vollzog und immer noch vollzieht.»¹⁰⁷ In Herters eigenem Oeuvre besteht eine Kontinuität der Ausstattung. Schon in den Bauten der 1910er Jahre war die künstlerische Dekoration im Innen- und Aussenbau integriert. Mit dem allmählichen Übergang in eine sachliche Architektursprache wurden die Fassaden in der Regel nur noch durch rhythmische Durchfensterung gegliedert. Im Innern wurde jedoch die Verbindung zur bildenden Kunst aufrechterhalten. Herter arbeitete mit den bedeutendsten Zürcher Künstlern der Zeit zusammen: Augusto Giacometti (1877–1947), Paul Bodmer (1886–1983) und Otto Münch (1885–1965).¹⁰⁸

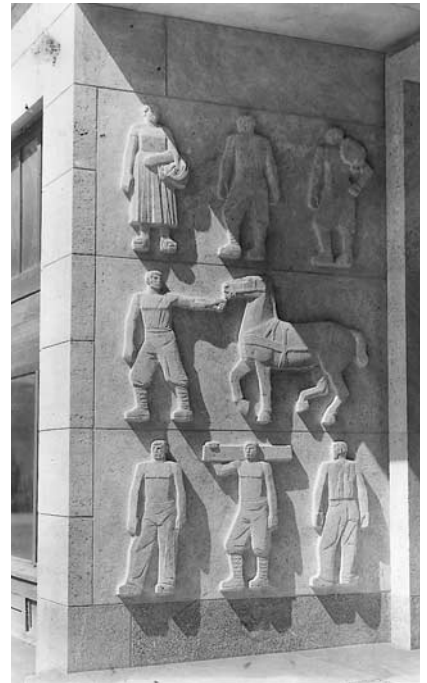
Auch Konrad Hippenmeyer, Chef des Bebauungsplanbüros, war massgeblich an der Gestaltung von Gross-Zürich beteiligt. Er befasste sich mit allen Fragen der Anpassung vorhandener und der Führung neuer Strassen und Plätze während der Amtszeiten der Stadttingenieure Viktor Wenner (1898–1921), Eugen Bosshard (1921–1936) und Hermann Steiner (1936–1964). Bei der Sanierung des historischen Stadtkerns stellte er sich nicht nur der Aufgabe, zweckmässige Verkehrsleitungen durchzuführen, sondern setzte sich auch für die Erhaltung schützenswerter Teile der Altstadt ein. Unter dem Motto «Zürich liegt am See» arbeitete Hippenmeyer massgeblich an der Gestaltung der Seepromenaden mit. Die Leitfigur im Bauwesen der 1920er und 1930er Jahre war Emil Klöti. Als Vorsteher des Bauwesens I von 1910 bis 1928 erkannte er die Bedeutung der Stadtplanung. Die Vision von «Zürich als Gartenstadt» war nur im Rahmen der regionalen «Wirtschaftseinheit» zu verwirklichen. Auch als Stadtpräsident (1928–1942) setzte er sich sehr für die Eingemeindung und den Ausbau der Regionalplanung ein und schuf so die Voraussetzungen für ein geregeltes Wachstum der Stadt.

Innenansicht der Wasserkirche, Aquarell von Eugen Hartung (1897–1973) aufgrund der Befunde während des Abbruchs des barocken Bibliothekeinbaus. Dargestellt ist ein Zustand, wie er sich nach einer «denkmalpflegerischen Restaurierung» dargeboten hätte. Der zwischen 1580 und 1583 eingezogene und 1633 abgesenkte obere Boden mit barocken Balkenmalereien wäre erhalten geblieben, ebenso die 1717 eingebauten Galerien. Aus: *Wasserkirche und Helmhaus in Zürich, Baugeschichte*, im Auftrag der Stadt Zürich verfasst von E(mil) Vogt und H(ermann) Herter, Zürich 1943, nach S. 80. Vgl. Photos im handschriftlichen Baujournal I und II, 1939–1943 von Bauführer A.E. Brunner, BAZ. – Text S. 72–74.



Herter's architektonisches Werk als Stadtbaumeister

- 1923 Planung Aussichtsterrasse «Zum Sonnenberg» (Aurorastrasse 98) – Haustypus IV für «Minimal Kleinhauskolonie» an der Frohburgstrasse
- 1927 Vorschlag für Altstadtbemalung – Treppenanlage ref. Kirche Enge – Bahnhof Wiedikon – Kindergarten Zanggerweg (Zanggerweg 40) – Wettbewerb für die kantonale Verwaltung (2. Rang ex aequo) – Tramwarthalle Albisgütli – Tramwarthalle Escher Wyss-Platz – Erweiterungsbau Tramdepot Hard (Hardstrasse 325–327/Hardturmstrasse 8, 10, 12, 20)
- 1928 Umbau Abdankungshalle Sihlfeld – Tramwarthalle Paradeplatz – Kindergarten Farenweg (Farenweg 9) – An- und Umbau Kerichtverbrennungsanstalt Josefstrasse
- 1930 Tramdepot Irchel (Irchelstrasse 38–44) – Tramdepot Wollishofen (Albisstrasse 105) – Abdankungskapelle Manegg (Thujastrasse 60) – Turnhalle Sihlhölzli (Manessestrasse 1) – Kiosk mit Toilettenanlagen beim Sihlhölzli
- 1931 Musikpavillon beim Sihlhölzli – Sportanlage Utogrund (Dennlerstrasse 43a)
- 1932 Pestalozzihaus (Zähringerstrasse 17)
- 1933 Bebauungsplan Sihlhölzliquartier – Abdankungs- und Dienstgebäude Friedhof Fluntern (Zürichbergstrasse 189) – Kiosk und Tramwarthalle Kasernenstrasse – Verwaltungsgebäude der Zürcher Dampfbootgesellschaft (Mythenquai 333) – Schulhaus und Turnhalle Waidhalde (Weihersteig 7) – Dienstgebäude Friedhof Enzenbühl – Umbau Restaurant Strohhof – Wirtschaftsgebäude auf dem Bauschänzli (Stadthausquai 13) – EWZ-Unterwerk Selnau (Selnastrasse 25) – Städtisches Amtshaus V (Werdmühleplatz 3/ Werdmühlestrasse 9–11) – Tramdepot Oerlikon (Tramstrasse 29)
- 1934 Städtische Brandwache (Manessestrasse/Weststrasse 4) – Kindergarten Rebhügel (Meiliweg 6/Haldenstrasse 70) – Kindergarten Grütlistrasse (Grütlistrasse 76) – Tramwarthalle Escher Wyss Platz
- 1938 Anbau Schulhaus Hofacker (Hofackerstrasse 45) – Turnhalle Letten (Imfeldstrasse 90)
- 1939 Tramwarthalle Bellevue – Städtische Volksküche Sihlquai (Sihlquai 340) – Strandbad Wollishofen (Seestrasse 451)
- 1941 Hallenbad City (Sihlstrasse 71)
- 1942 Tramwarthalle Limmatplatz – Umbau Wasserkirche und Helmhaus – EWZ-Unterwerk Oerlikon (Binzmühlestrasse 156) – Tramdepot Wiedikon (Elisabethenstrasse 43)



Muschelkalkrelief «Die Arbeit», 1934–1936 von Bildhauer Franz Fischer (1900–1980) am 1934 von Hermann Herter erbauten Amtshaus V (Werdmühleplatz), Sitz der Bauamtes I. Vgl. Abb. S. 67.

Personaletat des Hochbauamtes (Text S. 55)

	1919	1921	1922	1924	1925	1927	1928	1930	1931	1934	1936	1938	1940	1944
Stadtbaumesiter	Herter	Herter	Herter	Herter	Herter	Herter	Herter	Herter	Herter	Herter	Herter	Herter	Herter	Herter
Adjunkt	1	1			1	1	1	1	1	2	1	1	1	1
Assistenten	8	8	8	8	7	7	11	10	10	10	10	10	10	9
Assistenten 2. Klasse						3		1	2	1	1	1	1	
Sachverständiger für Grabdenkmäler	1	1												
Techniker	6	6	4	4	3	4	5	4	5	5	5	5	4	4
Kanzleisekretär	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Kanzlisten	2	1	1	1	1	1	1			2	2	2	1	2
Kanzleigehilfe		I. Lehrling				1								
Vorsteher	Bosshard	Ribi	Ribi	Klöti	Klöti	Klöti	Klöti	Baumann	Hefli	Hefli	Hefli	Hefli	Hefli	Oetiker
Total	19	18	14	14	13	17	19	18	20	21	20	20	19	17

Anmerkungen

- 1 StadtA: Prot SR 1919, Nr. 1898 und V.Gc.50, Schachtel 19. Von den eingegangenen 25 Bewerbungsschreiben ist dasjenige von Hermann Herter leider nicht mehr auffindbar.
- 2 Hans Bernoulli (1876–1959) aus Basel studierte nach einer Bauzeichnerlehre an den Technischen Hochschulen in München und Karlsruhe. Darauf war er Bauführer in München, Darmstadt und Berlin. Zwischen 1903 und 1912 arbeitete er als selbständiger Architekt in Berlin. 1912 kehrte Bernoulli nach Basel zurück, war 1912–1918 leitender Architekt der Basler Baugesellschaft und eröffnete 1918 sein eigenes Büro. Seit 1913 war er Privatdozent, ab 1919 Professor für Städtebau an der ETH. Seine schriftstellerische Tätigkeit, in der er als Verfechter der Freiwirtschaftslehre von Silvio Gesell auftrat, führte ihn auch zu politischen Ämtern. Bernoulli realisierte eine Reihe von Siedlungen in Basel, Zürich und Winterthur, die sein soziales Engagement zeigen. Beim Siedlungsbau war es sein Ziel, Gartenstädte zu realisieren, d.h. grössere, in sich geschlossene Einheiten, anstelle von Einzelbauten.
- 3 Martin Risch (1880–1961) besuchte die Technische Hochschule in München. Nach fünfjähriger Praxis in verschiedenen Architekturbüros, u.a. auch bei Pflughard & Haefeli, eröffnete er 1907, zusammen mit dem Architekten Otto Schäfer (1879–1953) ein Architekturbüro. Schäfer & Risch gehörten zu den meistbeschäftigten und prägendsten Architekten des Heimatstils in Graubünden. Neben dem privaten Wohnungsbau übernahmen sie eine ganze Reihe von öffentlichen und anderen repräsentativen Bauaufgaben, wie Bebauungspläne, Schulen, Spitäler, Kirchen, Genossenschaftswohnungen und Geschäftshäuser.
- 4 Robert Rittmeyer (1868–1960) studierte an der Technischen Hochschule in Stuttgart; anschliessend arbeitete er in Berlin, Frankfurt a.M., Stuttgart und Essen. 1896–1898 unterrichtete er an der Baugewerkschule in Köln, ab 1899 war er Professor am Technikum in Winterthur. 1905 gründete er mit Architekt Walter Furrer (1870–1949) ein erfolgreiches Büro in Winterthur, dessen Werk hauptsächlich Wohnbauten, Geschäftshäuser und öffentliche Bauten umfasst. Stilistisch sind seine Bauten vom späten Jugendstil, dem Heimatstil und dem Neoklassizismus geprägt. Das wohl bekannteste Werk von Rittmeyer & Furrer ist das 1927–1928 in Winterthur erstellte Geschäftshaus der Firma Gebrüder Volkart.
- 5 StadtA: V.Gc.50, Schachtel 19. Erhaltene Korrespondenz zwischen Bernoulli und Kruck. – Bernoulli äusserte sich seit 1901 publizistisch. Er war Mitglied des Preisgerichts im Wettbewerb «Gross-Zürich» 1915–1918, bearbeitete einzelne Teile des Berichts und war Mitglied der Redaktionskommission des Schlussberichts. Vgl. Nägelin 1993, S. 182. Schlussbericht 1919.
- 6 StadtA: V.Gc.50, Schachtel 19. Brief von Bernoulli an Kruck vom 13.8.1919.
- 7 StadtA: V.Gc.50, Schachtel 50. Brief von Kruck an Bernoulli vom 19.8.1919.
- 8 Das von Bernoulli entworfene neoklassizistische Kunstmuseum auf der Schützenmatte in Basel erhielt den 1. Preis im Architekturwettbewerb von 1914, wurde jedoch nicht ausgeführt. Vgl. INSA Basel (1986), S. 210 und Nägelin 1993, S. 37–40, 162–164.
- 9 StadtA: Prot SR 1919, Nr. 1898.
- 10 StadtA: Prot SR 1919, Nr. 1898.
- 11 StadtA: Prot SR 1919, Nr. 1898. – Zum Gebäude der Mustermesse Basel vgl. INSA Basel (1986), S. 75, 181–182 (Messeplatz).
- 12 Ernst hatte an der ETH bei Gottfried Semper studiert und in dessen Architekturbüro sich 1871 an der Planung des Hoftheaters in Dresden («Semperoper») beteiligt. Angeregt durch einen Engländeraufenthalt, war er massgeblich an der Planung des Englisch-Viertel-Quartiers in Zürich-Hottingen beteiligt. Auch das Bürohaus Metropoli und das Rote Schloss in Zürich stammen von ihm. Ernst war eine Schlüsselfigur im Zürcher Bauboom der 1890er Jahre.
- 13 Vgl. hierzu auch KS ZD 6 (2000), S. 96–105.
- 14 Vgl. hierzu auch KS ZD 6 (2000), S. 86–95.
- 15 Alfred Friedrich Bluntschli studierte an der ETH unter Gottfried Semper und war zuerst von 1866 bis 1881 in Heidelberg und Frankfurt a.M. tätig. In Zürich errichtete er unter anderem 1885–1888 die Villa Bleuler (Zollikerstrasse 32) und 1892–1894 die reformierte Kirche Enge. Johann Rudolf Rahn war Begründer der Schweizer Kunstgeschichte, Initiant des Vereins für die Erhaltung vaterländischer Kunstdenkmäler (seit 1934 GSK), Pionier der Denkmalpflege, Zeichner und einer der Schöpfer des Schweizerischen Landesmuseums.
- 16 Probst, ein Pionier des Heimatschutzes, wirkte ab 1903 in Zürich. Gründer (1927) sowie Präsident des Schweizerischen Burgenvereins.
- 17 Bollert wuchs in Dresden auf, wo er die Architekturabteilung der königlichen Kunstgewerbeschule und die Technische Hochschule besuchte. Nach langjähriger Stellung bei Hermann Thüme in Dresden, zuletzt als Bürochef, arbeitete er noch einige Jahre selbständig und erstellte Beamtenwohnhäuser, eine Friedhofanlage, verschiedene Villen, eine Schokoladenfabrik und ein Bankgebäude.
- 18 Es wurde kein 1. Preis verliehen.
- 19 Bodmer war von 1932 bis 1947 Chef du service d'urbanisme in Genf und 1963–1966 Kreisplaner im kantonalen Amt für Regionalplanung in Zürich. Vgl. A. B., Erinnerungen an die Zukunft der Stadt Winterthur, in: Winterthurer Jahrbuch 1972, S. 173–218; INSA Winterthur (1992), S. 40, 45.
- 20 Schlussbericht 1919. – INSA Zürich (1992), S. 261–268; Kurz 1989; Kurz 1990; Kurz 1991.
- 21 Schlussbericht 1919, S. 45.
- 22 Schlussbericht 1919, S. 46.
- 23 Schlussbericht 1919, S. 44.
- 24 Die Lage der Bevölkerung hatte sich während der Kriegsjahre immer mehr verschlechtert, die Lebenskosten waren zwischen 1914 und 1918 um mehr als 200% gestiegen. Auch bestand keine Lohnausfallentschädigung für Wehrmänner, sodass deren Familien selbst für ihr Leben aufkommen mussten. Vgl. Zürich 3 (1994), S. 250 ff.
- 25 Ab 1919 subventionierten Bund, Kanton und Stadt den gemeinnützigen Wohnungsbau.
- 26 Zürich 3 (1994), S. 250 ff.
- 27 Dank rigorosen Sparmassnahmen konnte innerhalb dreier Jahre die Nettoschuldenlast halbiert werden, die Stadt wurde aus der Vormundschaft des Kantons wieder entlassen.
- 28 Der Ehrgeiz der Sozialdemokraten lag darin, aus Zürich eine Schweizer Musterstadt zu machen, und dies auf allen Gebieten. Sowohl gute Schulen, ein gepflegtes Kulturleben und der gemeinnützige Wohnungsbau, wie auch gesunde Finanzen waren ihnen wichtige Anliegen. Die Finanzlage der

- Stadt Ende der 1920er Jahre vereinfachte die Realisierung dieser Ziele. 1928 wurden die obligatorische Krankenversicherung, 1929 die städtische Altersbeihilfe und 1931 die obligatorische Arbeitslosenversicherung eingeführt.
- 29 Die Firma verkaufte ihr Betriebsgelände an die Stadt und mietete es für die Weiterführung der Produktion wieder zurück. Damit war die Erhaltung von 900 Arbeitsplätzen gesichert. Nach der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre kam es – nach der massiven Abwertung des Schweizer Frankens – nochmals zu einem kurzen Aufschwung. Mit dem Kriegsausbruch ging die Wirtschaft schrittweise in eine Kriegswirtschaft über, in der alle Güter rationiert wurden.
- 30 Affoltern, Albisrieden, Altstetten, Höngg, Oerlikon, Schwamendingen, Seebach und Witikon.
- 31 Herter 1929.
- 32 Bickel 1930.
- 33 Es unterzeichneten für den ZIA Präsident W. Trüb und der 2. Vorsitzende Heinrich Peter, der nachmalige Kantonsbaumeister (1937–1958), für die BSA-Ortsgruppe Zürich der Obmann H. W. Moser und der Schreiber A. Kellermüller, für den Schweizerischen Technikerverband, Sektion Zürich, der Präsident E. Stierli und der Aktuar H. Huber.
- 34 Vgl. Zürich 2 (1995), S. 328–338; Zürich 3 (1994), S. 299–301.
- 35 Hippenmeyer 1928, S. 74–77.
- 36 Hippenmeyer 1929.
- 37 Hippenmeyer 1932. Zur besseren Abstützung derartiger planerischer Ziele wurde 1927 auf Initiative von Oberrichter Hermann Balsiger (1876–1953) der Verband zum Schutze des Landschaftsbildes am Zürichsee gegründet. Balsiger war 1917–1947 Präsident der Heimatschutz-Kommission des Kantons Zürich (ab 1921 Natur- und Heimatschutzkommission), die ständig Gutachten zu solchen Fragen für die Kantonsregierung erstellte.
- 38 Als Beispiele sind genannt die ersten Hotels Baur en Ville und au Lac, die Neumünsterkirche und die Kirche Enge, das Schulhaus Hirschengraben, das Weisse und das Rote Schloss und erwähnt die missglückten Rettungsaktionen für Baugarten und Kaufhaus, die Bauordnung für das Bahnhofquartier und die geglückte Rettung der Seeufer durch die Quaianlagen.
- 39 Hippenmeyer 1935.
- 40 Klöti beschreibt die Schauplätze zäher Bemühungen um eine als richtig erkannte und verteidigte Gestaltung der Stadtzukunft, die heute Gegenwart ist: Die freien, aussichtsreichen Promenaden am Zürichberg zwischen Rigiblick und Kurhaus Zürichberg, der Dolderpark, die Dolderwiese, der Abhang vor dem Hotel Sonnenberg und vor den Kirchen Fluntern und Höngg, die Allmend Fluntern, die Stadtgrenze Zürich/Zollikon auf der Rehalp, der Burghölzlihügel, die verschiedenen Bachtobel, der Kirchhügel Witikon, der Aussichtsplatz Himmelsleiterli in Fluntern, die Alleen auf der Hohen Promenade und auf dem Milchbuck, das Waidgut, der Wald und die Allmend auf dem Höggerberg, die Üetlibergkuppe, das Albisgüetli, der Waldrand am Friesenberg, Allmend, Entlisberg und Egg Wollishofen, die Villenparks in Enge und Wollishofen etc. Weitere Bemühungen begannen damals um die Grünflächen in den neu eingemeindeten Vororten Albisrieden und Altstetten sowie im Glattal.
- 41 Die «Landi» vermittelte dazu Selbstbewusstsein und Wehrwillen. Somit wurde sie zum Symbol des Zusammenhaltes für das ganze Land. Man versuchte dabei, Heimat und vaterländische Tradition zu ideologisieren und die Besinnung auf eigene Kräfte und Kultur, auf eigene Traditionen und Materialien anzuregen.
- 42 Abb. in KS ZD 6 (2000), S. 105.
- 43 Möglicherweise gab es auch Hilfspersonal, während Herters Amtszeit sind die entsprechenden Daten jedoch nicht in den Geschäftsberichten aufgeführt.
- 44 Brief Herters vom 29. Januar 1920 an den Bauvorstand III, Stellvertreter.
- 45 Brief der Angestellten des Hochbauamtes vom 29. November 1920 an den Stadtbaumeister zuhänden des Bauvorstandes III, Stadtrat Ulrich Ribi.
- 46 Schreiben des Vorstands des Bauwesens III an die Rechnungsprüfungskommission vom 20. Oktober 1921. Die Umformerstation Drahtzug (Hammerstrasse 62) wurde 1921 nach dem Projekt des Hochbauamtes (H. Herter) sowie Fassadenplänen von Architekt Emil Schäfer (1878–1959) erbaut und 1982 abgebrochen. Vgl. 10. BerZD, 2. Teil, Stadt Zürich 1980–1984, Zürich 1986, S. 214.
- 47 StadtA: Prot SR 1921, Nr. 1649, 10.11.1921.
- 48 In dieser Zeit (1924–1925) konnte Herter auch das Gebäude der Basler Mustermesse bauen. Vgl. Anm. 11.
- 49 Die Kommission behandelte Fragen der Kanalisation.
- 50 Vgl. S. 35 (Abbildung).
- 51 Hippenmeyer 1935; Klöti 1942.
- 52 StadtA: V.Gc.62, Schachtel 44. In einem Brief vom 15. November 1934 an den Vorstand des Bauamts I beklagte sich Herter beispielsweise, dass er nach sechs Jahren einen Baulinienplan betreffend Altstadt-sanierung von Hippenmeyer immer noch nicht zurückerhalten habe.
- 53 Architekt Gustav Kruck, Sohn eines Steinhauers, Bürger von Wettswil a.A. und seit 1904 auch von Zürich, absolvierte das Technikum Winterthur. 1894 trat er ins Büro von Gustav Gull ein und leitete den Bau des Landesmuseums und des Stadthauses. Dem passionierten Bergsteiger verdankt der SAC wesentliche Impulse im Klubhüttenbau der Zwischenkriegszeit (z.B. Kröntenhütte im Kanton Uri, erb. 1921 nach Plänen von Kruck). Vgl. Kruck 1922. Das von der Stadt gestiftete Ehrengrab war die erste Grabstätte im Erweiterungsteil des Friedhofs Enzenbühl (Kruck 1934).
- 54 Kommission, die den Stadtrat zu Quartierplänen und Hochbauprojekten beriet; sie tagte ungefähr monatlich.
- 55 Kommission, die den Stadtrat in Sachen Wohnbauaktionen beriet; sie tagte ungefähr vier mal jährlich und entschied, welche Projekte durchgeführt werden, wieviel Geld investiert wird sowie über die Zahl der zu erstellenden Wohnungen.
- 56 Kommission, die die Limmatkorrektur und die Aufstauung beaufsichtigte.
- 57 StadtA: V.Gc.50, Schachtel 362. Protokoll der Kommission zur Begutachtung von Reklamen, 1. Sitzung vom 28. September 1929.
- 58 StadtA: GB SR 1919, S. 305.
- 59 StadtA: GB SR 1926, S. 200.
- 60 Herter 1926, S. 49.
- 61 Herter 1926, S. 49.
- 62 StadtA: V.Gc.31, Schachtel 23. Brief Herters an Stadtrat Ulrich Ribi, Vorstand des Bauwesens III, vom 3. Oktober 1921.
- 63 Stadtrat Klöti war Mitbegründer und zeitweiliger Präsident des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen

- (SVW), Herter war technischer Berater des Verbandes und Hippenmeyer Vorstandsmitglied.
- 64 StadtA: V.Gc.31, Schachtel 326. Genossenschaftssiedlung Kornhausstrasse/Nordstrasse, erbaut 1923 von Architekt Wilhelm Pfister-Picault (1875–1948). Vgl. Koch/Somandin/Süsstrunk 1989, S. 230.
- 65 StadtA: Prot SR 1920, Nr. 128.
- 66 StadtA: Protokoll des Baukollegiums vom 17.12.1929.
- 67 StadtA: Prot SR vom 6.10.1927.
- 68 Für das Freibad Allenmoos (1939) von Haefeli-Moser-Steiger, für das Strandbad Wollishofen (1940) und das Hallenbad City (1941) von Herter.
- 69 SBZ Bd. 85 (1925), S. 5 f.
- 70 SBZ Bd. 85 (1925), S. 5 f.
- 71 Zur Gartennutzung in Gartenstädten vgl: Hartmann 1976, S. 10 ff.
- 72 Herter 1929, S. 32 f. Vgl. S. 71.
- 73 Werk 14 (1927), S. 91. Hans Naef war 1932–1934 Präsident des ZIA, 1937 Verfasser der Vereinsgeschichte SIA, Gross-Stadtrat von Zürich. Vgl. Cornelia Bauer: Grossstädtischer Wurf auf dem Weg zur Welt – Zum Umbau und zur Sanierung des Bahnhofes Wiedikon, in: BerZD 1997/98, Stadt Zürich, S. 137–139.
- 74 Werk 14 (1927), S. 91.
- 75 Herter 1933, S. 116.
- 76 INSA Zürich (1992), S. 397 (Schimmelstrasse).
- 77 INSA Zürich (1992), S. 369 (Manessestrasse 1). Hier wird dieser Stil als «Sachlicher Neoklassizismus» definiert.
- 78 Wiegand o.J., S. 146 ff.
- 79 Die heutige Holzdecke gehört nicht zur originalen Ausstattung.
- 80 Herter/Hürlimann/Jaeckle 1939, S. 123–124 (mit Farbabb.), 139, 143, 146.
- 81 Güttler 1991, S. 160.
- 82 Vgl. KS ZD 6 (2000), S. 103–105 und in diesem Heft S. 19–20.
- 83 Zürcher Monatschronik 1936, Nr. 10, S. 221. Im BAZ existieren ein Fassadenplan und eine perspektivische Ansicht von Gustav Gull. Es ist anzunehmen, dass er Herters Projekt überarbeitet hatte.
- 84 Zürcher Monatschronik 1936, Nr. 10, S. 223.
- 85 Herter 1942a, S. 1.
- 86 Heinrich Tessenow (1876–1950) besetzte seit 1926 den Lehrstuhl für Baukunst und Entwerfen an der Technischen Hochschule in Berlin.
- 87 Fritz Stüssi (1901–1981) war ab 1935 Privatdozent für Stabilitäts- und Festigkeitsprobleme, 1937–1966 ordentlicher Professor für Baustatik I, Hoch- und Brückenbau in Stahl an der ETHZ.
- 88 BerZD 1985/86, Stadt Zürich, S. 88; Herter/Stüssi 1938.
- 89 Rieger 1976, S. 218 und 221.
- 90 Bruno Maurer, Das farbige Zürich, in: Herter 1995, S. 38–39.
- 91 Rieger 1976, S. 213.
- 92 Paul Bodmer schuf in den Jahren 1924–1928, 1929–1932 und 1938–1939 die Fresken im Fraumünsterkreuzgang, Augusto Giacometti 1923–1926 jene in der Vorhalle im Amtshaus I. Der «Rüden» wurde erst nach der Rückgabe des Gebäudes an die Gesellschaft Zur Constaffel 1936 renoviert und unter der Leitung von Paul Bodmer aussen bemalt. vgl. Herter/Hürlimann/Jaeckle 1939, S. 10 und Abb.
- 93 StadtA: Prot SR vom 1.12.1926.
- 94 StadtA: Prot SR vom 1.12.1926.
- 95 StadtA: Prot SR vom 1.12.1926.
- 96 Vgl. Karl Mosers Neubauprojekt von 1933 für die rechtsufrige Altstadt. INSA Zürich (1992), S. 268.
- 97 1832 wurde die Antiquarische Gesellschaft (AGZ) in Zürich gegründet, der man nicht nur geschichtliche Studien, sondern auch die Dokumentation bedeutender Baudenkmäler und archäologischer Altertümer verdankt. Mit der Schaffung des Schweizerischen Landesmuseums (1898) ist die Sammlung der AGZ vertragsgemäss in die neue Institution integriert worden. Seit 1912 besteht die kantonale Natur- und Heimatschutzkommission; 1917 wurde die sog. Schlosskommission geschaffen, welche die drei staatlichen Schlösser Kyburg, Laufen und Greifensee betreute. 1923 ist im Schosse der AGZ die Kommission für zürcherische Denkmalpflege entstanden; ihr gehörten auch Vertreter des kantonalen und städtischen Hochbauamts sowie des Landesmuseums an. Die Kommission widmete sich ehrenamtlich und mit grossem Idealismus der Erhaltung und Pflege archäologischer und denkmalpflegerischer Objekte im ganzen Kanton. 1958 wurde schliesslich die kantonale Denkmalpflege geschaffen. Vgl. Walter Drack, Andreas Pflughard, Christian Renfer, Eine Denkmalpflege im Aufbau 1958–1998, KS ZD 1 (1999).
- 98 Schon 1932 hatte der Bund eine Expertenkommission für Altstadtsanierung eingesetzt, welche die Städte aufforderte, über allfällige Sanierungsmassnahmen zu berichten, die bei einer drohenden Massenarbeitslosigkeit nach dem Krieg ausgeführt werden könnten.
- 99 Die historische Baugruppe befindet sich auf einer ehemaligen Limmatinsel und besteht aus der 1479–1487 neu gebauten Wasserkirche sowie dem 1791–1795 erstellten Helmhaus. In der Reformationszeit wurde die Kirche profaniert. Zunächst diente sie nach Einzug von zwei Böden 1580–1583 als Vorratslager, ab 1634 als Bürgerbibliothek und «Kunstkammer». 1717 erfolgte der Einbau der barocken Galerien. (Abb. S. 75) Das Wasserhaus wurde zur Vergrösserung der Verkaufs- und Lagerflächen im Helmhaus 1570 erbaut, 1793 und 1859–1861 neugebaut und 1940–1942 abgebrochen. – Vgl. Kdm Kt. ZH. N.A., Basel 1999, S. 204–262.
- 100 Prot Baukommission 140, 7.2.1917.
- 101 Protokoll der 3. Sitzung der Kommission zur Begutachtung der Frage der Errichtung eines städtischen Museums, vom Freitag, den 26. Oktober 1917.
- 102 StadtA: Auszug aus dem Protokoll der bürgerlichen Abteilung des Stadtrates von Zürich B 542 vom 15. Juni 1921.
- 103 StadtA: Na 694, S. 6. Weisung des Stadtrates an den Grossen Stadtrat betreffend die Renovation der Wasserkirche und die Herstellung der Anlage beim Zwinglidenkmal.
- 104 Zürcher Monatschronik 1943, S. 10 ff.
- 105 StadtA: GB SR 1926, S. 199. Zu diesem Schluss kam eine Expertenkommission, und das Hochbauamt wurde beauftragt, ein neues Projekt zu erarbeiten.
- 106 Stadt Zürich, Die Fresken von Paul Bodmer im Fraumünster Kreuzgang, Zürich 1941, S. 4.
- 107 Herter/Hürlimann/Jaeckle 1939, S. 1, 10.
- 108 Zu Giacometti und Bodmer vgl. Anm. 107. Der aus Dresden stammende Bildhauer Otto Münch trat 1911 in das Architekturbüro Bollert & Herter ein und begann mit der Innendekoration des Staats- und Kantonalbankgebäudes in Herisau seine Schweizer Karriere. 1913 eröffnete er mit seiner Gattin, Maria Münch-Winkel, im ehemaligen Böcklinatelier (Böcklinstrasse 17) eine eigene Kunstschule, die er bis 1945 führte.

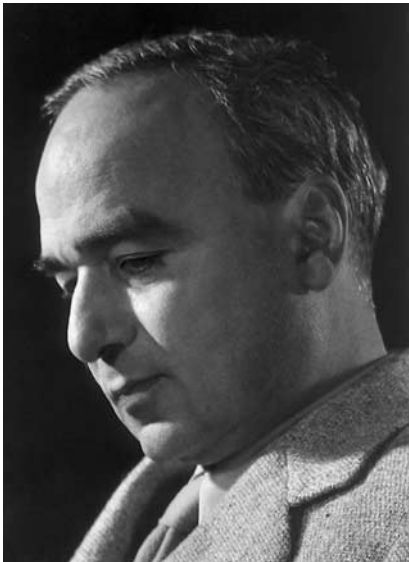


Die Schulanlage Probstei in Schwamendingen, 1946 und 1951 in zwei Etappen von Stadtbaumeister Albert Heinrich Steiner errichtet. Photo GTA, Nachlass Steiner.

Ruedi Weidmann

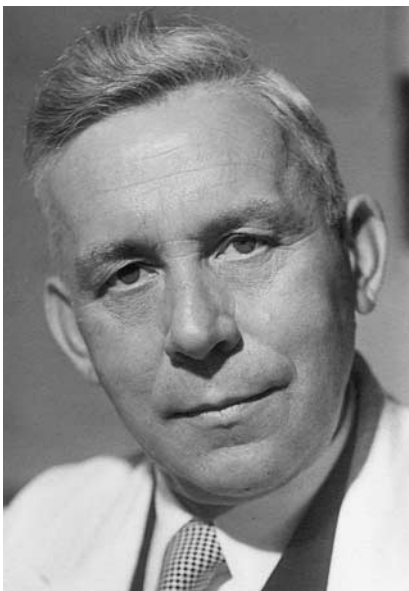
Albert H. Steiner, Zürcher Stadtbaumeister 1943–1957

Die Wahl Steiners zum Stadtbaumeister



*Albert Heinrich Steiner (1905–1996),
Stadtbaumeister 1943–1957. Photo
Barbara Kruck, Zürich. – Privatbesitz.*

*Stadtrat Heinrich Oetiker (1886–1968),
Vorsteher des Bauamts II 1942–1954,
politischer Vorgesetzter von Stadtbau-
meister Albert Heinrich Steiner. –
Privatbesitz.*



Die Suche nach einer Nachfolge für Hermann Herter fiel 1942 ins Jahr der Kriegswende.¹ Im stadtzürcher Bauwesen äusserte sich die verhaltene Aufbruchstimmung in der Folge unter anderem in der Wiederaufnahme des gemeinnützigen Wohnungsbaues. Seit der Baukrise ab 1932 war der Bau von Wohnungen stark zurückgegangen.² Für die Zeit nach dem Krieg wurde allgemein eine Beschleunigung der Bevölkerungszunahme und ein kräftiges Stadtwachstum erwartet. Man rechnete mit erneuter Wohnungsnot – die dann auch massiv eintreten sollte – und mit einem grossen Nachholbedarf für Wohnungen und Infrastruktur in den wachsenden Aussenquartieren. In der Innenstadt standen die Erweiterung der Geschäftscity und die ins Stocken geratene Sanierung der Altstadt an.

Durch die Eingemeindung von 1934 bestanden auf Gemeindegebiet über hundert verschiedene Bauordnungen, deren Harmonisierung im Rahmen einer Bau- und Zonenordnung samt Zonenplan erreicht werden sollte. Die neue BZO sollte die Postulate moderner Stadtplanung, die seit dem Wettbewerb für Gross-Zürich (1915–1918) für die Zürcher Planung Geltung hatten, endlich erfüllen: Trennung von Wohnen und Arbeiten, Trennung der Verkehrsarten, rationelle Erschliessung der Siedlungen und ein Netz von Grünzügen. Der neue Stadtbaumeister sollte das in Bearbeitung befindliche Ordnungsinstrument fertigstellen und das erwartete Stadtwachstum in geplante Bahnen lenken. Deshalb suchte der Stadtrat eine Person, die gleichermassen über entwerferische Qualitäten wie über sozialpolitische und kommunikatorische Fähigkeiten verfügte: einen Städtebauer im umfassenden Sinn.³

Vorstände des Bauamts II und politische Vorgesetzte von Albert Heinrich Steiner waren bis 1954 der parteilose Architekt Heinrich Oetiker (1886–1968), portiert vom Landesring der Unabhängigen und ab 1954 Sigmund Widmer (geb. 1919) vom LdU. Oetiker hatte sich zusammen mit Karl Kündig (1883–1969) am Wettbewerb von 1915–1918 beteiligt⁴ und in der Zwischenkriegszeit zahlreiche kommunale Siedlungen gebaut⁵; zudem war er Mitglied der Bauordnungskommission, die ab 1934 am Entwurf für die neue Bau- und Zonenordnung arbeitete. 1939 war Oetiker Chefbauleiter der Schweizerischen Landesausstellung, an der Steiner mehrere Wohnräume gestaltete.⁶ Oetiker war ein persönlicher Freund Steiners, zwischen ihnen bestand weitgehend Einigkeit in bezug auf städtebauliche Fragen. Der Gesamtstadtrat liess sich in Baufragen offenbar weitgehend von Oetiker und Steiner überzeugen. Von 1947 bis 1950 stand Oetiker interimistisch beiden Bauämtern vor.

Seit 1942 war die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues dem Finanzamt unterstellt. Somit kam dem Finanzvorstand – von 1938 bis 1958 der Sozialdemokrat Jakob Peter (1891–1980) – grosse Bedeutung für die Stadtentwicklung zu. Peter war Präsident der Familienheim-Genossenschaft Zürich⁷ und des Schweizerischen Verbandes für Wohnungswesen, der Dachorganisation der Baugenossenschaften. Seit 1942 war er auch Vorsitzender der städtischen Wohnungsbaukommission. Da dem gemeinnützigen Wohnungsbau bei der Umsetzung von stadtplanerischen Anliegen eine Schlüsselfunktion zukam, war das Triumvirat Oetiker – Peter – Steiner eine Idealbesetzung, zumal es auch auf persönlicher Ebene bestens harmonierte. Auch bei den Stadtpräsidenten fand Steiner Unterstützung, so beim Sozialdemokraten Adolf Lüchinger (1894–1949) von 1944 bis 1949 wie beim freisinnigen Emil Landolt (1895–1995) ab 1949.

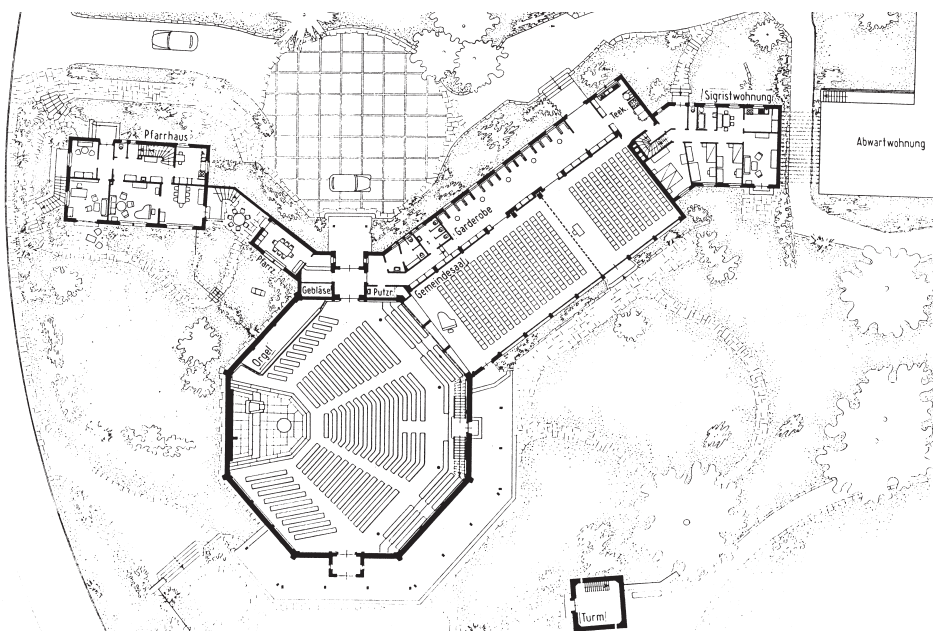
Albert Heinrich Steiner⁸ wurde am 26. Juli 1905 in Zürich geboren, studierte ab 1924 an der ETH Zürich bei Friedrich Hess, bei dem er ein Praktikum absolvierte, und ab 1926 bis zum Diplom 1929 an der Technischen Hochschule München als Schüler

von Oskar Bieber (Praktikum), German Bestelmeyer, Richard Schachner und Theodor Fischer.⁹ Danach arbeitete Steiner im Zürcher Büro von Otto Rudolf Salvisberg (1882–1940). Von 1933 bis 1943 führte er ein eigenes Architekturbüro in Zürich, gewann etliche Wettbewerbe, darunter jenen für die Seeufergestaltung am Bürkliplatz (mit Robert Landolt) sowie den zweiten Platz beim Schwimmbad Allenmoos, und wurde «fast so etwas wie ein Modearchitekt».¹⁰ Er führte zahlreiche Einfamilienhäuser und öffentliche Bauten aus, darunter 1941–1942 das Schulhaus Kornhausbrücke in Zürich. Steiner gehörte keiner Partei an. Seine politische Haltung kann mit bürgerlich-sozial-liberal umschrieben werden. Er war geprägt von grossem sozialem Verantwortungsgefühl, strengem Berufsethos und starkem Pflichtgefühl als Beamter, ohne ideologische Berührungsängste in den notwendigen politisch-taktischen Verhandlungen seines Arbeitsalltags. Steiner war verheiratet und hatte zwei Kinder.

Die pragmatische und kommunikative Haltung war es letztlich, die bei der Wahl Steiners den Ausschlag gab. Auf die Ausschreibung der Stelle im Mai 1942 gingen beim Bauvorstand II zwanzig Bewerbungen ein, von denen zwölf als fachlich nicht genügend qualifiziert ausschieden.¹¹ Unter den verbliebenen acht war Max Baumgartner (1885–1958), Assistent im Hochbauamt und später Steiners Adjunkt, mit 57 Jahren bereits zu alt; auch hatte er keine eigenen grösseren Bauten ausgeführt. Letzteres galt auch für Max Lüthi (1898–1991) und den Basler F. Lodewig. Dem Davoser Ernst Zietzschmann (1907–1991) attestierte Oetiker weniger fachliche Kompetenz und Erfahrung als Steiner.¹² Ernsthaftester Konkurrent Steiners war der bekannte Zürcher Architekt Ernst F. Burckhardt (1900–1958), der die nötige theoretische Vorbildung und die vorausgesetzte praktische Erfahrung besass, Bauten an der Landesausstellung und die städtische Volière am Alpenquai gebaut und bedeutende Wettbewerbserfolge erzielt hatte. Dazu hatte Burckhardt eine umfangreiche publizistische Tätigkeit als avantgardistischer und zuweilen recht polemischer Kritiker aufzuweisen. Oetiker kannte Burckhardt gut, sie sassen zusammen in der Kommission, die seit 1934 den Entwurf für die BZO vorbereitete. Dass er Steiner gegenüber Burckhardt den Vorzug gab, begründet Oetiker damit, dass «ersterer zufolge seiner persönlichen Qualitäten noch mehr Gewähr für einen reibungslosen Verkehr mit Publikum und Amtsstellen bietet». Neben der Erwähnung von Steiners Werdegang weist Oetiker auf die Wettbewerbserfolge und die zahlreichen Bauten Steiners hin. In einem längeren Abschnitt geht Oetiker auf die kommunikativen Qualitäten des Bewerbers ein, was zeigt, wie viel Gewicht diesem Punkt beigemessen wurde:



*Stadtrat Jakob Peter (1891–1980), SP
Vorsteher des Finanzamts 1938–1958.
Zeichnung von Gianfranco Bernasconi
(geb. 1932). Stadtarchiv.*



Erdgeschoss-Grundriss der reformierten Kirche Zürich-Seebach mit Umgebung, Mst. 1:600 (verkleinert). SBZ 1950, Nr. 2, Tafel 5.

«Diese Erfolge, die sehr gute theoretische Vorbildung und die Tatsache, dass sich auch der jahrelange Verkehr zwischen den Bauämtern und Steiner vorzüglich gestaltete, lassen erwarten, dass dieser den zu stellenden hohen Anforderungen in jeder Beziehung gewachsen sein wird. Das Zusammenarbeiten mit Steiner während der Ausführung des Schulhauses Kornhausbrücke zeigte, dass er sich sowohl schriftlich als auch mündlich sehr gut und klar, bestimmt, aber auch konziliant auszudrücken vermag.»¹³

Um Steiners städtebauliche Konzepte, sein soziales Verantwortungsgefühl und sein daraus folgendes Interesse am gemeinnützigen Wohnungsbau wusste man aus freundschaftlichen Gesprächen und aus seinen Artikeln und Vorträgen. Der Stadtrat wählte Steiner einstimmig, gewährte ihm mit 13 680 Franken jährlich das Maximum der Besoldungsklasse I, bewilligte die private Ausführung der in Planung befindlichen Kirche Seebach und erlaubte ihm, gegen Entrichtung von zwei Prozent seines Gehalts, vorläufig in Zollikon wohnhaft zu bleiben.¹⁴

Reorganisation der Stadtplanung

Die wichtigen Aufgaben des Hochbauamtes waren weiterhin die Beurteilung von privaten Baugesuchen, vor allem für subventionierte Siedlungen, die Projektierung und Ausführung öffentlicher Neubauten, die Vorbereitung von Wettbewerben und von Aufträgen an private Architekten, sowie für den Stadtbaumeister der Einsitz in Kommissionen.

Seit der Eingemeindung 1934 arbeitete die Bauordnungskommission an einem Entwurf für die neue Bau- und Zonenordnung samt zugehörigem Zonenplan. Neben den beiden Bauamtsvorstehern, dem Stadtbaumeister und dem Chef des Bebauungs- und Quartierplanbüros, damals Hermann Herter (1877–1945) und Konrad Hippenmeyer (1880–1940), hatte der Stadtrat 1934 Vertreter der Architektenverbände in die Kommission berufen, u. a. Heinrich Oetiker und Max E. Haefeli (1901–1976) für den SIA, Ernst F. Burckhardt und Alfred Roth (1903–1998) für den BSA.¹⁵ Nach seiner Wahl übernahm Steiner als erstes die Fertigstellung dieses Entwurfs, wobei er ihn vollständig überarbeitete. (Abb. S. 85) In der Folge verschärfte sich der alte Konflikt um Vorgehensweise und Kompetenzen in der Quartierplanung mit dem Bebauungs- und Quartierplanbüro im Tiefbauamt. Das dort betreute Quartierplanverfahren von 1893¹⁶ nahm wegen Rekursen von Grundbesitzern oft Jahre in Anspruch, es war zu langsam für das nun geforderte Tempo. Die Aufteilung

Die 1948–1955 von A. H. Steiner erbaute Markuskirche auf dem Buhnähügel in Seebach war mit ihrem oktogonalen Zentralraum und dem separat stehenden Kirchturm typologisch innovativ und lieferte einen Beitrag zu der seit den 1930er Jahren in der Schweiz lebhaft geführten Diskussion um liturgische Fragen und bauliche Lösungen im protestantischen Kirchenbau. Maggi/Herzog 1994, S. 9. Repro BAZ 44 431.



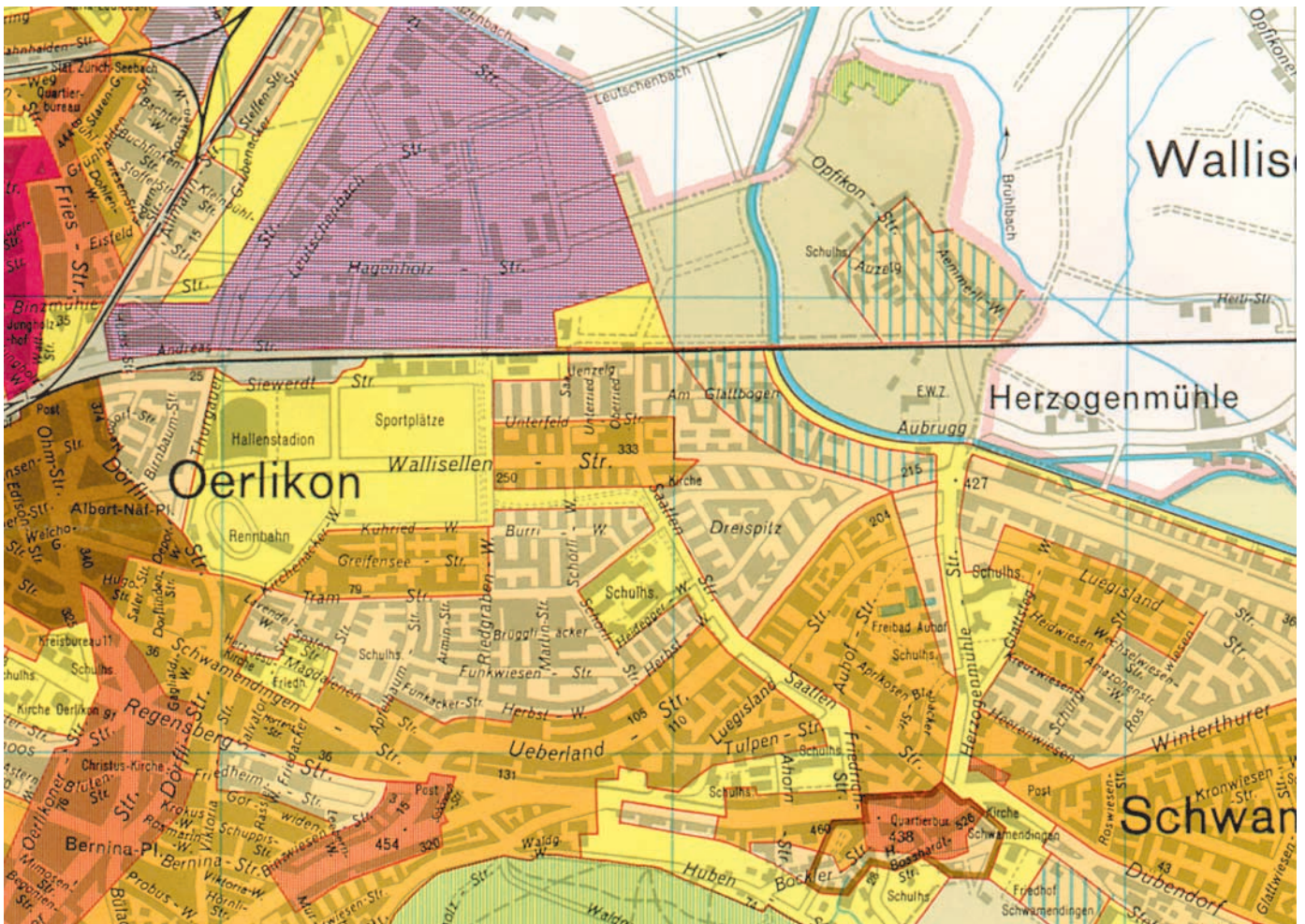


des Planungsverfahrens auf zwei Ämter entsprach auch nicht der einzig wirklich erfolgreichen Strategie, Quartierstrukturen durch den subventionierten Siedlungsbau festzulegen. Schon 1940 hatten deshalb BSA und SIA dem Stadtrat vorgeschlagen, die Bauämter I und II zu einem Stadtbauamt unter dem künftigen Stadtbaumeister zusammenzulegen.¹⁷ Hans Kupli (geb. 1896), Hippenmeyers Nachfolger als Chef des Bebauungs- und Quartierplanbüros, lehnte diesen Vorschlag ab. Er wollte die wissenschaftlich-systematische Arbeit am Generalbebauungsplan zu Ende führen, um daraus Bebauungspläne für die Quartiere abzuleiten.¹⁸

Stadtrat Oetiker strebte ab 1942 weiterhin eine Konzentration der Stadtplanung an. Er setzte durch, dass der Stadtbaumeister mit der Ausarbeitung der BZO betraut wurde und schlug 1947 vor, das Bebauungs- und Quartierplanbüro dem Hochbauamt zuzuschlagen. Damit konnte er sich nicht durchsetzen.¹⁹ Hingegen beschloss der Stadtrat nach der Annahme der BZO durch das Volk 1947²⁰ «die Ausarbeitung der sich aus dem Zonen- und Nutzungsplan ergebenden Überbauungspläne, das heisst die Bestimmung der Stellung der Bauten im Gelände, dem Hochbauamt zu übertragen».²¹ Diese Quartierbebauungspläne waren zwar rechtlich nicht verbindlich, aber vom Stadtrat als Planungsinstrument akzeptiert. Das alte Projekt eines Generalbebauungsplans wurde nicht weiter verfolgt.²²

Solche handkolorierte Quartierbebauungspläne wurden im Hochbauamt ab 1947 im Massstab 1:2500 für die 1934 eingemeindeten Aussenquartiere Albisrieden (Abb. S.87), Altstetten, Affoltern, Seebach, Schwanendingen (Abb. oben) und Witikon, sowie für den Dorfkern Höngg, die Wollishofer Allmend und das City-Erweiterungsgebiet erstellt. Auf ihnen wurden sehr präzise Grünzüge und

Quartierbebauungsplan von Zürich-Schwanendingen von 1948, Mst. 1:2500 (verkleinert). Bestehende Bauten (grau), geplante Bauten (rot), Grünzüge. BAZ 51 861.



Ausschnitt aus dem Zonenplan der Bau- und Zonenordnung von 1947, erstellt 1957 nach jahrelangen Verzögerungen durch Rekurse und Bundesgerichtsentscheide gegen die geplante Landwirtschafts- und gegen die Grünzone. Ausschnitt Oerlikon-Schwamendingen. – Text S. 83.



Strassenführung, Standort, Grösse und Stellung von öffentlichen und privaten Bauten festgelegt.²³ Sie diente als Grundlage für die Beurteilung – und Abänderung – von Baugesuchen, für die Planung der Quartierzentren und der öffentlichen Bauten sowie für Verhandlungen mit Bodenbesitzern über Landkäufe oder Arrondierungen im Hinblick auf grössere Überbauungen. Sie wurden bis mindestens Mitte der 1950er Jahre benutzt und überarbeitet.

Die nun im Hochbauamt konzentrierte, weitgehend auf intensiven Verhandlungen mit Grundbesitzern, Bauwilligen, Investoren und Behörden basierende Planung war weit effizienter und führte mitunter zu erstaunlichen Resultaten. Da Steiner nun freiere Hand hatte bei der Festlegung von Baulinien, konnten in diesen Verhandlungen rasche Entscheide getroffen und Kompromisse gefunden werden – die Effizienz der Strategie hing davon ab, dass Baurekurse vermieden wurden. Auf diese Weise konnten so sorgfältig strukturierte Ensembles entstehen wie am Letzigraben, wo die privaten Hochhäuser und Ladenbauten, genossenschaftliche und kommunale Siedlungen, Bad, Kindergarten und Kirche in ein zusammenhängendes weitläufiges System öffentlicher Grünzüge integriert sind (Abb. S. 94, 95).

An wöchentlichen «Dienstchefkonferenzen» wurde nun das Bebauungs- und Quartierplanbüro von Steiner de facto über baureife Projekte orientiert und änderte die Baulinien in den (rechtlich verbindlichen) Quartierplänen entsprechend ab.²⁴ Es verlor seine Funktion in der Siedlungsplanung und konzentrierte sich ab 1947 vornehmlich auf die Verkehrsplanung in der Innenstadt.²⁵ Auf dieselbe Weise wurde das Verfahren zur Sanierung der Altstadt geändert: 1946 wurde im Hochbauamt das Büro für Altstadt-sanierung eingerichtet. Es sollte sich «mit den architektonischen, finanziellen und unabgeklärten rechtlichen Fragen» der Sanierung befassen.²⁶

Die Verkehrsplanung blieb beim Bebauungs- und Quartierplanbüro. Unter Steiners Akten sind heute kaum Unterlagen zur Verkehrsplanung zu finden, was beim Umfang der Planungsprojekte erstaunt. Diese Aufgabenteilung bedeutete eine fatale Abkehr vom Anspruch einer umfassenden Stadtplanung. Verkehrs- und Siedlungsplanung zerfielen in den 1940er und 1950er Jahren in zwei völlig verschiedene Bereiche mit je einer eigenen Wahrnehmung der Stadt und ihrer Probleme.²⁷ Diese Entwicklung wurde dadurch erleichtert, dass die Kräfte hinter der Stadtplanung seit Klöti in erster Linie sozialpolitisch motiviert und am Siedlungsbau interessiert waren. In der Ära Oetiker/Steiner war dies nicht anders. Die Verkehrsplanung wurde als rein technisches Problem betrachtet und den Tiefbauingenieuren überlassen. Eine von vielen Folgen davon war, dass die unter Steiner geplanten Quartiere später teilweise durch Strassenprojekte beeinträchtigt wurden. Das deutlichste Beispiel ist der Zubringer der A1 in Schwamendingen, der in einen Grünzug gelegt wurde.

Die Arbeitsweise im Hochbauamt

Steiner hegte die zutiefst demokratische Überzeugung, wonach Lösungen, die in Verhandlungen mit allen Beteiligten erzielt wurden, tatsächlich die besten Lösungen waren. Sein Alltag und der seiner Mitarbeiter bestand in erster Linie aus mühsamen Verhandlungen. Die Planung von Siedlungen, Quartierzentren und Grünzügen, und der Aufkauf und die Arrondierung von Baugrund für öffentliche Bauten verlangte wegen der in Zürich typischen Kleinteiligkeit der Bodenparzellen komplizierte und oft langwierige Landumlegungs- und Entschädigungsverfahren. Hier kam die kommunikative Kompetenz Steiners zum Zug: sein Geschick, alle miteinzubeziehen, die für ein Projekt relevant werden konnten, ihre Interessen zu koordinieren, und seine Hartnäckigkeit in den Verhandlungen, die umso wichtiger waren, je mehr ungewohnte Projekte verfolgt wurden. Im Vergleich zu dieser Verhandlungs- und Vernetzungspolitik nahm der architektonische Entwurf wenig Zeit in Anspruch. Telefon und Dienstwagen waren wichtigere Werkzeuge als Zeichenstift und Lineal. Die Zeiten, in denen der Stadtbaumeister die Pläne seiner Bauten selber ausführte waren vorbei.²⁸

Man kann Steiner als Pragmatiker bezeichnen, allerdings als einen, der sich über seine Planungsziele sehr klar war. Um diese zu erreichen, setzte er konsequent alle Mittel ein, die ihm dank spezifischen politischen und wirtschaftlichen Umständen zur Verfügung standen.

Geschäftsberichte und Quellenbestände zeugen von einer Unmenge von städtebaulichen, architektonischen und technischen Studien, Vorprojekten und Datenerhebungen, die im Hochbauamt erstellt oder von diesem in Auftrag gegeben wurden. Das Spektrum reicht von unzähligen Überbauungsstudien über Berechnungen künftiger Schülerzahlen, statische und juristische Gutachten, Besuche wichtiger Kantonsratsdebatten bis zu Winddruckberechnungen am Institut für Aerodynamik der ETHZ im Hinblick auf Konstruktionsdetails an den ersten Hochhäusern.²⁹ Es wird eine Arbeitsweise des Hochbauamts sichtbar, die darin bestand, so viele Daten und Unterlagen wie möglich für ein Projekt zu sammeln, um einerseits die Planung auf vorhandene Bedürfnisse auszurichten und andererseits jederzeit Argumente zur Hand zu haben, mit denen man Verhandlungspartner, Behörden und Öffentlichkeit von einer Sache überzeugen konnte.³⁰ Steiner pflegte einen geschickten Umgang mit der Presse. Ein neues Bauvorhaben wurde jeweils von einer kleinen Diskurslawine begleitet, die Steiner auslösen konnte, indem er wichtige Behördenmitglieder und Journalisten mit fertig formulierten Argumenten versorgte.³¹

Quartierbebauungsplan von Albisrieden, Mst. 1:2500 (verkleinert), undatiert, vermutlich von 1948. – BAZ 51 863. – Text S. 84.





Die Siedlung Schwyzerhüsli in Zürich-Wollishofen, welche die Architekten des Hochbauamtes, Adolf Wasserfallen, Herbert Mätzener, Alfred Trachsel, Werner Bosshard, August von Arb, Richard A. Wagner, Hans Michel, Hans Tobler und Max Baumgartner, 1956 für sich erstellten. Koch/Somandin/Süsstrunk 1989, S. 94. – Text. S. 89.

Steiner äusserte immer wieder die Überzeugung, dass eine langfristige Stadtentwicklungspolitik auf breite Zustimmung angewiesen sei, dass knappe Mehrheiten dafür nicht genügten. Aus dieser Haltung pflegte er einen umsichtigen Umgang mit Stadt- und Kantonsbehörden und eine aufwändige Öffentlichkeitsarbeit, die sich in vielen Zeitungs- und Fachartikeln, öffentlichen Vorträgen und der Beteiligung des Hochbauamtes an Ausstellungen niederschlug. Die Arbeit des Hochbauamtes sollte im einzelnen Projekt wie in seinen allgemeinen Planungszielen bekannt und verständlich gemacht werden. Im Juni 1948 führte der Internationale Verband für Wohnungswesen und Stadtplanung (IVWS) in Zürich seinen 19. Kongress durch. Die Stadt organisierte aus diesem Anlass im Helmhaus die Ausstellung «Deine Wohnung – Dein Nachbar – Deine Heimat», welche die Anliegen der Orts- und Landesplanung einem breiteren Publikum vermitteln sollte. (Abb. S. 89) IVWS-Mitglied Steiner war im Organisationskomitee und half bei der Erarbeitung der Ausstellung. Das Hochbauamt beteiligte sich unter anderem auch an der Ausstellung der GSMBA 1954 im Zürcher Kunsthaus.³² Steiners Gastvorlesungen³³ und seine meist mit Dias illustrierten Vorträge vor Fachpublikum, Behörden, Verbänden und an öffentlichen Informationsveranstaltungen waren so zahlreich, dass er sich eine Art Drehbuch mit Textpassagen, Bildkommentaren und Nummern seiner Diasammlung zusammenstellte, das ihm erlaubte, ohne Vorbereitungszeit zu einem gewünschten Thema zu sprechen.³⁴

Als Stadtbaumeister oder als Privatperson sass Steiner in etlichen Kommissionen, vorab in der gemeinderätlichen Wohnungsbaukommission und im städtischen Baukollegium, das als Expertengruppe den Stadtrat in allen Baufragen beriet, sowie in der städtischen Kunstkommission. Mit der kantonalen Flughafenkommission besichtigte er 1947 den New Yorker Flughafen. Er sass in der Baukommission des Kunsthauses Zürich, und in der Kunstgesellschaft als dessen Betreiberin, in der Baukommission der Zentralkirchenpflege und in den eidgenössischen Kommissionen für Altstadtsanierung und für historische Baudenkmäler. Daneben war Steiner Mitglied der Berufsverbände SIA und BSA, Mitglied im Internationalen Verband für Wohnungswesen und Stadtplanung, in der Vereinigung für Landesplanung VLP und im Heimatschutz.³⁵ Als gut vernetzter Kommunikator nutzte er auch diese Kontakte, um für die Arbeit des Hochbauamtes zu werben und um persönliche Allianzen aufzubauen, auf die er bei Bedarf in seiner von Verhandlungspolitik geprägten Arbeitsweise zurückgreifen konnte.

Zur Bewältigung des wachsenden Aufgabenbereichs wurde das Hochbauamt zwischen 1943 und 1953 von 22 auf 47 Mitarbeiter erweitert und umfasste durchschnittlich 8–12 Architekten, 7–10 Techniker und technische Beamte, 5–7 Büroangestellte, 4 Personen im Büro für Altstadtsanierung sowie mehrere Bauleiter.³⁶

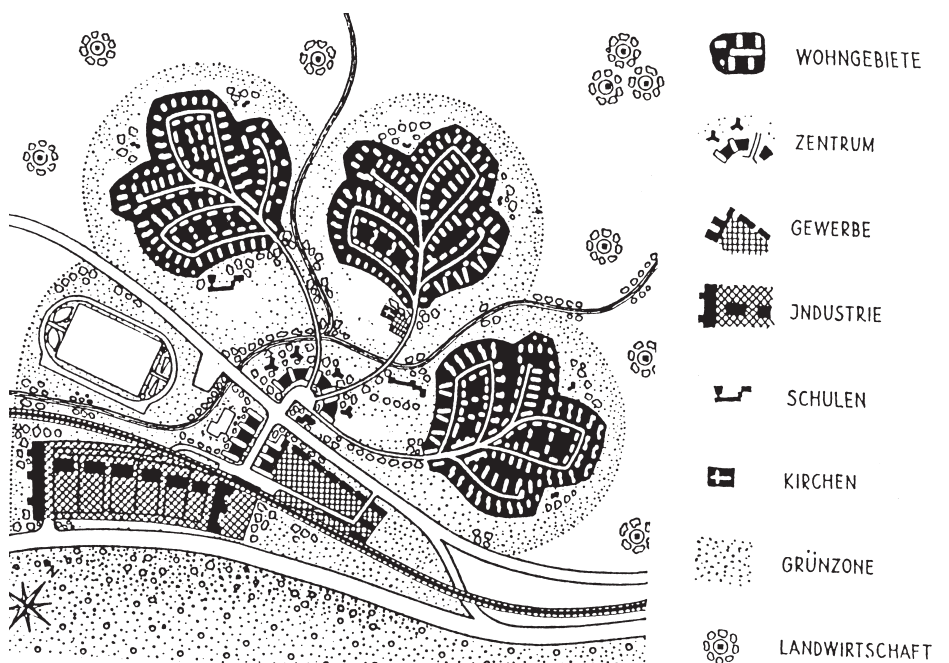
1947 kam erstmals ein Jurist hinzu. In allen Sparten war anfänglich rund ein Viertel als Hilfspersonal angestellt. Gegen Ende von Steiners Amtszeit gestand man den Mitarbeitern eher Beamtenstatus und entsprechende Löhne zu, dafür wurden ab 1952 Bauleiter privatrechtlich für einzelne Projekte angestellt. Adolf Wasserfallen (1920–2000), ab 1948 Steiners Adjunkt und sein Nachfolger als Stadtbaumeister, erinnerte sich später an ein vorzügliches Arbeitsklima. Steiner habe seine Leute selbständig arbeiten lassen, es habe ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl, eine Art Familienstimmung geherrscht.³⁷ Das Gemeinschaftsgefühl ging so weit, dass die Architekten des Hochbauamtes 1956 mit Hilfe einer Baugenossenschaft in Wollishofen für sich gemeinsam eine Einfamilienhaussiedlung erstellten. (Abb. S. 88)

«Organischer Städtebau»

Steiner verfolgte bei seiner Planung die Konzepte der Moderne für einen «organischen Städtebau».³⁸ Er war zwar nicht Mitglied der CIAM, hatte aber am Kongress von 1929 in Frankfurt a.M. teilgenommen, die Charta von Athen «selbstverständlich aufmerksam studiert»³⁹, und pflegte Freundschaften zu Vertretern des Neuen Bauens wie Rudolf Steiger (1900–1982), Werner M. Moser (1896–1970) und Ernst May (1886–1970). Steiner war Mitglied des Internationalen Verbands für Wohnungswesen und Stadtplanung (IVWS)⁴⁰, der «dieselben Tendenzen auf praktischer Grundlage zu realisieren versuchte».⁴¹

Unter dem Zeichen der Verwissenschaftlichung übernahm die Städtebautheorie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aus Medizin und Biologie das Organismus-Modell. Der Begriff des Organischen beinhaltete die Vorstellung von der Stadt als lebendigem Körper mit verschiedenen Organen, die unterschiedliche Aufgaben übernahmen (Wohnen, Industrie, Verwaltung, Dienstleistungen, Kirchen, Schulhäuser etc.), mit Herz und Extremitäten und mit den Strassen als Verkehrsadern. Diese Vorstellung leitete die Stadtentwürfe der CIAM-Moderne ebenso wie die nationalsozialistischen, die amerikanischen oder die englischen New Towns. Der Stadtplaner wurde als Arzt gesehen, der den «kranken» Stadtkörper nach einer wissenschaftlichen Diagnose mit chirurgischen Eingriffen heilen (sanieren) konnte. Die Begriffe Gesundheit und Hygiene bezogen sich dabei nicht nur auf sanitäre Einrichtungen und Seuchenprävention, sondern waren auch in einem moralischen und politischen Sinn gemeint.

Die «Schematische Darstellung einer Gemeinde von 10 000 Einwohnern», die A. H. Steiner 1948 für die Ausstellung «Deine Wohnung – Dein Nachbar – Deine Heimat» im Zürcher Helmhaus entwarf, zeigt eine für den organischen Städtebau typische Blattform. Grünzüge trennen Industriequartier (unten), Quartierzentrum und drei Wohnquartiere mit je 3000 Einwohnern, die über je eine Schule verfügen. Die Kindergärten liegen am Rand der einzelnen Siedlungseinheiten, das Quartierzentrum wird von sternförmigen Hochhäusern betont. Stadtarchiv. – Text S. 90.



Die Organismus-Analogie wurde auch auf die Struktur der Gesellschaft bezogen. Die Familie diente als Modell für Gesellschafts- und Stadtaufbau, die Nachbarschaft wurde zum städtebaulichen Konzept. «(...) wie die Kinder um den Tisch, gruppieren sich die Bauten um einen gemeinsamen Platz.»⁴² Die einzelnen Siedlungen sollten zu Nachbarschaften zusammengefasst, mit den Versorgungseinrichtungen für den täglichen Bedarf ausgestattet werden und eine soziale und räumliche Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner ermöglichen. Nachbarschaften wurden wiederum zu Quartieren verbunden, und diese sollten – analog zu grösseren sozialen Einheiten wie Vereinen oder Religionsgemeinschaften – zusammen Stadtteile und Städte bilden, bis man schliesslich bei den Landesteilen und der nationalen Gemeinschaft anlangte. In dieser hierarchischen Vorstellung war jede Einheit in der nächst grösseren aufgehoben, es gab keine Querverbindungen zwischen den einzelnen Teilen. Wer von einem Quartier ins nächste gelangen wollte, musste den Weg über das Zentrum nehmen. Neuplanungen wiesen meist die Form eines Baumes oder eines Blattes auf.⁴³ Steiner entwarf 1948 für die Ausstellung «Deine Wohnung – Dein Nachbar – Deine Heimat» im Zürcher Helmhaus eine «Schematische Darstellung einer Gemeinde von 10 000 Einwohnern».⁴⁴ (Abb. S. 89) Am konsequentesten konnte Steiner diese Vorstellung in Schwamendingen umsetzen. Der hierarchische Aufbau (die Blattform) und die Trennung von den Nachbarquartieren ist im Stadtplan bis heute deutlich ablesbar.

Man kann Steiners Stadtplanung als schweizerisch-demokratische Variante des «organischen Städtebaus» betrachten, die sich von anderen in der Betonung der Vielfalt der einzelnen Teile (der Stadt und der Gesellschaft) unterschied. Sie schloss damit an ein Leitmotiv der geistigen Landesverteidigung und an ein architektonisches Thema der Landesausstellung von 1939 an. Die Betonung der Heterogenität prägte in der Ära Steiner den Siedlungsbau und die Planung der Quartierzentren.

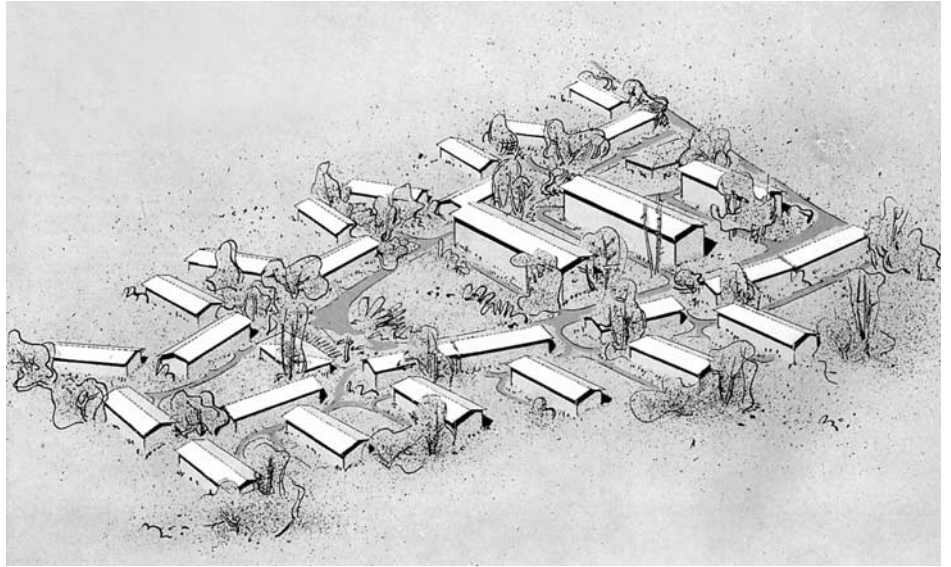
Neue Quartiere: Stadtplanung durch Siedlungsbau

Rund 140 Siedlungen mit ungefähr 15 430 Wohnungen⁴⁵ wurden in Steiners Amtszeit von der Stadt unterstützt, und man darf mit ziemlicher Sicherheit annehmen, dass sämtliche Projekte von Steiner begutachtet und begleitet worden sind.⁴⁶ In den Kriegsjahren und bis um 1950 lohnten sich Investitionen in den Wohnungsbau trotz grosser Nachfrage nach Wohnungen praktisch nur mit öffentlicher Finanzhilfe. Solange diese Situation anhielt, konnten die Stadtbehörden weitreichende städtebauliche Bedingungen an die Gewährung von Subventionen knüpfen und so den



Die Genossenschaftssiedlung Felsberg/Höhenring von Rolf Fröh am Seebacher Bunnhügel unterhalb von A. H. Steiners Markuskirche von 1948 wurde noch 1961 in Zeilenbauweise errichtet. Koch/Somandin/Süsstrunk 1989, S. 29. BAZ, Photo Wolf-Bender 1962. – Text S. 92.

Ein erster Versuch, sich von der regelmässigen Zeilenbauweise zu lösen und in einer sogenannt differenzierten Überbauung Gebäude unterschiedlicher Höhe und Funktion zu kombinieren. Die Siedlung Köschenrüti/Schönauring in Seebach, 1948–1949 von Fritz Jenny (1905–1997) und Werner Stücheli (1916–1983) erstellt. Koch/Somandin/Süsstrunk 1989, S. 292. Steiner 1948a, S. 73. Graph. Darstellung von Hans Falk (geb. 1918). – Text S. 92–93.



gemeinnützigen Wohnungsbau zur Realisierung ihrer Planungskonzepte einsetzen. Gesuche von Genossenschaften oder privaten Bauherren um Unterstützung beim Bau einer Siedlung wurden gleichzeitig vom Finanzamt in finanzieller und vom Hochbauamt in städtebaulich-architektonischer Hinsicht geprüft.⁴⁷ Die Entscheidung wurde gemeinsam in der Wohnbaukommission unter dem Präsidium von Finanzvorstand (und Genossenschaftspräsident) Jakob Peter getroffen. Der Stadtbaumeister hatte hier das Vortragsrecht mit Antrag:

«Die Projekte wurden von uns begutachtet. Wir referierten über die städtebauliche Situation, ob das Projekt mit den Grundgedanken, die wir in den Bebauungsplänen festgelegt hatten, zu vereinbaren waren. (...) Projekte, die den städtebaulichen Ansprüchen nicht genügten, wurden zur Überarbeitung an die Genossenschaften zurückgewiesen. Manchmal brachten wir eigene Vorschläge zur Änderung des Projektes ein, oder man empfahl den Genossenschaften, ausgewiesene Architekten für die Gestaltung beizuziehen, damit das Projekt schliesslich in das Gesamtkonzept passte.»⁴⁸

Genossenschaften mit Bauerfahrung liessen sich bei neuen Projekten meist von Anfang an vom Hochbauamt beraten, liessen sich etwa Wettbewerbsunterlagen erarbeiten oder wandten sich an Architekten, die mit Steiners «Grundgedanken» vertraut waren. Wie gross Steiners Macht in den 1940er Jahren war, wenn eine Genossenschaft um Subventionen bat, veranschaulicht ein Brief des Stadtbaumeisters an den Zürcher Architekten Karl Egender (1897–1969), immerhin Erbauer des Hallenstadions (mit W. Müller), des Kunstgewerbemuseums und des Limmathauses (mit A. Steger). Egender hatte die Baugenossenschaft «Im Gut» gegründet und überbaute zusammen mit Wilhelm Müller (1898–1966) zwischen 1949 und 1955 das Land beidseits der neu angelegten Gutstrasse in Albisrieden. (Abb. S. 113) Der Brief vom März 1948 bezieht sich auf das Gesamtkonzept der Siedlung, das Steiner begutachtet hatte und nun abgeändert zurücksandte; er ist ohne Anrede:

«Unter Bezugnahme auf die gestrige Besprechung übermachen wir Ihnen in der Beilage einen Katasterplan M. 1:500 mit von uns eingetragenen Baublöcken. Diese Anordnung wollen Sie nun Ihrem umzuändernden Projekt zu Grunde legen. Unterdessen haben wir an den Vorstand des Bauamtes II zuhanden des Finanzamtes (Liegenschaftenverwaltung) auf Grund dieses Planes den Antrag auf Landabtausch und Verkauf gestellt. Voraussetzung ist nun, dass der Stadtrat diesem Antrag zustimmt. – Der Stadtbaumeister.»⁴⁹

Voraussetzung für die Zustimmung des Stadtrates zum Verkauf des Landes an die Genossenschaft und für die Erteilung der Baubewilligung war also die Zustimmung des Stadtbaumeisters. Dieser harsche Ton war nicht etwa in persönlichen Differenzen

begründet – Steiner und Egender pflegten durchaus freundschaftliche Kontakte –, sondern selbstverständlicher Ausdruck der herrschenden Machtverhältnisse.

Im so geförderten Siedlungsbau kam die theoretisch geforderte Differenzierung nur langsam voran. Bekannt ist die Kritik des Architekten und Dichters Max Frisch (1911–1991), den die «Monotonie der Uniformierung»⁵⁰ der Häuserzeilen mit dem typischen Dachgefälle von 23° an eine «Kaninchenfarm»⁵¹ erinnerte. Er mokierte sich über «Dorfplatz-Imitation»⁵² und konstatierte eine Flucht ins Detail, die er als Kompensation für unmögliche städtebauliche Grosszügigkeit interpretierte, «als möchte die ganze Schweiz (...) ein Kindergarten sein».⁵³ Die zögerliche Entwicklung hatte mehrere Ursachen. Erstens schränkten bis zum Ende der 1940er Jahre die vom Arbeitskräftemangel angeheizte Bauteuerung und die Materialknappheit als Folge der Rationierung und der anziehenden Bautätigkeit die Gestaltungsmöglichkeiten ein.⁵⁴ Steiner nannte den Mangel an Baustahl und Beton als Grund dafür, dass die Siedlungen der 1940er Jahre mehrheitlich zwei- und dreistöckig sind.⁵⁵ Zweitens scheinen der Gartenstadt-Verfechter Oetiker und auch Steiner selbst bei der Suche nach neuen Bauformen gezögert zu haben. Von Oetiker wird überliefert, er habe sich oft vehement für Satteldächer eingesetzt.⁵⁶ Es brauchte einige Zeit, bis sich Öffentlichkeit und Behörden und sogar die Architekten selbst auf neue Bauformen wie das Hochhaus und auf eine modernere Architektursprache einliessen⁵⁷ – weil man lange Zeit ein einheitliches Stadtbild und das Bild einer ländlichen Schweiz propagiert hatte.⁵⁸

Noch bis in die frühen 1960er Jahre hinein entstanden einzelne Siedlungen in Zeilenbauweise.⁵⁹ (Abb. S. 90) Einige grössere Genossenschaftssiedlungen der 1940er Jahre fallen durch eine sorgfältige Gruppierung von Läden, Kolonielokal, Kirche oder Kindergarten um einen zentralen Platz auf.⁶⁰ Als erster Versuch einer differenzierten Überbauung kann die Siedlung Köschenrüti/Schönauring gelten. (Abb. S. 91) Vierstöckige Zeilen im Zentrum der Siedlung sind hier von zweistöckigen Zeilen umgeben. Durch

*Die Siedlung Au, mit Reiheneinfamilienhäusern, Kindergartenpavillon und einem sechsstöckigen Punkthaus im Zentrum erstellten Fred Cramer (*1923), Werner Jaray (*1920) und Claude Paillard (*1923), sowie Baerlocher und Unger 1952–1954 für die Stiftung für kinderreiche Familien der Stadt Zürich. Koch/Somandin/Süsstrunk 1989, S. 318; Peter 1957. – Text S. 93.*



Die ersten Zürcher Hochhäuser am Letzigraben, 1950–1952 nach Projekt von A. H. Steiner von den Architekten David Casetti (1911–1993) und Ernst Rohrer (1910–1973) erbaut, bilden mit dem Restaurant und zwei Ladentrakten an der Tramhaltestelle bei der Kreuzung Badenerstrasse/Letzigraben ein Nebenzentrum des Quartiers. BAZ, Photo Beringer & Pampaluchi, Z 6663. – Text S. 95.



die zickzackförmige Anordnung der Gebäude öffnen sich Höfe mit den Erschliessungsseiten zur Siedlung hin, während die Gartenseiten auf ruhigere, in die Landschaft weisende Höfe hinausgehen.

In der zweiten Hälfte von Steiners Amtszeit wurde die architektonische Gestaltung vielfältiger. Ab etwa 1950 waren Stahl und Beton wieder problemlos erhältlich, und die differenzierte Bauweise setzte sich durch. Die soziale Vielfalt wurde als Argument für ihre Förderung eingesetzt:

«Wenn wir dem Leben und den Bedürfnissen der Menschen nachgehen, so werden wir uns der Vielfalt bewusst, die im menschlichen Dasein enthalten ist. Da gibt es die kinderreiche Familie, für die das Einfamilienhaus mit Garten und Umschwung das Richtige ist. Es gibt die kleine Familie, für die in der Regel das Mehrfamilienhaus das Gegebene scheint. Das alte Ehepaar wünscht sich eine Kleinwohnung, vielleicht in einem Laubenganghaus, in der Nähe menschlichen Getriebes. Für berufstätige Alleinstehende und das arbeitende, kinderlose Ehepaar mag die Kleinwohnung in einem Hochhaus wünschenswert sein. Der Künstler benötigt ein Atelier; der Handwerker bevorzugt Werkstatt und Wohnung in unmittelbarer Nachbarschaft. Es gibt den Invaliden und den Greis, für die das Heim und die Alterssiedlung die gegebene Wohnform bedeuten.»⁶¹

Von dieser Wahrnehmung der Gesellschaft führte die klassische Forderung der Moderne nach funktionaler Gestaltung direkt zu unterschiedlichen Gebäudetypen. Für den Wohnungsbau galt dabei: Je grösser die Familie, desto niedriger das Haus. Steiner sprach von der Notwendigkeit, die «Soziologie» heranzuziehen und meinte damit Bevölkerungsstatistik. Mit dem Verweis auf die gesellschaftliche Vielfalt konnte die differenzierte Bauweise in eine schweizerische Kulturtradition gestellt und gleichzeitig als zeitgemässe Lösung propagiert werden, die versuchte «in neuzeitlicher Weise, der demokratischen und sozialen Ordnung unserer heutigen Gesellschaft in einer organisch gestalteten Siedlung Ausdruck zu verleihen».⁶² Nun entstanden Überbauungen, die eindeutig der differenzierten Bauweise zuzurechnen sind wie etwa die Siedlung Au in Schwamendingen (Abb. S. 92), auch wenn sie noch keine Hochhäuser aufweisen.⁶³

Die ersten Hochhäuser

Mit der Betonung der sozialen und kulturellen Vielfalt wurde gegen Ende der 1940er Jahre auch der Individualismus zunehmend positiv gewertet. Die differenzierte Bauweise ermöglichte durch die Konzentration hoher Baumassen auf einem Teil der Bauparzellen die Freilassung von (teuren) Freiflächen für Grünzüge,

Fussgängerverbindungen, Spiel- und Parkplätze. Innerhalb der Siedlungen sollte der Grünraum die Bewohnerinnen und Bewohner voneinander trennen:

«Für den Einzelnen handelt es sich zunächst darum, dass eine Grünfläche in unmittelbarer Nähe zu seiner Wohnung vorhanden ist. Diese Grünfläche schiebt sich vor allem als Neutralisator zwischen die wie immer gearteten Wohnkomplexe; sie trennt, sie isoliert, sie ist eines der wesentlichsten Mittel, im Individuum das bedrückende Gefühl zu ertönen, nur verschwindend kleiner Partikel unter tausend anderen im ganzen Stadtorganismus zu sein. Die Grünfläche wirkt der Vermassung entgegen, sie „individualisiert“.»⁶⁴

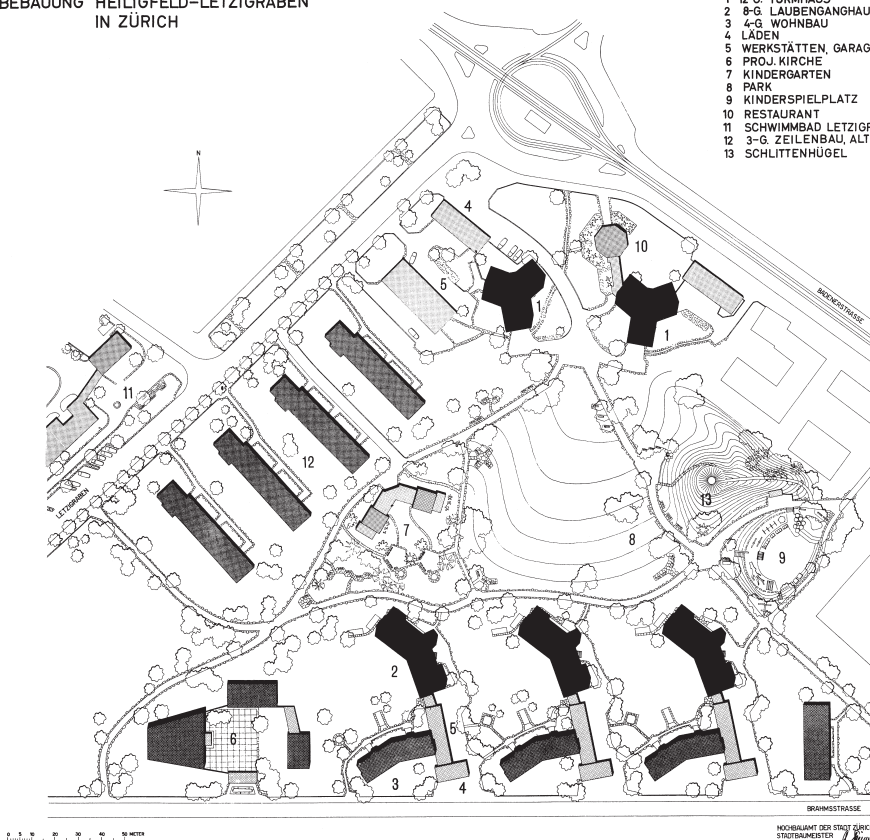
Individualismus wurde auch zu einem Argument für das Hochhaus. Es sollte das markanteste Element einer «organischen Wohneinheit» bilden und war für die unabhängigeren (alleinstehenden oder kinderlosen) Mitglieder der Gesellschaft vorgesehen: «(...) ich persönlich, mein Verehrter, bin ein Individualist, ich zöge es vor, im vierzehnten Stock eines Hochhauses zu wohnen, wo ich wenigstens einen freien Himmel sehe, da und dort einen weiten Horizont»,⁶⁵ liess Max Frisch 1954 in seinem Hörspiel «Der Laie und die Architektur» den Architekten sagen.

Vermutlich ab 1946 suchte Steiner einen geeigneten Standort für ein Wohnhochhaus.⁶⁶ 1948 orientierte er den Stadtrat über die Quartierplanung und muss dabei ausführlich über Hochhäuser gesprochen haben, denn nach «eingehende[r] Diskussion» erhielt er den Auftrag, zu prüfen, «ob möglichst rasch im Rahmen des kommunalen Wohnungsbaues Hochhäuser erstellt werden sollten».⁶⁷ Das Hochbauamt führte daraufhin «sehr umfangreiche und eingehende Studien durch».⁶⁸ Zuvor hatte Steiner in Stockholm, Oslo und Amsterdam Hochhäuser besichtigt. In Skandinavien und auch in den in England entstehenden «New Towns» fand er Siedlungsplanungen, die für den Siedlungsbau und die ersten Hochhäuser in Zürich als Modelle dienen konnten.⁶⁹

BEBAUUNG HEILIGFELD-LETZIGRABEN IN ZÜRICH

- 1 12-G. TURMHAUS
- 2 8-G. LAUBENGANGSHAUS
- 3 4-G. WOHNBAU
- 4 LÄDEN
- 5 WERKSTÄTTEN, GARAGEN
- 6 PROJ. KIRCHE
- 7 KINDERGARTEN
- 8 PARK
- 9 KINDERSPIELPLATZ
- 10 RESTAURANT
- 11 SCHWIMMBAD LETZIGRABEN
- 12 3-G. ZEILENBau, ALT
- 13 SCHLITTENHÜGEL

*Situationsplan der Bebauung Heiligfeld-
Letziggraben in Zürich. GTA, Nachlass
Steiner. – Text S. 95.*



Die Hochhäuser am Letzigraben bilden mit der städtischen Wohnsiedlung Heiligfeld III von 1955 ein Ensemble, das als Mustersiedlung der differenzierten Bauweise gedacht war. Zur Gesamtüberbauung gehören zwei Hochhäuser mit Zwei- und Dreizimmerwohnungen (links), drei achtstöckige Laubenganghäuser (Mitte) und drei vierstöckige Mehrfamilienhäuser mit Vierzimmerwohnungen (rechts), sowie einstöckige Laden- und Garagengebäude, ein Restaurant-Pavillon und ein Kindergarten in der zentralen Grünanlage, die auch einen Spielplatz und die Fussgängerverbindungen aufnimmt. (Pfarr- und Kirchgemeindehaus von 1951/52 im Vordergrund gehören nicht zur Siedlung.) BAZ, Photo Beringer & Pampaluchi, um 1956.



1950–1952 leitete Steiner am Letzigraben für eine private Bauherrschaft den Bau der beiden ersten Hochhäuser Zürichs mit zwölf Geschossen auf dreiflügeligem Grundriss. (Abb. S.93) Die Hochhäuser, der angebaute einstöckige Restaurant-Pavillon und zwei flache Ladentrakte samt dem Freibad Letzigraben gruppieren sich an der Kreuzung Badenerstrasse/Letzigraben zu einem Nebenzentrum. Im Fall der Hochhäuser gelang Steiner das seltene Kunststück, sein städtebauliches Konzept mit einer privaten Bauherrschaft ohne Subventionierung zu realisieren, unter anderem mit Hilfe einer Enteignungsdrohung gegen die anfänglich nicht bauwilligen Grundeigentümerinnen.⁷⁰ Die damals international beachtete Gesamtüberbauung Heiligfeld ist die einzige Siedlung, die Steiner selbst realisiert hat. Sie ist ein herausragendes Beispiel für die differenzierte Bauweise in der Schweiz. Als die ersten Hochhäuser durchweg auf positives Echo stiessen, wurden rasch weitere Projekte vorangetrieben. Steiners Hochhaus-Prototyp wurde noch dreimal aufgenommen.⁷¹ Ab 1958 wurde aufgrund eines Überbauungsplans des Hochbauamtes, dessen Ausarbeitung Steiner bereits seinem Adjunkten und Nachfolger Adolf Wasserfallen überlassen hatte⁷², das Quartier Hirzenbach mit Punkt- und Scheibenhochhäusern realisiert.



Interieur der Siedlung Heiligfeld. Farbdiaspositiv, von Steiner für Vorträge verwendet. GTA, Nachlass Steiner.

Quartierzentren

Noch in einem zweiten Punkt heben sich die vom Hochbauamt in den Nachkriegsjahren verfolgten städtebaulichen Konzepte von anderen Varianten des organischen Städtebaus ab: Im Unterschied zu den Tabula Rasa-Utopien radikaler Stadterneuerer wie Le Corbusier, Walter Gropius oder Ludwig Hilberseimer, wurde die bestehende Stadt nicht als Ganzes abgelehnt. Für Steiner konnte die schweizerische Stadt nicht durch und durch schlecht sein, er begriff sie als Resultat einer altbewährten demokratischen Kultur. Die «Berücksichtigung des Gewordenen»⁷³ bedeutete für ihn eine «soziale und kulturelle Verantwortung».⁷⁴ Steiner plante die neuen Quartiere um die alten Dorfkern von Albisrieden, Altstetten, Seebach, Schwamendingen und Witikon herum, die mit Läden und öffentlichen Gebäuden zu baulich betonten Quartierzentren verdichtet wurden. (Abb. S.96) Diese sollten ihren eigenen, typischen Charakter haben und der Bevölkerung die Möglichkeit zur Identifikation mit ihrem Quartier bieten. Auch topographische Gegebenheiten wurden in diesem Sinn in die Planung einbezogen, insbesondere die Bäche, denen entlang die Grünzüge angelegt

wurden. Dieses Programm kann als Versuch gesehen werden, die städtebaulichen Rezepte der Moderne mit örtlichen und schweizerischen Traditionen zu verknüpfen.⁷⁵ Die Realisierung von grossflächigen Quartierzentren war nur über das mit der neuen Bau- und Zonenordnung 1947 eingeführte Rechtsmittel der Gesamtüberbauung möglich. Damit waren für ein festgelegtes Gebiet im Rahmen des kantonalen Baugesetzes im Prinzip alle kommunalen Bauvorschriften verhandelbar. Durch Umlagerungen von Nutzungen in höhere Häuser konnten etwa Freiflächen geschaffen werden. In enger Zusammenarbeit zwischen Behörden und Grundbesitzern konnte so ein Projekt erarbeitet werden, das öffentliche Interessen besser zu berücksichtigen vermochte als eine zonenkonforme Überbauung. «Im Zusammenhang mit baulichen Schwerpunkten gelang es teilweise, diese Zentren als Silhouette auch kubisch zum Ausdruck zu bringen.»⁷⁶ Allerdings konnte kein Grundbesitzer zu diesem Verfahren gezwungen werden. Dieses Vorgehen bedeutete einen immensen Aufwand für die Koordination von allen beteiligten Eigentümern, Ämtern, Architekten und Firmen. In Steiners Entwurf für einen Vortrag vor dem Stadtrat 1948 steht dazu:

«Wie sie gehört haben, ist ein Teil dieser Quartierzentren (oder englisch Com[m]unity Center) bereits mit Bauvorschriften verankert, festgelegt worden. Es ist dies ein absolut neuer Weg, wie er anfänglich nicht ohne weiteres gangbar schien. Der Versuch hat sich aber gelohnt, die Festlegung der Bebauung in speziellen Vorschriften scheint durchführbar. Bemerkung: sehr mühsamer Weg. Projekt ist die kleinste Arbeit, etwa 2 Jahre Arbeit.»⁷⁷

Zwei Jahre Verhandlungen mit Grundbesitzern und Behörden waren damit gemeint, bis man nur soweit war, dass ein Bauplatz arrondiert war, und man sich über Art und Grösse eines Projekts geeinigt hatte; das eigentliche Projekt war dann vergleichsweise rasch entworfen. Die Planung der Quartierzentren war, gemessen an den zur Verfügung stehenden Mitteln, sehr erfolgreich. Die rege benutzten Subzentren mit öffentlichen Bauten und Versorgungsfunktionen bilden bis heute ein Charakteristikum Zürichs, das kaum noch als Resultat bewusster Planung wahrgenommen wird. Ein herausragendes Beispiel ist der Lindenplatz in Altstetten, der in Zusammenarbeit mit der Initiativ-Genossenschaft Lindenplatz zwischen 1952 und 1957 ausgebaut wurde. (Abb. S. 97)



Der Schwamendingerplatz vor und nach dem Ausbau zum Quartierzentrum. Weitere Beispiele für alte Dorfkerne, die zu Zentren ausgebaut wurden, sind der Zehntenhausplatz in Affoltern und der Dorfkerne Albisrieden. Oben Zustand 1944, unten nach 1957, BAZ, Photo Beringer & Pampaluchi.



Die differenzierte Überbauung mit Wohnhaus und Ladentrakt von Werner Stücheli von 1952 an der Ecke Berta-/ Gut-/Birmensdorferstrasse geht auf eine typische Intervention Steiners zurück. Weil er diesen Platz baulich betonen und funktional aufwerten wollte, bat er 1948 Amtsvorsteher Oetiker, Finanzamt und Liegenschaftsverwaltung zu informieren, dass das städtische Grundstück nicht verkauft werden dürfe: «Um auf die künftige Neugestaltung einen massgebenden Einfluss ausüben zu können, darf das (...) Teilstück des städtischen Grundstückes (...) vorläufig unter keinen Umständen veräussert werden. Auf alle Fälle ist das Hochbauamt vor Aufnahme von Verkaufsverhandlungen seitens der Liegenschaftsverwaltung mit allfälligen Kaufinteressenten in Kenntnis zu setzen.» Brief Steiners vom 19. März 1948, StadtA V.G.c.62, Bauordnungen Kreis 3 (110). Abb. aus SBZ 1952, Tafel zu S. 710.



City-Erweiterung im Talacker und am Schanzengraben

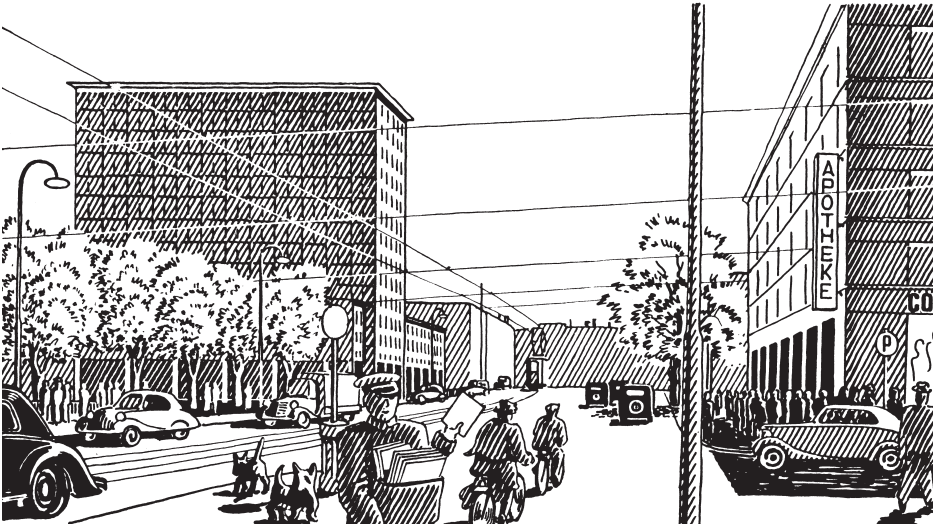
Der Lindenplatz in Altstetten, 1952 bis 1957 zum Quartierzentrum ausgebaut. Das Kreisgebäude und ein Wohn- und Geschäftshaus von Robert Landolt sowie das Hotel mit Saalbau von Werner Stücheli (rechts) rahmen den Marktplatz ein. Letzterer, samt Kirchhügel mit der alten und der 1938–1941 von Werner M. Moser errichteten, neuen Kirche und die Schulhausanlagen bilden zusammen eine variantenreiche, verkehrsfreie Raumabfolge. Koch/Somandin/Süsstrunk 1989, S. 217. BAZ, Photo A. Vienny 1958. – Text S. 96.



Schon in der Zwischenkriegszeit hatte sich die City von der Bahnhofstrasse her zur Sihlporte und entlang dem Bleicherweg ausgedehnt. Für die Zeit nach dem Krieg rechnete man mit einem beschleunigten Wachstum. Ab 1947 wurde im Hochbauamt an einem Bebauungsplan für das Gebiet zwischen den beiden Entwicklungsschwerpunkten auf beiden Seiten des Schanzengrabens gearbeitet. Auch wenn hier die Gestaltung nicht über Subventionen gesteuert werden konnte, führte bei Baubewilligungen dank gutem Einvernehmen mit dem Stadtrat kein Weg am Stadtbaumeister vorbei. Ein starkes Argument war das öffentliche Interesse an einer vergrösserten Verkehrsfläche. Das Hochbauamt übernahm oft eine koordinierende Funktion, weil die Komplexität der Projektierung hier grösser war als auf der grünen Wiese. Viele Projekte wurden vom Hochbauamt intensiv begleitet, oft mit eigenen Bebauungsstudien.⁷⁸ Die rekursberechtigten Nachbarn standen Wand an Wand, und die Interessen mehrerer Grundbesitzer mussten unter einen Hut gebracht werden, so beim Gebäudekomplex zwischen Schanzengraben, Brandschenke- und Selnastrasse (Abb. S. 98) oder beim jahrelang verfolgten, nie realisierten Hochhausprojekt an der Ecke Sihl-/Selnastrasse vor dem Hallenbad.⁷⁹ (Abb. S. 98) Projekte, welche die übliche Bauhöhe übertrafen, bedingten wegen der nötigen Ausnahmegewilligung durch den Regierungsrat sowieso eine enge Kooperation mit dem Hochbauamt, da die Kantonsregierung sich auch auf das städtebauliche Gutachten des Stadtbaumeisters stützte.⁸⁰

Etwas später als beim Siedlungsbau lässt sich hier dieselbe zögerliche Förderung der differenzierten Bauweise beobachten. Die Geschäftsbauten der frühen 1940er Jahre hielten sich als Blockrandbebauungen noch an die Baulinien. Otto R. Salvisbergs Bleicherhof von 1939–1940 am Bleicherweg diente dabei als stilistische Vorlage. Die streng gerasterten Fassaden prägten das Talackerquartier bis heute. Immer deutlicher wurde dabei die Senkrechte betont, und mit den Geschäftshäusern von 1948–1950 der Architekten Karl Egender und Ernst Schindler an der Sihlporte wurde erstmals die übliche Geschosshöhe überschritten.⁸¹ (Abb. S. 99) Es dauerte bis 1954/55, ehe man mit Zürichs erstem Geschäftshochhaus in der Innenstadt zum ersten Mal von der Baulinie abwich. (Abb. S. 99)

Bauvorhaben in der Innenstadt wurden von der Öffentlichkeit kritischer geprüft und öfter beanstandet. Bis heute sind die jahrelangen politischen Auseinandersetzungen



Skizze von A. H. Steiner in einer Broschüre zur Volksabstimmung am 23. Februar 1947 über die neue Bau- und Zonenordnung mit einem Hochhaus-Projekt von Karl Egender an der Ecke Sihl-/Selnastrasse vor dem City-Hallenbad. Das Projekt wurde jahrelang verfolgt, aber nie realisiert, weil sich die Grundbesitzer nicht einig werden konnten. StadtA: V.G.c.62. Bauordnungen, 112.

um den Globus-Neubau nicht vergessen.⁸² Dem Bau des Hauses «Zum Sihlgarten» war eine intensive öffentliche Debatte um die Erhaltung des gleichnamigen Vorgängerbaues vorangegangen, der schliesslich weichen musste, als das Volk die Kreditvorlage zum rettenden Kauf durch die Stadt verwarf. (Abb. S. 100)

Altstadtsanierung

Die Sanierung der Altstadt wurde seit den 1920er Jahren als sozialpolitisches Problem thematisiert (vgl. S. 70–74). Durch den Wunsch der Seegemeinden nach einer besseren Regulierung des Seespiegels und durch das Verkehrsproblem im Bereich Bahnhofbrücke-Limmatquai wurde die Angelegenheit komplexer. Mit dem 1941 beschlossenen neuen Limmatwehr beim Drahtschmidli stieg der Wasserspiegel der Limmat um



Der Gebäudekomplex zwischen Schanzengraben, Brandschenke- und Selnastrasse entstand 1951 nach intensiver Beratung und mit Hilfe von Überbaustudien des Hochbauamtes. Er hält sich noch an die Baulinien, zeigt aber bereits eine Differenzierung von Bauhöhen und Kubatur. BAZ, Photo Wolf-Bender 1953. – Text S. 97.

Karl Egenders Geschäftshaus «Zum Sihlgarten» von 1948 links neben dem höheren Kopfbau, erbaut 1950 von Architekt Ernst Schindler, von der Sihlporte aus gesehen. Erstmals wurde die übliche Geschosshöhe überschritten und damit an der Sihlporte ein differenzierter städtebaulicher Akzent geschaffen, dessen Fassadengestaltung die Vertikale zusätzlich betont. Die Konzentration der Baumasse erlaubte die Freilassung eines öffentlichen Platzes zwischen Talstrasse und Talacker (im Hintergrund links). BAZ, Photo Wolf-Bender 1956. – Text S. 97.



zwei Meter, was den Abriss der im Fluss stehenden Häuser bedingte. Dies ermöglichte erst den Ausbau von Limmatquai, Bahnhofbrücke und Leonhardsplatz (heute Central) von 1948–1949 für den zunehmenden Verkehr. Das grösste Hindernis für die Sanierung der Altstadt war der private Grundbesitz. Seit 1930 wurden mit 500 000 Franken jährlich der teure und zeitraubende Ankauf von Liegenschaften durch die Stadt finanziert – ein langwieriger und teurer Weg. «Es hat sich gezeigt, dass eine schrittweise Sanierung in nennenswertem Umfang nicht möglich ist, solange ein rechtsgültiger Bebauungsplan fehlt», schrieb Stadtpräsident Emil Klöti im Volksrecht.⁸³ Die Erarbeitung eines solchen Plans wurde nun durch Seeregulierung und Verkehrsproblem zusätzlich blockiert.

Auf eine Initiative der Sozialdemokratischen Partei hin beschloss der Stadtrat 1945, eine Lösung mit einer eigenen Abteilung zu beschleunigen.⁸⁴ Das Büro für

Das Hochhaus «Zur Bastei», 1954–1955 von Architekt Werner Stücheli als erstes Geschäftshochhaus in Zürich erbaut, bildet mit dem dreistöckigen Nebenbau (rechts) eine differenzierte Überbauung, welche die Freilassung eines Uferwegs erlaubte. BAZ, Photo André Melchior. – Text S. 97.



Altstadtsanierung wurde dem Hochbauamt angegliedert und nahm 1946 mit vier Kräften seine Arbeit auf.⁸⁵ Das bereits angefangene Gebäudeinventar wurde fortgeführt; für sämtliche Altstadtbauten wurde festgelegt, ob sie erhaltenswürdig oder durch Umbau zu verbessern waren bzw. einem Neubau oder zur Schaffung von Freiflächen weichen sollten. Das Inventar diente als Grundlage für Sanierungsprojekte, die im Massstab 1:100 und 1:200 ausgearbeitet wurden, um die Kosten berechnen zu können. Die Realisierung war mühsam und teuer. Da oft eine Verringerung der Ausnutzung vorgesehen war, mussten die Liegenschaften in städtischen Besitz gebracht werden. Einigen Erfolg hatte man mit Entschädigungszahlungen für Abstockungen, Rücksetzungen von der Baulinie und den Einbau von Arkaden.⁸⁶ Man hoffte auf einen Nachahmungseffekt bei Privatbesitzern, wenn erste Sanierungsprojekte erfolgreich waren⁸⁷ und versuchte sie durch «Aufmunterungen»⁸⁸ zur Zusammenarbeit zu überreden. Ausserdem arbeitete das Hochbauamt für Private Projekte aus und machte in Hunderten von Gutachten zu Baueingaben seinen Einfluss geltend.⁸⁹

Der denkmalschützerische Paradigmawechsel vom Schutz einzelner Kirchen und Zunfthäuser hin zum Ensembleschutz, der sich schon im Lauf der 1930er Jahre abgezeichnet hatte, ergriff weitere Kreise. Die Besinnung auf nationale Kulturtraditionen im Zug der geistigen Landesverteidigung liess Ortsbilder und Altstädte in



Das Haus «Zum Sihlgarten», erbaut 1826–1829 von Architekt Hans Conrad Stadler (1788–1846) für Seidenkaufmann Daniel Bodmer-Escher, abgebrochen 1947. Intensive Bemühungen um die Erhaltung des letzten klassizistischen Palais am Talacker führten leider nicht zum Erfolg. BAZ, Photo 1946.



Modellaufnahmen des Altstadtquartiers zwischen Mühlegasse, Hirschengraben, Obere Zäune, Marktgasse und Limmatquai. Oben: Zustand um 1945. Unten: Richtprojekt für die Sanierung. SBZ 1951, S. 456.



Der Neubau mit Poststelle von 1948 an der Mühlegasse 11 wurde an der Mühlegasse und Niederdorfstrasse von der Baulinie zurückgesetzt, in der Höhe gestaffelt und mit Erker, Fenstersprossen und Torbogen als Reminiszenzen an die umgebende Altstadt versehen. Der rückseitige Hof wurde erweitert. BAZ, Photo 1968.

ihrer Struktur als erhaltenswertes Kulturgut erscheinen, und die Zerstörung unzähliger europäischer Altstädte im Krieg verstärkte dieses Bewusstsein. Allmählich kam man von den «Auskernungen» der 1930er Jahre ab. Die von Brandmauern und Rückfassaden umstandenen Höfe mochten niemanden recht befriedigen, und sie waren wegen zahlreicher Rekurse gegen die Enteignungen nur sehr langsam zu realisieren.⁹⁰ Die Freilegung des Rosenhofs war die einzige grössere Auskernung nach 1946. Vermehrt konzentrierte sich das Hochbauamt auf Einzelobjekte, die je nach Zustand renoviert oder ersetzt wurden. Neubauten sollten die Massstäblichkeit der Umgebung aufnehmen und sich in historische Baufluchten einfügen; oft wurden sie allerdings von der Baulinie zurückgesetzt, um den Zugang von Luft und Licht zu verbessern und zusätzliche Verkehrsfläche zu schaffen.

Die Altstadtsanierung hat zwar kaum soziale Probleme gelöst – diese wurden in andere Stadtteile verschoben und durch den zunehmenden Wohlstand entschärft –, aber sie hat dazu beigetragen, den historischen Stadtkern vom Unterschichtsquartier zum attraktiven Geschäfts- und auch Wohnort aufzuwerten, auch wenn heute manche Eingriffe nicht als gelungen bezeichnet werden können. So sind die meisten Auskernungen schlecht integrierte und kaum genutzte Hinterhöfe geblieben.⁹¹ Vom heutigen Begriff der Schutzwürdigkeit war man noch weit entfernt. Bei der Fassadengestaltung strebte man keine Anlehnung an das abgerissene Haus an. Das Hochbauamt förderte eine heute langweilig wirkende purifizierte Einfachheit und historisierende Anlehnungen an die Umgebung durch gotisierende Reihungen schmaler Fenster oder durch Erker.

Ab 1950 stiess die Altstadtsanierung auf härteren Widerstand. Die Liegenschaftsbesitzer wehrten sich energisch gegen eine Bauordnung, die Baulinien und -höhen festlegen sollte. Auch wurde der Vorwurf der Zerstörung immer lauter. Je ungestümer die Baukonjunktur wütete, umso mehr wuchs das Bedürfnis nach Erhaltung des Vertrauten und umso weiter wurde der Rahmen des Schutzwürdigen gefasst. Dadurch wuchsen denkmalschützerische Aufgaben auch im übrigen Stadtgebiet. Aus dem Büro für Altstadtsanierung wurde in den 1960er Jahren das Büro für Denkmalpflege.⁹² Viele fertig ausgearbeitete Sanierungsprojekte in der Altstadt blieben unverwirklicht.



Dieselbe Ecke wie oben vor dem Abbruch im Zug eines Sanierungsprojekts 1947–1948: Malergasse 2/Niederdorfstrasse 38 (Marstall, links) und Mühlegasse 9 und 11 (rechts). BAZ, Photo 1947. – Vgl. Text und Abb. oben.



Situationsplan für den Grünzug Saatlen in Schwamendingen, Mst. 1:500 (verkleinert), Gartenbauamt der Stadt Zürich, August 1948. BAZ X.9.

Schulhäuser und Bäder

Zwischen 1943 und 1957 wurden vom Hochbauamt 65 Schulhäuser, Turnhallen und Kindergärten gebaut, erweitert, projektiert oder in Auftrag gegeben, darunter 25 grosse Neubauten.⁹³ Sie spielten eine zentrale Rolle für die Strukturierung der Quartiere, die meisten konnten in neuen oder bestehenden Grünzügen platziert werden. Bei allen galt die Devise: Je älter die Schüler, desto grösser darf das Schulhaus sein und desto zentraler sollte es im Quartier liegen. Primarschulhäuser wurden im Quartier verteilt, es wurde darauf geachtet, dass alle Kinder aus dem Einzugsgebiet sie über Grünzüge erreichen konnten, ohne Durchgangsstrassen überqueren zu müssen. (Abb. S. 103) Kindergärten wurden wenn möglich ins Bauprogramm von Siedlungen aufgenommen und vom Schulamt gemietet.⁹⁴ Für grössere Schulen wurden Wettbewerbe ausgeschrieben, kleinere in Auftrag gegeben.⁹⁵ Steiner entwarf selbst die Schulhäuser Kornhausbrücke (1942), Probstei (1946/1951) sowie für die Schulhäuser Ahornstrasse (1946), Bachtobelstrasse (1947) und Buchwiesen (1951–1952) einen Pavillontyp.

Das Schulhaus Probstei (Abb. S. 104) zeigt exemplarisch die architektonischen und städtebaulichen Prinzipien, die Hochbauamt und Schulamt verfolgten.⁹⁶ Es liegt zusammen mit dem Friedhof in einem Grünzug vom Waldrand bis ins Quartierzentrum von Schwamendingen, der dieses von neuen Siedlungen trennt. Noch konsequenter als bisher löste Steiner die Klassenstufen in verschiedene Gebäude altersgerechter Grösse auf.⁹⁷ Der zweistöckige Hauptbau mit acht Klassenzimmern und Singsaal ist durch einen offenen Laubengang mit der Turnhalle verbunden und umschliesst mit dieser zweiseitig den Pausenplatz. Die gestaffelte Abfolge von drei freistehenden Pavillons mit je drei Klassenzimmern wird vom achteckigen Kindergarten abgeschlossen. Zwischen den Gebäuden schuf Steiner unterschiedlich gestaltete Aussenräume, Gebäude und Mobiliar sind massstäblich der Grösse der Kinder angepasst.

Als Eisenbeton und Backsteine nach 1950 wieder problemlos erhältlich waren und, weil nun eine ganz neue Generation von Architekten zum Zug kam, wurde der dörfliche, von Holz und Naturstein geprägte Baustil von einer sachlicheren Moderne abgelöst.⁹⁸ Raumprogramme und städtebauliche Prinzipien blieben aber unverändert. Das Hochbauamt schenkte auch Spielplätzen mehr Beachtung. Mitte der 1950er Jahre entstanden, im Hochbauamt vom Architekten Alfred Trachsel betreut, die ersten Robinsonspielplätze und in Zusammenarbeit mit der Pro Juventute von



Verkehrsfreie Fussgänger Verbindung im Grünzug Saatlen in Schwamendingen. Peter 1957. – Text S. 102.

Kindern teilweise selbst verwaltete Gemeinschaftszentren. Der Zürcher Schulhausbau der Ära Steiner setzte Massstäbe im In- und Ausland, unter anderem für den Wiederaufbau in Deutschland.⁹⁹ Für viele der später realisierten Schulhäuser konnte dank der Steinerschen Planung und entsprechender Landkäufe durch die Stadt schon früh ein Standort reserviert werden.

In der Ära Steiner wurden fünf öffentliche Badeanstalten errichtet.¹⁰⁰ 1947–1949 baute Max Frisch nach gewonnenem Wettbewerb das Gartenbad Letziggraben (Abb. S. 107) als zweites Binnenbad Zürichs nach dem Bad Allenmoos von 1939. Mit einer organischen Verteilung von Gebäuden und Schwimmbecken erreichte Frisch verschiedene Raumqualitäten und setzte so ein Anliegen um, das Steiner im Schulhausbau verfolgte. Auch die Formensprache, etwa der achteckige Restaurantpavillon, erinnert an Steiners Bauten. Das Bad bildet zusammen mit der um einen Grünstreifen erweiterten Strasse Letziggraben, der Sportanlage Utogrund und der öffentlichen Parkanlage der Siedlung Heiligfeld einen Grünzug und zeigt exemplarisch, dass auch der Bäderbau in die städtebauliche Gesamtkonzeption eingebunden war.¹⁰¹ Auch die Lage der erst nach Steiners Rücktritt realisierten Bäder geht auf seine Planung zurück.¹⁰²

Übrige Bauten, Wettbewerbe, Studien und gescheiterte Projekte

Sämtliche Bauten aufzuzählen, an denen das Hochbauamt massgebend mitwirkte, wäre nicht nur wegen ihrer grossen Zahl ein unmögliches Vorhaben, sondern auch weil der tatsächliche Einfluss im Einzelfall kaum mehr zu rekonstruieren ist. Die Grenze war fließend zwischen privaten Entwürfen, die glatt passierten oder leicht abgeändert wurden, solchen, die auf einem Vorprojekt des Hochbauamtes basierten oder dort massiv überarbeitet wurden, und Projekten, die vollständig vom Hochbauamt entworfen und privat realisiert wurden.

Viele kleinere Bauvorhaben wie Tramwarteallen, Transformatorengebäude und Platzgestaltungen wurden vom Hochbauamt laufend ausgeführt. In Zusammenarbeit mit der Kunstkommission, in der Steiner Mitglied war, wurden Wettbewerbe

Das Gemeinschaftszentrum Wipkingen mit Bauten von Hannes Trösch (geb. 1924) von 1955/56; zugehöriger Robinsonspielplatz im Hintergrund. 1957 und 1958 entstanden die Gemeinschaftszentren Buchegg (Litz und Schwarz) sowie Bachwiesen (Lisbeth Reimann). Trachsel 1957, S. 397–404. BAZ.





Das Schulhaus Probstei in Schwamendingen, 1946 und 1951 von A. H. Steiner in zwei Etappen errichtet. Beispiel für die vom Hochbauamt geförderte Pavillonschule. Sandstein und Holz prägen die Architektur der Klassenpavillons; sie stehen in einer Grünanlage, die getrennte Pausenplätze für Unter- und Mittelstufe, baumbestandene Rasenflächen mit Blumenrabatten, Spielplatz und ruhige Sitzecken enthält. Roth 1947. – Text S. 102.

für Wandbilder, Skulpturen und Brunnenanlagen in Schulhäusern, städtischen Bauten und auf Plätzen ausgearbeitet.¹⁰³ Steiner pflegte gute Kontakte zu den Zürcher Kunstschaaffenden und setzte sich für Kunst am Bau und im öffentlichen Raum ein.¹⁰⁴ Mit einigen Projekten war man über Jahre beschäftigt. Dazu gehören die Seeufergestaltung am Bürkliplatz (Abb. S. 106), die Erweiterung des Landesmuseums¹⁰⁵, die erste städtische Alterssiedlung Espenhof (Abb. S. 105), Vorprojekte für mehrere Kreisgebäude, für die Jugendheime und Sportplätze sowie der Umbau des städtischen Muraltenguts. Bei grösseren Vorhaben wurden Wettbewerbe ausgeschrieben, bei denen das Hochbauamt Vorprojekte sowie Wettbewerbsunterlagen ausarbeitete und Steiner in der Jury sass. Dazu zählen die Stadtspitäler Waid (Abb. S. 108) und Triemli¹⁰⁶ und das Stadion Letzigrund.¹⁰⁷

Bebauungsstudien und Vorprojekte waren eine wichtige Aufgabe des Hochbauamtes. Sie wurden für andere Abteilungen – etwa das Schulamt – wie auch für umliegende Gemeinden und als Unterlagen für zahlreiche Wettbewerbe und direkte Aufträge an private Architekten erstellt. Dies geschah bei städtischen Bauten, bei Genossenschaftssiedlungen und oft auch bei privaten Überbauungen. Eine Bebauungsstudie vom Hochbauamt, etwa als Antwort auf eine Baueingabe, war ein deutlicher Wink im Hinblick auf eine spätere Baubewilligung. Häufig hatte diese Arbeit des Hochbauamtes den Charakter einer Hilfeleistung für überforderte Bauherrschaften, etwa wenn sich mehrere Parteien zur Arrondierung einer bebaubaren Parzelle zusammenraufen mussten. Steiner musste sich manchmal den Vorwurf gefallen lassen, mit solchen Aktionen einfach seinen Willen durchsetzen zu wollen und auf diese Weise sogar gute Projekte zu verhindern.

«Wir wissen, wie man Flachdächer baut! Es passt nur nicht in den „Grind“ des Stadtbau-meisters hinein; darum haben wir sie nicht. Es handelt sich nicht nur darum, ob so oder anders, sondern darum, ob der persönliche Geschmack gewisser Persönlichkeiten in Amtstätigkeit uns so tyrannisieren kann, dass sogar freie Architekten, demokratisch freie Architekten nicht einmal ihre Aufgaben frei durchführen können.»¹⁰⁸



Das Schulhaus Letzi (1956) von Architekt Ernst Gisel (geb. 1922) liegt in einem Grünzug in Albisrieden, die Baumasse ist in nach Funktionen getrennte ein- und zweigeschossige Einzelkörper aufgegliedert, die durch gedeckte Laufgänge miteinander verbunden sind. Der zentrale Singsaalbau dominiert die Anlage. Neu sind die Atriumform, die strenge Geometrie der Baukörper und Sichtbeton sowie Sichtbackstein als vorherrschende Materialien. Wasserfallen 1957.

Hinter Steiners Interventionen standen nicht Sturheit oder Dünkel, wie hier der Architekturkritiker Siegfried Giedion in einem Radiogespräch suggerierte, sondern klar umrissene übergreifende Stadtentwicklungskonzepte. Steiner wollte, wo es ging, die öffentlichen Interessen auch in Privatüberbauungen berücksichtigt sehen und setzte dafür die Machtmittel ein, die ihm zur Verfügung standen.

Erfolgreiche Strategien und äussere Bedingungen

Die ungewöhnlich massgebende Rolle, die das Hochbauamt in der ersten Zeit des Nachkriegsbooms spielen konnte, die umfangreiche und weitgehende Planung der Stadterweiterungen, die Leitung der Altstadtsanierung und die städtebaulich-architektonische Lenkung der City-Erweiterung und beim Siedlungs- und Schulhausbau, können selbstverständlich nicht allein auf die fachlichen und persönlichen Qualitäten des Stadtbaumeisters zurückgeführt werden. In den 1940er Jahren herrschten in mehrfacher Hinsicht ausserordentliche Verhältnisse, die als äussere Bedingungen diesen Erfolg möglich machten.

Zunächst handelte es sich um eine Zeit gesellschaftlichen Neubeginns und ab dem Kriegsende um eine wirtschaftliche Wachstumsphase. Man konnte deshalb mittelfristig mit ausreichend privaten und öffentlichen Mitteln rechnen. Vor allem aber herrschte eine allgemeine Aufbruchstimmung, die sich im Lauf der 1940er Jahre, als der Aufschwung sich als stabil erwies, zum Vertrauen in ein anhaltendes Wirtschaftswachstum verdichtete – eine Grundvoraussetzung für private und öffentliche Entscheidungs- und Investitionsfreudigkeit.

Zweitens hatte die Krise der Bauwirtschaft seit 1932 zu einem Mangel an Neuwohnungen und damit zu einer Wohnungsnot geführt, die allgemein als drängendes Problem anerkannt wurde. Das Bundesgericht stützte in den 1940er Jahren in einigen Fällen Landenteignungen für Wohnungsbau und gewichtete damit das öffentliche Interesse, die drängende Wohnungsnot zu lindern, höher als das private Verfügungsrecht über Grund und Boden.¹⁰⁹

Drittens herrschte durch alle politischen Lager Einigkeit sowohl über die Notwendigkeit einer Planung der neuen Quartiere, als auch über die Subventionierung des Wohnungsbaues durch Bund, Kanton und Stadt. Wohnbaukredite gegen die Wohnungsnot fanden in den 1940er Jahren im Gemeinderat grosse Mehrheiten. Bei seiner Planung konnte sich Steiner auf einen breiten politischen Konsens verlassen, weder Umfang noch Ziele der Planung waren umstritten.

Die erste städtische Alterssiedlung Espenhof der Stiftung Wohnungsfürsorge für betagte Einwohner der Stadt Zürich, erbaut 1952 von Architekt Edi Rudolf Knupfer (geb. 1912). Die um zwei Höfe gruppierten zehn Gebäude enthielten im Unterschied zu einem Altersheim Kleinwohnungen mit eigener Küche. Dem Prototyp folgte 1956 die Alterssiedlung Gsteig in Höngg von Architekt Conrad Domingo Furrer (1903–1986). Koch/Somandin/Süsstrunk 1989, S. 205 und 248. Peter 1957. – Text S. 104.



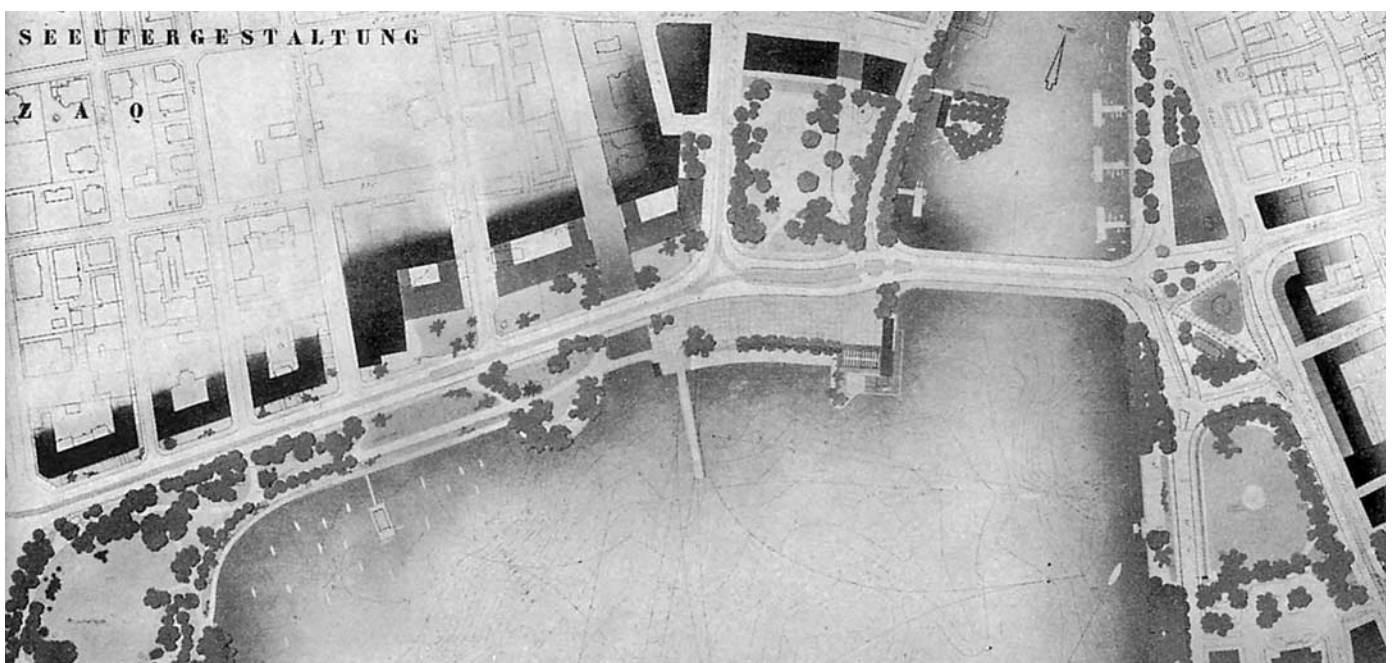
Viertens lohnten sich bis Anfang der 1950er Jahre private Investitionen in den Wohnungsbau nur mit öffentlichen Subventionen. Der Grund dafür lag in der angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt und den hohen Preisen für Baumaterial, vor allem jedoch in den hohen Zinssätzen auf langfristigen Obligationen.¹¹⁰ Diese Situation ermöglichte es der Stadt, die Subventionierung des Wohnungsbaues zum wichtigsten Mittel der Stadtplanung zu machen.¹¹¹

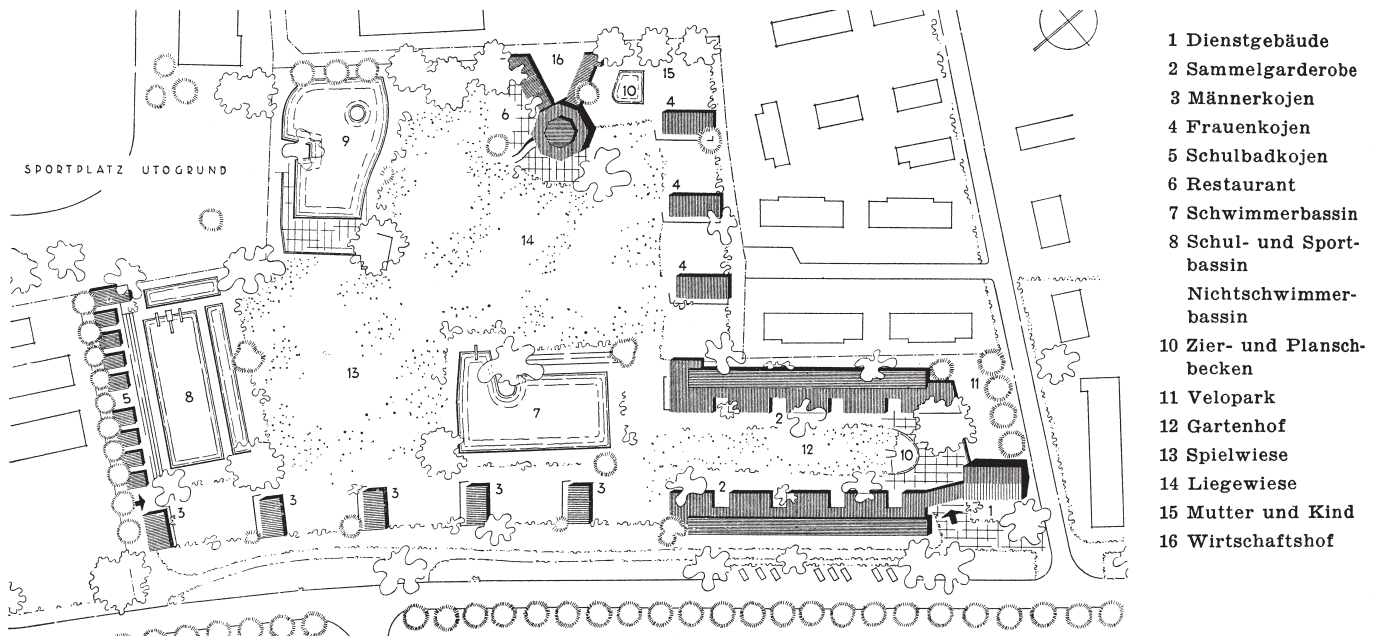
Weitere Voraussetzungen für den Erfolg bildeten das hervorragende Verhältnis Steiners zu den massgeblichen Stadträten, insbesondere die Freundschaft zu seinem langjährigen Vorgesetzten Heinrich Oetiker, und das fachliche Interesse des Architekten Oetiker und des Baugenossenschafters Jakob Peter, sowie ein breiter Konsens innerhalb der Planungs- und Architekturdiziplin hinsichtlich der Aufgaben (wenn auch nicht immer in bezug auf Stilfragen). Laut Adolf Wasserfallen gab es unter den Architekten im Hochbauamt keine Grundsatzdiskussionen.¹¹²

Bereits ab etwa 1950 begann die günstige Konstellation von Bedingungen abzu-bröckeln. Die erwähnten Gründe für die Einschränkung privater Bauinvestitionen fielen weg. In der Hochkonjunktur der 1950er und 1960er Jahre konnten wieder alle, die über eine Bauparzelle verfügten, bauen, wie und wann sie wollten, solange sie sich ans Baugesetz hielten. Das Mittel der Wohnbausubventionierung verlor weitgehend seine Wirkung als Planungsinstrument. Ein gesetzliches Mittel, um Grundbesitzer zu koordinierten, grossflächigen Projekten zu bewegen, hatte die Stadt nicht zur Hand.

Ebenfalls um 1950 brach auf dem ersten Höhepunkt des Kalten Krieges der Konsens über die Wünschbarkeit der Stadtplanung auseinander. Auf bürgerlicher Seite war ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber jeder staatlichen Planung gewachsen. Auch die Subventionierung des Wohnungsbaues geriet unter Beschuss. Zwar pas-sierten Wohnbaukredite vor dem städtischen Stimmvolk nach wie vor problemlos, auf kantonaler Ebene kamen aber nur noch knappe Mehrheiten zustande, und im Januar 1950 wurde eine eidgenössische Kreditvorlage zur Fortführung der Bundes-hilfe an den gemeinnützigen Wohnungsbau sogar abgelehnt¹¹³, was zu einer Unter-brechung des subventionierten Wohnungsbaues und zu einer erneuten Verschär-fung der Wohnungsnot führte. 1948 beurteilte zudem das Bundesgericht die in der Zürcher Bau- und Zonenordnung vorgesehene Landwirtschaftszone und 1951 die Grünzone als verfassungswidrig und zog damit der Stadtplanung einen ihrer stärk-sten Zähne.¹¹⁴ (vgl. S. 109)

Das Siegerprojekt von A. H. Steiner und Robert Landolt für den Ideenwettbe-werb über die Gestaltung des Zürich-seeufers zwischen Tonhalle und Stadt-theater 1937 mit öffentlicher Terrasse, Schiffsteg und Badanstalt am Bürkli-platz. Das Projekt wurde im Hochbau-amt unter Steiner weiter bearbeitet und um ein Restaurant ergänzt, gelang-te jedoch nie zur Ausführung. StadtA: GB SR 1944/45, Hochbauamt, sowie: Maggi/Herzog 1994, S. 4; SBZ 1937, S. 243. Schlappner 1991. – Text S. 104.





Das Gartenbad Letzigraben in Albisrieden von Architekt Max Frisch aus den Jahren 1947–1949. Situationsplan Mst. 1:2500. Das Bad bildet zusammen mit der Sportanlage Utogrund, der um einen Grünstreifen erweiterten Strasse Letzigraben und der öffentlichen Parkanlage der Siedlung Heiligfeld einen Grünzug. SBZ 1950, S. 150. – Text S. 103.

1954 zerbrach auch die günstige persönliche Konstellation: Zu Oetikers Nachfolger Sigmund Widmer fand Steiner keinen Draht, die persönlichen Differenzen waren mit ein Grund dafür, dass Steiner im Januar 1956 von seinem Amt zurücktreten wollte.¹¹⁵ Vor allem aber empfand es Steiner als «Blamage», dass es nicht gelang, die unter den spezifischen Bedingungen der 1940er Jahre mögliche Macht der Planungsbehörde zu verstetigen und Planungsinstrumente gesetzlich zu verankern, um in «klaren Verhältnissen» «saubere Arbeit»¹¹⁶ leisten zu können. Seine pragmatische Verhandlungspolitik beschrieb er nun frustriert als «alle möglichen schlaun Vorkehrungen, an denen sich die ganze Stadtverwaltung solidarisch beteiligt hat».¹¹⁷ «Unendliche Sitzungen und Besprechungen» hatten ihn erschöpft, zu eigenen Projekten war er kaum gekommen.¹¹⁸ Der Stadtrat trat vorerst nicht auf sein Begehren ein, gewährte ihm aber ein Jahr unbezahlten Urlaub.¹¹⁹ Als ihn 1957 der Ruf auf den Lehrstuhl für Architektur und Städtebau der ETH Zürich erreichte, akzeptierte der Stadtrat seine Kündigung, sein Stellvertreter Adolf Wasserfallen wurde als Nachfolger gewählt.¹²⁰

Würdigung

Der Architekt Albert Heinrich Steiner und seine Wirkung als Zürcher Stadtbaumeister von 1943 bis 1957 sind noch kaum bearbeitet worden, vielleicht weil er vergleichsweise wenig selber gebaut hat und nicht zu den Pionieren der klassischen Moderne zählt. Seine grösste Leistung liegt in der Stadtplanung und in der weitgehenden Lenkung der intensiven Bautätigkeit während seiner Amtszeit. Sein Beitrag zum organischen Städtebau ist unbestritten. Die Gebiete, die auf seine Planung zurückgehen, sind gross und zahlreich. Gerade rechtzeitig vor dem Anziehen der Baukonjunktur gelang es ihm, den enormen Wachstumsschub der Nachkriegszeit in geplante Bahnen zu lenken. In den neuen Quartieren Albisrieden, Altstetten, Affoltern, Seebach und Schwamendingen konnten die städtebaulichen Prinzipien der Moderne sehr weitgehend realisiert werden – ein Sonderfall in einem Land, in dem die Stadtplanung normalerweise nur beschränkte Mittel in der Hand hat.¹²¹ Dieser Erfolg war möglich dank ausserordentlicher Bedingungen und geschickter Strategien. Steiner kann wahrscheinlich als der erfolgreichste Stadtplaner in der Schweiz seiner Zeit betrachtet werden. Als gewandter Kommunikator hatte er weit mehr Einfluss auf das Zürcher Stadtbild als einzelne Architekten. Vor allem in den 1940er Jahren konnte er in erstaunlichem Ausmass bestimmen, was wo und wie gebaut wurde, und er nahm auch Einfluss auf die Wahl

der Architektinnen und Architekten. Seine wenigen eigenen Gebäude waren oft typologisch innovativ und dienten als Musterbauten. Steiners Leistungen in der Quartierplanung, im Schulhaus- und Siedlungsbau wurden international beachtet, vor allem in den mit dem Wiederaufbau beschäftigten kriegsversehrten Ländern.¹²² Das Hochbauamt konnte unter seiner Leitung Kompetenzen und Personalbestand ausdehnen.

Die Subventionierung des genossenschaftlichen Siedlungsbaues war das griffigste Mittel zur Realisierung von städtebaulichen Konzepten.¹²³ Das städtebauliche Gutachten des Stadtbaumeisters war entscheidend für die Gewährung öffentlicher Finanzhilfe. Auf diesem Weg regte Steiner ab 1943 die differenzierte oder gemischte Bauweise an, die einheitliche Zeilenbauweise wurde allmählich aufgegeben. Steiner selbst leitete 1948–1955 den Bau der Siedlung Heiligfeld mit den ersten Zürcher Hochhäusern.

Die wichtigsten kommunalen Bauaufgaben ergaben sich aus dem raschen Bevölkerungswachstum. Die öffentlichen Bauten in den neuen Quartieren wurden ins städtebauliche Gesamtkonzept eingebunden: ihnen kam die Rolle zu, Quartier- und Nachbarschaftszentren funktional zu verdichten und baulich zu betonen sowie Grünzüge zu bilden, welche die Quartiere als fussgängerfreundliches Netz durchzogen und in Nachbarschaften unterteilten. Im Schulhausbau wurde die Pavillonschule weiterentwickelt. Planerische Eingriffe betrafen auch das Gebiet der City-Erweiterung im Talacker und am Schanzengraben, wo ab den frühen 1950er Jahren die ersten Geschäftshochhäuser entstanden sowie die Altstadt, deren Sanierung von einer neu geschaffenen Abteilung fortgesetzt wurde.

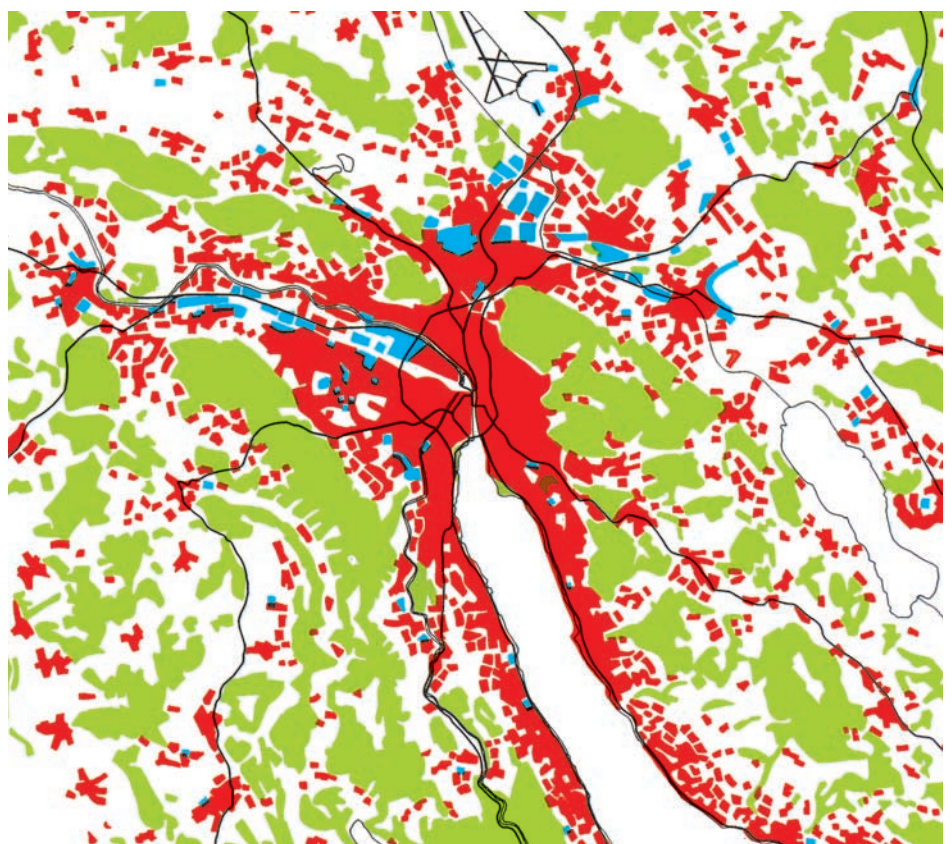
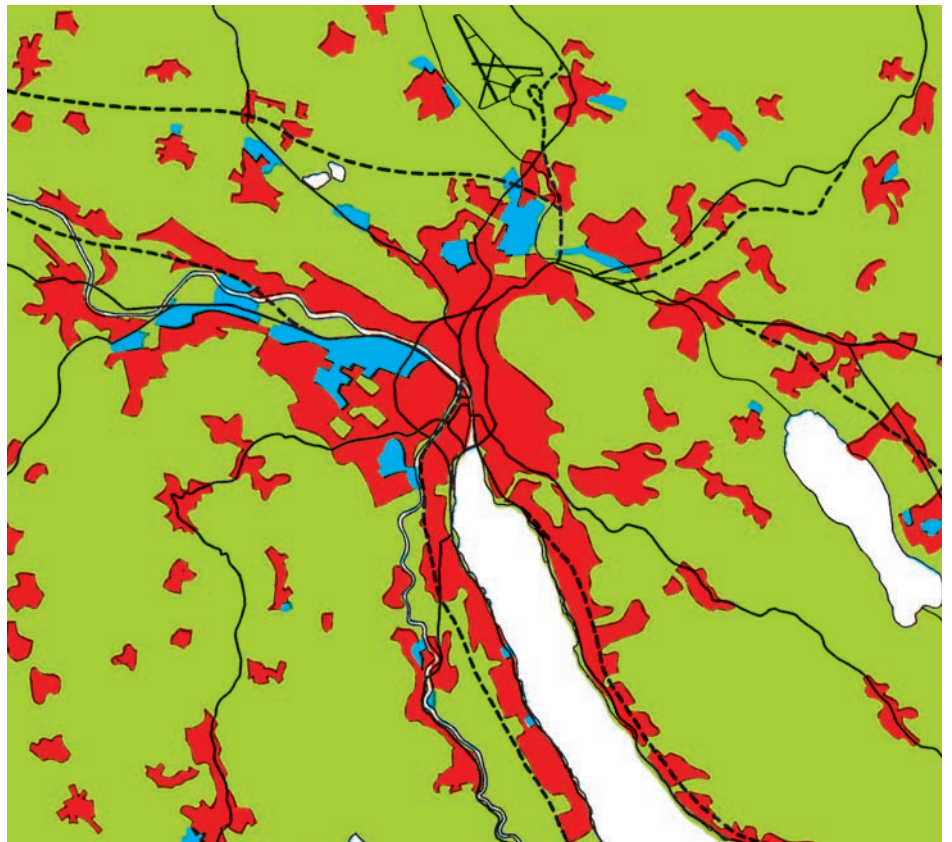
Die Ära Steiner brachte mit ihrer enormen Bautätigkeit, dem Ausbau der neuen Aussenquartiere und mit neuen Bauformen einen starken Modernisierungsschub für die Stadt Zürich. Steiners Leistung war die weitgehende Durchsetzung der Prinzipien des modernen Städtebaues. Die einzelne Bauaufgabe wurde dabei dem städtebaulichen Gesamtkonzept untergeordnet: «Ganz allgemein hängt die Gestaltung eines Grundrisses primär von der städtebaulichen Gesamtkonzeption ab. Einzelgestaltung und Konstruktion sind sekundär.»¹²⁴ Im Rückblick kann dieses Statement Steiners sogar relativiert werden. Die vorsichtige und zögerliche Modernisierung der Architektursprache hatte durchaus eine wichtige Funktion, nämlich niemanden vor den Kopf zu stossen. Die Modernisierung des Städtebaues konnte nur mit einer breiten öffentlichen Zustimmung erreicht werden – wenn alle mitgenommen wurden auf dem Weg des Fortschritts. Sie sollte deshalb als bewusster und sorgfältiger Anschluss an lokale und schweizerische Traditionen erfolgen. Dass die grösste Bauaufgabe, der Siedlungsbau, breiten Schichten der Gesellschaft diene, erleichterte diese Aufgabe. Darüber hinaus sorgte Steiner unermüdlich im Gespräch mit Beteiligten und mit grossem publizistischem Aufwand für Verständnis und Unterstützung.



*Stadtspital Waid, ausgeführt 1951–1953 von der Arbeitsgemeinschaft Robert Landolt (*1907), Ernst Schindler (1902–1994) und Josef Schütz (1898–1966), den ersten drei Preisgewinnern des eingeladenen Wettbewerbs von 1946. Stadtspital 1953, sowie: SBZ Bd. 127 (1946), S. 255, Bd. 128 (1946), S. 57–61, 72–74, 84–87. Zustand während des Baues. BAZ, Photo Wolf Bender 1952. Vgl. S. 33 (Abbildung).*

Region Zürich, geordnete Entwicklung (oben) und ungeordnete Entwicklung (unten), zwei Farbtafeln zum Beitrag Zürich und seine Vororte, von Max Werner (1905–1995) und Adolf Müller (geb. 1914), Dipl. Arch SIA, in der Zeitschrift Bauen und Wohnen, Zürich, 11 (1957), Nr. 11 (Städteheft Zürich), S. 394.

Der Text bietet einen Überblick über die Entwicklung seit dem zweiten Weltkrieg und plädiert für eine gesetzlich verankerte Regionalplanung, eine Forderung, die schon im Zusammenhang mit dem Wettbewerb Gross-Zürich 1915–1918 und bei der Volksabstimmung über die zweite Eingemeindung 1929 erhoben worden war (vgl. S. 35 = Abb. in den Abschnitten Fissler und Herter S. 50–53). «Auch für Zürich muss festgehalten werden, dass eine den Aufgaben der veränderten, soziologischen und ökonomischen Verhältnisse der Städte gewachsene Bau- und Planungsgesetzgebung noch nicht besteht. (...) Trotzdem die Freihaltezonen bis heute der gesetzlichen Grundlage entbehren, wo sie ausschliesslich der städtebaulichen Gliederung und siedlungshygienischen Trennung dienen, war es besonders in der Stadt möglich, einen grossen Teil der wichtigsten und am meisten gefährdeten Gebiete durch freihändigen Kauf oder Abtausch zu sichern. (...) Der Versuch, die Stadt und ihre Vororte als einheitliche, weitblickende Gesamtkonzeption zu suchen, ist nie aufgegeben worden. Er wird von jeder Generation mit ihren Mitteln und Kenntnissen wieder neu aufgegriffen.»



Anmerkungen

- 1 Die Erleichterung über die abnehmende äussere Bedrohung führte rasch zum Aufflammen von öffentlichen Disputen über die Gestaltung der Verhältnisse in der Schweiz nach dem Krieg, zur sogenannten Nachkriegsdiskussion.
- 2 Der Leerwohnungsbestand, der in der Krise vorübergehend angestiegen war, sank am Ende der 1930er Jahre gegen Null.
- 3 Dieses Profil wurde nicht derart explizit gefordert, es geht aber aus den Kriterien hervor, nach denen die Wahl schliesslich getroffen wurde.
- 4 Vgl. Stichwort Wettbewerbe im Ortsregister sowie Kurz 1995.
- 5 Koch/Somandin/Süsstrunk 1989, S. 356.
- 6 Bauten der LA 1940, S. 616–647.
- 7 Die Familiengenossenschaft (FGZ) gehörte mit mehreren hundert Wohnungen zu den grossen Zürcher Bauge nossenschaften.
- 8 Über A. H. Steiners Schaffen gibt es noch keine umfassende Würdigung. Das trifft generell auf die Schweizer Stadtbaumeister der Nachkriegszeit zu. Für den Herbst 2001 plant der GTA-Verlag der ETH Zürich eine Publikation samt Ausstellung zum Leben und Werk von A.H. Steiner mit Schwerpunkt seiner städtebaulichen Tätigkeit. Für weitere Angaben zu Person und Werk von Steiner vgl. vorläufig Bosshard/Luchsinger 1986a und 1986b, sowie Maggi/Herzog 1994.
- 9 Zu Theodor Fischer vgl. Personenregister.
- 10 Steiner: in: Bosshard/Luchsinger 1986a, S. 32.
- 11 StadtA: Akten zum Prot SR 1942, Nr. 1736, betreffend Wahl des Stadtbaumeisters.
- 12 Den Namen eines weiteren Bewerbers gab Oetiker dem Stadtrat nicht preis, da es sich um den Stadtplaner einer anderen Schweizer Stadt handle, der seine Bewerbung vertraulich behandelt wissen wollte.
- 13 Wie Anm. 11.
- 14 Wie Anm. 11.
- 15 StadtA: Akten und Pläne des Hochbauamtes, V.G.c.62, 419.
- 16 Vgl. Sachregister: Planung.
- 17 Kupli 1941.
- 18 Kupli 1941.
- 19 Bosshard/Luchsinger 1986a, S. 33. Es scheint, dass Oetiker aber weiterhin mit der Idee liebäugelte. Noch 1948 habe er Steiner angeboten, das Bebauungs- und Quartierplanbüro und damit die Verkehrsplanung zu übernehmen.
- 20 StadtA: GB SR 1947, S. 281 ff. Am 23. Februar 1947 mit 23 068 Ja zu 15 071 Nein.
- 21 StadtA: GB SR 1947, S. 281.
- 22 StadtA: GB SR 1947–1951, sowie: GTA: Nachlass Steiner, Hängeregistratur, Archivschachtel «Übernahme des BQPB durch HBA 1947». Kupli scheint in der Folge die Arbeit Steiners nicht erleichtert zu haben. Um die für den Generalbebauungsplan erarbeiteten Unterlagen gebeten, behauptete er zunächst, es seien keine vorhanden, danach beschied er Steiner, er solle einen offiziellen Antrag stellen. Die Spannungen sind entgegen üblichen Gepflogenheiten auch aus den Geschäftsberichten des Bebauungs- und Quartierplanbüros herauszulesen. Zum Zeitpunkt der vorliegenden Recherche war der Nachlass Steiner noch nicht aufgearbeitet, deshalb die etwas umständlichen Signaturangaben.
- 23 Bei den im BAZ erhaltenen Plänen handelt es sich vermutlich nur noch um eine Auswahl.
- 24 StadtA: GB SR, Bauamt I, Bebauungs- und Quartierplanbüro, vor allem 1948–1951.
- 25 StadtA: GB SR 1943–1957, Bauamt I, Bebauungs- und Quartierplanbüro. Die wichtigsten Aufgaben des Tiefbauamtes waren ab 1948 der Ausbau von Bahnhofquai, Bahnhofbrücke und Leonhardplatz (heute Central), ab 1952 die Erarbeitung von Unterlagen für den Generalverkehrsplan, ab 1955 die Planung des schliesslich gescheiterten Projekts «Unterpfastertram», einzelne Strassenprojekte wie die Europabrücke sowie die Verbesserung der Verkehrsleitsysteme. Vgl. Blanc 1993, S. 49–64.
- 26 StadtA: GB SR 1945, S. 314. Vgl. Ämterregister: Altstadtanierung.
- 27 Als Reaktion auf den steigenden öffentlichen Druck, etwas gegen das wachsende Verkehrschaos in der Innenstadt zu unternehmen, beauftragte der Stadtrat 1952 zwei Planungsteams (Pirath/Feuchtinger und Kremer/Leibbrand) mit der Ausarbeitung eines Generalverkehrsplans. Mit dem Bundesgesetz über die Nationalstrassen sollte 1960 die Kompetenz zur Planung der innerstädtischen Expressstrassen auf Bundesebene delegiert und damit eine umfassende Stadtplanung endgültig verunmöglicht werden. Vgl. Blanc 1993, S. 50–67.
- 28 Wasserfallen 1998. Adjunkt Wasserfallen bearbeitete beispielsweise ab 1948 Fassaden und Grundrisse der Letzigraben-Hochhäuser.
- 29 StadtA: V.Gc.62: Wohnhäuser Letzi (100).
- 30 StadtA: V.Gc.62: Überbauung Hochhäuser. Hochhäuser Allgemein. Akten Stadtbaumeister: Handgeschr. Bewohnerstatistik «Hochhaus West Letzigraben» vom 1. Juni 1954. Auch wenn Steiner persönlich in den neuen Hochhäusern mit Schreibblock und Bleistift bewaffnet von Tür zu Tür ging, um sich nach allfälligen negativen Erfahrungen der Kinder mit dem Lift zu erkundigen, gehörte das zu dieser Methodik.
- 31 Auffällig viele Formulierungen in Zeitungsartikeln gehen auf Berichte zurück, die Steiner für Oetiker zur Veröffentlichung verfasste; manche hielten sich fast wortwörtlich über Jahre.
- 32 Steiner 1957. Weitere Ausstellungen: 1947: Exposition Internationale de l'Urbanisme et de l'Habitation in Paris, 1954: Exposition de l'Habitation in Luxemburg, 1956: 23. Internationaler Kongress für Wohnungsbau und Stadtplanung in Wien.
- 33 Steiner 1957. 1948: Vorträge über Schulhausbau im Auftrag der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, 1951: Vortrag am Internationalen Architekturkongress in Casablanca, 1949: Vorträge an der ETHZ, 1954: Lehrauftrag ETHZ.
- 34 Steiner, Nachlass im GTA: B5-Ordner «Drehbuch für Vorträge».
- 35 Steiner 1957.
- 36 Zahlen zum Personalbestand im HBA aus: StadtA: GB SR 1943–1957, Hochbauamt, sowie StadtA: Verwaltungs- etat der Stadt Zürich 1943–1957.
- 37 Wasserfallen 1998.
- 38 Zur Zürcher Stadtplanung der Nachkriegszeit vgl. Bosshard/Luchsinger 1982, 1986b, 1990 und Koch 1992, 1995.
- 39 Steiner, in: Bosshard/Luchsinger 1986a, S. 32.
- 40 Auch: International Federation for Housing and Planning.

- 41 Steiner in: Bosshard/Luchsinger 1986a, S. 32.
- 42 Carol/Werner 1949, S. 67.
- 43 Gegen Ende der 1950er Jahre wichen in der Stadtplanung unter dem Einfluss der Kybernetik hierarchische Raumkonzepte der Vorstellung von sich überlagernden Netzen. Berühmt wurde der Aufsatz «A City is Not a Tree» von Ch. Alexander 1965.
- 44 StadtA: V.Ga.32.
- 45 Zahlen nach Koch 1989, S. 332–353.
- 46 StadtA: GB SR 1943–1957. Das bestätigt auch ein Blick in die Jahresberichte des Hochbauamtes. Die Siedlungen sind meist unter den Strassennamen aufgeführt, wenn das Hochbauamt selbst ein Vorprojekt oder einen Bebauungsplan erarbeitete. Die Begutachtungen von Projekten privater Architekten werden (nicht in allen Jahren) pauschal beziffert.
- 47 Vgl. S. 59 in diesem Heft.
- 48 Bosshard/Luchsinger 1986a, S. 34.
- 49 StadtA: V.Gc.62, Bauordnungen, 112: Brief von Steiner an Karl Egender vom 4. März 1948.
- 50 Frisch 1953, S. 238.
- 51 Frisch 1954, S. 277.
- 52 Frisch 1953, S. 239.
- 53 Frisch 1953, S. 232.
- 54 StadtA: GB SR 1947, S. 290.
- 55 Bosshard/Luchsinger 1986a, S. 31, sowie Steiner 1958, S. 304.
- 56 Wasserfallen 1998.
- 57 Aus den Dokumenten zur Planung der ersten Hochhäuser spricht grosse Unsicherheit über die öffentliche Akzeptanz. Vgl. Weidmann 1999.
- 58 Vgl. Sachregister: Städtebau.
- 59 Koch/Somandin/Süsstrunk 1989, S. 310, 116, 215, 290, 303, 306. Immerhin wurde vermehrt eine Auflockerung durch Staffelung, lockerere Verteilung oder Schrägstellung der Zeilen angestrebt. Beispiele dafür sind die städtischen Kolonien Herbstweg (1947/48, Göhner AG), Heiligfeld I mit Ateliers (1947/48, Josef Schütz und Alfred Mürset) und Rautstrasse (1950, Aeschlimann & Baumgartner) sowie die Genossenschaftssiedlungen Katzenbach (1944/45, A.+F. Sauter und Arnold Dirler). Einen Sonderfall stellt die Überbauung Sunnige Hof dar (1943, Karl Kündig). Das starre Zeilenmuster wurde hier zugunsten einer an Flurhäuser erinnernden Gruppierung der Reihen-
- Einfamilienhäuser in minimal differenzierten Formen aufgegeben.
- 60 Koch/Somandin/Süsstrunk 1989, S. 241, 213, 132. So die BEP-Wohnkolonien Wasserwerk I+II (1945/47), die ABZ-Siedlung Herrlig (1947/48) und die 16. Etappe der FGZ-Siedlung an der Adolf-Lüchinger-Strasse (1952/53), alle von Aeschlimann & Baumgartner.
- 61 Steiner 1955b, S. 5 f.
- 62 Maurizio 1952, S. 41. «(...) Bis in die hintersten Täler kämpft ein selbständiges Bauerntum um die Erhaltung seiner Eigenart. Durch topographische und volksmässige Unterschiede wird die Vielfältigkeit noch vermehrt, die ja schon bei den historischen Formen der Bauern- und Bürgerhäuser einen grossen Reichtum an Typen hervorgebracht hat. Die starke Differenzierung der neueren schweizerischen Siedlungs- und Wohnungsformen ist daher gegeben. Sie ist traditionell und soziologisch begründet und als eine erfreuliche Tatsache zu werten, die unserer Eigenart gemäss ist.» Maurizio 1952, S. 13.
- 63 Koch/Somandin/Süsstrunk 1989, S. 203, 315, 93, 218. Weitere Beispiele sind die Siedlungen Else-Züblin-Strasse (1950, A.+F. Sauter und Arnold Dirler, Carl Lippert und Arnold von Waldkirch, David Casetti und Ernst Rohrer) und die 5.–7. Etappe der Bau- und Siedlungsgenossenschaft Vitasana (1954, Carl Winteler, Paul W. Tittel, H. Witsch), der städtischen Wohnkolonien Manegg (1955, Bruno Giacometti und Robert Winkler) und Farbhof (1957, Max E. Haefeli, Werner M. Moser und Rudolf Steiger).
- 64 Rotzler 1950, S. 65.
- 65 Frisch 1954, S. 279.
- 66 StadtA: SR Prot 1946, Nr. 528, 15.3.1946. Eine Bebauungsstudie des Hochbauamtes für das Heiligfeld von 1946 sah ein Scheibenhochhaus vor.
- 67 StadtA: Prot SR 1948, Nr. 2599, 26.11.1948.
- 68 StadtA: GB SR 1949, S. 244.
- 69 Weidmann 1999 u. 2000.
- 70 StadtA: Prot SR 1947, Nr. 2454, 6.2.1947.
- 71 Koch/Somandin/Süsstrunk 1989, S. 92, 112, 307. In den Genossenschaftssiedlungen Im Moos (1953/54) von Aeschlimann & Baumgartner, Im Gut (1954) von Karl Egender und Wilhelm Müller und in der Kolonie Dreispitz (1954/55) von Josef Schütz.
- 72 Wasserfallen 1998.
- 73 Steiner 1948, S. 5.
- 74 Steiner 1948, S. 10.
- 75 Steiner 1955a, S. 349. «Die Bildung von in sich abgeschlossenen Wohneinheiten mit dazugehörigen Quartierzentren trägt zur lebendigen Struktur eines Stadtteils bei und unterstützt gleichzeitig das schweizerische Bedürfnis nach Dezentralisation.» Vortrag Steiners vor dem Stadtrat am 26. November 1948. GTA: Nachlass Steiner. Hängeregistratur Turm 3, Schublade 1. «Das alte Dorf ist meistens noch ein sehr bewusstes Zentrum. (...) Wir haben also eine Tradition von Quartierzentren, die wir selbstverständlich in den Plänen wieder aufnehmen, ausbauen und fortführen.»
- 76 Steiner in: Bosshard/Luchsinger 1986a, S. 31.
- 77 GTA: Nachlass Steiner. Hängeregistratur Turm 3, Schublade 1: Vortrag Steiners vor dem Stadtrat 26.11.1948.
- 78 StadtA: V.Gc.62. Steiners Einfluss auf die Entwicklung der City – bis heute an vielen Stellen sichtbar – wäre näher zu untersuchen. Unter den Akten des Hochbauamtes im Stadtarchiv befinden sich zahlreiche Bebauungsstudien für das ganze Stadtgebiet, auch für Quartiere, für die keine Bebauungspläne erstellt wurden.
- 79 StadtA: V.Gc.62. Akten und Pläne des Hochbauamtes. Bauordnungen, Bauordnungen Kreis 1.
- 80 Gesetzlich festgelegte Bedingung für die Ausnahmebewilligung war eine höhere städtebauliche Qualität als bei zonenkonformer Bebauung. (Baugesetz des Kantons Zürich von 1893 (1943), §§ 62 u. 68. Vgl. Hornberger 1980, S. 114 u. 300) Ein weiteres Gutachten holte der Regierungsrat bei Hochhausprojekten jeweils bei der kantonalen Natur- und Heimatschutzkommission ein. Zu deren Präsident, ETH-Professor Hans Hofmann pflegte Steiner mindestens seit ihrer Zusammenarbeit bei der Landesausstellung 1939 gute persönliche Kontakte. Hofmann war seit 1939 Kommissionsmitglied (StAZ: Regierungsetat des Kantons Zürich 1948, S. 104).
- 81 Auch Hochhäuser durften die Ausnutzungsziffer nicht überschreiten, ihre Höhe musste mit flachen Anbauten oder Freiflächen kompensiert werden. (Baugesetz des Kantons Zürich von 1893 (1943), §§ 62 u. 68. Vgl. Hornberger 1980, S. 114 u. 300).

- 82 Steiner o.J., S. 16. Der Streit um den Globus und die «freie Limmat» beschäftigte v.a. die Öffentlichkeit. Wie die meisten Fachleute hielt Steiner nichts von der Initiative für eine «freie Limmat».
- 83 VR vom 13.6.1941.
- 84 StadtA: Prot SR 1945, Nr. 725.
- 85 StadtA: Prot SR 1945, Nrn. 1998 und 2544.
- 86 Steiner 1949, S. 18–26.
- 87 StadtA: Prot SR 1945, Nr. 2544.
- 88 Steiner o.J., S. 11.
- 89 Steiner 1949, S. 21 u. 28.
- 90 Steiner o.J., S. 11 und 1949, S. 17.
- 91 So z.B. an der Maler-, Grauen-, Metzger-, Brunn-, Krebs- und Blaufahnergasse. Ausnahmen sind der Rosenhof, der in den 1970er Jahren als Marktplatz und in den 1990er Jahren von Boulevardcafés entdeckt wurde, der von Restaurants belebte Nägelihof und die durchgehende Spitalgasse.
- 92 Baur/Stutz 1997, S. 109 f.
- 93 Roth 1947; Schulhausbauten 1947, Baumeister 1949; Schulhausbauten 1952; Wasserfallen 1957.
- 94 Wasserfallen 1957.
- 95 StadtA: GB SR 1943–1957, Hochbauamt.
- 96 Roth 1947; Baumeister 1949.
- 97 Roth 1947. Der Paradigmawechsel im Schulbau setzte schon vor dem zweiten Weltkrieg ein. Er reagierte auf veränderte pädagogische Konzepte, die weniger auf eine einheitliche Disziplinierung der Schüler drängte und dem Kind vermehrt eine eigene Welt zugestand, die eines gewissen Schutzes vor den Ansprüchen und Gefahren der Erwachsenenwelt bedurfte. Die Pavillonschule war abgesehen von pädagogischen Motiven eine Möglichkeit, trotz Bauteuerung und Materialknappheit günstig zu bauen. Nur Sockel und Eingangsfronten sind aus Sandstein aufgemauert. Seitenwände, Böden und Zwischenwände sind in Leichtbauweise aus Holz ausgeführt, ebenso die vom Hochbauamt entwickelten Normelemente für die Einrichtung. Dieselbe Konstruktion kam auch beim Schulhaus Probstei und bei den Kleinschulen Ahorn- (1946) und Bachtobelstrasse (1947) zur Anwendung.
- 98 1952 organisierte das Hochbauamt im Kunstgewerbemuseum die Ausstellung «Das neue Schulhaus», verbunden mit einem Wettbewerb, der von Jaray, Cramer, Paillard gewonnen wurde. Das Schulhaus Chriesiweg (realisiert 1956) ist vielleicht die konsequenteste Pavillonschule in Zürich.
- 99 Steiner 1957. 1948 wurde Steiner von der amerikanischen Militärregierung in Deutschland zu einer Vortragsreihe über Schulhausbau eingeladen. Vgl. auch Baumeister 1949.
- 100 Angaben zu den Bädern aus Zbinden 1993.
- 101 Die Seebäder Mythenquai (Neubau nach Brand 1952, Hans Hubacher) und Tiefenbrunnen (1954, Josef Schütz, Otto Dürr, Willy Roost) und die Flussbäder Unterer Letten (Erweiterung) und Oberer Letten (beide 1956, Elsa und Ernst F. Burckhardt) übernahmen die städtebauliche Aufgabe der See- und Flussufergestaltung; sie dienen ausserhalb der Badesaison als öffentliche Anlagen.
- 102 Im Auhofquartier gelang 1958 die Anbindung von Schule und Bad (beide von Ernst Gisel) an einen Grünzug. Die Bäder Auhof, Heuried (1965, Fritz Schwarz und Hans Litz) und Seebach (1966, Adolf Wasserfallen) sind schon im Bericht des Stadtrats über die Gesamtplanung von Schwimm- und Sportanlagen von 1954 verzeichnet.
- 103 StadtA: GB SR 1943–1957. Angaben zu Projekten und kleineren Bauvorhaben.
- 104 Wasserfallen 1998.
- 105 GB SR 1943–1945, Hochbauamt. Das Projekt erbte Steiner von seinem Vorgänger. 1943–1945 wurde es vollständig neu und bis zur Baureife ausgearbeitet. Zur Ausführung kam nur die wegen des erhöhten Wasserspiegels der Limmat notwendig gewordene Umgestaltung der Parkanlage im Platzspitz mit Damm und Ufermauer. Vgl. Hanspeter Draeyer, Das Schweizerische Landesmuseum Zürich, Bau- und Entwicklungsgeschichte 1889–1998, Zürich 1999, S. 85–93 (mit Abb. der Projekte).
- 106 SBZ 1956, Nr. 22; 1957, Nrn. 27, 28 und 30; Wettbewerb 1956, 1. Rang Rudolf Joss und Helmut Rauber. SBZ 1960, Nr. 47; Werk 1974, Heft 2: Ausführung 1960–1970.
- 107 SBZ 1952, Nrn. 12, 25 und 29; Werk 1953, Heft 2: William Dunkel und Justus Dahinden, Wettbewerb 1952, Ausführung 1956/57.
- 108 StadtA: V.G.c.62. Akten und Pläne des Hochbauamtes, Verschiedenes: Diskussion am runden Tisch über das Thema «Wo steht die Architektur in der Schweiz heute?», stenographische Aufnahme der Stahlband-Wiedergabe im Studio Zürich am 24. Januar 1952, 10.00 Uhr, S. 6.
- 109 Wie Anm. 70.
- 110 Schelbert-Syfrig 1963. Obligationen sind eine alternative Anlagemöglichkeit zu Immobilien. Solange die Zinsen auf Obligationen höher sind als die zu erwartende Rendite auf Wohnhäusern, kommt es – auch bei grosser Nachfrage nach Wohnungen – nicht zu Investitionen in den Wohnungsbau, das Angebot bleibt hinter der Nachfrage zurück. Hier liegt eine Ursache für die immer wiederkehrenden Wohnungsnot-Phasen.
- 111 Wie weit diese Situation auf dem Finanzmarkt auch für die konservative Architektur der 1940er Jahre verantwortlich sein könnte, wäre genauer zu untersuchen. Innovative Bauprojekte, deren Kosten weniger sicher zu berechnen waren als bei herkömmlichen Bauten, scheiterten vermutlich oft an der Unmöglichkeit, Geld aufzutreiben, so z.B. die differenzierte Überbauung Prilly bei Lausanne von Max E. Haefeli, Werner M. Moser und Rudolf Steiger. GTA: Nachlass Haefeli, Moser, Steiger. Bebauungsplan Prilly, Lausanne 1944/47 (P) Notizen.
- 112 Wasserfallen 1998.
- 113 Peter 1957, S. 35. Eidg. Abstimmung vom 29. Januar 1950.
- 114 Bosshard/Luchsinger 1986a, S. 34. Bundesgerichtsentscheide vom 29.4. 1948 und 31. Oktober 1951. Die als Freihaltezone vorgesehenen Gebiete wurden darauf als Notlösung in die niedrigste Bauzone eingeteilt. Ein Referendum gegen diesen Stadtratsbeschluss wurde 1955 abgelehnt. Steiner setzte sich im Abstimmungskampf intensiv für den Beschluss ein.
- 115 Wasserfallen 1998, sowie: GTA: Nachlass Steiner. Hängeregistratur in Einzelschachteln: Wahl und Kündigung Stadtbaumeister: Entwurf zu einem Brief an den Stadtrat vom 10. Januar 1956.
- 116 GTA: Nachlass Steiner. Hängeregistratur in Einzelschachteln: Wahl und Kündigung Stadtbaumeister: Entwurf zu einem Brief an den Stadtrat vom 10. Januar 1956.
- 117 Wie Anm. 116.
- 118 GTA: Nachlass Steiner. Hängeregistratur in Einzelschachteln: Wahl und Kündigung Stadtbaumeister, hand-

schriftlicher Entwurf für den Vortrag vor dem BSA am 28. Juni 1956.

119 GTA: Nachlass Steiner. Hängeregistratur in Einzelschachteln: Wahl und Kündigung Stadtbaumeister.

120 Maggi/Herzog 1994; NZZ Nr. 222, 24.9.1996, S. 55. Steiner hatte den Lehrstuhl bis zu seiner Emeritierung 1971 inne. Wichtige Bauten ab 1957 sind die ETHZ-Aussenstation Höggerberg und das Krematorium Nordheim. Daneben wirkte er als Planungsexperte und Gutachter für deutsche Städte und als Preisrichter im In- und

Ausland, u.a. in Berlin, München, Wulfen, Frankfurt a.M., Köln und Hamburg. Ab 1972 führte er wieder ein eigenes Büro in Zürich und hielt zahlreiche Gastvorlesungen. Steiner starb 1996 im Alter von 91 Jahren.

121 Die Zürcher Nachkriegsquartiere müssen in ihrer heutigen Struktur als Resultat bewusster Stadtplanung gesehen und ihre spezifischen Qualitäten entsprechend gewürdigt werden – nicht zuletzt, wenn es um die Erneuerung und Verdichtung ihrer Bausubstanz geht.

122 Steiner wurde häufig als Preisrichter, Gutachter, Berater und für Gastvorlesungen nach Deutschland gerufen. Vgl. Maggi/Herzog 1994, S. 14.

123 Der private Bodenbesitz war in der Schweiz im 20. Jahrhundert das grösste Hindernis für die Ortsplanung. Im Hochbaubereich wurde die Durchsetzung öffentlicher Interessen gegenüber der privaten Verfügungsgewalt über Grund und Boden vom Bundesgericht nur in seltenen Ausnahmefällen gestützt. Vgl. Anm. 114

124 Steiner 1959, S. 3.



Neben den Quartierzentren in den alten Dorfkernen entstanden um 1950 gänzlich neue Platzgestaltungen mit Zentrumsfunktion: Der Platz an der Gutstrasse bei der Einmündung der Fellenberg- und der Schaufelbergerstrasse wird vom Hochhaus der Architekten Karl Egender und Wilhelm Müller von 1954 baulich betont und bildet mit Läden und einem Café ein Nebenzentrum des Quartiers. Im Hintergrund die Häuser der Genossenschaft «Im Gut» von Egender und Müller 1949–1955 erbaut. Koch/Somandin/Süsstrunk 1989, S. 117. BAZ, um 1956. – Text S. 91.

Bibliographie

- Allenspach 1998 = Christoph Allenspach: Architektur in der Schweiz, Zürich 1998.
- Ammann/Enderlin 1942 = J. Ammann/ F. Enderlin: Die Kindergärten der Stadt Zürich, Zürich 1942.
- Barrelet 1996 = Christine Barrelet: Hermann Herter (1877–1945), Zürcher Stadtbaumeister von 1919 bis 1942, Lizentiatsarbeit Universität Zürich (Prof. Dr. Hubertus Günther), Typoskript, Zürich 1996.
- Baumeister 1949 = Schulbauten in Zürich, in: Baumeister 10/1949, S. 480–496.
- Baur/Stutz 1997 = Urs Baur, Werner Stutz: 50 Jahre Denkmalpflege, in: Zürcher Denkmalpflege Bericht 1995/96, Zürich 1997, S. 109–115.
- Bauten der LA 1940 = Die Bauten der LA, die Architekten und ihre Mitarbeiter, in: Die Schweiz im Spiegel der Landesausstellung, Bd. 2, Zürich 1940, S. 616–647.
- Bernoulli 1946 = Hans Bernoulli: Die Stadt und ihr Boden. Towns and the Land, Erlenbach ZH 1946. 2. Auflage 1949. Neuaufgabe Basel/ Berlin/Boston 1991.
- BerZD = Zürcher Denkmalpflege, Berichte, Zürich 1961 ff.
- Bickel 1930 = Otto Bickel-Schirmer: Eingemeindungsprobleme von Zürich, Zürich 1930.
- Bickel 1938 = W. Bickel: Wohnungsbau-politik der Stadt Zürich 1907–1937, in: Statistik der Stadt Zürich, Heft 46, Zürich 1938.
- Birkner 1975 = Othmar Birkner: Bauen und Wohnen in der Schweiz 1850–1920, Zürich 1975.
- Biske 1953 = K. Biske: Die Aufwendungen der Stadt Zürich für Armenfürsorge und Sozialpolitik 1893–1951, Zürich 1953.
- Blanc 1993 = Jean-Daniel Blanc: Die Stadt – ein Verkehrshindernis? Leitbilder städtischer Verkehrsplanung und Verkehrspolitik in Zürich 1945–1975, Zürich 1993.
- Bosshardt 1903 = Dr. A(rnold) Bosshardt: Die Verwaltung der Stadt Zürich, Zürich 1903.
- Bosshard/Luchsinger 1982 = Max Bosshard, Christoph Luchsinger: Pragmatisches Bauen, in: Archithese 1982, Heft 6, S. 19–23.
- Bosshard/Luchsinger 1986a = Max Bosshard, Christoph Luchsinger: Gespräch mit Albert Heinrich Steiner, in: Archithese 1986, Heft 5, S. 30–34 (auch als Separatdruck).
- Bosshard/Luchsinger 1986b = Max Bosshard, Christoph Luchsinger: Zürich – Der Ausbau einer Stadt, in: Archithese 1986, Heft 5, S. 24–29 (auch als Separatdruck).
- Bosshard/Luchsinger 1990 = Max Bosshard, Christoph Luchsinger: Die Einrichtung der Peripherie, Zürcher Wohnungsbau der 40er Jahre, in: Zürich, kennt ihr euren Studienort. ETH Abteilung Architektur. Prof. Ronner, Zürich 1990, S. 294–298.
- Carol/Werner 1949 = Hans Carol, Max Werner: Städte – wie wir sie wünschen. Ein Vorschlag zur Gestaltung schweizerischer Grossstadt-Gebiete, dargestellt am Beispiel von Stadt und Kanton Zürich. Bearbeitet durch die Arbeitsgruppe für Landesplanung der akademischen Studiengruppe Zürich, Zürich 1949.
- Chratz & Quer 1995 = Verein Frauenstadtrundgang (Hg.), Chratz & Quer, Sieben Frauenstadtrundgänge in Zürich, Zürich 1995.
- CIAM, Internationaler Kongress für Neues Bauen, Dokumente 1928–1939, hg. von Martin Steinmann, Basel/ Stuttgart 1979.
- Custer 1985 = W. Custer: Wohnungsbaukonzepte der 20er und 30er Jahre in Zürich, in: Wohnungsbau ist Städtebau, Beiträge zu den stadtplanerischen Komponenten des Wohnungsbaus, Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung der ETH Zürich (ORL), Zürich 1985 (ORL-Bericht Nr. 36, 1985).
- Eberlé 1920 = Henri Eberlé: Kommunalen Wohnungsbau der Stadt Zürich von 1910–1920 (Schriften des Schweizerischen Verbandes zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues), Zürich 1920.
- Erismann 1909 = Friedrich Erismann (Hg.): Die Gesundheits- und Wohlfahrtspflege der Stadt Zürich (Festschrift zur 34. Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege in Zürich), Zürich 1909.
- ETH 1930 = Festschrift zum 75jährigen Bestehen der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich, Zürich 1930. Darin: Robert Gnehm, Die bauliche Entwicklung der Eidg. Techn. Hochschule (S. 25–57); Gustav Gull, Baubericht (Über die Erweiterungsbauten 1915–1925), S. 58–95.
- Fissler 1909 = Friedrich Fissler, Stadtbaumeister: Die öffentlichen Badanstalten und Sonnenbäder, öffentliche Bedürfnisanstalten (beide mit R. Mettler, Inspektor des Gesundheitswesens); Schulhausbauten der Stadt Zürich und ihre Einrichtungen, in: Erismann 1909, S. 208–214, 214–220, 402–419.
- Frisch 1953 = Max Frisch: Cum grano salis. Eine kleine Glosse zur schweizerischen Architektur. Vortrag vor dem Bund Schweizer Architekten (BSA), gehalten im Juni 1953, in: Gesammelte Werke in zeitlicher Folge, Bd. 3, Frankfurt a.M. 1976, S. 230–242 (ursprünglich in: Werk 1953, Heft 10, S. 325–329).
- Frisch 1954 = Max Frisch: Der Laie und die Architektur. Hörspiel des Hessischen Rundfunks 1954, in: Gesammelte Werke in zeitlicher Folge, Bd. 3, Frankfurt a.M. 1976, S. 261–289.
- Fritzsche 1991 = Bruno Fritzsche: Zürichs Aufstieg zur Wirtschaftsmetropole, in: Unsere Kunstdenkmäler 42 (1991), Heft 2, S. 143–152.
- Furrer 1961 = A. Furrer: Über die Anfänge der Stadtplanung in Zürich 1934–1961. Hektographiert, Zürich 1961.
- Grünhut/Hürlimann/Baumberger 1927 = Robert Grünhut, Martin Hürlimann (Texte), Otto Baumberger (Lithographien): Die linksufrige Zürichseebahn 1927. Der Umbau der linksufrigen Zürichseebahn im Gebiete der Stadt Zürich. Denkschrift anlässlich der Eröffnung am 1. März 1927, Zürich 1927.
- Gull 1925 = Gustav Gull: Ausgeführte Bauten, Zürich 1925.
- Güttler 1991 = P. Güttler et al.: Berlin und seine Bauten, Teil V, Band C, Schulen, Berlin 1991.
- Hartmann 1976 = Kristiana Hartmann: Deutsche Gartenstadtbewegung: Kulturpolitik und Gesellschaftsreform, München, 1976.
- Hermann 1940 = E. Hermann: Das Antlitz der Stadt Zürich seit der Eingemeindung von 1893, in: Schweizerische Bau- und Holzarbeiter-Zeitung, 17. Oktober 1940.
- Herter 1926 = Hermann Herter: Das Wohnungswesen der Stadt Zürich, Vortrag 1926. Vgl. Besprechung in: Werk 13 (1926), S. 23.
- Herter 1929 = Hermann Herter: Für die Eingemeindung der Zürcher Vororte, hg. vom Aktionskomitee für die Eingemeindung, Zürich 1929.

- Herter 1933 = Die Zürcher Sport- und Grünanlagen im neuen «Sihlhölzli»/ Die Neuanlagen und der Bebauungsplan des Sihlhölzli-Quartiers in Zürich. Architekt Stadtbaumeister H. Herter, Zürich; Ing. R. Maillart, in: SBZ Bd. 101 (1933), S. 99–105, 114–116.
- Herter 1937 = Zum 60. Geburtstag von Stadtbaumeister Hermann Herter, in: NZZ 16. Juni 1937, Abendausgabe.
- Herter 1941 = Hallenbad der Stadt Zürich. Verfasst vom Städtischen Hochbauamt unter Mitwirkung des Gesundheitsinspektorates und des Heizamtes, Vorwort von Stadtpräsident Dr. Emil Klöti, Zürich im April 1941.
- Herter 1942a = Hermann Herter: Das Hallenschwimmbad der Stadt Zürich, in: SBZ Bd. 120 (1942), S. 1–11.
- Herter 1942b = Joachim Hefti, alt Stadtrat: Zum Rücktritt des Zürcher Stadtbau-meisters Hermann Herter, BSA, in: Werk 29 (1942), S. 305–306.
- Herter 1945 = Nekrolog Hermann Herter in: SBZ 125 (1945), S. 98.
- Herter 1995 = Hermann Herter, Stadtbau-meister von Zürich (1919–1942), Sonderheft der Zeitschrift Archithese, Zürich, Nr. 2 (März/April) 1995. Beiträge von Claudio Affolter, Michael Koch, Daniel Kurz, Pietro Maggi, Bruno Maurer, Werner Oechslin, Hanspeter Rebsamen, Mathias Somandin, Christian Süss-trunk, Ruggero Tropeano.
- Herter/Hürlimann/Jaeckle 1939 = Hermann Herter, Martin Hürlimann, Erwin Jaeckle: Werke öffentlicher Kunst in Zürich, Neue Wandmalerei und Plastik, Vorwort von Emil Klöti, Zürich 1939.
- Herter/Stüssi 1938 = (Red.): Die Neuge-staltung des Bellevue-Platzes in Zürich; Hermann Herter: Die Neubauten auf dem Bellevueplatz; Fritz Stüssi: Die Stahlkonstruktion der Wartehalle Belle-vue, alles in: SBZ Bd. 112 (1938), S. 13–20.
- Herter/Vogt 1943 = Hermann Herter, Emil Vogt: Wasserkirche und Helmhaus Zürich: Baugeschichte, Zürich, 1943.
- Hippenmeyer 1925 = Konrad Hippenmeyer und G. Niedermann: Wettbewerb Stadterweiterungsplan Strassburg, 1. Preis, in: Der Städtebau, Berlin, Jg. 1925, S. 138 ff.
- Hippenmeyer 1927 = Konrad Hippenmeyer: Wettbewerb des Völkerbundes in Genf, III. Bericht, in: Wasmuths Monats-hefte für Baukunst, Berlin, Jg. 1927, S. 452 ff.
- Hippenmeyer 1928 = Konrad Hippenmeyer: Verkehrswege/Les voies de communi-cation bzw. Grün- und Freiflächen/ Zones de verdure, in: Städtebau 1928, S. 69–74; S. 74–79.
- Hippenmeyer 1929 = Konrad Hippenmeyer: Grünflächen, in: Städtebau 1929, S. 67–72; sowie alle farbigen Plan-abbildungen dieser Publikation.
- Hippenmeyer 1932 = Konrad Hippenmeyer: Stadt und Land, in: Jb vom Zürichsee 1932, S. 14–19.
- Hippenmeyer 1935 = Konrad Hippenmeyer: Der Architekt im Spiegel der Stadtent-wicklung, in: Werk 22 (1935), S. 193–196.
- Hippenmeyer 1937 = Konrad Hippenmeyer: Die Sanierung der Altstadt in Zürich, Hektographierter Bericht, Zürich 1937.
- Hippenmeyer 1939 = Konrad Hippenmeyer: Seeufergestaltung in Zürich, Typoskript, Zürich 1939; erwähnt in: SBZ Bd. 116 (1940), S. 77.
- Horber 1937 = E. Horber: Wohnungsbau-förderung in Zürich, Affoltern a.A. 1937.
- Hornberger 1980 = Klaus Dieter Hornber-ger: Interdependenzen zwischen Stadtgestalt und Baugesetz. Untersu-chung des Spannungsfeldes zwischen der stadträumlichen und der baurecht-lichen Entwicklung im Verlauf des 20. Jahrhunderts, dargestellt am Bei-spiel der Stadt Zürich, Zürich 1980.
- INSA = Inventar der neueren Schweizer Architektur 1850–1920, Bern 1982 ff.
- Klöti 1927 = Emil Klöti: Die Zürcher Eingemeindungsfrage, Vortrag, gehalten in der Zürcher volkswirtschaftlichen Ge-sellschaft am 24.1.1927, Zürich 1927.
- Klöti 1928 = Emil Klöti: Zukunftsaufgaben der Stadt Zürich, Zürich 1928.
- Klöti 1930 = Emil Klöti: Kommunalpolitik in der Stadt Zürich, Bern 1930.
- Klöti 1931 = Emil Klöti: Gemeinnütziger Wohnbau und städtische Finanzen, Zürich 1931.
- Klöti 1934 = Emil Klöti: Die Zürcher Stadt-verfassung, Zürich 1934.
- Klöti 1938 = Emil Klöti: Die Finanzlage der Stadt Zürich Ende 1938, Zürich 1938.
- Klöti 1942 = Emil Klöti: Der Schutz der Wälder und der Aussichtspunkte im Gebiete der Stadt Zürich, in: Jb vom Zürichsee 1942, Stäfa 1942.
- Klöti 1943 = Emil Klöti: Das Baurecht des ZGB im Dienste kommunaler Boden- und Wohnungspolitik, in: Statistik der Stadt Zürich, Heft 52, Zürich 1943.
- Klöti 1956 = Emil Klöti, alt Stadtpräsident: Zürichs zweite Eingemeindung vom Jahre 1934, Zürich 1956, 2. Aufl. 1957.
- Koch/Somandin/Süssstrunk 1989 = Michael Koch, Mathias Somandin, Christian Süssstrunk: Kommunal und genos-senschaftlicher Wohnungsbau in Zürich 1907–1989, hg. von Finanz-amt und Bauamt II der Stadt Zürich, Zürich 1989.
- Koch 1992 = Michael Koch: Städtebau in der Schweiz 1800–1990. Entwick-lungslinien, Einflüsse und Stationen (ORL-Bericht Nr. 81), Zürich 1992.
- Koch 1995 = Michael Koch: Wohnbauten als Stadt-Bausteine, in: Werk, Bauen, Wohnen 1995, Heft 10, S. 8–25.
- Kruck 1922 = Gustav Kruck: Die Klub-hütten der Sektion Uto S.A.C., Zürich 1922.
- Kruck 1934 = Trauerfeier von Stadtrat Gu-stav Kruck in der Kreuzkirche (Zürich), Samstag, den 27. Oktober 1934. Mit Beiträgen von Prof. Ludwig Köhler, Stadtpräsident Dr. Emil Klöti, NZZ-Redaktor Dr. Edmund Rychner, Kunst-maler Sigismund Righini, Direktor Schweiz. Lebensversicherung und Rentenanstalt Dr. Hans König, Gemeinderatspräsident und Oberrichter Dr. Hermann Balsiger.
- KS ZD = Kleine Schriften zur Zürcher Denk-malpflege, Zürich/Egg 1999 ff.
- Kupli 1941 = Hans Kupli: Bericht an den Vorstand des Bauamtes I über Aufgaben und Organisation des Be-bauungs- und Quartierplanbureaus, unveröffentlicht (Zürich 1941), StadtA.
- Kurz 1989 = Daniel Kurz: Gross-Zürich, der Ideenwettbewerb für einen Bebauungsplan der Stadt Zürich und ihrer Vororte, 1915–18, Ausstellungs-katalog, Zürich 1989.
- Kurz 1990 = Daniel Kurz: Leitbilder zur Stadtentwicklung im Städtebau der Schweiz und Deutschlands 1900–1940, Lizentiatsarbeit, Universität Zürich, Typoskript 1990.
- Kurz 1991 = Daniel Kurz: Die Organisation von Gross-Zürich – Der Zürcher Be-bauungsplanwettbewerb 1915–1918, in: Unsere Kunstdenkmäler 42 (1991), Heft 2, S. 198–208.
- Kurz 1994 = Daniel Kurz: Städtebau, Verkehrs- und Siedlungsentwicklung, in: Hundert Jahre Gross-Zürich, 60 Jahre Eingemeindung 1934. Publikation des StadtA und des Baugeschichtlichen Archivs zum Jubiläumsjahr, Zürich 1994.

- Kurz 1995 = Daniel Kurz: Die Disziplinierung des Stadtbildes. Architektur, Städtebau und Politik in der Ära Herter (1919–1942), in: Archithese 1995, Heft 2, S.16–21.
- Kurz/Schempp 1999 = Daniel Kurz und Thomas Schempp: Gemeindewerke und die Anfänge der Leistungsverwaltung auf kommunaler Ebene (1880–1914). Schweizer Städte im Vergleich, in: Ulrich Pfister, Maurice de Tribolet (Hg.): Sozialdisziplinierung – Verfahren – Bürokraten. Entstehung und Entwicklung der modernen Verwaltung, Basel 1999, S. 205.
- Maggi 1993 = Pietro Maggi: Städtebauliche, Siedlungs- und Verkehrs-Entwicklung, in: Hundert Jahre Gross-Zürich, 100 Jahre 1. Eingemeindung 1893, S. 192–199. Publikation des StadtA und des Baugeschichtlichen Archivs zum Jubiläumsjahr, Zürich 1993.
- Maggi/Herzog 1994 = Pietro Maggi, Hans-Jürgen Herzog: Albert H. Steiner, Architekt und Stadtplaner, Stadtbaumeister, Hochschullehrer. Broschüre zur 14. Plakatausstellung im kleinen Forum an der Stadelhofer Passage, Zürich 1994.
- Maurizio 1952 = Julius Maurizio: Der Siedlungsbau in der Schweiz, 1940–1950, Erlenbach 1952.
- Moser 1993 = Alfred Moser: Hermann Herter, Stadtbaumeister der Stadt Zürich 1919–1942, Diplomwahlfacharbeit ETH Zürich, Institut GTA (Prof. Dr. Werner Oechslin), Zürich 1993.
- Müller 1919 = Hans Müller: Geschichte der Zürcher Stadtvereinigung von 1893, Zürich 1919.
- Nägelin 1993 = Karl und Maya Nägelin-Gschwind: Hans Bernoulli, Architekt und Städtebauer, Basel 1993.
- Personaletat der Stadt Zürich, ab 1904 bis 1919.
- Pestalozzi 1909 = H(ans) Pestalozzi, Stadtpräsident: Geschichtlicher Überblick, Eingemeindungen, in: Erisman 1909, S. 28–35.
- Pestalozzihaus 1932 = Pestalozzihaus Zürich, Denkschrift zur Eröffnung, hg. von der Pestalozzi-Gesellschaft Zürich, Zürich 1932.
- Peter 1946 = Jakob Peter: Die städtischen Finanzen in den Kriegsjahren 1939/45, Sonderdruck aus den Zürcher Statistischen Nachrichten, Heft 2, 1946.
- Peter 1957 = Finanzamt der Stadt Zürich (Hg. Jakob Peter): 50 Jahre Wohnungspolitik der Stadt Zürich 1907–57, Zürich 1957.
- Rebsamen 1984 = Hanspeter Rebsamen: Stadt und Städtebau in der Schweiz 1850–1920, in: INSA Bd. 1, Bern 1984, S. 55–77.
- Rieger 1976 = Hans Jörg Rieger: Die farbige Stadt. Beiträge zur Geschichte der farbigen Architektur in Deutschland und der Schweiz 1910–1939, Diss. Zürich 1976.
- Roth 1947 = Alfred Roth: Schulprobleme der Stadt Zürich, in: Werk 1947, Heft 11, S. 345–357.
- Rotzler 1950 = Willy Rotzler: Wohnbau und Grünfläche, in: Werk 1950, Heft 3, S. 65–72.
- Schatzmann 1909 = H(ans) Schatzmann: Wohnungsfürsorge (Gemeinnützige Baugesellschaften, Kommunalbau, Kommunalbau im Industriequartier, Bauprojekt im «Riedtli», Projekt «Friesenberg»), in: Erisman 1909, S. 76–89.
- Schelbert-Syfrig 1963 = Heidi Schelbert-Syfrig: Die Ursachen der kurzfristigen Schwankungen der Wohnbautätigkeit im Marktgebiet von Zürich, Zürich 1963.
- Schlappner 1991 = Martin Schlappner: Der Bürkliplatz als Zentrum am See. Ein Projekt des Architekten Albert H. Steiner wartet auf Verwirklichung, in: Turicum, Zürich, Winter 1991, S. 42–55.
- Schlussbericht 1919 = Schlussbericht über den internationalen Wettbewerb für einen Bebauungsplan der Stadt Zürich und ihrer Vororte, hg. von der städtischen Bauverwaltung, Zürich 1919.
- Schmid 1965 = Paul Schmid-Ammann: Emil Klöti, Stadtpräsident von Zürich, ein schweizerischer Staatsmann, Zürich 1965.
- Schulhausbauten 1939 = Neue Zürcher Schulhäuser, Bildbericht herausgegeben vom Schulamt der Stadt Zürich bei Anlass der Schweizerischen Landesausstellung 1939 in Zürich, Zürich 1939.
- Schulhausbauten 1947 = Schulhausbauten der Stadt Zürich, Bericht an den Stadtrat und die Zentralschulpflege vom 31. Juli 1947, erstattet vom Vorstand des Schulamtes und vom Vorstand des Bauamtes II, Zürich 1947 (StadtA).
- Schulhausbauten 1952 = Schulhausbauten für die Volksschule der Stadt Zürich, Beilage zum Geschäftsbericht der Zentralschulpflege, Zürich 1952 (StadtA).
- SB = Die Schweizerische Baukunst, Zeitschrift für Architektur, Bauwerke und bildende Kunst und Kunsthandwerk, Bern 1909–1920/21.
- SBZ = Schweizerische Bauzeitung, Zürich 1883–1978.
- Sonnenberg 1993 = Der Sonnenberg, Vom Waisenhaus zum Kinder- und Jugendheim (Festschrift zur Renovation), Zürich 1993.
- Stadtsptal 1953 = Stadtsptal Waid Zürich. Festschrift zur Eröffnung des Stadtsptals, hg. vom Gesundheits- und Wirtschaftsamt und Bauamt II der Stadt Zürich, Zürich 1953.
- Stadtvereinigung 1919 = Stadtkanzlei Zürich (Hans Müller): Geschichte der Zürcher Stadtvereinigung von 1893, ein Rückblick anlässlich des 25. Jubiläums, Zürich 1919.
- Stadtvereinigung 1943 = 50 Jahre Zürcher Stadtvereinigung 1893–1943, Sonderdruck aus der Jubiläumsausgabe des Tagblatts der Stadt Zürich, Zürich 1943.
- Städtebau 1928 = Schweizerische Städtebauausstellung Zürich 1928, Katalog der Ausstellung im Kunsthhaus, Veranstalter: Bund Schweizer Architekten B.S.A. (Obmann: Walter Henauer, Architekt) unter Mitwirkung der Stadtverwaltungen von Basel, Bern, Biel, St. Gallen, Genf, La Chaux-de-Fonds, Lausanne, Luzern, Winterthur, Zürich; 4. August bis 2. September 1928, Redaktion Hans Bernoulli, Prof. ETH.
- Städtebau 1929 = Städtebau in der Schweiz. Grundlagen, hg. vom Bund Schweizer Architekten, redigiert von Camille Martin und Hans Bernoulli. Beiträge von Hans Bernoulli, Albert Bodmer, Maurice Braillard, Carl Brüscheiler, Frédéric Gilliard, Arnold Hoechel, Konrad Hippenmeyer, Camille Martin, Felix Villars, Zürich 1929.
- Statistische Unterlagen 1915 = Statistisches Amt der Stadt Zürich: Statistische Unterlagen für den Ideen-Wettbewerb zur Erlangung eines Bebauungsplanes der Stadt Zürich und ihrer Vororte (Statistik der Stadt Zürich Nr. 18), Zürich 1915.
- Statistisches Jahrbuch der Stadt Zürich 1940.
- Steiner Nachlass = Albert Heinrich Steiner, Nachlass im GTA.
- Steiner o.J. = Albert Heinrich Steiner: Die Zürcher Altstadt und ihre Sanierung. Broschüre o.O., o.J., wohl 1953 (StadtA).

Steiner 1948a = Der soziale Wohnungsbau und seine Förderung in Zürich 1942–47, hg. vom Hochbauamt der Stadt Zürich, Vorwort A. H. Steiner, Erlenbach 1948.

Steiner 1948b = Albert Heinrich Steiner: Die Stadt Zürich, Separatdruck aus: Plan 3/1948 (StadtA).

Steiner 1949 = Albert Heinrich Steiner: Bericht über die Altstadtanierung vom 17. Oktober 1949, unveröffentlicht (StadtA).

Steiner 1955a = Albert Heinrich Steiner: Städtebau, in: Handbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft, Bern 1955, S. 347–350.

Steiner 1955b = Albert Heinrich Steiner: Das Hochhaus in der Schweizerstadt. Vortrag am Schweiz. Städtetag in Pully am 4. September 1955 (StadtA).

Steiner 1957 = Albert Heinrich Steiner: Biographische Daten. Archiv der ETH Zürich. o.O., o.J. (1957).

Steiner 1958 = Albert Heinrich Steiner: Siedlungsbau 1930 bis 1958. Beitrag zu «50 Jahre BSA», in: Werk 1958, Heft 9, S. 304–307.

Steiner 1959 = Albert Heinrich Steiner: Fragen der Grundrissgestaltung sowie der Forschung und der Ausbildung. Referat anlässlich der Sitzung der Eidg. Wohnbaukommission vom 3. März 1959 in Zürich, Zürich 1959 (StadtA).

Stutz 1976 = Werner Stutz: Bahnhöfe der Schweiz. Von den Anfängen bis zum ersten Weltkrieg, Zürich 1976.

Thomann 1909 = Dr. H(einrich) Thomann, Chef des städtischen statistischen Amtes: Bautätigkeit, Wohndichtigkeit, Mietpreise, in: Erismann 1909, S. 57–74.

Trachsel 1957 = Alfred Trachsel: Spielplätze und Gemeinschaftszentren, in: Bauen und Wohnen 1957, Heft 11, Städteheft Zürich, S. 397–404.

Waidhalde 1933 = Festschrift zur Einweihung des neuen Schulhauses «Waidhalde» Zürich, Zürich 1933.

Walter 1994 = François Walter: La Suisse urbaine 1750–1950, Genève 1994.

Wasserfallen 1957 = Adolf Wasserfallen: Schulhausbau, in: Bauen und Wohnen 1957, Heft 11, Städteheft Zürich, S. 405–410.

Wasserfallen 1998 = Adolf Wasserfallen: Gespräche mit Ruedi Weidmann am 12. Juni und 12. August 1998.

Weidmann 1999 = Ruedi Weidmann: Hochhaus und Hochkonjunktur. Planung und Bau der ersten Hochhäuser in Zürich

1946–1952, unveröffentlichte Lizentiatsarbeit (Zürich 1999).

Weidmann 2000 = Ruedi Weidmann: Skandinavisches Know-how. Die Bedeutung Skandinaviens beim Bau der ersten Schweizer Hochhäuser, in: Schweizer Ingenieur und Architekt, (SI+A) 2000, Nr. 31+32, S. 4–7.

Wenner/Keller 1909 = V(iktor) Wenner, Stadtingenieur, und H(einrich) Keller, Chef des Quartierplanbureau: Bebauung (Stadtregulierung, Bebauungsplan, Grenzbereinigungs- und Quartierplanverfahren), in: Erismann 1909, S. 41–53.

Wiegand o.J. = H. Wiegand: Entwicklung des Stadtgrüns in Deutschland zwischen 1890 und 1925 am Beispiel der Arbeiten Fritz Enckes. Geschichte des Stadtgrüns, Bd. II, Berlin, Hannover, o. J.

Wolfensberger 1952 = H. Wolfensberger: Die Zuwanderung in die Stadt Zürich seit 1893. Diss. Universität Zürich 1952.

Wyss 1909 = H(einrich) Wyss, Stadtrat: Baugesetz, Bauordnungen, Baupolizei, in: Erismann 1909, S. 53–57.

Zbinden 1993 = Ueli Zbinden, in: Baden in der Stadt Zürich (12. Plakatausstellung in der Stadelhofer Passage Zürich), Zürich 1993.

Zürich 1933 = Zürich. Geschichte, Kultur, Wirtschaft. Hg. unter Mitwirkung des Stadtrates, Beiträge von Edwin Arnet, Carl Brüsche, Emil Ermatinger, Robert Faesi, Jacques Handschin, Hermann Hiltbrunner, Ernst Howald, Anton Largiadèr, Peter Meyer, Paul Pflüger, Hans Rudolf Schinz, Wilhelm Wartmann, Hermann Weilenmann, Heinrich Wölfflin, ferner Monographien zürcherischer Unternehmen, Vorwort von Stadtpräsident Emil Klöti, Zürich 1933.

Zürich 1 und 2 (1945) = Anton Largiadèr: Geschichte von Stadt und Landschaft Zürich. Bd. 1: Von den Anfängen bis zur Aufklärung. Bd. 2: Von der Aufklärung bis zur Gegenwart, Zürich 1945.

Zürich 1 (1995), 2 (1996), 3 (1994) = Geschichte des Kantons Zürich, Bd. 1: Frühzeit bis Spätmittelalter, Zürich 1995; Bd. 2: Frühe Neuzeit – 16. bis 18. Jahrhundert, Zürich 1996; Bd. 3: 19. und 20. Jahrhundert, Zürich 1994.

Zurlinden 1915 = Samuel Zurlinden: Hundert Jahre. Bilder aus der Geschichte der Stadt Zürich in der Zeit von 1814–1914, Zürich 1915.

ZWChr = Zürcher Wochenchronik, Zürich 1899–1919.

Abkürzungen

ABZ = Allgemeine Baugenossenschaft Zürich

AGZ = Antiquarische Gesellschaft Zürich

BAZ = Baugeschichtliches Archiv der Stadt Zürich

BEP = Baugenossenschaft Eidg. Personal

BfD = Büro für Denkmalpflege der Stadt Zürich

BQPB = Bebauungs- und Quartierplanbüro

BSA = Bund Schweizer Architekten

BZO = Bau- und Zonenordnung

CIAM = Congrès Internationaux de L'Architecture Moderne

ETH (ETHZ) = Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

FGZ = Familienheim-Genossenschaft Zürich

GB SR = Geschäftsbericht des Stadtrates von Zürich

GTA = Institut für Geschichte und Theorie der Architektur der ETH Zürich. Zum Zeitpunkt der vorliegenden Recherche war der Nachlass Steiner noch nicht aufgearbeitet, was die etwas umständlichen Signaturangaben erklärt.

IVWS = Internationaler Verband für Wohnungswesen und Stadtplanung

Jb = Jahrbuch

LA = Schweizerische Landesausstellung 1939 in Zürich (auch: Landi)

NZZ = Neue Zürcher Zeitung

Prot SR = Protokoll des Stadtrates von Zürich

SIA = Schweizer Ingenieur- und Architekten-Verein

StadtA = Stadtarchiv Zürich

StAZ = Staatsarchiv Zürich

VLP = Schweizerische Vereinigung für Landesplanung

VR = Volksrecht

WGZ = Wettbewerb Gross-Zürich

ZDA = Zürcher Denkmalpflege Archiv

Bauamt Zürich-Stadt – Personenliste

In den Listen werden die Amtsinhaber chronologisch unter den Bezeichnungen der Verwaltungsabteilungen bzw. der Ämter aufgeführt. Diese umfassten aber nicht immer die gleichen Unterabteilungen: die Einteilung der wichtigsten ist folgende. Seit der Stadtvereinigung, ab 1.1.1893 und bis 31.12.1895, wurde das frühere Bauamt *Bauwesen* genannt. In diesem wie in dem zwischen 1.1.1896 und 31.12.1933 bestehenden *Bauwesen I* waren die Unterabteilungen Hochbauamt und Tiefbau vereinigt, mit Ausnahme der Periode 1.1.1919 bis 31.3.1923, als das Hochbauamt in die Abteilung *Steuerwesen* und *Bauwesen III* versetzt war, zusammen mit Hochbauinspektorat, Heizamt und Baupolizei. Letztere Abteilungen waren zwischen 1.1.1931 und 31.12.1933 im ähnlich benannten *Steuerwesen* und *Bauwesen II* untergebracht und figurierten vorher im *Bauwesen I* und nachher im *Bauamt II*. Für die modernen Infrastrukturabteilungen Gaswerk, Wasserversorgung und Elektrizitätswerk besteht ab 1.1.1896 (seit damals zusammen mit der Strassenbahn) die Abteilung *Bauwesen II*, die ab 1.1.1931 die treffende Bezeichnung *Industrielle Betriebe* trägt.

Seit dem 1.1.1934 sind die Hauptbauabteilungen unter neuen Namen neu eingeteilt. Das *Bauamt I* umfasst u.a. das Tiefbauamt und das 1919–1960 bestehende Bebauungs- und Quartierplanbüro, das 1962 im Stadtplanungsamt einen Nachfolger findet. Das *Bauamt II* umfasst u.a. das Hochbauamt. Die *Industriellen Betriebe* behalten ihren Namen.

Seit 1.1.1996 bestehen die neuen Bezeichnungen *Tiefbau- und Entsorgungsdepartement* (mit dem Abfuhrwesen), *Hochbaudepartement* (mit dem Hochbauamt, das seit 1.1.1997 Amt für Siedlungsplanung und Städtebau bzw. seit 1.1.1999 Amt für Städtebau heisst) und *Departement der Industriellen Betriebe*.

Vorsteher (Stadträte) der städtischen Bauwesen/Bauämter/Departemente

Bauwesen

1893–1895 Paul Usteri Lib/FDP (1853–1927)

Bauwesen I

1896 (1.1.–30.6.) Paul Usteri Lib/FDP (1853–1927)
1896–1901 Johannes Süss FDP (1844–1904)
1901–1910 Heinrich von Wyss SP (1854–1928)
1910–1928 Emil Klöti SP (1877–1963)
1928–1933 Jakob Baumann SP (1887–1975)

Bauamt I

1933–1934 Jakob Baumann SP (1887–1975)
1935–1946 Erwin Stirnemann FDP (1885–1970)
1946–1949 Edgar Woog PDA (1898–1973)
1947–1950 Interimistisch geleitet von Heinrich Oetiker,
Vorstand des Bauamtes II
1950–1960 Alois Hostenstein CSP (1906–1989)
1960–1970 Rudolf Welter SP (geb. 1911)
1970–1978 Heinrich Burkhardt FDP (1918–1978)
1978–1994 Rudolf Aeschbacher EVP (geb. 1941)
1994–1995 Kathrin Martelli FDP (geb. 1952)

Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

1996– Kathrin Martelli FDP (geb. 1952)

Bauwesen II

1896–1897 Johannes Schneider Dem (1847–1897)
1897–1901 Jakob Lutz Dem (1845–1921)
1901–1904 Johannes Süss FDP (1844–1904)
1904–1914 Benjamin Fritschi Dem (1842–1916)
1914–1919 Hans Kern Dem (1867–1940)
1919–1930 Gustav Kruck FDP (1875–1934)

Steuerwesen und Bauwesen II

1931 Alfred Otto Hungerbühler FDP (1886–1937)
1931–1933 Joachim Hefti FDP (1876–1949)

Bauamt II

1934–1942	Joachim Hefti FDP (1876–1949)
1942–1954	Heinrich Oetiker LDU (1886–1968)
1954–1966	Sigmund Widmer LDU (geb. 1919)
1966–1982	Edwin Frech SP (1916–1988)
1982–1986	Hugo Fahrner FDP (geb. 1931)
1986–1995	Ursula Koch SP (geb. 1941)

Hochbaudepartement

1996–1998	Ursula Koch SP (geb. 1941)
1998–	Elmar Ledergerber SP (geb. 1944)

Industrielle Betriebe

1931–1934	Gustav Kruck FDP (1875–1934)
1935–1954	Jakob Baumann SP (1887–1975)
1954–1966	Walter Thomann SP (1901–1990)
1966–1974	Adolf Maurer SP (1910–1998)
1974–1992	Jürg Kaufmann SP (geb. 1929)
1992–1995	Thomas Wagner FDP (geb. 1943)

Departement der Industriellen Betriebe

1995–	Thomas Wagner FDP (geb. 1943)
-------	-------------------------------

Steuerwesen und Bauwesen III

1919	Gustav Kruck FDP (1875–1934)
1919–1920	Arnold Bosshardt FDP (1871–1920)
1920–1923	Ulrich Ribi Grütliener (1871–1933)

Stadtbaumeister

1893–1895 im Bauwesen, 1896–1918 und 1923–1933 im Bauwesen I, 1919–1923 im Steuerwesen und Bauwesen III, 1934–1995 im Bauamt II, 1996–1997 im Hochbaudepartement

1893–1907	Arnold Geiser (1844–1909), Stadtbaumeister I
1895–1900	Gustav Gull (1858–1942), Stadtbaumeister II
1907–1919	Friedrich Wilhelm Fissler (1875–1964)
1919–1942	Hermann Herter (1877–1945)
1943–1957	Albert Heinrich Steiner (1905–1996)
1957–1984	Adolf Wasserfallen (1920–2000)
1984–1997	Hans Rudolf Rüegg (geb. 1933)

Direktor des Amtes für Siedlungsplanung und Städtebau; seit 1.1.1999 des Amtes für Städtebau

1997–	Franz Eberhard (geb. 1944)
-------	----------------------------

Adjunkten des Stadtbaumeisters

1906–1907	Friedrich Wilhelm Fissler (1875–1964), seit 1907 Stadtbaumeister
1907–1921	Gotthilf Korrodi (1875–1948), nachher städtischer Hochbauinspektor
1909–1912	Friedrich Hirsbrunner (1879–1959)
1912–1922	Henry Eberlé (1880–1928)
1948–1957	Adolf Wasserfallen (1920–2000), seit 1957 Stadtbaumeister

Assistenten des Stadtbaumeisters

1892–1905	Albert Wirz (1862–1953)
1906–1909	Friedrich Hirsbrunner (1879–1959), nachher Adjunkt
1906– ?	Adolf Zbinden (geb. 1874)
1909–1912	Emil Baur (1876–1935)
1918–1922	Max Baumgartner (1885–1958), Sachverständiger für Grabdenkmäler

Städtische Denkmalpflege

Im Bauamt II 1946–1995, im Hochbaudepartement seit 1996. Leiter waren – zunächst im Range von Adjunkten – die Architekten A. Jaton und H. Müller. Die späteren städtischen Denkmalpfleger waren 1. Adjunkte bzw. Chefadjunkte.

Büro für Altstadtsanierung (1946–1958)

1946–1947	Arthur Jaton (1910–1947), Architekt
1947–1951	Hansfranz Müller (geb. 1917), Architekt
1951–1965	Richard Wagner (1914–1981), Architekt, Leiter des Büros für Altstadtsanierung (1951–1958), Baulicher Denkmalpfleger (1958–1965), 1965–1973 Denkmalpfleger des Kantons Luzern

Büro für Altstadtsanierung und Denkmalpflege (1958–1973)

1965–1973	Walter Burger (1911–1973), Architekt
-----------	--------------------------------------

Büro für Denkmalpflege (1974–1999)

1973–1996	Dieter Nievergelt (geb. 1942), Architekt
1996–1999	Werner Stutz (geb. 1942), Kunsthistoriker Urs Baur (geb. 1950), Kunsthistoriker
1999–2000	Werner Stutz (geb. 1942), Kunsthistoriker

Baugeschichtliches Archiv der Stadt Zürich und Stadtarchäologie

1939–1943 Renovation und Umbau des Helmhauses. 1943 Eröffnung des Baugeschichtlichen Museums Helmhaus. 1958 Schaffung zweier neuer Institutionen, des Museums Helmhaus und des Baugeschichtlichen Archivs (BAZ). Leiter des letzteren ist seit 1958 Dr. Paul Guyer (geb. 1907), Adjunkt am Stadtarchiv, Stadtarchivar 1960–1972. Dr. Paul Kläui (1908–1964), Professor für Geschichte an der Universität, ist wissenschaftlicher Assistent am BAZ und Wissenschaftlicher Denkmalpfleger 1958–1962. Sein Nachfolger ist 1962–2000 Dr. Ulrich Ruoff (geb. 1940); seit 1967 trägt er den Titel Stadtarchäologe und steht dem 1967 gegründeten Büro für Archäologie vor. Auf den 1. Januar 1973 wechselte das Baugeschichtliche Archiv und das Büro für Archäologie von der Präsidialabteilung zum Bauamt II (Hochbauamt).

1958–1962	Paul Kläui (1908–1964), Historiker (Prof. Dr. phil.), Wissenschaftlicher Denkmalpfleger
1962–2000	Ulrich Ruoff (geb. 1940), Archäologe, Stadtarchäologe 1967–2000

Denkmalpflege und Archäologie (seit 1.1.2000)

2000–	Werner Stutz (geb. 1942), Kunsthistoriker
-------	---

Stadttingenieure

1893–1895 im Bauwesen, 1896–1933 im Bauwesen I, 1934–1995 im Bauamt I, seit 1996 im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement

1893–1896	Johannes Süss FDP (1844–1904), 1896–1904 Stadtrat (vgl. unter Bauwesen I und II)
1896–1898	Hermann Streng (1854–1927)
1898–1921	Viktor Wenner (1857–1929)
1921–1936	Eugen Bosshard (1873–1942)
1936–1964	Hermann Steiner (1898–1975)
1964–1978	Jakob Bernath (1913–1983)
1979–1997	Richard Heierli (geb. 1932)
1997–	Urs Spinnler (geb. 1945)

Leiter des Bebauungs- und Quartierplanbüros/des Stadtplanungsamtes

Das Büro bestand seit 1893 im Bauwesen I, 1934–1960 im Bauamt I. Das Amt bestand 1963–1990 im Bauamt I.

1896–1926	Heinrich Keller (1863–1949)
1919–1940	Konrad Hippenmeyer (1880–1940)
1940–	Hans Kupli (geb. 1896)
1963–1990	Gerhard Sidler (geb. 1927)

Ämter- und Institutionen-Register

Erfasst sind die städtischen Instanzen und Einrichtungen. Um die Hierarchie und das Umfeld anschaulich zu machen, sind auch die vorgesetzten Behörden und die Einwohner in ihrem Status, sowie die am Baugeschehen beteiligten privaten und halbprivaten Institutionen sowie politische Parteien aufgeführt. Wegen Überschneidungen siehe auch das Sachregister. Vgl. auch die chronologische Personenliste S. 118–120.

A in Klammern bedeutet Abbildung. Textverweise auf der gleichen Seite sind nicht gesondert aufgeführt.

Zur Organisation des Bauwesens vgl. vor allem S. 56–58, 118–120

ABZ Allgemeine Baugenossenschaft Zürich	59, 60, 62
AGZ Antiquarische Gesellschaft in Zürich	79 (Anm. 97)
Altstadtsanierung	51, 70–74, 78 (Anm. 52), 81, 88, 98–101
Auskernungen	101, 112 (Anm. 91)
Büro für Altstadtsanierung	72, 86, 88, 99, 100, 108
Gebäudeinventar	100
Siehe auch Denkmalpflege	
Amt für Regionalplanung, kantonales	77 (Anm. 19)
Arbeitsamt	20 (A)
Basler Baugesellschaft	42 (Anm. 67), 77 (Anm. 2)
Bauämter/ Bauwesen	9
Bauamt I	67 (A), 76 (A)
Bauwesen I	56, 57, 84
Bauwesen II (Industrielle Betriebe, seit 1896)	9, 10, 20, 56, 57, 84
Bauwesen III	38, 42 (Anm. 81), 56, 57
Bauamtsarbeiter und Bauamtsangestellte (Personal)	9, 10, 18, 32, 37, 38, 56, 59 (A), 76, 88, 89, 108, 110 (Anm. 36)
Bauführer, Bauleiter	60, 88, 89
Baugeschichtliches Archiv bzw. Museum	72–74, 73 (A), 75 (A)
Baugesellschaft Phoenix	34
Baukollegium	19, 41 (Anm. 13), 56, 58, 78 (Anm. 54), 88
Baupolizei	10, 41 (Anm. 6), 56, 57, 60, 66 (A)
Bautechniker	76
Bauvorstand I, Bauvorstand II	41 (Anm. 13), 37, 67
Bebauungs- und Quartierplanbüro	52, 56–58, 67 (A), 84, 110 (Anm. 19, 22, 24, 25)
Beratungsstelle für den Kleinwohnungsbau	58, 59
Berufsverbände	51, 83
Siehe auch BSA, GSMBA, SIA, STV, SWB, ZIA	
Betreibungsamt Kreis 1	67
BFFS Bund zur Förderung der Farbe im Stadtbild	71
BSA Bund Schweizer Architekten	13, 19, 46, 54, 78 (Anm. 33), 83, 84, 88
CIAM Congrès Internationaux de L'Architecture Moderne	89
Denkmalpflege	54, 70–74, 75 (A), 77 (Anm. 15), 95, 98, 100 (A), 100, 101
Bausubstanz	113 (Anm. 121)
Büro für Denkmalpflege der Stadt Zürich	101, 120
Charta von Athen	89
Das Gewordene	95
Schutzwürdigkeit	101
Eidg. Technische Hochschule	45, 46, 81, 107, 113 (Anm. 120)
Institut für Aerodynamik	87
Siehe auch Ortsverzeichnis Zürich	
Elektrizitätswerk	18, 56
Finanzamt	91, 97 (A)
Gartenbauamt	23, 56, 57, 102 (A)
Gaswerk	56, 58
Gebäudeunterhalt	10, 37, 39, 41 (Anm. 6)
Gebäudeversicherung	67
Gerüstkontrolle	57
Gesundheitsamt	20 (A), 25
Grundeigentümer	10, 34, 54, 61, 86, 96, 97, 98 (A), 99, 100, 106, 113 (Anm. 123)
GSK Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte	77 (Anm. 15), 88
GSMBA Gesellschaft schweizerischer Maler, Bildhauer und Architekten	70, 88
Heimatschutz	
«Dorfplatz-Imitation»	92
Schweizerische Vereinigung	13, 14, 88
Zürcherische Vereinigung	13, 88

Heizamt	56, 57
Hochbauamt, kantonales	79 (Anm. 97)
Hochbauamt, städtisches	10, 15 (Anm. 11), 17, 18, 37, 38, 46, 56, 60, 66 (A), 67 (A), 69 (A), 76, 79 (Anm. 97), 83, 84, 86–89, 91, 94, 95, 97 (A), 98 (A), 100, 102, 103, 104, 106 (A), 108, 111 (Anm. 66)
Amtsräume	
Amtshaus IV	18
Zunftthaus zur Meisen	18
Hochbauinspektorat	15, 37, 38, 41 (Anm. 11), 56, 57
Industrielle Betriebe siehe Bauämter/Bauwesen	
IVWS Internationaler Verband für Wohnungswesen und Stadtplanung	88, 89, 110 (Anm. 40)
Kantonsrat	57
Kommissionen	83, 88
Baukommissionen	56, 58
Kunsthaus	88
Zentralkirchenpflege	88
Bauordnungskommission	81–83
Brunnenkommission	56, 58
Eidg. Kommission für Altstadtanierung	88
EKHK Eidg. Kommission für historische Kunstdenkmäler	88
Expertenkommission für Altstadtanierung (des Bundes, 1932)	79 (Anm. 98)
Expertenkommission zur Bearbeitung von Wohnungsbauprojekten	58, 59
Flughafenkommission, kantonale	88
Geschäftsprüfungs-Kommission	37
Kantonale Heimatschutz- (gegr. 1912) bzw. Natur- und Heimatschutz-Kommission (seit 1921)	31, 79 (Anm. 97), 111 (Anm. 80)
Kantonale Schlosskommission	79 (Anm. 97)
Kommission betr. Entwässerung des Stadtteiles rechts der Limmat (Kanalisation)	56
Kommission betr. Prüfung der Verhältnisse der Limmat (Wasserstand-Regulierung)	56, 58, 78 (Anm. 56)
Kommission für zürcherische Denkmalpflege (1923–1957)	79 (Anm. 97)
Kommission zur ästhetischen Begutachtung von Reklamen	58
Kommission zur Beratung von Verkehrsfragen	56
Kunstkommission, städtische	88, 103, 104
Promenadenkommission	56, 58
Sachverständigenkommission zur ästhetischen Begutachtung von Bauprojekten	56
Strassenbahnkommission	56
Vermessungskommission	56
Wildparkkommission Langenberg	57
Wohnungsbaukommission	28, 56–58, 78 (Anm. 55), 81, 88, 91
Lichtpauzanstalt	56
Liegenschaftenverwaltung	91, 97 (A)
Materialverwaltung	56
Parteien, politische	10
Freisinn	46
Landesring der Unabhängigen	81
Sozialdemokraten, «Rotes Zürich»	20, 31, 49, 72, 77 (Anm. 28), 81, 99
Pensionskasse des städtischen Personals	15 (Anm. 8)
Personal siehe Bauamtsarbeiter und Bauamtsangestellte	
Presse	87, 88, 110 (Anm. 31)
Pro Juventute	102
Regierungsrat (Kantonsregierung)	54, 85 (A)
SAC Schweizerischer Alpenclub	78 (Anm. 53)
Sachverständiger für Grabdenkmäler	76
Schulamt	104
Schweizerischer Burgenverein	77 (Anm. 16)
Schweizerischer Verband zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues	59
SIA Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein	54, 83, 84, 88
Stadtbauamt (Vorschlag)	84
Stadtbaumeister	17–19, 41 (Anm. 6), 48, 52, 81, 97
Adjunkt des Stadtbaumeisters	18, 76
Assistent des Stadtbaumeisters	18, 76
Dienstchefkonferenz, wöchentliche	86
Stadtforstamt	57
Stadtpräsident	57
Stadtrat	15 (Anm. 11), 74, 81, 97, 107
Stadtrat, Grosser	37, 57
Städtische Werke siehe Bauämter/Bauwesen II (Industrielle Betriebe)	
Steueramt bzw. Steuerwesen	38, 42 (Anm. 81), 56, 57

Stiftung Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien	58, 92 (A)
Strasseninspektorat	10, 56, 57
STV Schweizerischer Technikerverband	78 (Anm. 33)
SVW Schweizerischer Verband für Wohnungswesen	78 (Anm. 63), 81
SWB Schweizerischer Werkbund	13
Tiefbauamt	9, 19, 33, 56, 57, 67 (A), 86
Turn- und Sportamt	57
Verein für Erhaltung vaterländischer Kunstdenkmäler	77 (Anm. 15)
Vermessungsamt	56, 57
VLP Vereinigung für Landesplanung	88
Vorsteher/in des Hochbaudepartements	41 (Anm. 13)
Wasserversorgung	56, 58
Wohnngenossenschaften siehe auch ABZ, für die übrigen das Ortsverzeichnis: Wohnungsbau	
ZIA Zürcher Ingenieur- und Architektenverein	36, 78 (Anm. 33)
Zürcher Kunstgesellschaft	88

Ortsregister

A in Klammern bedeutet Abbildung. Textverweise auf der gleichen Seite sind nicht gesondert aufgeführt.

Amsterdam, Hochhäuser	94
Basel	
Bahnhof	42 (Anm. 54)
Museum	45, 77 (Anm. 8)
Mustermesse	45, 78 (Anm. 48)
Berlin-Mitte, Stadtbad	68
Bern, Länggasse-Quartier	37
Biel, Volkshaus	43 (A)
Burgdorf, Technikum	27, 42 (Anm. 54)
Casablanca, Internationaler Architekturkongress 1951	110 (Anm. 33)
Deutschland	
Amerikanische Militärregierung	110 (Anm. 33)
Eingemeindung	51
Farbbewegung	70
Nationalsozialistischer Städtebau	89
Planungsexperte A. H. Steiner	113 (Anm. 120, 122)
Spielplatzgesetz	52
Städtebau	48
«Volkspark»	64
Wiederaufbau	103, 108, 112 (Anm. 99)
Dresden	77 (Anm. 17)
Hoftheater	77 (Anm. 12)
Kunstgewerbeschule	77 (Anm. 17)
Technische Hochschule	77 (Anm. 17)
England	77 (Anm. 12), 48
Community centers	96
New towns	89, 94
«Volkspark»	64
Engstringen	50 (A)
Europa, Altstadtzerstörung im 2. Weltkrieg	101
Frankfurt a.M.	77 (Anm. 15)
Frankreich	48
Genf, Service d'Urbanisme	77 (Anm. 19)
Graubünden	77 (Anm. 3)
Greifensee, Schloss	79 (Anm. 97)
Heidelberg	77 (Anm. 15)
Herisau, Kantonales Verwaltungs- und Bankgebäude	46 (A)
Karlsruhe, Technische Hochschule	77 (Anm. 2)
Kilchberg	50 (A)
Kloten, Flughafen	109 (A)
Köln, Baugewerkschule	77 (Anm. 4)
Kyburg	79 (Anm. 97)
La Chaux-de-Fonds	37, 42 (Anm. 54)
Langnau a.A., Wildpark Langenberg	40
Laufen ZH, Schloss	79 (Anm. 97)

London, Gartenstadt Welwyn	53
Luzern, Nationalbank	56
Mailand, Eingemeindung 1924	51
Mettmenstetten, Rossau, Männerheim	40
München, Technische Hochschule	27, 42 (Anm. 54), 77 (Anm. 2, 3), 81, 82
Neuhausen SH, Schulhaus	46 (A)
New York, Flughafen	88
Oslo, Hochhäuser	94
Pforzheim (Baden-Württemberg)	17
Rapperswil SG	53
Saarbrücken	46
St. Gallen	
Berneck-Dreilinden-Quartier	37
Eingemeindung 1918	51
Schaffhausen, Breitequartier	37
Schlieren	50 (A)
Seegräben, Aathal, Pestalozzihaus	39
Sihlwald (Gem. Horgen), Wohnhaus Forstadjunkt	40
Stockholm, Hochhäuser	94
Stuttgart	17
Technische Hochschule	77 (Anm. 4)
Tübingen	17, 18 (A)
Urner Alpen, Kröntenhütte SAC	78 (Anm. 53)
USA, New towns	89
Uster, Pflegeanstalt Oberuster	40
Venedig, Piazzetta San Marco	47, 48 (A)
Wien, 23. Internationaler Kongress für Wohnungsbau und Stadtplanung 1956	110 (Anm. 33)
Winterthur	
Bebauungsplan-Büro	47
Breite- und Vogelsang-Quartier	37
Eingemeindung 1922	51
Geschäftshaus Volkart	77 (Anm. 4)
Technikum	42 (Anm. 78), 77 (Anm. 4), 78 (Anm. 53)
Zollikon	50 (A), 83

Zürich: Gebäude, Gebäudegattungen, Quartiere, Strassen, Verkehrsmittel

Siehe auch Werklisten und Würdigungen Friedrich Wilhelm Fissler (S. 38–40), Hermann Herter (74, 76), Albert Heinrich Steiner (107–108).

Affoltern	50 (A), 84, 107
Albisrieden	50 (A), 84, 87 (A), 107
Alleen	52 (A), 66 (A)
Allmenden	
Fluntern	58 (A)
Wollishofen	84
Altstadt	47, 70–74, 76, 79 (Anm. 96)
Altstetten	50 (A), 84, 107
Alterssiedlungen	
Espenhof	104, 105 (A)
Gsteig (Höngg)	105 (A)
Amtshäuser I–V auf dem Oetenbach-Areal	19, 20 (A), 67
Amtshaus I, Vorhalle	71, 79 (Anm. 92)
Amtshaus II	42 (Anm. 81)
Amtshaus III	19
Amtshaus IV	18, 19
Amtshaus V	67 (A), 76 (A), 79 (Anm. 83)
Amtshaus Wiedikon (Zweierstrasse)	40
Ankengasse	54
Atelier Böcklinstrasse 17 (Böcklin, Münch)	79 (Anm. 108)
Atelierbauten, städtische	
Atelierhaus (Projekt)	30 (A)
Heiligfeld	42 (Anm. 60), 111 (Anm. 59)
Manegg	42 (Anm. 60)
Rautistrasse	42 (Anm. 60)
Spielweg/Rousseaustrasse	30 (A), 31 (A), 40
Augustinergasse	54, 71

Aussenquartiere	35 (A), 50 (A), 81, 84, 107, 109 (A), 113 (Anm. 121)
Aussersihl	8 (A), 9
Aussicht, Aussichtsschutz	52 (A), 53 (A), 54
Aussichtsterrasse Sonnenberg	76
Bäder	18, 20, 23, 62, 102, 103, 112 (Anm. 100–102)
Allenmoos	79 (Anm. 68), 82, 103
Alpenquai	40
Auhof	112 (Anm. 102)
Bürkliplatz	23, 40, 106 (A)
Hallenbad City	68, 69 (A), 76, 79 (Anm. 68)
Heuried	112 (Anm. 102)
Letziggraben	94 (A), 103, 107 (A)
Oberer Letten	112 (Anm. 101)
Schanzengraben	40
Seebach	112 (Anm. 102)
Strandbad Mythenquai	41 (Anm. 26), 52 (A), 112 (Anm. 101)
Strandbad Wollishofen	40, 76, 79 (Anm. 68)
Tiefenbrunnen	103, 107 (A)
Unterer Letten	23, 24 (A), 40, 112 (Anm. 101)
Utoquai	23, 40
Bahnareal, Bahnbauten	19, 53 (A), 85 (A)
Linksufrige Zürichseebahn	54, 63 (A), 64
Bahnhöfe	
Enge	33, 63 (A)
Hauptbahnhof	2 (A), 37, 47, 48 (A), 50, 54, 63 (A)
Wiedikon	60(A), 61, 62 (A), 63 (A), 64, 76, 79 (Anm. 73)
Bahnhofbrücke	54, 99, 110 (Anm. 25)
Bahnhofplatz	48 (A)
Bahnhofquai	54, 110 (Anm. 25)
Bahnhofquartier	47
Bahnhofstrasse	48 (A)
Bauschänzli, Wirtschaftspavillon	40, 76
Bedürfnisanstalten	21, 41 (Anm. 22)
Bahnhofquai	40
Gessnerbrücke	40
Heimplatz	22 (A)
Kreuzplatz	21 (A)
Pestalozzianlage	22 (A), 40
Platzspitz	22 (A), 40
Sonneggstrasse	40
Sihlhölzli	76
Sihlstrasse	21
Stauffacherstrasse	40
Zweierplatz	22 (A), 40
Bellevueplatz	70 (A), 71 (A)
Belvoirpark, Gewächshaus, Seerosenteich, Garderobehäuschen	40
Bertastrasse	8, 10
Bezirksgebäude	19, 46
Blaufahnergasse	112 (Anm. 91)
Bleicherweg, Bleicherhof	97
Böcklinstrasse 17, Böcklin-Atelier	79 (Anm. 108)
Brandschenkestrasse	97, 98 (A)
Brücken	19
Brunnen	
Bäckerstrasse	40
Bahnhofstrasse	40
Hohlstrasse	40
Schwamendingerplatz	96 (A)
Brunngasse	112 (Anm. 91)
Bürkliplatz	104, 106 (A)
Central (Leonhardsplatz)	54, 99, 110 (Anm. 25)
Chemisches Laboratorium	43 (Anm. 86)
City, Geschäftscity	81, 84, 97, 98, 108, 111 (Anm. 78)
Denkmäler	
Nägeli	40
Zwingli	73 (A), 79 (Anm. 103)

Dienstgebäude	
Häringstrasse	40
Kehlhofstrasse	40
Kreuzplatz	40
Malergasse	40
Schwimmbad Letzigraben	107 (A)
Dorfkerne	111 (Anm. 75), 113 (A)
Affoltern	96 (A)
Albisrieden	95, 96 (A)
Altstetten	95
Schwamendingen	95, 96 (A)
Seebach	95
Witikon	95
Egg (Wollishofen)	57
Eidg. Technische Hochschule, siehe auch Ämter- und Institutionen-Register	19, 41 (Anm. 19), 47 (A), 49 (A), 54
ETH Hönggerberg	113 (Anm. 120)
Eierbrecht	33, 36, 42 (Anm. 73)
Ekkehardstrasse	10 (A)
Elektrizitätswerke, städtische	19, 58, 103
Albula	15 (Anm. 3)
Heidseewerk	57
Letten	15 (Anm. 3)
Umformerstation Drahtzug	56 (A), 78 (Anm. 46)
Umformerstation Selnau	68 (A), 76
Unterwerk Oerlikon	76
Wäggitalwerk	58
Wettingen	58
Enge	10
Englischviertelstrasse	77 (Anm. 12)
Epilepsie-Klinik	43 (Anm. 86)
Escher Wyss-Platz	70, 71 (A)
Europabrücke	110 (Anm. 25)
Feuerwehrgebäude	
Freiestrasse	39
Städtische Brandwache	37, 62 (A), 64 (A), 65 (A), 76
Weinbergstrasse	40
Fraumünster-Kreuzgang	71, 79 (Anm. 92, 106)
Friedhöfe	52 (A), 53, 57, 65
Enzenbühl	54 (A), 55 (A), 76
Fluntern	58 (A), 76
Manegg	40, 55 (A), 65, 67 (A)
Nordheim	39, 40, 55 (A)
Rehalp	40
Schwamendingen	102
Sihlfeld, Zentralfriedhof	39, 40 (A), 55 (A), 76
Friesenberg	33
Fritschi-Wiese	29
Garten- und Parkanlagen	52 (A), 53 (A), 62, 64, 79 (Anm. 71), 94 (A), 103, 107 (A)
Familien- bzw. Schrebergärten	51, 52 (A), 53, 58 (A)
Wälder als Stadtparks	54
Gasometerstrasse	25 (A)
Gaststätten (Hotels, Restaurants etc.)	
Bauschänzli	76
Bürkliplatz (Projekt)	104, 106 (A)
Gutstrasse	113 (A)
Letzigraben	93 (A), 94 (A), 95 (A)
Lindenplatz	97 (A)
Schwimmbad Letzigraben	103, 107 (A)
Stroh Hof	76
Gaswerk Schlieren	15 (Anm. 3), 20, 40
Gemeinschaftszentren	102, 103
Bachwiesen	103 (A)
Buchegg	103 (A)
Wipkingen	103 (A)
Gerätehäuschen	23
Gessnerallee	23

Mythenquai	40
Platzspitz	22 (A), 23, 40
Zweierplatz	22 (A), 23, 40
Gertrudstrasse	10 (A)
Gewerkschaftshaus Helvetiaplatz (Projekt)	43 (A)
Giesshübel	40
Glatt	35 (A), 36 (A), 37
Grabmäler	76
Gustav Kruck (1875–1934), Stadtrat (Friedhof Enzenbühl)	78 (Anm. 53)
Hans Pestalozzi (1848–1903), Stadtpräsident (Friedhof Sihlfeld)	40
Wilhelm Waser (1811–1866), Architekt (Friedhof Sihlfeld)	40
Graue Gasse	112 (Anm. 91)
Guggachstrasse	37 (A)
Gutstrasse	91, 97 (A), 113 (A)
Hafenanlagen	35 (A), 36 (A), 37
Hardhof	40
Hardplatz	49 (A)
Heinrichstrasse	25 (A)
Helmhaus	37, 72–74, 73 (A), 75 (A), 76, 79 (Anm. 99)
Museum Helmhaus	72–74, 73 (A), 75 (A), 88
Helvetiaplatz	43 (A)
Hirslanden	9
Hochhäuser	89 (A), 93–95, 111 (Anm. 80, 81)
Au (Schwamendingen)	92 (A)
Bastei	99 (A), 108
Gutstrasse	113 (A)
Letzigraben	93 (A), 110 (Anm. 28–30), 111 (Anm. 66)
Sihl-/Selnastrasse (Projekt)	97, 98 (A)
Höngg	50 (A), 84
Hottingen	9
Industriequartier	24 (A), 61 (A)
Industriezone	35 (A)
Kasernenanlage	8 (A), 54
Kehrlichtverbrennungsanstalt Josefstrasse	20 (A), 21, 40, 76
Kantonale Verwaltung Walche	65
Kinkelstrasse	26 (A)
Kirchen	
Altstetten	97 (A)
Enge, Treppenanlage	63 (A), 76, 77 (Anm. 15)
Friedhofkapelle Manegg	67 (A), 76
Heiligfeld-Letzigraben (Projekt)	94 (A)
Markuskirche Seebach (ref.)	82 (A), 83 (A), 90 (A)
Predigerkirche	100 (A)
Wasserkirche	72, 73 (A), 74, 75 (A), 76
Kirchgemeindehaus Letzigraben	95 (A)
Kioske	
Bahnhofquai	22 (A)
Kasernenstrasse	76
Sihlhölzli	76
Kleinbauten, öffentliche	22 (A)
Kornhausbrücke	61 (A)
Krebsgasse	112 (Anm. 91)
Kreisgebäude	
Altstetten	97 (A)
Wiedikon	19 (A)
Krematorium Nordheim	113 (Anm. 120)
Kreuzplatz	21 (A)
Kunst am Bau	66, 104
Balkenmalereien	75 (A)
Bauplastik	13 (A), 14, 16 (A), 27, 38 (A), 39, 65 (A), 67
Fassadenbemalung	70, 71, 72 (A)
Mosaiken, Wandbilder	65–67, 104
Kunstgewerbemuseum	91
Kunsthaus	19
Kunstschule im Böcklin-Atelier	79 (Anm. 108)
Kurhausstrasse	57

Langstrasse	43 (A)
Lettenquartier	33
Letzigraben	86, 103, 107 (A)
Leutschenbach-Quartier	36 (A)
Limmat	2 (A), 35 (A), 37, 52 (A), 98, 99
«Freie Limmat»/Globus- Neubau	98, 112 (Anm. 82)
Limmathaus	91
Limmatplatz	61 (A)
Limmatquai	54, 99, 100 (A)
Rathausquai	71
Limmatschiffahrt	47
Limmatstrasse	24 (A)
Limmatwehr Drahtschmidli	98, 99
Lindenhof	19
Lindenplatz	96, 97 (A)
Luft- und Sonnenbäder	20, 23
Unterer Letten	24 (A), 40
Tobelhofstrasse	23 (A)
Magazingebäude	
Hochstrasse	40
Marmorgasse	40
Malergasse	101 (A), 112 (Anm. 91)
Manessestrasse	63
Marktgasse	100 (A)
Maschinenfabrik Escher-Wyss	49, 77 (Anm. 29)
Metropol	77 (Anm. 12)
Metzgergasse	112 (Anm. 91)
Milchbuck	37 (A)
Moos (Wollishofen)	33
Motorenstrasse	25
Mühlegasse	100 (A), 101 (A)
Münsterhof	54, 72 (A)
Muggenbühl	37 (A)
Munitionsgebäude Albisgüetli	40
Muraltengut	104
Musikpavillons	
Sihlhölzli	76
Stadthausanlage	40
Muster-Kleinhäuser Wibichstrasse	30
Nägelihof	112 (Anm. 91)
Nationalbank	46, 47 (A)
Neumühlequai	33
Niederdorf	54, 101 (A)
Oberstrass	9, 10
Oerlikon	36 (A), 50 (A), 85 (A)
Ottikerstrasse	10 (A)
Paradeplatz	70 (A)
Pestalozzihaus Zähringerstrasse	76
Platzgestaltungen	103, 113 (A)
Platzspitz	112 (Anm. 105)
Polizeiposten	
Hochstrasse	40
Pumpstation Zürichhorn	40
Quartierzentren	86, 89 (A), 95, 96, 97 (A), 102, 111 (Anm. 75), 113 (A)
Riedtlistrasse siehe Wohnungsbau, kommunaler: Riedtli	
Riesbach	9
Rietergut (Enge)	34
Rosenhof	101, 112 (Anm. 91)
Rotes Schloss	77 (Anm. 12)
Rousseaustrasse	30 (A), 31 (A)
Rüden, Gesellschaftshaus	70, 71, 79 (Anm. 92)
Saatlen	102 (A), 103 (A)
S-Bahn	35 (A), 37
Schanzengraben	54, 97, 98 (A), 99 (A), 108
Scheune Juchhof	40
Schimmelstrasse	60(A), 62 (A), 63, 64, 65 (A)

Schlachthof	18 (A, 20 (A), 21, 41 (Anm. 20)
Schlössli-Areal (Fluntern)	34
Schützenhäuser	
Fluntern	40
Rehalp	40
Schulhausbau	11, 12, 18, 20, 65, 66, 89 (A), 102, 103, 108, 110 (Anm. 33), 112 (Anm. 97–99)
Kindergärten	89 (A), 92
Au (Schwamendingen)	92 (A)
Farenweg	76
Grütlistrasse	64 (A), 65, 76
Letzigraben	94 (A)
Rebhügel	65, 76
Zanggerweg	65, 76
Schulhäuser	
Aemtlerstrasse	12, 19, 40
Ahornstrasse	102, 112 (Anm. 97)
Altstetterstrasse	97 (A)
Bachtobelstrasse	102, 112 (Anm. 97)
Buchwiesen	102
Chriesiweg	112 (Anm. 98)
Eugen Huber-Strasse	97 (A)
Feldstrasse	8 (A)
Friesenberg (Projekt)	32 (A)
Hans Asper (Kilchbergstrasse)	13 (A), 14, 40 (A)
Hofacker	76
Hohe Promenade (Töchterschule)	19
Kantonsschule	54
Kornhausbrücke	82, 83, 102
Letten	30 (A), 31 (A), 46, 59 (A), 61
Letzi	104 (A)
Limmatstrasse	14, 15 (A)
Oerlikon (Liguster)	46
Pavillon-Typus	12
Propstei Schwamendingen	80 (A), 102, 104 (A), 112 (Anm. 97)
Riedtli	12 (A), 13 (A), 14 (A), 26 (A)
Schulbaracken	12, 15 (Anm. 14), 39, 40
Sihlfeld	14, 16 (A), 38 (A), 40
Töchterschule Hohe Promenade	12
Waid (Projekt)	34 (A)
Waidhalde	44 (A), 65, 66 (A), 76
Wengistrasse	12, 15 (Anm. 15)
Turnhallen	
Letten	76
Propstei	102
Sihlhölzli	62 (A), 64 (A), 76
Stapferstrasse	40
Waidhalde	65, 66 (A), 76
Schwamendingen	50 (A), 84 (A), 85 (A), 86, 90, 92 (A), 102 (A), 107
Schweizerische Landesausstellung 1939	68, 81, 82, 90, 111 (Anm. 80)
Schweizerisches Landesmuseum	77 (Anm. 15), 78 (Anm. 53), 79 (Anm. 97), 104, 112 (Anm. 105)
Seebach	50 (A), 84, 90 (A), 91 (A), 107
Selnaustrasse	97, 98 (A)
Sihl	2 (A), 52 (A)
Sihlfeld-Quartier	10 (A)
Sihlgarten	98, 100 (A)
Sihlhölzli-Quartier	61, 62 (A), 63 (A), 64 (A), 65 (A), 76
Sihlporte	99 (A)
Sonnenbäder	20 (A)
Spielweg	30 (A), 31 (A)
Spitäler	
Kantonsspital	54
Stadtspital Triemli	104, 112 (Anm. 106)
Stadtspital Waid	20, 32, 33 (A), 34 (A), 36, 37, 104, 108 (A)
Sportbauten und Sportanlagen, Spielplätze	52 (A), 102
Hallenstadion	91
Letzigraben	94 (A), 95 (A), 107 (A)

Robinsonspielplätze	102, 103 (A)
Stadion Letzigrund	112 (Anm. 107)
Uto grund	76, 103, 107 (A)
Stadt- bzw. Bürgerbibliothek	72, 73 (A), 75 (A), 79 (Anm. 99)
Stadthaus	78 (Anm. 53)
Stadthausanlage	40
Stadthaus-Projekt Oetenbach	20 (A)
Stadthausquartier	72
Stadtkreise	
III (heute 3, 4 und 5)	10, 12
IV	10
Stadttheater	47
Stadtzentrum	35 (A)
Stampfenbach-Areal	33
Stauffacherstrasse	8 (A), 9
Strassenbahn siehe Tram	
Strassenwärterräume	
Gessnerbrücke	40
Sonneggstrasse	40
Stolze strasse	26 (A)
Susenberg-Areal	34
Talacker	97, 98, 99 (A), 100 (A), 108
Talstrasse	99 (A)
Tramdepots	
Hard	27, 40, 58, 76
Irchel	76
Oerlikon	76
Tiefenbrunnen	27, 40
Wiedikon	76
Wollishofen	76
Tram- und Autobusnetz	58
Unterpflastertram (Projekt)	110 (Anm. 25)
Tramwarte hallen	18, 22 (A), 23, 68, 103
Albisgüetli	76
Bahnhofquai	22 (A), 40
Bellevue	68, 70 (A), 76
Burgwies	40
Bürkliplatz	22 (A), 40
Escher Wyss-Platz	71 (A), 76
Heimplatz	22 (A), 23, 40
Kasernenstrasse	76
Kreuzplatz	21 (A), 23, 40
Letzigraben	93 (A)
Limmatplatz	76
Mutschellenstrasse	40
Paradeplatz	39, 40, 76
Uetliberg	52 (A), 53 (A)
Universität	19, 47, 49 (A)
Untere Zäune	54
Unterstrass	10, 61 (A)
Urania-Achse	9
Uraniastrasse	20 (A)
Verwaltungsgebäude	
Zürcher Dampfbootgesellschaft	76
Villa Bleuler	77 (Anm. 15)
Volière, städtische	82
Volkshaus	19
Volksküche, städtische, Sihlquai	76
Waidquartier	33, 34 (A), 36, 57
Waisenhäuser	
Entlisberg	40 (A)
Sonnenberg	39 (A), 40, 43 (Anm. 85)
Walchestrass e	33
Wasserhaus	73, 74, 79 (Anm. 99)
Werdmühleplatz	67 (A), 76 (A)
Werkhöfe	18

Wettbewerbe	50, 83, 91
Amtshaus V 1918	67
Ausmalung Amtshaus I 1922	71
Bebauungsplan-Wettbewerb Gross-Zürich 1915–1918	2 (A), 35 (A), 36 (A), 37 (A), 38, 39, 42 (Anm. 70, 71), 47, 48 (A), 49 (A), 50 (A), 54, 77 (Anm. 4), 81, 109 (A)
Bemalung Fraumünsterkreuzgang	71
Bemalung Haus zum Rüden 1920	70, 71
Das neue Schulhaus 1952	112 (Anm. 98)
Eierbrecht-Quartierbebauung 1912	33, 36, 42 (Anm. 73)
Kantonale Verwaltung 1927	76
Kornhausbrücke 1923–1924	61 (A)
Schwimmbad Allenmoos	82
Seeufergestaltung 1925–1926	50, 82
Seeufergestaltung 1937	106 (A)
Stadion Letzigrund 1952	112 (Anm. 107)
Stadtspital Triemli 1956	104, 112 (Anm. 106)
Stadtspital Waid 1946	108 (A)
Waid-Quartierbebauung 1912	33, 34 (A), 36
Wibichstrasse	30
Wiedikon	9, 10
Witikon	50 (A), 84
Wohnsiedlung Schwyzerhüsli Wollishofen	88 (A), 89 (A)
Wohnungsbau, genossenschaftlicher bzw. gemeinnütziger	10, 26, 41 (Anm. 37), 50, 57–61, 81, 83, 84, 90–93, 105, 106, 108, 111 (Anm. 46), 112 (Anm. 110, 111)
Adolf Lüchingerstrasse	111 (Anm. 60)
Aemtlerstrasse 39–49	42 (Anm. 51)
Bertastrasse	41 (Anm. 37)
Dreispitz	111 (Anm. 71)
Else Züblin-Strasse	111 (Anm. 63)
Entlisberg	41 (Anm. 37)
Felsberg/Höhenring	90 (A)
Friesenberg	42 (Anm. 61)
Frohbürgstrasse	62 (A), 76
Goldbrunnen-/Gertrud-/Haldenstrasse	59 (A), 60
Im Gut	91, 111 (Anm. 71), 113 (A)
Im Moos	111 (Anm. 71)
Heiligfeld-Letzigraben	94 (A)
Herrlig	111 (Anm. 60)
Kapf	41 (Anm. 37)
Katzenbach	111 (Anm. 59)
Köschenrütli/Schönauring	91 (A), 92, 93
Kornhausstrasse/Nordstrasse	60, 79 (Anm. 64)
Letten	30 (A), 31 (A), 59 (A), 61
Rötel	41 (Anm. 37)
Sunnige Hof	111 (Anm. 59)
Seebahnstrasse	70
Vitasana	111 (Anm. 63)
Vrenelsgärtli	65
Wasserwerk I und II	111 (Anm. 60)
Wohnungsbau, kommunaler, Wohnungspolitik	18, 20 (A), 21, 24–30, 35 (A), 39, 41 (Anm. 27), 50, 51, 58, 59, 62, 77 (Anm. 25, 28), 83, 110 (Anm. 32)
Au (Schwamendingen)	92 (A), 93
Farbhof	111 (Anm. 63)
Friesenberg (Projekt)	26, 32 (A)
Hard	27
Heiligfeld I und III	95 (A), 108, 111 (Anm. 59, 66)
Herbstweg	111 (Anm. 59)
Limmatstrasse (Limmat I)	24 (A), 25 (A), 26, 37, 39, 40, 41 (Anm. 32, 36)
Manegg	111 (Anm. 63)
Rebhügel	29
Riedtli	26 (A), 27 (A), 28, 29, 38–40, 41 (Anm. 38, 39), 42 (Anm. 81)
Rautstrasse	111 (Anm. 59)
Sihlfeld	29 (A), 30
Tiefenbrunnen (Wildbachstrasse)	27, 40
Trottenstrasse («Schindelhäuser»)	29
Zurlinden	28 (A), 29 (A), 38, 42 (Anm. 50)

Wolfbachstrasse	74
Zähringerplatz	100 (A)
Zähringerquartier	72
Zentralbibliothek	19, 100 (A)
Zoologischer Garten	58 (A)
Zürichberg	2 (A), 53 (A), 58 (A)
Zürichsee	51 (A), 52 (A), 53 (A), 74, 85 (A), 106 (A), 109 (A)
Seeregulierung	98, 99
Zunft Häuser	100
Zur Meisen	18

Personenregister

A in Klammern bedeutet Abbildung. Textverweise auf der gleichen Seite sind nicht gesondert aufgeführt.

Abry Paul (1865–1936), Bildhauer	41 (Anm. 17)
Aeschlimann Max (1911–1998), Architekt (Aeschlimann & Baumgartner)	111 (Anm. 59, 60, 111)
Alexander Christopher, Planer	111 (Anm. 43)
Appenzeller Heinrich (1891–1956), Kunstmaler	40 (A)
von Arb August, Architekt Hochbauamt	88 (A)
Arter August (1874–1963), Architekt	20
Asper Adolf (1860–1921), Architekt	30 (A)
Baer Casimir Hermann (1870–1942), Redaktor	14, 15 (A)
Felix Baerlocher (geb. 1915), Architekt (Baerlocher & Unger)	92 (A)
Balsiger Hermann (1876–1953), Sekretär des Bauwesens I 1907–1910	30 (A), 31
Baumann Jakob (1887–1975), Stadtrat	57, 76
Baumgartner Max (1885–1958), Assistent und Adjunkt Hochbauamt	82, 88 (A)
Baumgartner Armin (geb. 1910), Architekt (Aeschlimann & Baumgartner)	111 (Anm. 59, 60, 111)
Baur Albert (1877–1949), Architekturkritiker	26, 27
Baur Emil (1876–1935), Assistent des Stadtbaumeisters	37, 42 (Anm. 78)
Behrens Peter (1868–1940), Architekt	66
Beringer & Pampaluchi, Fotografen	69 (A), 93 (A), 95 (A)
Bernasconi Gianfranco (geb. 1932), Kunstmaler	82 (A)
Bernoulli Hans (1876–1959), Architekt	37, 39, 42 (Anm. 67), 45, 52 (A), 53 (A), 62, 77 (Anm. 2)
Bestelmeyer German (1874–1942), Architekt in München	82
Bickel-Schirmer Otto (1894–1964), Architekt	49
Bieber Oskar, Architekt in München	82
Billeter Robert (1857–1917), Stadtrat	10, 15 (Anm. 8)
Bischoff Robert (1876–1920), Architekt	12 (A), 13 (A), 14 (A), 20, 28 (A), 29 (A), 42 (Anm. 51, 67)
Bluntschli Alfred Friedrich (1842–1930), Architekt	17, 46, 77 (Anm. 15)
Bodmer Albert (1893–1990), Planer	35 (A), 37 (A), 47, 77 (Anm. 19)
Bodmer-Escher Daniel, Seidenkaufmann	100 (A)
Bodmer Paul (1886–1983), Kunstmaler	45 (A), 74, 79 (Anm. 92, 106, 107)
Böcklin Arnold (1827–1901), Kunstmaler	79 (Anm. 108)
Bollert Johannes (geb. 1874), Architekt (Bollert & Herter)	46, 47 (A), 77 (Anm. 17), 79 (Anm. 108)
Bosshard Eugen (1873–1942), Stadtgenieur	74
Bosshard Werner, Architekt im Hochbauamt	88 (A)
Bosshardt Arnold (1871–1920), Stadtrat	45, 56, 76
Bräm Adolf (1873–1944) und Heinrich (1887–1956), Architekten	20, 29
Brunner A. E., Bauführer	75 (A)
Brunner-Lavater Adolf (1871–1943), Architekt	41 (Anm. 17)
Bürkli-Ziegler Arnold (1833–1894), Ingenieur, Quaiingenieur	52 (A)
Burckhardt-Blum Elsa (1900–1974), Architektin	112 (Anm. 101)
Burckhardt Ernst F. (1900–1958), Architekt	82, 83, 112 (Anm. 101)
Casetti David (1911–1993), Architekt (Casetti & Rohrer)	93 (A), 111 (Anm. 63)
Conradin Christian (1875–1917), Kunstmaler, Graphiker	31
Cramer Fred (geb. 1923), Architekt	92 (A), 112 (Anm. 98)
Cristofari Arminio (1883–1957), Architekt	41 (Anm. 17)
Dahinden Justus (geb. 1925), Architekt	112 (Anm. 107)
Dirler Arnold (geb. 1908), Architekt (Sauter & Dirler)	111 (Anm. 59)
Dülfer Martin, Architekt in München	42 (Anm. 78)
Dürr Otto (1894–1952), Architekt	112 (Anm. 101)
Dunkel William (1893–1980), Architekt	112 (Anm. 107)
Eberlé Henry (1880–1928), Adjunkt des Stadtbaumeisters	28 (A), 29 (A), 30, 37, 42 (Anm. 54)
Egendor Karl (1897–1969), Architekt	91, 92, 97, 98 (A), 99 (A), 111 (Anm. 71), 113 (A)

Eisenlohr & Weigle, Architekten, Stuttgart	17
Erismann Friedrich (1842–1915), Arzt, Stadtrat	10, 11 (A), 20 (A), 21, 23 (A), 25, 32, 39 (A), 41 (Anm. 20)
Ernst Heinrich (1846–1916), Architekt	46, 77 (Anm. 12)
Falk Hans (geb. 1918), Graphiker, Kunstmaler	91 (A)
Fatio Edmond (1871–1959), Architekt, Genf	37 (A)
Fischer Franz (1900–1980), Bildhauer	67, 76 (A)
Finsler Hans (1891–1972), Photograph	44 (A)
Fischer Theodor (1862–1938), Architekt in Stuttgart	12, 34, 42 (Anm. 72), 82
Fissler Friedrich Wilhelm (1848–1922) d.Ä., Architekt	17
Fissler Friedrich Wilhelm (1875–1964) d.J., Architekt, Stadtbaumeister	11, 13 (A), 14, 16 (A), 17 (A), 18 (A), 19 (A), 27, 28, 29 (A), 30 (A), 31 (A), 32 (A), 33 (A), 37 (A), 38, 39–40 (Werkliste), 41 (Anm. 17), 42–43 (Anm. 72, 81, 86: Nachlass im Stadtarchiv), 43 (A), 73
Freytag Johann Albert (1880–1945), Architekt	54 (A)
Frisch Max (1911–1991), Architekt, Dichter	92, 94, 103, 107 (A)
Früh Rolf, Architekt	90 (A)
Furrer Conrad Domingo (1903–1986), Architekt	105 (A)
Furrer Walter (1870–1949), Architekt in Winterthur (Rittmeyer & Furrer)	77 (Anm. 4)
Geiser Arnold (1844–1909), Stadtbaumeister	10, 11, 17, 46
Gesell Silvio (1862–1930), Freiwirtschaftler	77 (Anm. 2)
Giacometti Augusto (1877–1947), Kunstmaler	65–67, 71, 72 (A), 74, 79 (Anm. 92, 107)
Giacometti Bruno (geb. 1907), Architekt	111 (Anm. 63)
Giedion Siegfried (1888–1968), Architekturschriftsteller	104, 105
Gisel Ernst (geb. 1922), Architekt	104 (A), 112 (Anm. 102)
Giumini Peter (1886–1954), Architekt	61 (A)
Göhner AG, Bauunternehmung	111 (Anm. 59)
Gropius Walter (1883–1969), Architekt	95
Güth Heinrich, Architekt in Saarbrücken	46
Gull Gustav (1858–1942), Architekt, Prof. ETHZ	12, 17–19, 20 (A), 33, 35, 37 (A), 40, 42 (Anm. 66, 72, 81), 46, 54, 66, 78 (Anm. 53), 79 (Anm. 83)
Guyer Max (1862–1957), Architekt	20
Haefeli Max (1869–1941), Architekt, siehe auch Pflughard & Haefeli	
Haefeli Max Ernst (1901–1976), Architekt (Haefeli-Moser-Steiger)	83
Haefeli-Moser-Steiger	79 (Anm. 68), 111 (Anm. 63), 112 (Anm. 111)
Hässig Alfred (1880–1943), Architekt	20
Haller Jakob (1879–1943), Architekt	20
Hartung Eugen (1897–1973), Kunstmaler	67, 75
Hefti Joachim (1876–1949), Stadtrat	57, 76
Herter Hermann (1877–1945), Architekt (Bollert & Herter), Stadtbaumeister 1919–1942	2 (A), 30, 32, 37–39, 43 (Anm. 86), 44 (A), 45 (A), 46 (A), 47 (A), 48 (A), 49 (A), 50 (A), 51 (A), 52, 56 (A), 57 (A), 58, 59 (A), 60 (A), 61 (A), 62 (A), 63 (A), 64 (A), 65 (A), 66 (A), 67 (A), 68 (A), 69 (A), 70 (A), 71 (A), 72 (A), 73 (A), 74, 75 (A), 76 (A), 78 (Anm. 52, 63), 79 (Anm. 108), 83, 112 (Anm. 105)
Hess Friedrich (1887–1962), Architekt, Prof. ETHZ	81
Hilberseimer Ludwig (1885–1967), Architekt	95
Hippenmeyer Konrad (1880–1940), Leiter des Bebauungsplan-Büros	35 (A), 37 (A), 47, 52 (A), 53 (A), 54 (A), 55 (A), 57, 72, 74, 78 (Anm. 52, 63), 83
Hirsbrunner Friedrich (1879–1959), Assistent, Adjunkt des Stadtbaumeisters	25, 27, 28, 30, 37, 40, 42 (Anm. 47), 42, 43 (Anm. 81)
Hofer & Co. AG, Zürich	63 (A)
Hofmann Hans (1897–1957), Architekt, Prof. ETHZ	111 (Anm. 80)
Honegger Otto (1876–1934), Architekt	41 (Anm. 17)
Hubacher Hans (geb. 1916), Architekt	112 (Anm. 101)
Huber H., Aktuar des STV, Sektion Zürich	78 (Anm. 33)
Hügin Karl (1887–1963), Kunstmaler	71
Jaecle Erwin (1909–1997), Schriftsteller, Redaktor	74
Jansen Hermann, Architekt, Professor, Berlin	37 (A)
Jaray Werner (geb. 1920), Architekt	92 (A), 112 (Anm. 98)
Jegher Carl (1874–1945), Ingenieur, Redaktor SBZ	35
Jelkmann Carlo, Architekt in Berlin	68
Jenny Fritz (1905–1997), Architekt	91 (A)
Joss Rudolf (1906–1966), Architekt	112 (Anm. 106)
Kellermüller Adolf (1895–1981), Architekt	78 (Anm. 33)
Kern Hans (1867–1940), Stadtrat	57
Kessler Hans (1884–1949), Architekt	42 (Anm. 61)
Kissling Richard (1848–1919), Bildhauer	41 (Anm. 17)
Klöti Emil (1877–1963), Jurist, Stadtrat, Stadtpräsident	31, 35 (A), 36, 37, 38 (A), 42 (Anm. 72, 80, 82), 54, 56 (A), 62, 73, 74, 76, 78 (Anm. 63), 86, 99

Knell Karl (1880–1954), Architekt	20
Knupfer Edi Rudolf (geb. 1912), Architekt	105 (A)
Korrodi Gotthilf (1875–1948), Adjunkt des Stadtbaumeisters, Hochbauinspektor	18 (A), 37, 41 (Anm. 6)
Kremer/Leibbrand, Planungsbüro	110 (Anm. 27)
Kruck Barbara, Photographin	81 (A)
Kruck Gustav (1875–1934), Architekt, Stadtrat	38, 39, 41 (Anm. 17), 42 (Anm. 45, 79, 81, 82, 84), 45 (A), 56–58, 78 (Anm. 53)
Kündig Karl (1883–1969), Architekt (Kündig & Oetiker)	81, 111 (Anm. 59)
Kupli Hans (geb. 1896), Leiter des Bebauungs- und Quartierplanbüros	84, 110 (Anm. 18)
Labhart E., Photograph	64 (A)
Landolt Emil (1895–1995), Stadtpräsident	81
Landolt Robert (geb. 1907), Architekt	82, 97 (A), 106 (A), 108 (A)
Lazar Oskar, Zeichner	45 (A)
Le Corbusier (1887–1965), Architekt	95
Linck Ernst (1874–1963), Photograph	16, 38 (A)
Link Philipp (1862–1921), Photograph	17 (A), 40 (A)
Lippert Carl (geb. 1899), Architekt	111 (Anm. 63)
Litz Hans (geb. 1926), Architekt	103 (A), 112 (Anm. 102)
Lodewig Fritz (geb. 1903), Architekt in Basel	82
Lüchinger Adolf (1894–1949), Stadtpräsident	81
Lüthi Max (1898–1991), Architekt	82
Mätzener Herbert, Architekt Hochbauamt	88 (A)
Manz E., Gemeinderat	72
Martin Camille (1877–1928), Architekt in Genf	52 (A), 53 (A)
May Ernst (1886–1970), Architekt	89
Meier Emil (1876–1930), Architekt	20
Melchior André (geb. 1926), Photograph	99 (A)
Mertens Walter (1885–1943) und Oskar (1887–1976), Gebr., Gartenarchitekten	55 (A)
Mettler Walter (1868–1942), Bildhauer	31
Michel Hans, Architekt im Hochbauamt	88 (A)
Moser Hans Wilhelm (1889–1973), Architekt, BSA-Präsident	78 (Anm. 33)
Moser Karl (1860–1936), Architekt (Curjel & Moser)	13, 20, 31, 42 (Anm. 66, 78), 79 (Anm. 96)
Moser Robert (1838–1918), Ingenieur	42 (Anm. 72)
Moser Werner M. (1896–1970), Architekt (Haefeli-Moser-Steiger)	89, 97 (A)
Müller Adolf (geb. 1914), Architekt	109 (A)
Müller Wilhelm (1898–1966), Architekt	91, 111 (Anm. 71), 113 (A)
Münch-Winkel Maria (1883–1978), Kunstgewerblerin	79 (Anm. 108)
Münch Otto (1885–1965), Bildhauer	74, 79 (Anm. 108)
Mürset Alfred (1888–1975), Architekt	111 (Anm. 59)
Näf D., Architekt	41 (Anm. 17)
Naef Hans (1889–1962), Architekt	63, 79 (Anm. 73)
Oetiker Heinrich (1886–1968), Architekt (Kündig & Oetiker), Stadtrat	76, 81 (A), 83, 84, 86, 92, 97 (A), 106, 107
Paillard Claude (geb. 1923), Architekt	92 (A), 112 (Anm. 98)
Pestalozzi Hans (1848–1903), Stadtpräsident	40 (Grabdenkmal im Friedhof Sihlfeld)
Peter Heinrich, Sekretär	42 (Anm. 72)
Peter Heinrich (1893–1968), Architekt, Kantonsbaumeister	42 (Anm. 61), 78 (Anm. 33)
Peter Jakob (1891–1980), Stadtrat	81, 82 (A), 91, 106
Petersen Richard, Ingenieur, Professor, Danzig	37 (A)
Pfister Otto (1880–1959) und Werner (1884–1950), Architekten	13, 14, 15 (A), 20, 42 (Anm. 67), 61 (A), 63 (A), 65, 67
Pfister-Picault Wilhelm (1875–1948), Architekt	79 (Anm. 64)
Pfleghard Otto (1869–1958), Architekt, siehe auch Pfleghard & Haefeli	19, 20 (A), 66
Pfleghard & Haefeli, Architekten	20, 29, 36, 42 (Anm. 67, 78), 77 (Anm. 3)
Pirath/Feuchtinger, Planungsbüro	110 (Anm. 27)
Probst Eugen (1873–1970), Architekt	20, 42 (Anm. 65 zu S. 34), 46, 77 (Anm. 16)
Rahn Johann Rudolf (1841–1912), Kunsthistoriker	46, 77 (Anm. 15)
Rathgeb Ernst (1884–1951), Ingenieur	61 (A)
Raths Albert (geb. 1869), Assistent des Stadtbaumeisters	17
Rauber Helmut (geb. 1923), Architekt	112 (Anm. 106)
Rehorst C., Bürgermeister von Köln	37 (A)
Reimann Lisbeth, Architektin	103 (A)
Ribi Ulrich (1871–1933), Stadtrat	56, 60, 76, 78 (Anm. 45)
Rieter, Erben	34
Righini Sigismund (1870–1937) Kunstmaler	31, 70
Ritt Martin (1880–1961), Architekt (Schäfer & Risch)	20, 45
Rittmeyer Robert (1868–1960), Architekt (Rittmeyer & Furrer)	36 (A), 42 (Anm. 72), 45, 77 (Anm. 4)
Rohrer Ernst (1910–1973), Architekt (Casetti & Rohrer)	93 (A), 111 (Anm. 63)
Roost Willy (geb. 1906), Architekt	112 (Anm. 101)

Roth Alfred (1903–1998), Architekt, Prof. ETHZ	83
Salvisberg Otto Rudolf (1882–1940), Architekt	34 (A), 36, 82, 97
Sauter A. und F., Architekten (Sauter & Dirlir)	111 (Anm. 59, 63)
Scartezzini Giuseppe (1895–1967), Kunstmaler	71, 72 (A)
Schachner Richard, Architekt in München	82
Schäfer Emil (1878–1959), Architekt	56 (A)
Schäfer Otto (1879–1953), Architekt	77 (Anm. 3)
Schindler Ernst (1902–1994), Architekt	20, 97, 99 (A), 108 (A)
Schütz Josef (1898–1966), Architekt	111 (Anm. 59, 71), 108 (A), 112 (Anm. 101)
Schwarz Fritz (geb. 1930), Architekt	103 (A), 112 (Anm. 102)
Semper Gottfried (1803–1871), Architekt	77 (Anm. 12, 15)
von Senger Alexander (1880–1968), Architekt	41 (Anm. 17)
Sitte Camillo (1843–1903), Architekt in Wien, Städtebau-Ideologe	34
Spelterini (= Schweizer) Eduard (1852–1931), Flugpionier, Ballonfahrer, Photograph	8 (A)
Stadler Hans Conrad (1788–1846), Architekt	98, 100 (A)
Staffelbach Franz, Architekt	43 (Anm. 85)
Stamm August (1858–1917), Architekt	17
Steger Adolf (1888–1939), Architekt	91
Steiger Rudolf (1900–1982), Architekt (Haefeli-Moser-Steiger)	89
Steiner Albert Heinrich (1905–1996), Stadtbaumeister	80 (A), 81 (A), 86, 90 (A), 91, 92, 93 (A), 96, 97 (A), 98 (A), 104 (A), 106 (A), 104–108, 110 (Anm. 8, 19, 22), 111 (Anm. 80), 112 (Anm. 82, 105, 108, 115–120)
Steiner Hermann (1898–1975), Stadtgenieur	74
Stierli E., Präsident des STV, Sektion Zürich	78 (Anm. 33)
Stücheli Werner (1916–1983), Architekt	91 (A), 97 (A), 99 (A)
Stüssi Fritz (1901–1981), Prof. ETHZ	68, 70 (A), 79 (Anm. 87)
Suter, Bauführer	60
Tessenow Heinrich (1876–1950), Architekt in Berlin	68, 79 (Anm. 86)
von Thiersch Friedrich (1852–1921), Architekt in München	12
Thüme Hermann, Architekt in Dresden	77 (Anm. 17)
Tittel Paul W. (1915–1999), Architekt	111 (Anm. 63)
Tobler Hans, Architekt im Hochbauamt	88 (A)
Trachsel Alfred (geb. 1920), Architekt im Hochbauamt	88 (A), 102, 103
Trösch Hannes (geb. 1924), Architekt	103 (A)
Trüb W., Architekt, ZIA-Präsident	78 (Anm. 33)
Ulrich Paul (1856–1935), Architekt	42 (Anm. 66)
Unger Fred (geb. 1917), Architekt (Baerlocher & Unger)	92 (A)
Vienny A., Photograph	97 (A)
Vogt Emil (1906–1974), Archäologe, Direktor Schweizerisches Landesmuseum	73 (A), 75 (A)
Wagner Richard (1914–1981), Leiter des Büros für Altstadtsanierung	88 (A)
von Waldkirch Arnold (geb. 1903), Architekt	111 (Anm. 63)
Walter E., Gemeinderat	72
Waser Wilhelm (1811–1866), Architekt	40 (Grabmal im Friedhof Sihlfeld)
Wasserfallen Adolf (1920–2000), Adjunkt, Stadtbaumeister	88 (A), 89, 95, 106, 107, 110 (Anm. 28), 112 (Anm. 102)
Wehrli Friedrich (1858–1925), Architekt	41 (Anm. 17)
Weideli Hermann (1877–1964), Architekt	12 (A), 13 (A), 14 (A), 20, 28 (A), 29 (A), 42 (Anm. 51, 67))
Weilenmann Johann Jakob (1857–1945), Baumeister	12, 15 (Anm. 15)
Wenner Viktor (1857–1929), Stadtgenieur	10, 18, 42 (Anm. 72), 74
Werner Max (1905–1995), Architekt, Planer	109 (A)
Widmer Sigmund (geb. 1919), Stadtrat, Stadtpräsident	81, 107
Winkler Robert (1898–1973), Architekt	111 (Anm. 63)
Winteler Carl, Architekt	111 (Anm. 63)
Wirz Albert (1862–1953), Assistent des Stadtbaumeisters	11
Witsch H., Architekt	111 (Anm. 63)
Witschi Ernst (1881–1959), Architekt	20
Wolf-Bender, Heinrich (1871–1932), Photograph	18 (A), 22 (A), 64 (A), 66 (A), 67 (A), 68 (A), 69 (A), 98 (A), 108 (A)
Wyss Heinrich (1854–1928), Stadtrat	10, 17 (A), 28
Zbinden Adolf (geb. 1874), Architekt	17
Zietzschmann Ernst (1907–1991), Architekt	82
Zollinger Robert (1858–1939), Architekt	20

Sachregister

A in Klammern bedeutet Abbildung. Textverweise auf der gleichen Seite sind nicht gesondert aufgeführt.
Wegen Überschneidungen siehe auch das Ämter- und Institutionen-Register.

Arbeit	76 (A)
Archäologie	79 (Anm. 97)
Architekt, Berufsbild	54, 82, 86–89, 106
Ausstellungen	
Das neue Schulhaus, Zürich 1952	112 (Anm. 98)
Deine Wohnung – Dein Nachbar – Deine Heimat, Helmhaus Zürich 1948	88, 89 (A), 90
Exposition de l'Habitation, Luxemburg 1954	110 (Anm. 32)
Exposition Internationale de l'Urbanisme et de l'Habitation, Paris 1947	110 (Anm. 32)
GSMB, Kunsthaus Zürich 1954	88
Internationaler Kongress für Wohnungsbau und Stadtplanung, Wien 1956	110 (Anm. 32)
Städtebau-Ausstellung, Zürich 1911	35, 36
Städtebau-Ausstellung, Zürich 1928	52 (A), 53 (A)
Baugesetzgebung	11 (A)
Altstadtzone	85 (A)
Baugesetz (kantonaes) 1863	9, 15 (Anm. 5)
Baugesetz (kantonaes) 1893	9, 15 (Anm. 5), 50, 96, 111 (Anm. 80, 81)
Baulinien	10, 58
Bauordnung bzw. Bau- und Zonenordnung BZO 1947/1957	58, 61, 81, 83, 84, 96, 98 (A)
Baurekurse	86
Bebauung	
geschlossene	34, 51 (A), 64
offene	10 (A), 51 (A), 74
Bebauungsplan 1898/99	9, 11 (A), 99
Bebauungsstudien	97, 111 (Anm. 78)
Dorfkernzonen	85 (A), 95, 96 (A), 111 (Anm. 75)
Gesamtüberbauung	96
Grünzonen (inkl. Wald) bzw. Freiflächen	35 (A), 37 (A), 47, 50, 51 (A), 52 (A), 53 (A), 54, 57, 58 (A), 59, 64, 84 (A), 85 (A), 86, 87 (A), 89 (A), 93–96, 95 (A), 102 (A), 103 (A), 106, 107 (A), 108, 109 (A), 111 (Anm. 81), 112 (Anm. 114)
Industrie- und Gewerbebezonen	50, 85 (A), 89 (A), 109 (A)
Kernzonen	85 (A)
Land- und Forstwirtschaftszonen	10 (A), 53, 85 (A), 89 (A), 106, 112 (Anm. 114)
Nutzungsplan	84, 96
Quartierplan-Verfahren 1893 bzw. Quartierplan siehe Planung	
Sonderbauvorschriften	33
Verkehrsplan um 1909	11 (A)
Wohnzonen	85 (A)
Zonenplan um 1909	11 (A)
Zonenplan 1912	10, 50
Zonenplan 1947/1957	83, 85 (A)
Bauboom der 1890er Jahre	77 (Anm. 12)
Bauentwurf	86
Baukonjunktur um 1950	101, 106
Baumaterialien	
Backstein	102, 104 (A)
Baustahl	92, 93
Beton	92, 93, 104 (A)
Eisenbeton	102
Holz	102, 112 (Anm. 97)
Muschelkalkstein	67, 76 (A)
Naturstein	102
Sandstein	112 (Anm. 97)
Baumodell	65 (A), 100 (A)
Bauten, öffentliche	74, 83, 86, 108
Blockrand- bzw. Hofrandbebauung	8 (A), 9, 10 (A), 28 (A), 29, 36 (A), 97
Boden- bzw. Finanzpolitik, städtische	10, 15 (Anm. 8), 51, 57, 59, 63, 72, 86, 99, 100
Bundesgericht	83
Denkmalpflege siehe Ämterregister	
Einwohnerzahlen	9

Eingemeindungen	
Stadtvereinigung 1893 (erste Eingemeindung)	9, 51, 67, 72
Eingemeindung 1934	49, 50 (A), 51 (A), 52–54, 58, 59, 62, 74, 81, 109 (A)
Fachliteratur	66
«Farbige Stadt»	70, 79 (Anm. 89, 90)
Familie als Zelle im Staat	62
Finanzausgleich unter zürcherischen Gemeinden	51
Freiwirtschaftslehre	77 (Anm. 2)
Gartenstadtideologie	26, 27 (A), 35 (A), 36 (A), 77 (Anm. 2), 47, 50, 52, 62, 74, 79 (Anm. 71), 92
Geistige Landesverteidigung	72, 90, 100, 101
Gesamtkunstwerk	14
Gesundheit, Gesundheitspflege und Gesundheitspolitik,	
Hygiene, «Licht, Luft und Sonne», Sport	10, 20, 21, 23 (A), 25, 32, 51, 52, 57, 64, 70, 72, 89
Gross-Zürich	9, 46, 74
Grünzonen siehe Baugesetzgebung	
Grundbesitz, städtischer siehe Bodenpolitik	
Heimatgefühl	74
Heimatschutz siehe Ämterregister	
Hygiene siehe Gesundheit	
Infrastruktur	10, 18, 70, 81
Innenausstattungen	65–67, 70, 74, 81, 95 (A), 112 (Anm. 97)
Kirchenbau, protestantischer	83 (A)
Kongresse	110 (Anm. 32, 33)
CIAM Frankfurt am Main 1929	89
Kriegszeit 1914–1918 siehe auch Wirtschaftskrisen	49, 77 (Anm. 24, 27)
Kunstförderung, öffentliche	30 (A), 31 (A), 70, 71, 74, 88, 103, 104
Landschaft, Landschaftsbild	52, 55
Laubenganghäuser	95 (A)
Liegenschaftsspekulation	10
Nachkriegszeit seit 1946	81, 105, 109 (A), 110 (Anm. 1)
Naturschönheit	74
Öffentlichkeitsarbeit	88
Planung und Planungsgrundsätze	51, 52 (A), 53 (A), 54, 87, 105–107
Bebauungspläne	58, 97
Generalbebauungsplan	54, 84
Generalverkehrsplan 1952	86, 110 (Anm. 25, 27)
Hierarchisches Prinzip	90
Individuum/Masse	94
Landesplanung	54, 88
Nachbarschaftsprinzip	90, 108
Netzprinzip (Christopher Alexander)	111 (Anm. 43)
Ortsplanung	88, 113 (Anm. 123)
Quartierplan-Verfahren 1893 bzw. Quartierplan	9, 10, 28, 37, 58, 83, 84 (A), 87 (A), 90, 97, 113 (A)
Regionalplanung	53, 74, 109 (A)
Siedlungsplanung	86
«Soziale Vielfalt»	93
Stadtplanung und -Entwicklung	9, 35 (A), 54, 74, 81, 83–86, 89, 105, 110 (Anm. 27, 32), 113 (Anm. 121)
Verkehrsleitsystem	110 (Anm. 25)
Verkehrsplanung	9, 37, 49 (A), 50, 57, 68, 74, 86, 99, 109 (A)
Zentrumsfunktion	113 (A)
Schulküchen	20 (A)
Schweizerische demokratische Kulturtradition	93, 95, 96, 100, 108, 111 (Anm. 62, 75)
Sozialpolitik	10, 77 (Anm. 28)
Stadtbild	54, 71, 92, 107
Stadtentwicklung	15 (Anm. 1)
Stadtgestaltung	60 (A), 61 (A), 63
Stadtvereinigung 1893 siehe Eingemeindungen	
Städtebau	32–37, 39, 41 (Anm. 13), 48–51, 52 (A), 53 (A), 54, 57, 58, 61–64, 65 (A), 74, 77 (Anm. 2), 83, 89, 90, 92, 95, 97, 102, 107, 108, 110 (Anm. 32), 111 (Anm. 80)
«Organischer Städtebau»	89, 90, 95, 107
«Städtebauer»	81
Stil	
Arts and crafts-Bewegung	13
Barock	27, 75 (A)
Diskussion über Stilfragen um 1950	106
Flachdach/Walmdach	65, 104

Stil (Fortsetzung)	
Funktionalismus	62
Gotik	73 (A)
Heimatstil	12 (A), 19 (A), 25, 38, 39, 42 (Anm. 47), 77 (Anm. 3), 77 (Anm. 4), 101 (A)
Historismus	20, 25, 101, 101 (A)
Jugendstil	12 (A), 13, 14, 27, 77 (Anm. 4)
Klassische Moderne	107
«Klassisches Zitat»	64 (A), 66, 67 (A), 68
Klassizismus	40 (A), 100 (A)
Konservative/Innovative Architektur um 1940	112 (Anm. 111)
Nationale Romantik	13
Neues Bauen, Neue Sachlichkeit	61, 62, 64, 68, 79 (Anm. 77)
Materialwirkung	19 (A)
Neubarock	16 (A)
Neuklassizismus	14, 16 (A), 28 (A), 29 (A), 38, 39, 64, 77 (Anm. 4), 79 (Anm. 77)
Renaissance	34
Satteldach	92
Zeilenbauweise/Differenzierte bzw. gemischte Bauweise	90 (A), 91 (A), 108, 111 (Anm. 59)
Strassenbau, Strassennetz	9, 19, 34, 35, 37, 47, 48, 85 (A)
Bundesgesetz über die Nationalstrassen 1960	110 (Anm. 27)
Teuerung 1918	42 (Anm. 48)
Tradition	74
Volksabstimmungen	73, 74, 98, 106
«Volkspark»	64
Vorträge (A. H. Steiner)	88, 110 (Anm. 33, 34), 111 (Anm. 75), 112 (Anm. 98)
Wald siehe Grünzonen	
Walderhaltungsgesetz, eidg. (1874)	54
Wettbewerbe siehe Ortsverzeichnis	
Wirtschaftskrisen	
1897–1903	10
1918/1919–1923	32, 49, 77 (Anm. 24, 27)
1931 ff.	49, 61, 62, 81, 105
Wirtschaftspolitik	74
Wohnungsbau	9, 10, 15 (Anm. 2)
Wohnungsbau, kommunaler und genossenschaftlicher siehe Ortsregister	
Wohnungsnot	81, 105, 112 (Anm. 110)
Zeitschriften, Periodika	
Die farbige Stadt	71
Die Schweizerische Baukunst (SB)	42 (Anm. 78)
Jahrbuch vom Zürichsee	53
Das Werk	54
Zweckverband zürcherischer Gemeinden	51

Autoren dieser Schrift

Daniel Kurz, geb. 1957, ist als Historiker im Amt für Städtebau der Stadt Zürich (Bereich Denkmalpflege) tätig. Er studierte in Zürich Forstwirtschaft, Geschichte und Anglistik. Abschluss 1990 bei Professor Bruno Fritzsche mit einer Lizentiatsarbeit über den Wettbewerb Gross-Zürich. Nach dem Studium arbeitete er in der historischen Forschung und als selbständiger Publizist.

Christine Morra-Barrelet, geb. 1966, studierte in Basel und Zürich Kunstgeschichte, italienische Linguistik und Literatur. Abschluss 1996 mit einer Lizentiatsarbeit über den Zürcher Stadtbaumeister Hermann Herter. Seit dem Studium ist sie freie Mitarbeiterin bei der Stadtzürcher Denkmalpflege, übersetzt Deutsch/Italienisch und unterrichtet Italienisch. Sie ist verheiratet und Mutter von drei Kindern.

Ruedi Weidmann, geb. 1966, studierte in Zürich Wirtschafts- und Sozialgeschichte mit Schwerpunkt Baugeschichte und Stadtentwicklung. Seine Lizentiatsarbeit «Hochhaus und Hochkonjunktur – Planung und Bau der ersten Hochhäuser in Zürich 1946–1952» strebt mit techniksoziologischen Ansätzen eine integrierte Sozialgeschichte des Bauens an. Weidmann arbeitet für «Tec21», das offizielle Organ des Schweizerischen Ingenieur- und Architekten-Vereins, sowie freiberuflich als Bauhistoriker.



Schulkarte des Kantons Zürich 1963 (Ausschnitt), bearbeitet von Prof. Dr. Eduard Imhof (1895–1986), Mst. 1:150 000 (vergrössert), erstellt und gedruckt von der Art. Orell Füssli AG, Zürich, hg. Lehrmittelverlag des Kantons Zürich, Zürich.

